

Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz

Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz

Maoz Azaryahu
Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz
Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR

89-10

13

Schriftenreihe

des Instituts für Deutsche Geschichte

Universität Tel Aviv

Herausgegeben von Shulamit Volkov und Frank Stern

Maoz Azaryahu

Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz

Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR



Bleicher Verlag

Danksagung

Mein Dank geht an alle, die mir bei den Vorarbeiten und Recherchen geholfen haben. Dank schulde ich vor allem dem DAAD, ohne dessen Stipendium die Forschungsarbeiten in West-Berlin nicht möglich gewesen wären. Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Shulamit Volkov, die mich bei diesem Projekt moralisch und sachkundig unterstützt hat. Sie stand dem Vorhaben von Anfang bis Ende mit viel Geduld und Verstand zur Seite. Schließlich will ich auch all jenen danken, die das Manuskript inhaltlich und stilistisch gelesen und dazu hilfreiche Bemerkungen gemacht haben.

Aus dem Hebräischen von Kerstin Amrani und Alma Mandelbaum

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

'Azaryāhû, Mā'ôz:

Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz: politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR / Maoz Azaryahu. [Aus dem Hebr. von Kerstin Amrani u. Alma Mandelbaum]. – 1. Aufl. – Gerlingen: Bleicher, 1991

(Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel-Aviv; 13)

Zugl.: Tel Aviv, Univ., Diss., 1988

ISBN 3-88350-458-0

NE: ham- Mākôn le-Histôryā Germānît <Têl-Āviv>:

Schriftenreihe des Instituts ...

© 1991 bei Institut für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv

1. Auflage 1991

Alle Rechte vorbehalten

Erscheint im Bleicher Verlag, D-7016 Gerlingen

Gesamtherstellung: Wilhelm Röck, D-7102 Weinsberg

Umschlag: Buchgestaltung Reichert, D-7014 Kornwestheim

ISBN 3-88350-458-0

Inhalt

Vorwort	7
ERSTER TEIL – Einleitung	15
1. Kapitel – <i>Der terminologisch-theoretische Rahmen</i>	17
1. Das Präsentierte und das Präsentationsmittel: Das Symbol und der Symbolträger	19
2. Politische Symbole als Polysystem	21
3. Die politischen Funktionen des kanonischen Systems	25
3.1. Der Identifikations- und Definitionswert	25
3.2. Der propagandistische und erzieherische Wert	27
4. Über die Dynamik des Polysystems	29
2. Kapitel – <i>Der historische Hintergrund: Die Verbreitung politischer Symbole im öffentlichen Leben in Deutschland 1813–1945</i>	33
1. Preußen-Deutschland 1813–1870	34
2. Das Kaiserreich 1871–1918	37
3. Die Weimarer Republik 1918–1932	42
3.1. Der Kampf um die Symbole	43
3.2. Das republikanische Pantheon	45
3.3. Die revolutionären Symbole	48
4. Das Dritte Reich	49
4.1. Die Entkanonisierung	50
4.2. Rekanonisierung	51
4.3. Die Kanonisierung	53
ZWEITER TEIL – Die Behörden und die kanonischen Symbole im besetzten Deutschland 1945–1948	57
1. Kapitel – <i>Die Besatzungsmächte und die kanonischen Symbole</i>	59
2. Kapitel – <i>Die Stadtverwaltungen und die Straßennamen</i>	63
1. Wien	64
2. Leipzig	65
3. Berlin	66
DRITTER TEIL – Staat und Nation: Von »Deutschland« zur Deutschen Demokratischen Republik	77
1. Kapitel – <i>Die Deutsche Demokratische Republik und das Problem der deutschen Einheit</i>	80
1. 1945–1955: Eine Nation, ein Staat	80
2. 1955–1970: Eine Nation, zwei Staaten	83
3. 1970–1989: Zwei Nationen, zwei Staaten	86

2. Kapitel – <i>Die gesamtdeutschen Institutions- und Organisationsnamen 1945–1955</i>	89
3. Kapitel – <i>Zwischen alt und neu: Die Staatssymbole 1949. Eine vergleichende Untersuchung</i>	94
1. Das Staatssymbol	94
2. Die Fahne	95
3. Die Hymne	102
4. Die Hauptstadt	107
4. Kapitel – <i>Die DDRisierung der Symbole – I</i>	111
5. Kapitel – <i>Internationaler Sport und nationale Symbole</i>	114
6. Kapitel – <i>Die DDRisierung der Symbole – II</i>	121
7. Kapitel – <i>Die nationale Geographie: Die Botschaft der Briefmarken und Straßennamen</i>	126
 VIERTER TEIL – <i>Die preußischen Helden: Zwischen Entkanonisierung und Rekanonisierung</i>	129
1. Kapitel – <i>Die Entkanonisierung</i>	131
2. Kapitel – <i>Die Rekanonisierung I: Die preußischen Generale 1952</i>	135
3. Kapitel – <i>Die Rekanonisierung II: Die Rückkehr Friedrich des Großen</i>	142
 FÜNFTER TEIL – <i>Das Pantheon im öffentlichen Leben</i>	147
<i>Einleitung</i>	149
1. Kapitel – <i>Ernst Thälmann</i>	151
2. Kapitel – <i>Der sozialistische Sektor</i>	156
1. Die ideologischen Väter	156
1.1. Marx und Engels	157
1.2. Lenin	160
2. Stalin: Kanonisierung und Entkanonisierung	162
3. Die Gründerväter I	172
4. Die Gründerväter II	177
4.1. Wilhelm Pieck	178
4.2. Otto Grotewohl	180
4.3. Walter Ulbricht	180
3. Kapitel – <i>Der antifaschistische Sektor</i>	184
1. Die Befreier	184
2. Hans Beimler: Spanien 1936–1938	187
3. Opfer des Faschismus	188
4. Die Märtyrer	191
4. Kapitel – <i>Die Humanisten</i>	198
 Schlußbemerkung	205
Bibliographie	208
Personen- und Sachregister	212

Vorwort

»Wer heute Frankfurt und Leipzig, Düsseldorf und Karl-Marx-Stadt, selbst Ost-Berlin und West-Berlin miteinander vergleicht, dürfte kaum zu dem Schluß kommen, daß alle diese Städte in ein und demselben Land liegen. Auch wenn man die Äußerlichkeiten, darum jedoch keineswegs unbedeutenden Merkmale beiseite läßt, also Transparente und Straßennamen ebenso übersieht wie Zahl und Glanz der Autos oder Qualität der Kleidung der Menschen, bleiben sichtbare, hörbare, erkennbare Unterschiede der sozialen Welten ...«

Ralf Dahrendorf
Gesellschaft und Demokratie in Deutschland

Die vorliegende Dissertation wurde 1987 fertiggestellt. Inzwischen ist vieles geschehen. Niemand konnte damals voraussehen, daß binnen zwei Jahren das stalinistische System in der DDR zu Bruch gehen würde. Die nachfolgenden Ereignisse haben gezeigt, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis ein vereintes Deutschland bald wieder das Zentrum Europas beherrschen wird.

Die Ereignisse von November 1989 – Teil der politischen Geschehnisse im Ostblock, die aus dem Zerbröckeln des sowjetischen Reiches resultieren – machen die eigenständige Existenz der DDR zu einem abgeschlossenen historischen Kapitel; ein Interregnum in dem 1871 von Bismarck geschaffenen historischen Rahmen. Auf die politische Neuorientierung in der DDR folgte bald das Verlangen nach einer kulturellen Umstrukturierung. Einwohner von Potsdam riefen zur Umbenennung der Gottwaldallee auf; Einwohner von Karl-Marx-Stadt drängten auf eine Wiederherstellung des alten Namens Chemnitz. Die politischen Veränderungen in der DDR schlagen sich in der »Umbenennung der stalinistischen Vergangenheit« nieder. Eine Umgestaltung der »offiziellen Kultur«, das heißt all jener Symbole des herrschenden politischen und moralischen Systems, die in der DDR mit dem Stalinismus und mit dem Staat identifiziert wurden, wird nicht lange auf sich warten lassen. Derartige Veränderungen im Symbolsystem sind nicht, wie manche behaupten würden, eine Randerscheinung historischer Prozesse. Meiner Meinung nach sind sie ein fester Bestandteil aller gesellschaftlichen Umwälzungen, in denen der »kulturelle Bereich« bei der Neugestaltung eines sozio-politischen Systems eine ebenso wichtige Rolle spielt wie die anderen.

Dieses Buch befaßt sich mit der Gestaltung der offiziellen DDR-Kultur, wenn man so will, mit der Herausbildung des kulturellen Systems, das mit Auflösung der DDR in Frage gestellt wurde. Behandelt werden Straßennamen und Briefmarken, Flaggen und Hymnen, Institutions- und Schiffsnamen, die – so wird hier behauptet – ein System bilden, aus dem sich die »offizielle Kultur« zusammensetzt. Sie zu untersuchen, ermöglicht eine Darstellung des offiziellen Ge-

schichtsbildes des Regimes, seinerseits entstanden aus der bewußten Entscheidung für ein historisches Erbe. Demnach ist dies auch eine Studie über die offizielle DDR-Identität. Freilich sah sich jeder DDR-Bürger ständig mit dieser offiziellen Identität konfrontiert; immerhin geht es um Symbole eines herrschenden politischen Systems, die absichtlich und gezielt in die Privatsphäre des Menschen eindringen. In dem Sinne allerdings unterscheidet sich die DDR nicht von anderen, demokratischen Systemen, die auf der Suche nach einer geeigneten offiziellen Kultur sind. Nur waren die Symbole in der DDR mit einem unpopulären politischen System und mit einem gefürchteten Regime verknüpft. In der DDR verlief die Gestaltung dieses kulturellen Bereichs äußerst konsequent; das SED-Regime war sich bewußt, wie wichtig es ist, derartige Kanäle der politischen Kommunikation zu kontrollieren. Die letzten DDR-Wahlen im März 1990 haben allerdings gezeigt, daß die Wirkung dieser ständigen Propaganda minimal war.

Im Mai 1945, unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs, war die Sachlage noch anders. In der ersten Sitzung des Berliner Magistrats am 23. Mai 1945 wurde unter anderem die sofortige Entfernung der nationalsozialistischen Straßennamen beschlossen. An Stelle der Namen Hitler, Horst Wessel und Göring kamen andere auf – teils alte, die die Nationalsozialisten nach 1933 entfernt hatten, teils neue, die auch in der Weimarer Republik unvorstellbar waren. So trat beispielsweise im amerikanischen Sektor der Name Rosa Luxemburg auf und im sowjetischen Sektor der Name Karl Marx. In der ehemaligen Reichshauptstadt schlugen sich die neuen politischen Bedingungen unmittelbar in den neuen Straßennamen nieder.

Aber die Ära der überparteilichen politischen Zusammenarbeit, die sich im Zeichen des Antifaschismus in der Stadtverwaltung konstituiert hatte, hielt nicht lange an. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und den drei Westmächten wurden immer größer, bis jede Chance, auf dem Restgebiet des deutschen Reiches ein einziges deutsches Staatsgefüge zu errichten, verspielt war. Infolge des Kalten Krieges entstanden 1949 zwei deutsche Staaten: Aus den drei westlichen Besatzungszonen wurde im Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland und aus der sowjetischen Besatzungszone wurde im Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik. Diese Aufteilung war jedoch nicht nur eine territoriale: Die BRD ist eine parlamentarische Republik westlicher Orientierung; die DDR eine an die Sowjetunion ausgerichtete Volksdemokratie. Beide Staaten besitzen eine klare Selbstdefinition, die den ideologischen Grundsätzen des jeweiligen politischen Zentrums entsprechen. Sie schlagen sich in Straßennamen, Briefmarken, Denkmälern, Geldscheinen, Flaggen und in Hymnen nieder, die alle die offiziellen politischen und ideologischen Orientierungen der beiden deutschen Staaten widerspiegeln.

Straßenschilder, Briefmarken, Geldscheine, Denkmäler, Flaggen und Hymnen sind die auffälligsten Präsentationsmittel, von denen jedes politische Regime Gebrauch macht, um seine politische und ideologische Orientierung öffentlich

darzulegen. Die Mehrzahl dieser Präsentationsmittel dienen der Erhaltung einer offiziellen historischen Erinnerung und besitzen zugleich einen nachdrücklichen Nominalwert. Mit ihrer Hilfe wird die »Vergangenheit« zu einem untrennbaren Bestandteil der »Gegenwart«, wobei die »Vergangenheit« das besondere Geschichtsbild des politischen Zentrums ist, und mit den ideologischen Grundsätzen, welche dieses repräsentiert, in direktem Zusammenhang steht. Die Funktion der verschiedenen Präsentationsmittel erschöpft sich jedoch nicht in der Zurschaustellung der offiziellen politischen und ideologischen Orientierungen. Sie dienen auch als Propagandamittel, mit deren Hilfe direkte politische Botschaften vom politischen Zentrum an die Bevölkerung übermittelt werden. Sie lassen sich in zwei verschiedene Gruppen einteilen: Denkmäler und Fahnen sind von festlicher und repräsentativer Natur; zwischen ihnen und dem Alltag besteht eine klare Trennungslinie. Dagegen besitzen Briefmarken, Geldscheine und Straßennamen eine klar definierte Gebrauchsfunktion, wodurch ihre politische Bedeutung zunächst zweitrangig erscheint. Aber es ist gerade die scheinbare »Trivialität« dieser Objekte, die sie zu besonders effektiven Instrumenten einer ideologischen Gestaltung des öffentlichen Lebens macht. Durch sie dringen politische Motive in Lebensbereiche ein, die sich scheinbar außerhalb der ideologischen Sphäre befinden; sie bewirken eine Politisierung des Alltags. Die verschiedenen Präsentationsmittel werden vom politischen Zentrum eingesetzt zur Verbreitung der von ihm repräsentierten Ideologie im öffentlichen Leben. Parallel zum Erziehungssystem und zu den Massenmedien stellen sie einen Apparat zur Indoktrination und ein Mittel zur politischen Bewußtseinsbildung dar und, nicht weniger bedeutend: ein Mittel, das die Kontrolle des politischen Zentrums über das politische und gesellschaftliche System veranschaulicht. Geldscheine, Flaggen und Hymnen, die teils trivial, teils eindeutig politisch wirken, sind alle feste Bestandteile des modernen politischen Lebens. Sie dienen als vordringliche Propagandamittel, da sie konstante Berührungspunkte zwischen der offiziellen Ideologie und dem Alltagsleben des einzelnen darstellen; zwischen den Ideen, die das politische Zentrum vermitteln will, und dem Bewußtsein des einzelnen.

Wie in anderen Staaten mit totalitärer Regierungsform bewies auch das politische Zentrum der DDR große Sensibilität bei der Themenauswahl, die durch die verschiedenen Präsentationsmittel vermittelt wurden. Im Vergleich zu den anderen kommunistischen Regierungsformen, die nach 1945 in Osteuropa ins Leben gerufen wurden, war in der DDR das Legitimationsproblem besonders vordringlich, da die Teilung Deutschlands und die Existenz der BRD eine rivalisierende Anziehungskraft ausübte und eine alternative nationale Identität bot. Der spürbare Mangel an öffentlicher Legitimation führte dazu, daß sich das Regime besonders um eine geeignete politische Bewußtseinsbildung der Bevölkerung bemühte, die ihm die fehlende Legitimation geben sollte. Ein Teil dieser Bemühungen ging dahin, verschiedene Präsentationsmittel zu gebrauchen und die politischen Botschaften, die mit ihrer Hilfe im öffentlichen

Leben erschienen, der politischen Doktrin des Regimes anzugleichen. So wurden im Laufe der Jahre Tausende von Straßennamen geändert und Denkmäler von ihren alten Standorten entfernt. Änderungen der politischen Doktrin wurden in der Regel von entsprechenden Änderungen der politischen und ideologischen Botschaften begleitet, die sich verschiedentlich im öffentlichen Leben bemerkbar machten. Sie schreckten auch nicht vor der Fahne und der Nationalhymne zurück, die besonders auffällige und wirksame Präsentationsmittel sind. Das DDR-Regime, das ein Monopol auf die Präsentationsmittel hatte, machte von seinen Vorrechten intensiven Gebrauch. Es bestimmte, welche Motive im öffentlichen Leben vorkamen, welche Motive auf Briefmarken erscheinen und welche Namen die Straßenschilder tragen sollten; es setzte fest, aus welchen historischen Traditionen sich die offizielle historische Erinnerung zusammensetzt und wer die Personen sind, die in Bronze oder Stein verewigt werden.

Wie sehr sich das Regime der Erziehungsfunktion der politischen und ideologischen Botschaften bewußt war, die durch die verschiedenen Präsentationsmittel vermittelt wurden, zeigte sich auch an den Feierlichkeiten, die zur Einweihung eines Denkmals oder einer Gedenkstätte sowie bei der Enthüllung der neuen Straßenschilder stattfanden. An diesen Zeremonien nahmen stets hochgestellte Vertreter der Partei- oder Kommunalhierarchie teil. Die Medien berichteten ausführlich über diese Ereignisse, und die Meldungen erschienen häufig auf den ersten Zeitungsseiten oder am Anfang der Nachrichtensendungen. Derart wurde die Botschaft der gesamten Bevölkerung übermittelt, noch ehe sie indirekt und oft unbewußt diejenigen erreichte, die mit den neuen Objekten in Berührung kamen.

Vorliegende Arbeit ist ein Versuch, den Gebrauch zu beschreiben und zu analysieren, den das politische Zentrum der DDR von verschiedenen Präsentationsmitteln machte, um seine Ideologie im öffentlichen Leben zu verbreiten. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen den politischen und ideologischen Botschaften, die im öffentlichen Leben vorkommen, und den politischen und ideologischen Orientierungen, die das politische Zentrum der DDR repräsentierte. Weiter werden die zeitlich verschiedenen politischen Botschaften und ideologischen Motive analysiert, wie sie auftreten, ihr politischer Hintergrund sowie ihre Bedeutung für das politische Leben der DDR. Das Errichten von Denkmälern und die Benennung von Straßen im öffentlichen Leben sind Folgen konkreter historischer und politischer Bedingungen und dienen wohldefinierten politischen Zwecken. Die politischen Anliegen, die so im öffentlichen Leben auftreten, werden derart zu integralen Bestandteilen des Alltags der DDR, entstanden durch politische Entscheidungen, die zu verschiedenen Zeitpunkten erforderlich waren. In welcher Weise das politische Zentrum der DDR von den verschiedenen Präsentationsmitteln Gebrauch machte, um seine Ideologie im öffentlichen Leben zu verbreiten, ergibt die historische Dimension, die zum Verständnis des komplexen

Systems politischer Anliegen notwendig ist, das stets im öffentlichen Leben vorhanden ist.

Die Untersuchung umfaßt nicht alle politischen Anliegen und ideologischen Motive, die im öffentlichen Leben vorkamen. Es werden auch nur ein Teil der vielen Briefmarken und Denkmäler besprochen, die nach 1945 in der späteren DDR erschienen sind beziehungsweise errichtet wurden. Auch die Erörterung der Straßennamen beschränkt sich im wesentlichen auf die Straßennamen Ost-Berlins. Die Straßennamen anderer Städte werden nur dann hinzugezogen, wenn sie wesentlich vom Berliner Muster abweichen, oder um politische Prozesse zu betonen, die in der ganzen DDR gleichzeitig stattfanden.

Die befragten Quellen lassen sich nach dem Grad ihrer Amtlichkeit und der Art der in ihnen enthaltenen Informationen unterteilen. Zu den amtlichen Quellen gehören die Publikationen staatlicher und städtischer Behörden, wie beispielsweise Staatsgesetze, die sich auf staatliche Symbole beziehen, oder Bekanntmachungen städtischer Behörden über die Änderung von Straßennamen. Die Presse dient ebenfalls als amtliche Quelle, da sie unter Anleitung und Aufsicht des politischen Zentrums erschien. Die Zeitungen veröffentlichten detaillierte Berichte über die Zeremonien bei der Enthüllung neuer Denkmäler oder Straßennamen sowie bei der Einweihung neuer Gedenkstätten. Die westdeutsche Presse dagegen berichtete nur über Ereignisse von außergewöhnlicher Bedeutung, lieferte aber Informationen, die in den Zeitungen der DDR nicht zu finden waren; besonders über die Vorgeschichte, warum bestimmte politische Motive auftraten beziehungsweise entfernt wurden.

Die Abhandlung gliedert sich in fünf Teile, die jeweils einem bestimmten Thema oder einer bestimmten Periode gewidmet sind.

Der erste Teil ist eine erweiterte Einleitung in zwei Kapiteln:

1. Im ersten Kapitel wird der terminologisch-theoretische Rahmen der Arbeit vorgestellt. Die hier verwendeten zentralen Begriffe werden definiert und die allgemeinen Zusammenhänge besprochen, die zwischen politischen Ideologien und Symbolen und der Art ihres Auftretens im öffentlichen Leben moderner Gesellschaften bestehen.

2. Das zweite Kapitel geht der Frage nach, wie in Deutschland in der Zeit zwischen den Befreiungskriegen und dem Zusammenbruch des Dritten Reichs politische Ideologien verbreitet werden. Das Kapitel hat vier Teile: a) Deutschland vor 1871; b) das Kaiserreich; c) die Weimarer Republik; d) das Dritte Reich. Die Analyse ist schematisch und beschäftigt sich im wesentlichen mit der Verbindung zwischen politischen und ideologischen Veränderungsprozessen und ihrem Einwirken auf politische Symbole im öffentlichen Leben. Beispielsweise wird nach Bedeutung und Erscheinungsform nationaler Symbole im 19. Jahrhundert gefragt oder, welche unerwünschten Symbole die Nationalsozialisten nach 1933 entfernten.

Der zweite Teil der Arbeit befaßt sich mit der Periode von 1945 bis 1948, das heißt der Zeit nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs und vor

Gründung der beiden deutschen Staaten. Es werden folgende Themen behandelt:

- Die Entfernung der Nazi-Symbole durch die Alliierten und die ersten zwischen Elbe und Oder errichteten sowjetischen Siegesdenkmäler; ein Thema, das im fünften Teil unter einem anderen Gesichtspunkt neu aufgenommen wird;
- die »Demokratisierung« der Straßenschilder in Leipzig und Berlin. Der Schwerpunkt liegt aus zwei Gründen auf Berlin: a) Berlin war die Hauptstadt Preußens und des Deutschen Reichs; b) nach dem Krieg hatte die in vier Sektoren unterteilte Stadt einen Sonderstatus. Jeder Sektor wurde von einer anderen Siegermacht regiert, und an der Verwaltung der Stadt nahmen alle politischen Parteien teil.

Der dritte Teil der Arbeit beschäftigt sich mit den Symbolen, die die nationale Orientierung der DDR zum Ausdruck bringen. Diese Symbole dienten dem DDR-Regime zur Präsentation seiner nationalen Politik. Im Laufe der Jahre veränderte sich die Nationaldoktrin der DDR radikal. Aus der gesamtdeutschen Nationaldoktrin Ende der vierziger Jahre wurde in den siebziger Jahren die entschiedene Abgrenzungspolitik. Die Themen sind:

- das Wortsymbol »deutsch« als ein Teil des Namens von Zeitungen, Institutionen und Organisationen in der Zeit von 1945 bis 1955;
- die Staatssymbole der DDR im Vergleich zu denen der BRD;
- die erste Phase einer »DDRisierung« der Symbole, in deren Verlauf die Fahne 1959 und die Währungsbezeichnung 1964 geändert wurden;
- die zweite Phase der »DDRisierung« der Symbole in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. In dieser Phase verstummte der Text der Nationalhymne der DDR, und gesamtdeutsche Bezeichnungen vieler Institutionen und Organisationen wurden geändert. Ziel der Änderungen war, die Bezeichnung »Deutschland« oder »deutsch« durch »DDR« zu ersetzen;
- geographische Bezeichnungen auf Briefmarken und Straßenschildern unter folgenden Aspekten: a) Umbenennung der Straßen, die nach ehemals deutschen Gebieten und Städten östlich der Oder benannt waren; b) Belassen der Straßennamen, die »westdeutsche« geographische Namen tragen im Unterschied zu den Briefmarken der DDR, auf denen ausschließlich DDR-Motive dargestellt sind.

Der vierte Teil der Arbeit befaßt sich mit preußischen Symbolen. Die Themen sind:

- die »Säuberung« Ost-Berlins Anfang der fünfziger Jahre von den preußischen Symbolen. Diese Aktion erreichte ihren Höhepunkt im Frühjahr 1951, als 159 preußische Straßennamen dynastischer und militaristischer Prägung geändert wurden;
- die Rehabilitierung preußischer Generale und Helden der Befreiungskriege im Frühjahr 1952;
- die Rückkehr des Denkmals Friedrichs II. an seinen traditionellen Standort

in Ost-Berlin im Herbst 1980; ein Ausdruck der erneuten Einbeziehung von Teilen der preußischen Geschichte in das offizielle Geschichtsbild der DDR. Der fünfte Teil der Arbeit handelt von der Präsenz des DDR-Staatspantheons im öffentlichen Leben. Die Bedeutung des Pantheons besteht darin, daß es einen entscheidenden Bestandteil der offiziellen historischen Erinnerung darstellt und das Geschichtsbild des Regimes widerspiegelt. Hier werden folgende Themen behandelt:

- Ernst Thälmann, der Nationalheld der DDR;
- die »sozialistische« Sektion des Pantheons, die sich aus den »ideologischen Vätern« – Marx, Engels, Lenin und bis 1961 auch Stalin – und aus den »Gründervätern« der deutschen Sozialdemokratie, der KPD und der SED zusammensetzt;
- die »antifaschistische« Sektion, zu der die »Befreier« – die offizielle Bezeichnung für die sowjetischen Soldaten, die in der Endphase des Krieges auf deutschem Boden fielen –, die Opfer des Faschismus und die Mitglieder der Widerstandsbewegung gegen die Nationalsozialisten gehören;
- die »Humanisten« – so die offizielle Bezeichnung –, zu denen sowohl die Hauptfiguren der deutschen Kultur wie Goethe und Schiller zählen, als auch die als »progressiv« bezeichneten Künstler, Wissenschaftler und Politiker. Wie in anderen kommunistischen Ländern repräsentierten die »Humanisten« auch in der DDR das fortschrittliche Erbe.

ERSTER TEIL

Einleitung

1. Kapitel

Der terminologisch-theoretische Rahmen

Im Mai 1985 erschien in der Wochenzeitung »Die Zeit« ein Interview mit dem stellvertretenden Präsidenten Nicaraguas, Ramirez. Darin befindet sich folgender Abschnitt:

»Die Zeit: Auf einer Versammlung in Texas zeigte der amerikanische Vizepräsident Bush kürzlich einen Umschlag mit Briefmarken. Es waren nicaraguanische Briefmarken zum 100. Todestag von Karl Marx. Bush betonte, diese Briefmarken seien ein Beweis mehr dafür, daß die Sandinisten Marxisten seien (...)

Ramirez: (...) es erscheint mir wirklich sehr primitiv, eine Revolution abzuurteilen, weil sie eine bestimmte Art von Briefmarken herausgibt. Das ist wirklich ein armseliger Witz (...)«¹

Trotz Ramirez' erzürnter Reaktion besitzt die Tatsache, daß Nicaragua eine Briefmarke zum 100. Todestag von Karl Marx herausgab, eine entschieden politische Bedeutung. Briefmarken sind wie Denkmäler und Geldscheine geläufige Mittel, mit deren Hilfe das politische Zentrum vorherrschende politische und ideologische Themen im öffentlichen Leben präsentiert. Sie repräsentieren auch die ideologische Orientierung des politischen Zentrums. Zwischen derart in der Öffentlichkeit präsentierten politischen Motiven und deutlich umrissenen politischen und ideologischen Orientierungen besteht eine Verbindung, die es möglich macht, erstere als politische Symbole zu bezeichnen. Demnach handelt es sich lediglich um eine Bedeutungserweiterung des herkömmlichen Begriffs »politisches Symbol« (eine geometrische Form oder eine Farbkombination wie Flagge oder Staatssymbol, die politische Entitäten identifizieren und repräsentieren). Zu den klassischen politischen Symbolen, die natürlich von großer Bedeutung sind, kommen noch weitere Symbole im öffentlichen Leben hinzu. Dazu gehören:

- Wörter oder Wortkombinationen, deren Verwendung politische und ideologische Bewegungen auszeichnet.² Beispiele für Wortsymbole dieser Art sind: »Rassereinheit«, »Gleichberechtigung«, »geeintes Vaterland« oder »Einheit der Arbeiterklasse«.³ Die Verbindung zwischen Wortsymbol und

¹ *Die Zeit*, 17. 5. 1985.

² Dazu siehe: H. D. Lasswell, *The Comparative Studies of Symbols. An Introduction*, in: *Symbol Studies* 1 (1952); I. De Sola Pool, *Symbols of Internationalism*, *Symbol Studies* 23 (1952); *Symbols of Democracy*, in: *Symbol Studies* 4 (1952).

³ Dazu siehe: K. Loewenstein, *Betrachtungen über politischen Symbolismus*, in: D. S. Constantopoulos / H. Wehberg, *Gegenwartsprobleme des internationalen Rechts und der Rechtsphilosophie*, Hamburg 1953.

der politischen Bewegung, die sich seiner bedient, verleiht ihm Identifikationswert. Möglich ist auch, daß ein bestimmtes Wortsymbol eine politische Forderung ausdrückt, die von konträren Ideologien gespeist wird. In dem Fall verliert das Symbol seinen Identifikationswert. Ein Beispiel hierfür ist das Wortsymbol »Demokratie«, das eine politische Forderung sowohl der kommunistischen als auch der liberal-westlichen Ideologie ausdrückt. Es kommt auch vor, daß eine bestimmte Ideologie sich zur »Alleineigentümerin« eines Wortsymbols macht. Ein interessantes Beispiel hierfür ist das Adjektiv »frei«, das seit Ende der vierziger Jahre zum Schlüsselwort westlicher Propaganda wurde, wie im Begriff »die freie Welt«. Die kommunistische Propaganda vermeidet es weitgehend, diesen Ausdruck zu benutzen.⁴

- Städte- und geographische Gebietsnamen – »geographische Symbole«, die als Gruppe eine bestimmte nationale Geographie bestimmen;
- Ereignisse und historische Daten, wie der »7. November« oder der »14. Juli«, sowie »1789« oder »1917«. Sie erfüllen eine wichtige Funktion im Geschichtsbild politischer Bewegungen und Entitäten.

Den verschiedenen politischen Symbolen werden außer den politischen und ideologischen Orientierungen, für die sie stellvertretend stehen, manchmal auch diverse Symbolwerte zugeschrieben. Zum Beispiel werden die Farben auf Fahnen oft symbolisch gedeutet. So symbolisiert das Rot auf den Fahnen sozialistischer Bewegungen das Blut, das im Kampf der Arbeiterbewegung für die Verbesserung der Lage des Proletariats vergossen wurde. Historische Persönlichkeiten oder Ereignisse symbolisieren zuweilen »Ruhm«, »Heldentum«, »Größe« oder »Sieg«, wie Wilhelm Tell oder Stalingrad. In anderen Fällen besitzt das Symbol Negativwert, wie »Barbarei«, »Tyrannei«, »Defätismus«, die beispielsweise Stalin, Hitler, Attila oder München (1938) zugeschrieben werden.

Ziel des Kapitels ist, den terminologischen und theoretischen Rahmen zu präsentieren, der zur Analyse der politischen und ideologischen Themen notwendig ist, die im öffentlichen Leben mittels der verschiedenen Präsentationsmittel auftreten. Das Kapitel behandelt folgende Themen:

- Die Differenzierung zwischen dem »Präsentierten« und dem Präsentationsmittel;
- den charakteristischen Aufbau der Symbole, die im öffentlichen Leben vorkommen;
- die politische Bedeutung der Präsentation von Symbolen in der Öffentlichkeit;
- den Einfluß von politischen Prozessen und ideologischen Veränderungen auf den präsentierten Symbolkomplex.

⁴ Eine Erörterung dieses Beispiels siehe: Umberto Eco, Einführung in die Semiotik, München 1972, 184.

Es werden Beispiele aus verschiedenen Ländern und Epochen angeführt. Absichtlich wurden keine Beispiele aus der DDR gewählt, um die Allgemeingültigkeit zu betonen, mit der sich politische Symbole in der Öffentlichkeit verbreiten. Dadurch werden Wiederholungen vermieden, da im Hauptteil der vorliegenden Arbeit die DDR unter Anwendung des in der Einleitung vorgestellten terminologisch-theoretischen Rahmens ausführlich besprochen wird.

1. Das Präsentierte und das Präsentationsmittel: Das Symbol und der Symbolträger

Bei einer Besprechung der politischen Symbole im öffentlichen Leben muß zwischen dem »Präsentierten« und dem Mittel seiner Präsentation – zwischen Symbol und dem Symbolträger grundlegend unterschieden werden.

Zur Erläuterung kann ein israelischer Geldschein mit einer Darstellung Herzls oder ein sowjetisches Lenindenkmal angeführt werden. Geldschein und Denkmal sind lediglich die Symbolträger, die Medien, durch die diese Symbole im öffentlichen Leben auftreten. Das Symbol »Lenin« beispielsweise kann anhand verschiedener Symbolträger im öffentlichen Leben in Erscheinung treten: Als Darstellung auf Briefmarken und Geldscheinen, als figürliche Darstellung eines Denkmals, oder als Wort in der Bezeichnung einer Straße, Universität oder einer Stadt. In der Sowjetunion kommt das Symbol »Lenin« in der Tat in allen hier aufgezählten Formen vor.

Die Zahl der potentiellen Symbolträger ist theoretisch unbegrenzt. Am augenfälligsten sind selbstverständlich die herkömmlichen Symbolträger wie Flaggen, Denkmäler, Briefmarken, Geldscheine, Städtenamen, Straßenschilder, Schiffe, Parkanlagen, Schulen, Brücken, Fabriken und Krankenhäuser, die nach Personen oder Ereignissen benannt wurden. Aber das sind nicht die einzigen Objekte, die als politische Symbole im öffentlichen Leben vorkommen. Beispielsweise können die Trikots der Spieler der Fußball-Nationalmannschaft in den Nationalfarben gehalten sein. In dem Fall dienen die Trikots als Symbolträger. Häufig kommen politische Symbole im privaten Konsumbereich vor, wie beispielsweise als Name von Weinsorten. In Israel wird ein Brandy namens »Unabhängigkeitsbrandy« verkauft. In Österreich ist ein Wein namens »Staatsvertrag« im Handel – durch den 1955 unterzeichneten Staatsvertrag gewann Österreich seine politische Unabhängigkeit. Auch Automodelle dienen mitunter als Symbolträger: In den USA ist ein Luxusmodell namens »Lincoln« zu kaufen; in China begann man 1959 mit der Produktion eines Pkws genannt »Die rote Fahne« (Hontschi).⁵

⁵ *Neues Deutschland*, 30. 9. 1959.

Nicht immer besteht ein sachlicher Zusammenhang zwischen Symbol und Symbolträger, obwohl ein solcher Zusammenhang natürlich mitunter gegeben ist. Die sowjetische Stadt Leningrad wurde nach Lenin, dem Gründer des Sowjetstaates, genannt. Aber Leningrad ist nicht die Stadt Lenins wie Alexandria die Stadt Alexanders des Großen ist, der sie bekanntlich errichten ließ. Auch Lenin und Leningrad waren sich nicht ganz fremd. Von Lenin geplant, brach dort die Revolution aus, die zur späteren Gründung der Sowjetunion führte. Die Benennung der zweitwichtigsten Stadt in der Sowjetunion nach Lenin sollte den Namen des Führers der bolschewistischen Revolution auf eindrucksvolle Weise verewigen. Die Verbindung zwischen der Person und der Stadt ist nebensächlich.

Die Objekte, die als Symbolträger dienen, lassen sich in zwei Kategorien einteilen. Die eine umfaßt diejenigen Symbolträger, die ohne das Symbol, das sie präsentieren, keine Funktion haben. Für sie ist die Präsentation Daseinszweck. Die bedeutendsten und zugleich besonders repräsentativen Präsentationsmittel sind Fahne und Denkmal. Die zweite Kategorie umfaßt diejenigen Symbolträger, die eine ausgeprägte Gebrauchsfunktion haben, die ihrerseits nicht von den Symbolen, die sie präsentieren, bestimmt wird. Hierzu gehören beispielsweise Straßenschilder, die vor allem der räumlichen Orientierung dienen, und Briefmarken und Geldscheine, die als Zahlungsmittel fungieren. In diesen Fällen ist die Funktion, politische Symbole zu präsentieren, von der praktischen Funktion dieser Objekte getrennt. Es ist wichtig, zwischen offiziellen und inoffiziellen Symbolträgern zu unterscheiden. Offizielle Symbolträger sind Eigentum staatlicher oder lokaler (städtischer) Behörden. Flaggen, Briefmarken und Geldscheine sind staatliche Symbolträger, während Straßenschilder städtische Symbolträger sind. In einem totalitären Staat hat die Unterscheidung zwischen staatlich und kommunal keine politische Bedeutung, da das politische Zentrum alle politischen und gesellschaftlichen Institutionen sowie alle Administrationsebenen beherrscht und infolgedessen auch alle Arten von Symbolträgern. In pluralistischen Gesellschaften dagegen ist die Unterscheidung zwischen staatlichen und städtischen Symbolträgern manchmal von Bedeutung. In diesen Gesellschaften sind auch private Symbolträger möglich, die von Privatpersonen oder Organisationen kontrolliert werden. Das Denkmal zum Beispiel ist ein Symbolträger, der staatlich, städtisch oder gar privat sein kann. In jedem Land gibt es staatliche Denkmäler, die in staatlichem Besitz und von nationaler Bedeutung sind. Daneben gibt es die städtischen Denkmäler, die von der Stadtverwaltung errichtet werden und auch deren Eigentum sind. In pluralistischen Gesellschaften haben auch Privatpersonen und Körperschaften das Recht und die Möglichkeit, Denkmäler aufzustellen, obgleich sie politische Gedanken repräsentieren und präsentieren, die nicht dem gesellschaftlichen Konsensus entsprechen.

2. Politische Symbole als Polysysteme

Die politischen Symbole, die im öffentlichen Leben auftreten, sind keine unbestimmte und zufällige Ansammlung einzelner Symbole, sondern Bestandteile eines Polysystems. Ein Polysystem ist: »A system of various systems, which intersect with each other and partly overlap, using concurrently different options, yet functioning as one structured whole.«⁶

Woraus setzt sich ein Polysystem zusammen, bestehend aus politischen Symbolen, die im täglichen Leben vorkommen? Es setzt sich aus den politischen Symbolen zusammen, die eine genau definierte politische und ideologische Orientierung zum Ausdruck bringen und repräsentieren; zum Beispiel eine »republikanische« oder eine »monarchistische«, eine »nationalistische« oder eine »partikularistische«, eine »sozialistische« oder eine »faschistische« Orientierung. Dabei handelt es sich um Symbole, die für politische Doktrinen, Ideologien, Entitäten oder Bewegungen stehen. Jede Gruppe besitzt eine bestimmte Orientierung, die sich von der anderen Symbolgruppe unterscheidet. Manchmal allerdings überschneiden sich die verschiedenen Orientierungsgruppen, das heißt, eine bestimmte Untergruppe gehört gleichzeitig zu einer Gruppe anderer Orientierung. Manchmal ist sie zugleich in einer anderen Gruppe enthalten, das heißt, alle Symbole, die zu dieser Gruppe zählen, haben gleichzeitig zwei verschiedene, einander jedoch nicht entgegengesetzte politische Orientierungen. Zum Beispiel können bestimmte Symbole gleichzeitig »monarchistische« und »nationalistische« oder »partikularistische« und »monarchistische« Orientierungen ausdrücken. Es gibt natürlich keine Symbole, die gleichzeitig »sozialistisch« und »faschistisch« sind, was an dem politischen Gegensatz liegt, der zwischen diesen beiden politischen und ideologischen Orientierungen besteht.

Aber nicht alle Symbolgruppen des Polysystems sind in einer gegebenen historischen Periode und Situation gleichrangig. In jeder Gesellschaft kommt im öffentlichen Leben ein Komplex politischer Symbole vor. Sie repräsentieren die politischen und ideologischen Orientierungen, die zugleich die vorherrschenden gesellschaftlichen Orientierungen sind, das heißt solche, die das politische Zentrum für eine bestimmte Gesellschaft als verbindlich festgelegt hat. Dieser Komplex definiert einen Kanon von Symbolen, der im weiteren als das »kanonische System« bezeichnet wird. Die kanonischen Symbole sind ein fester Bestandteil des offiziellen ideologischen Systems. Die Ideologie erläutert die Symbole, liefert den Kode zu ihrer Entzifferung und stellt die Verbindung zu den Mythen und Kulturen her. Die kanonischen Symbole dienen der Darstellung und Repräsentation einer bestimmten Ideologie, die dadurch als gültig und verbindlich ausgewiesen wird. Die wichtigen und zentralen unter ihnen sind

⁶ I. Even-Zohar, Polysystem Theory, in: Poetics Today 1 (1979).

gleichsam ein Ersatz für komplexe ideologische Gebäude. Manchmal stehen sie stellvertretend für Ideologien; sie sind eine Kurzfassung ihrer Grundsätze und Doktrinen und geben sie auf klare und knappe Art wieder. Neben den kanonischen gibt es die nichtkanonischen Symbole, die die politischen und ideologischen Orientierungen repräsentieren, die nicht offiziell beziehungsweise dominant sind.

In einem autoritären oder gar totalitären System sind die kanonischen Symbole zugleich diejenigen, die das politische Zentrum in einer gegebenen Gesellschaft repräsentieren. In diesen Regierungsformen entscheidet das politische Zentrum, welche Ideologien und dementsprechend welche Symbole für die Gesellschaft verbindlich sind. Nichtkanonische Symbole sind in der Regel verboten, und um ihr Auftreten im öffentlichen Leben zu verhindern, wird ein Zensur- und manchmal sogar ein Polizeiapparat eingesetzt. Ziel ist, die Präsentation solcher Symbole zu unterbinden, die nach Auffassung des Regimes unerwünschte ideologische und politische Orientierungen repräsentieren. Anders verhält es sich in einer Gesellschaft, in der über die verbindliche politische Ideologie ein Konsens herrscht. In einer solchen Gesellschaft gibt es oft keinen deutlichen Unterschied zwischen dem politischen Zentrum und der Peripherie. In dem Falle sind die kanonischen Symbole Allgemeingut der ganzen Gesellschaft und stehen in Einklang mit dem herrschenden ideologischen System. In einer pluralistischen Gesellschaft gibt es neben den kanonischen Symbolen, die den bestehenden gesellschaftlichen Konsens über die gemeinsamen ideologischen Grundwerte ausdrücken, auch solche Symbole, die nur bestimmten Teilen der Gesellschaft entsprechen. Symbole dieser Art erscheinen im allgemeinen auf nichtstaatlichen Symbolträgern wie Straßenschildern, die im Verwaltungsbereich kommunaler Behörden sind. Sie bestimmen, welche Namen die Straßen tragen sollen, und die Namen präsentieren die Ideologie der städtischen oder kommunalen Führungsschicht. In Italien sind Straßen in kommunistisch regierten Stadtverwaltungen nach Gramsci oder Togliatti benannt, beide herausragende Helden der italienischen Kommunisten. In den israelischen Städten Tel Aviv und Ramat Gan, in denen die Liberale Partei an der Macht war, wurden Straßen nach Jabotinsky benannt, obgleich dieser zu der Zeit kein israelisches kanonisches Symbol, sondern ein Symbol der revisionistischen Bewegung war.

In pluralistischen Gesellschaften können Denkmäler auch politische und ideologische Orientierungen ausdrücken, denen nicht unbedingt die Mehrheit der Gesellschaft anhängt. Ein Beispiel ist das Londoner Monument, das im Oktober 1985 zum Andenken an die Gefallenen der britischen Brigade eingeweiht wurde, die im Spanischen Bürgerkrieg auf seiten der republikanischen Streitkräfte kämpften. Das Denkmal ist kein offizielles britisches Monument, sondern wurde auf Initiative der Veteranen des Spanischen Bürgerkrieges errichtet. Sie sammelten das notwendige Geld, sorgten für den Bau des Denkmals und organisierten auch die Enthüllungszeremonie.

Das Polysystem der politischen Symbole im öffentlichen Leben läßt sich wie folgt charakterisieren: Auf der einen Seite der kanonische Teil des Polysystems. Dazu gehören die Symbolgruppen, die politische und ideologische Orientierungen repräsentieren, die für die ganze Gesellschaft verbindlich sind oder als solche definiert werden. Auf der anderen Seite gibt es den nichtkanonischen Teil. Das sind alle Symbolgruppen, die Orientierungen repräsentieren, die von der Mehrheit – in einer pluralistischen Gesellschaft – abgelehnt werden, oder – in autoritären oder totalitären Regierungsformen – den politischen und ideologischen Orientierungen des politischen Zentrums nicht entsprechen.

Obwohl es auch nichtkanonische Symbole gibt, so kommen doch die kanonischen Symbole im öffentlichen Leben am häufigsten vor. Die Art und Weise, wie die Symbole auf den Symbolträgern erscheinen, ist ein deutlicher Hinweis auf den Rang des entsprechenden Symbols im kanonischen System. Je höher der Rang einer Person in der Hierarchie des Pantheons ist, auf um so mehr Symbolträgern ist sie zu finden. Theodor Herzl, der Vater der jüdischen Nationalbewegung, des Zionismus, nimmt im israelischen Pantheon den höchsten Rang ein. So gibt es in fast jeder israelischen Stadt eine »Herzl-Straße«; hin und wieder erscheint Herzl auf einer Briefmarke oder auf einem Geldschein, der jedoch wegen der galoppierenden Inflation Anfang der achtziger Jahre bald wieder aus dem Verkehr gezogen wurde. In der Nähe Tel Avivs ist die Stadt Herzliah nach ihm benannt, und auch das zweite in Eretz Israel gegründete hebräische Gymnasium, das »Herzliah-Gymnasium«, trug seinen Namen. Im sowjetischen Pantheon drückt sich der Rang Lenins darin aus, daß eine große und wichtige Stadt – Leningrad – nach ihm benannt ist, und es in jeder Stadt der Sowjetunion eine »Lenin-Straße« und häufig auch mehrere Denkmäler gibt, die den Vater der sowjetischen Revolution darstellen.

Der Stellenwert eines Symbols in der Hierarchie des kanonischen Systems kommt in den Details zum Tragen, die zwar nebensächlich erscheinen mögen, deren Bedeutung aber groß ist. Eine Hauptstraße wird zum Träger eines wichtigen Symbols; das Porträt einer Schlüsselfigur im Pantheon wird hin und wieder auf Briefmarken erscheinen. Im Gegensatz zu Straßennamen werden sie nach einer bestimmten Zeit aus dem Verkehr gezogen, so daß nur eine erneute Verwendung des Symbols dessen Zugehörigkeit zum Zentrum des kanonischen Systems bestätigen und hervorheben kann. Ein anderes Thema ist der Geldwert der ausgewählten Briefmarke; dies ist vor allem dann von Bedeutung, wenn die Briefmarke Teil einer Serie ist, in der jede Marke einen anderen Wert besitzt. Hoher Wert ist auf der einen Seite Indikator des höheren Ranges, andererseits aber führt gerade der hohe Wert dazu, daß der Absatz der Marke geringer und sie seltener in Umlauf ist. Gleiches gilt für Geldscheine.

Bei besonders repräsentativen Denkmälern kommt der Bedeutungsgrad des präsentierten Symbols verschiedentlich zum Tragen:

1. Durch die Anzahl der Denkmäler, die einen bestimmten Helden verewigen. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem Bedeutungsgrad des Helden und der Anzahl seiner Denkmäler.
2. Durch den Standort des Denkmals. Besonders wichtige Helden werden durch zentrale Denkmäler präsentiert, die in der Hauptstadt oder in anderen Städten auf wichtigen Plätzen stehen. Die Errichtung eines Denkmals in der Hauptstadt betont die Wichtigkeit des Helden; die Wahl eines zentral gelegenen Standorts ermöglicht eine außerordentliche Zurschaustellung. Weniger wichtige Helden werden – wenn überhaupt – durch periphere Denkmäler präsentiert, die nur in Provinzstädten, nicht in der Hauptstadt, oder in Parkanlagen und auf Plätzen außerhalb des Stadtzentrums aufgestellt sind.
3. Durch die Größe des Denkmals. Je größer die Bedeutung des Helden, um so monumentaler das Denkmal. Die Größe des Denkmals spielt bei der Bestimmung des Stellenwerts eines Helden eine zentrale Rolle.

Um den Zusammenhang zwischen Bedeutung des präsentierten Symbols und dem zu seiner Präsentation gewählten Symbolträger näher zu erläutern, sei hier ein Beispiel genannt, das eine Reihe von Ereignissen beschreibt, die Ende des 19. Jahrhunderts in der Kleinstadt Borbeck im Ruhrgebiet stattfanden.⁷ Es handelte sich um eine Straße, die als Hauptverkehrsader zwischen dem Bahnhof und der aus Essen stammenden Straße und dem Hauptplatz des Ortes geplant war. Noch ehe sie asphaltiert war, erhielt sie bereits den Namen »Kaiserallee«. Der Widerstand der Planungsbehörden gegen den Straßenbau führte jedoch zu einer Änderung der ursprünglichen Pläne. Man hatte in der Mitte der Straße ein Haus gebaut, wodurch diese zur Sackgasse wurde. Dadurch verringerte sich die Bedeutung der Straße, und kurz darauf wurde ihr Name zu »Fürstenstraße« geändert; nicht mehr »Allee« sondern »Straße«; nicht mehr »Kaiser« sondern »Fürsten«. Später benannte man die Straße nach einem einheimischen Priester. Dieser hatte zwar einen ehrenvollen Posten in der Stadt, aber der Straßename hatte nicht mehr den Glanz und die Vornehmheit, die die früheren Namen ausgezeichnet hatten.

Daß ein politisches Symbol im öffentlichen Leben präsentiert wird und die Art und Weise, in der dies geschieht, ist beides gleichermaßen von politischer Bedeutung. Darüber hinaus ist beachtenswert, daß politische Symbole – im wesentlichen Straßennamen und Denkmäler – nicht von ungefähr in Erscheinung treten. Ihre Enthüllung vor der Öffentlichkeit ist gewöhnlich ein ritueller Akt, und die dazugehörigen Zeremonien finden nach einem fest umrissenen, beinahe universellen Schema statt. Höhepunkt der Zeremonie ist die Enthüllung. Im allgemeinen ist die erstmalige Präsentation eines Symbols in der Öffentlich-

⁷ L. Niethammer, Umständliche Erklärung der seelischen Störung eines Communalbaumeisters in Preußens größtem Industriedorf, Frankfurt/M. 1979, 34.

keit – sei es die Benennung einer Straße nach einer bestimmten Persönlichkeit, sei es die Enthüllung eines Denkmals zum Gedenken einer Person – auf ein bestimmtes Datum verlegt. Die Zeremonie findet meist zu einem Zeitpunkt statt, der mit dem präsentierten Symbol in direktem Zusammenhang steht: Am Geburts- oder Todestag einer Persönlichkeit, zum Jahrestag einer siegreichen Schlacht oder an ein anderes historisches Ereignis anknüpfend. Gewöhnlich werden gerade Daten bevorzugt, wie etwa 50 Jahre oder 25 Jahre. Der Ablauf der Zeremonie ist beinahe immer der gleiche; ein geladenes Publikum zusammen mit den öffentlichen Persönlichkeiten, die Reden halten. Die Zeremonie ist meist feierlich, je nach Bedeutung des vorgestellten Symbols. Die Bedeutung der öffentlichen Persönlichkeiten, die an der Zeremonie teilnehmen, richtet sich nach der Bedeutung des Symbols. Welche Bedeutung dem Symbol amtlicherseits beigemessen wird, kann anhand der gehaltenen Reden abgelesen werden. Darin werden der politische und ideologische Wert eines öffentlichen Symbols mitgeteilt und die offizielle Auslegung seiner gesellschaftlich-politischen Bedeutung bekanntgegeben.

3. Die politischen Funktionen des kanonischen Systems

3.1. Der Identifikations- und Definitionswert

Anhand der im öffentlichen Leben auftretenden politischen Symbole lassen sich die politischen und ideologischen Orientierungen bestimmen, die für die Gesellschaft insgesamt verbindlich sind. Bei seinem Versuch, die Charakteristiken Argentiniens zu deuten und zu analysieren, kommt V. S. Naipaul zu folgendem Schluß:

»(...) but the country has yet no idea of itself. Streets and avenues are named after presidents and generals, but there is no art of historical analysis... There is legend and antiquarian romance, but no real history. There are only annales of rulers, chronicles of events (...)«⁸

Daß Naipaul in diesem Zusammenhang Straßennamen in Buenos Aires erwähnt, geschieht nicht rein zufällig. Die Personen, derer im öffentlichen Leben gedacht wird, stellen einen wichtigen Bestandteil der historischen Erinnerung dar. Die historischen Personen definieren, was man metaphorisch als das »nationale Pantheon« bezeichnen kann, zu dem die Gründerväter, die ideologischen Väter, die Nationalhelden und die Schlüsselfiguren der nationalen Kultur gehören. In der Geschichtsauslegung und Vergangenheitsdeutung erfüllt das Pantheon eine wichtige Rolle. Eine ähnliche Aufgabe haben auch die offi-

⁸ V. S. Naipaul, *The Return of Eva Peron*, Harmondsworth 1981, 140.

ziellen Gedenktage oder die historischen Ereignisse, derer im öffentlichen Leben gedacht wird. Außer der Repräsentation einer politischen Entität stellen die staatlichen Symbole auch das festgelegte und repräsentative Erbe der Vergangenheit und die historische Tradition einer Gesellschaft dar. Denkmäler und Straßennamen zum Beispiel dienen der Konservierung einer für die Gesellschaft gültigen Vergangenheit, festgelegt von den gleichen, die auch bestimmen, welcher Persönlichkeiten und Ereignisse mittels Denkmälern oder Straßennamen gedacht werden soll. Gemeinsam mit den Gedenktagen, den Briefmarken und den Geldscheinen machen sie die Vergangenheit zu einem festen Bestandteil der Gegenwart und präsentieren somit das für die jeweilige Gesellschaft gültige Geschichtsbild.

Darüber hinaus können bestimmte Mitglieder des Pantheons auch als »Vorbilder« hingestellt werden, und die symbolische Bedeutung, die ihnen und ihrem Wirken beigemessen wird, gilt als Richtschnur für Verhalten und Handeln in Gegenwart und Zukunft. Sie sind die »Helden«, und die Bedeutung, die ihnen und ihren Taten zugeschrieben wird, erfüllt eine wichtige Funktion bei der Festlegung eines für die Gesellschaft verbindlichen Wertsystems. Geographische Begriffe auf Straßenschildern, Briefmarken und Geldscheinen legen das nationale Territorium fest und präsentieren die nationale Geographie durch Bestimmung ihrer verschiedenen Einzelteile. Auch Institutions- und Organisationsnamen können die nationale Zugehörigkeit dieser Organisationen durch direkte verbale Bezugnahme zum Ausdruck bringen.

Das kanonische Symbolsystem ist demnach nichts anderes als ein Zeichensystem, das den formulierten Text einer kollektiven Identität definiert, festgelegt von denen, die die Identität der Gesellschaft bestimmen.⁹ Das politische Zentrum bestimmt die offizielle Ideologie und demgemäß auch die Symbole, die auf Straßenschildern, Briefmarken und Geldscheinen erscheinen. Es bestimmt auch, wem zu Ehren Denkmäler errichtet und welchen Ereignissen Gedenktage gewidmet werden. Die Symbole des kanonischen Systems müssen Botschaften vermitteln, die der herrschenden Ideologie entsprechen. Es kommt allerdings vor, daß die durch die öffentlichen Symbole vermittelte Botschaft der dominanten Ideologie konträr entgegengesetzt ist. Ein Beispiel hierfür gibt es in Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste. Dort tragen einige Straßen die Namen französischer Kolonialhelden, obwohl die offizielle Staatsdoktrin national-antikolonialistisch ist.¹⁰ Doch derartige Fälle sind selten und deuten auf die politische Schwäche der Machthaber, oder auf mangelnde Erkenntnis, welchen Repräsentationswert die Symbole im öffentlichen Leben haben.

⁹ Über »kollektive Identität« siehe: W. J. M. Mackanzy, *Political Identity*, London 1977.

¹⁰ A. Bänziger, Jeder Kolonialheld hat seine Straße, *Frankfurter Rundschau*, 7. 1. 1983.

3.2 Der propagandistische und erzieherische Wert

Ein politisches Symbol, das in der Öffentlichkeit auf einem Symbolträger erscheint, ist gleichsam der Punkt, an dem sich die herrschende Ideologie und das politische Bewußtsein des einzelnen begegnen. Das kanonische Symbol dient als Vermittler zwischen dem politischen Zentrum und der Peripherie, die zugleich Zielgruppe ist und an die sich die Propaganda des politischen Zentrums richtet. Die kanonischen Symbole sind, neben dem Erziehungssystem und den Massenmedien, Propagandamittel, die politische und ideologische Botschaften vom politischen Zentrum an die Bevölkerung übermitteln. Gegenüber den anderen Medien – die bekannter sind und häufiger untersucht werden – haben sie den Vorteil, daß sie ein fester Bestandteil der unmittelbaren Umgebung sind, in dem sich das menschliche Leben abspielt. Mit ihrer Hilfe wird die herrschende Ideologie zu einem festen Bestandteil des öffentlichen Lebens. Allerdings muß zwischen den verschiedenen Symbolen unterschieden werden. Fahnen, Denkmäler und Hymnen sind natürlich auch ein fester Bestandteil des öffentlichen Lebens, aber ihre politische Bedeutung ist unmißverständlich und wohlbekannt. Das Zeremoniell und die Feierlichkeit, die sie umgeben, schaffen eine klare Trennungslinie zwischen ihnen und dem täglichen Leben.

Ganz anders verhält es sich bei Straßennamen, Briefmarken und Geldscheinen. Letztere haben eine bekannte und fest umrissene Gebrauchsfunktion, die denjenigen, der mit ihnen in Berührung kommt, häufig davon ablenkt, daß auch sie politische Motive präsentieren, die ein fester Bestandteil des herrschenden ideologischen Systems sind. Die Politisierung dieser Symbolträger hat zur Folge, daß die herrschende Ideologie in Lebensbereiche eindringt, die scheinbar unpolitisch sind. Wenn man nicht will, so muß man keine Zeitungen lesen oder sich politische Sendungen im Fernsehen ansehen, und sobald bei Sendeschluß die Nationalhymne erklingt, kann man den Fernseher abschalten. Aber die Benutzung von Geldscheinen und Briefmarken, sowie das Aussprechen und Schreiben von Straßennamen ist unvermeidlich. Es ist gerade die Einfachheit und vermeintliche Unwichtigkeit dieser alltäglichen Symbolträger, die sie zu effizienten Mitteln machen, mit deren Hilfe die herrschende Ideologie in den Privatbereich eindringen kann.

In welcher Weise das politische Zentrum von den politischen Symbolen – vor allem Fahnen und Hymnen – Gebrauch macht, um die Bevölkerung zu mobilisieren – man beachte den Ausdruck »zu den Fahnen rufen« –, ist mehrfach untersucht worden.¹¹ Das gilt besonders für Gesellschaften und politische

¹¹ Zu diesem Thema siehe: R. Smend, Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze, Berlin 1968²; D. J. Friedrich, Symbole und Stereotype, in: ders., Der Verfassungsstaat der Neuzeit, Berlin 1953; T. Geiger, Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit, München 1963; K. Mannheim, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, Darmstadt 1958.

Gruppierungen – Bewegungen und Parteien –, in denen die ideologischen Werte für alle verbindlich sind. Daß politische Symbole im öffentlichen Leben auftreten, ist jedoch besonders in den Gesellschaften von Bedeutung, in denen es dem politischen Zentrum an öffentlicher Legitimität fehlt.¹² In solchen Fällen unternimmt das Regime bewußte Anstrengungen, seine Ideologie der gesellschaftlichen Peripherie aufzuzwingen, in der Absicht, dadurch unerwünschte politische Loyalitäten zu überwinden und das politische Bewußtsein der Bevölkerung so zu formen, daß der Konsensus entsteht, der dem Regime zu der für sein Bestehen unabdingbaren Legitimation verhilft.¹³

Politische Regierungsformen gebrauchen alle verfügbaren Indoktrinationsmittel, um das von ihnen erwünschte politische Bewußtsein hervorzubringen. Edward Shils beschreibt diesen Prozeß folgendermaßen:

»The center, when it is effectively expanding, controls the institutions of communication: schools, churches, and if the society is a literate one, many of the organs for the presentation of representations of the world (...)«¹⁴

Das politische Zentrum bedient sich der verschiedenen Symbolträger, um seine Ideologie zu präsentieren. In den meisten Fällen kontrolliert es nicht nur das Erziehungssystem und die Massenmedien, es kann auch festlegen, welche Namen auf die Straßenschilder und welche Motive auf die Briefmarken kommen, sowie wem zu Ehren Denkmäler errichtet werden. Das Regime, das die kanonischen Symbole der Gesellschaft bestimmen kann, bemüht sich, die Umwelt entsprechend seiner Ideologie zu gestalten. Die Symbole repräsentieren hierbei die herrschende Ideologie. Ihre Festlegung auf den Symbolträgern bedeutet die Präsentation der dominanten Ideologie in der Öffentlichkeit. Die Politisierung der Symbolträger ist ein einfaches und wirksames Mittel, der Bevölkerung politische und ideologische Botschaften zu übermitteln. Die Symbolträger werden derart zu Propagandaträgern und zu Vermittlern zwischen dem politischen Zentrum und der Zielgruppe, das heißt der Bevölkerung. Darüber hinaus ist die Politisierung der Symbolträger eine Machtdemonstration des politischen Zentrums gegenüber der Peripherie. Mit der öffentlichen Präsentation »seiner« Symbole macht das politische Zentrum sein Recht geltend, »seine« Ideologie zur herrschenden zu machen.

¹² Über die Rolle der Staatssymbole in der Gestaltung eines Staatsbewußtseins siehe: S. Rokkan, *Models and Methods in the Comparative Study of Nation-Building*, in: *Acta Sociologica* 12, 1968.

¹³ E. Shils, *Tradition*, Chicago 1981, 254.

¹⁴ *Ibid.*, 249.

4. *Über die Dynamik des Polysystems*

Das Polysystem der öffentlichen politischen Symbole ist zeitlichen Veränderungen unterworfen. Die Dynamik des Polysystems ist ein Teil der politischen und ideologischen Veränderungen in der Gesellschaft. Die Veränderungen im Polysystem lassen sich in zwei Kategorien einteilen: Veränderungen, die unabhängig von den Änderungen in der herrschenden Ideologie stattfinden; und Veränderungen, die im Polysystem mitunter als Folge drastischer politischer Umwälzungen stattfinden, die sich in radikalen Änderungen der politischen Kräfteverhältnisse, dementsprechend auch in den herrschenden politischen Doktrinen und Ideologien niederschlagen.

Die erste Kategorie zeichnet sich vor allem durch Hinzufügen kanonischer Symbole aus, die ein Ergebnis der historischen Ereignisse sind. Kriege bringen neue Helden hervor, nach denen Straßen benannt und zu deren Ehren Denkmäler errichtet werden. Die Schauplätze wichtiger Schlachten werden zu Gedenkstätten, und historische Daten werden im nationalen Kalender als Gedenktage verbucht. Bedeutende Staatsmänner, die verstorben sind, werden ein Teil der historischen Erinnerung und ihr Andenken mittels Straßenschildern, Briefmarken und vielleicht sogar Denkmälern bewahrt. Das Hinzufügen neuer Symbole führt manchmal zu Problemen, da wichtige und zentrale Symbolträger bereits andere Symbole tragen. Das läßt sich beispielsweise daran verdeutlichen, wie man wichtiger Staatsmänner durch Straßennamen gedenkt. Zum Andenken an David Ben-Gurion, dem Gründervater des Staates Israel, benannte die Stadt Tel Aviv eine zentrale Allee nach ihm. Dadurch verschwand der traditionelle Name dieser Allee. Ähnliches geschah auch in Paris, wo man eine zentral gelegene Straße nach General de Gaulle umbenannte. Es kommt auch vor, daß Symbole auf neuen Symbolträgern oder auf solchen erscheinen, die vorher keine Symbole trugen. In Israel zum Beispiel wurde der internationale Flughafen »Ben-Gurion-Flughafen« genannt. Der neue Pariser Flughafen wurde nach de Gaulle benannt. Die Benutzung der Flughäfen als Symbolträger geht mit ihrer wachsenden Bedeutung im Zeitalter des Massentourismus einher, die den repräsentativen Symbolen maximale Exponiertheit garantiert. Darüber hinaus sind bei Staatsbesuchen nicht mehr die Bahnhöfe oder Seehäfen, sondern die Flughäfen Schauplatz der Begrüßungszeremonien, wodurch sie zu besonders geeigneten Symbolträgern werden für die Präsentation von Schlüsselfiguren des nationalen Pantheons.

Bezeichnend für die Dynamik des kanonischen Symbolsystems ist, daß einerseits neue Symbole ins Zentrum des Systems hereingenommen, andererseits alte vom Zentrum verdrängt werden. Die verdrängten Symbole hören deswegen nicht auf, kanonisch zu sein, aber ihr Bedeutungsgrad verringert sich. Sie erscheinen nicht mehr auf neuen Symbolträgern und geraten allmählich in Vergessenheit. Das fällt besonders bei den Straßennamen auf, die nach mehr oder weniger unbekannten Mitgliedern des nationalen Pantheons benannt sind. Die

Symbole, die im kanonischen System einen hohen Rang einnehmen, treten immer wieder von neuem auf Symbolträgern auf.

Die zweite Kategorie umfaßt diejenigen Veränderungen im Polysystem, die nach einer Abwandlung der offiziellen Ideologie stattfinden. Besonders auffällig ist dies nach einem politischen Umsturz, in dessen Verlauf ein politisches Zentrum mit einer Ideologie von einem anderen mit einer anderen Ideologie abgelöst wird. In der Regel schlagen sich radikale politische Veränderungen sofort in Änderungen des kanonischen Systems nieder. Zu den ersten »Opfern« gehören die Symbole, die unmißverständlich mit dem alten Regime identifiziert werden. In der Praxis bedeutet dies, daß die unerwünschten Symbole von ihren Trägern entfernt werden: Denkmäler werden demoliert, Straßen umbenannt, Briefmarken und Geldscheine aus dem Verkehr gezogen. Nach der Revolution Chomeinis im Iran wurden die Denkmäler des gestürzten Schah zerstört und verschwanden aus dem Teheraner Stadtbild. Auch die nach dem Schah benannte zentrale Allee wurde umbenannt.¹⁵ 1952, nach der Revolution der »freien Offiziere« in Ägypten, verschwand das Bild des abgesetzten Königs Faruk von den Fünfpfisterscheinen.¹⁶

Vordringliche Aufgabe jedes neuen Regimes ist, seine Symbole sofort und auffällig zu präsentieren. Nach der marxistischen Revolution 1973 in Äthiopien wurde im Zentrum Addis Abebas ein monumentales Denkmal zu Ehren Lenins errichtet. Ein weiteres Beispiel ist Vietnam. Dort wurde 1975, unmittelbar nach dem Sieg Nordvietnams und der Vereinigung Nord- und Südvietnams, die Hauptstadt Südvietnams Saigon nach Ho-Chi-Minh benannt. In diesem Fall präsentierte man das zentrale Mitglied des nordvietnamesischen Pantheons in einer Weise, die nicht augenfälliger hätte sein können. Das Auftreten neuer Symbole ist eine klare politische Proklamation. Sie teilen mit, daß politische Veränderungen stattgefunden und sich die Kräfteverhältnisse und offizielle Doktrin radikal verändert haben.

Die Veränderungen im kanonischen System nach drastischen politischen und ideologischen Änderungen können durch vier verschiedene Vorgänge beschrieben werden. Zwei beziehen sich auf die alten Symbole, die vor dem politischen Umsturz die herrschende Ideologie repräsentierten. Die beiden anderen beziehen sich auf die neuen Symbole, die nach der Veränderung zu Bestandteilen des kanonischen Systems werden.

Der erste Vorgang, der sich auf die alten Symbole bezieht, ist ein Entkanonisierungsprozeß von Symbolgruppen, die politische und ideologische Orientierungen repräsentierten, die nicht mehr Teil des neuen, offiziellen ideologischen Systems sind. Tritt eine Veränderung ein, steht zu erwarten, daß die zu diesen Gruppen gehörenden Symbole sofort oder allmählich von den Symbol-

¹⁵ V. S. Naipaul, *Among the Believers*, Harmondsworth 1981, 78.

¹⁶ *Der Spiegel* 27/1953, 35.

trägern entfernt werden. Der zweite Vorgang ist die Übernahme traditioneller Symbole durch das neue politische Zentrum, da sie nach wie vor Ausdruck der neuen offiziellen Doktrin sind. Diese alten Symbole bleiben weiterhin Teil des kanonischen Systems. Möglich ist allerdings, daß im Zuge ihrer Übernahme – manchmal sogar ihrer Aneignung – durch das neue Regime sich Akzente verschieben und Bedeutungen verändern, wodurch die alten Symbole neue Auslegungen erhalten. Parallel dazu wird alten Symbolen, deren Bedeutung im alten kanonischen System zweitrangig war, im neuen System eine zentrale Rolle zugewiesen oder umgekehrt. Wichtig ist, daß alte Symbole, die nach einer radikalen politischen Veränderung als Teil des kanonischen Systems bestehen bleiben, historische Kontinuität designieren.

Der erste Vorgang, der sich auf die neuen Symbole bezieht, die dem kanonischen System angefügt werden, ist die Kanonisierung von Symbolen, die vor der Veränderung nichtkanonisch oder gar verboten waren, und ihre Umwandlung in legitime kanonische Symbole. Die neuen kanonischen Symbole, die für das neue politische Zentrum besonders repräsentativ sind, gehören fortan zum Zentrum des postrevolutionären Systems.

Der zweite Vorgang ist eine erneute Indienstnahme von Symbolen, die früher dem kanonischen System angehörten, aber einen Entkanonisierungsprozeß durchlaufen haben. Dieser Vorgang ist eine Rekanonisierung, in dessen Verlauf alt-neue Symbole wieder zu Teilen des kanonischen Systems werden.

Wird ein politisches Zentrum durch ein anderes ersetzt, müssen nicht unbedingt Veränderungen im offiziellen ideologischen System eintreten. Sie können auch nach einer Teilmodifikation der offiziellen Doktrin auftreten. Manchmal ändert das politische Zentrum Teile seiner offiziellen Doktrin, was zu einer entsprechenden Änderung im kanonischen System führt. Die alten Symbole der alten politischen Linie durchlaufen einen Entkanonisierungsprozeß und werden durch neue kanonische Symbole ersetzt, die auch die neue ideologische Richtung repräsentieren. Auch hier sind die Systemveränderungen eindeutig: Sie sind Teil der weltanschaulichen Veränderung und zeigen an, daß zugleich ein bedeutender doktrinärer Wandel stattgefunden hat. Dies ist besonders wertvoll in autoritären Staaten, wo keine offene und öffentliche Diskussion über politische und ideologische Fragen stattfindet. Dort sind die Veränderungen, die im kanonischen System eintreten, klare Indikatoren einer Korrektur der offiziellen Doktrin.

Eine politische oder ideologische Veränderung – und sei sie auch auf revolutionärem Wege zustande gekommen – muß nicht sofort zu Veränderungen im kanonischen System führen. Manchmal treten tiefgreifende Veränderungen im Polysystem sofort nach der politischen Veränderung ein, manchmal aber dauert es, bis der politische Wandel sich in Veränderungen im Polysystem auswirkt. Das Tempo der Veränderungen hängt von der Stärke des neuen politischen Zentrums ab; auch davon, inwieweit es sich der Bedeutung der öffentlichen politischen Symbole bewußt ist. Darüber hinaus kann der Formie-

rungsprozeß einer neuen kanonischen Struktur besonders dann langwierig sein, wenn das alte Regime seine Symbole auf vielen Symbolträgern präsentiert hat. Denkmäler zu demolieren und Briefmarken aus dem Verkehr zu ziehen ist relativ einfach zu bewerkstelligen, aber Hunderte oder gar Tausende von Straßen umzubenennen ist etwas, was Anstrengung und Zeit erfordert. Daher werden mitunter nichtkanonische Symbole auch nach der politischen Veränderung öffentlich präsentiert – als Zeugen einer vergangenen Epoche, in der diese Symbole zur offiziellen Ideologie gehörten.

2. Kapitel

Der historische Hintergrund – Die Verbreitung politischer Symbole im öffentlichen Leben in Deutschland 1813–1945

Der historische Hintergrund eröffnet ein wichtiges Verständnis für die Änderungen, die nach 1945 im politischen Symbolsystem des öffentlichen Lebens in Deutschland eintraten. Der 8. Mai, der Tag der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches, stellt zwar einen Bruch in der Kontinuität der deutschen Geschichte dar, doch keinesfalls eine Stunde Null, vor der es überhaupt nichts gegeben hätte. Das gilt gleichermaßen für Westdeutschland wie für Ostdeutschland. Man muß sich vor Augen halten, daß der Kanonisierungs- und der Entkanonisierungsprozeß politischer Symbole, der in der DDR nach 1945 stattfand, sich auf Symbolgruppen – und dementsprechend auch auf ideologische Orientierungen – bezog, die vor 1945 im politischen Leben Deutschlands eine wichtige Aufgabe erfüllt hatten.

Aber der 8. Mai 1945 stellte nicht den ersten Bruch dar in der Kontinuität der modernen Nationalgeschichte Deutschlands. Davor gab es bereits drei bedeutungsvolle Ereignisse:

- 1871 – Gründung des Deutschen Reiches und eines deutschen Nationalstaats;
- 1918 – Ende des Kaiserreichs und Ausrufung der Weimarer Republik;
- 1933 – Ende der Republik und Beginn des Dritten Reichs.

In diesem einleitenden Kapitel soll der historische Hintergrund dargestellt werden, der zum Verständnis des Aufbaus und der Gestaltung des kanonischen Symbolsystems in der DDR nach 1945 notwendig ist. Beschrieben werden soll, wie man sich in den vier historischen Epochen der verschiedenen Präsentationsmittel bediente, damit die herrschenden gesellschaftlichen Ideologien und Doktrinen im öffentlichen Leben verbreitet werden konnten. Auch die nichtkanonischen politischen Symbole im öffentlichen Leben werden berücksichtigt. Die Darstellung ist schematisch. Analysiert werden die grundlegenden Prozesse, die sich in der jeweiligen Epoche im Polysystem der Symbole abspielten. Von den vielen Symbolen, die im öffentlichen Leben vorkamen, werden nur die besonders wichtigen oder die von außergewöhnlicher Bedeutung erwähnt.

1. Preußen-Deutschland 1813–1871

Der Deutsche Bund – die politische Entität, die nach dem Wiener Kongreß die deutschen Länder einigte – war lediglich ein loser konföderativer Rahmen. In der Praxis genossen die verschiedenen Länder nahezu völlige Souveränität. Die nationale Realität Deutschlands war partikularistisch und die politische Hegemonie einerseits in Preußen und andererseits in Österreich konzentriert. Die herrschende politische Idee war dynastisch, die in unterschiedlichen Varianten in den meisten staatlichen Entitäten – die Hansestädte beispielsweise bildeten eine Ausnahme – gültig war.

Im Zentrum des damaligen kanonischen Symbolsystems stand die Symbolgruppe, die die dynastische Idee repräsentierte. Diese Symbolgruppe überschchnitt sich in allen staatlichen Entitäten mit der Symbolgruppe, die die jeweilige partikuläre Orientierung repräsentierte, wie beispielsweise der preußischen in Preußen, der sächsischen in Sachsen und der bayerischen in Bayern. Diese Symbolgruppen repräsentierten in allen staatlichen Entitäten die offiziellen politischen und ideologischen Orientierungen, und im öffentlichen Leben erschienen die entsprechenden Symbole in der Regel auf staatlichen und amtlichen Symbolträgern. Aber im öffentlichen Leben kamen auch Symbole vor, die nicht offizielle ideologische Optionen repräsentierten. Dazu gehörten vor allem die nationalen Symbole, die ihrer Definition nach überpartikular und dazu bestimmt waren, die Gesamtheit der deutschen Nation zu repräsentieren. Die verschiedenen deutschen Herrscher waren einerseits Repräsentanten der dynastischen Idee, andererseits standen sie für staatliche Souveränität der einzelnen politischen Entitäten, wodurch sie auch zu partikularistischen Symbolen wurden. Das Bildnis des partikularen Herrschers erschien auf Münzen, geprägt von den einzelnen politischen Entitäten. Es befand sich auf neuen Symbolträgern – den Briefmarken –, die in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal in Deutschland herauskamen. So erschienen Briefmarken mit den Königen von Sachsen (1851), von Preußen (1856) und von Hannover (1859).¹⁷

Wegen seiner Funktion im Bund und danach im Deutschen Reich kommt dem preußischen Partikularsystem eine besonders wichtige Rolle zu. Während der Befreiungskriege im Dezember 1813 wurden die Straßenschilder in den drei preußischen Residenzstädten Berlin, Potsdam und Charlottenburg vom preußischen Staat »verstaatlicht«. Bis dahin war der Berliner Magistrat für die Benennung von Straßen und Plätzen in der preußischen Hauptstadt verantwortlich. Nach einem königlichen Erlaß vom 20. Dezember 1813 sollten Straßennamen in Berlin, Potsdam und Charlottenburg nach einem vom Magistrat und Polizeipräsidium gemeinsam eingereichten Vorschlag vergeben werden. Der

¹⁷ Michel. Briefmarken-Katalog Deutschland 1982, 34, 44, 46.

endgültige Name wurde in einer Ausweisung der königlichen Kabinettsordre bekanntgegeben.¹⁸ Mit dem königlichen Erlaß vom Dezember 1813 wurden die Straßenschilder in Berlin zu offiziellen Symbolträgern des preußischen Staates. Künftige Straßennamen sollten den Ruhm Preußens und der in Preußen regierenden Hohenzollerndynastie präsentieren.

Einer der dynastischen Namen in Berlin ist der »Königsplatz«: Auf diesem Platz wurde später der Reichstag erbaut.¹⁹ Seinen Namen hatte der Platz 1864 erhalten, nach einer Entscheidung des königlichen preußischen Kabinetts. Zuvor waren Vorschläge der Anwohner und auch der Vorschlag des Berliner Magistrats abgelehnt worden; der Magistrat bevorzugte den Namen »Friedrichsplatz«, zu Ehren Friedrichs II., der auf diesem Platz seine Militärparaden abgehalten hatte. Die Namen der preußischen Herrscher wurden auf Straßenschildern verewigt, und man errichtete ihnen zu Ehren Denkmäler. Das wichtigste war das im Juni 1851 auf Berlins Hauptstraße »Unter den Linden« enthüllte Denkmal Friedrichs II. Die ursprüngliche Absicht der Denkmalerbauer war, den preußischen Herrscher als einigendes Symbol des deutschen Volkes darzustellen.²⁰ Aber die Enthüllungszeremonie stand im Schatten der Tagesereignisse, vor allem aber der fehlgeschlagenen Revolution von 1848/49. Die Zeremonie wurde statt dessen zu einer »Siegesfeier der konservativen Nation«.²¹

Friedrich der Große war zwar ein besonders herausragendes Symbol des preußischen Ruhms, aber bei weitem nicht das einzige. Andere Ruhmessymbole Preußens waren die preußischen Siegesymbole, unter denen die Namen siegreicher Generäle und gewonnener Schlachten einen Ehrenplatz einnahmen. Bereits 1814/15, kurze Zeit nach Verstaatlichung der Straßenschilder, erschienen in Berlin die Siegesymbole der Befreiungskriege. Auf das Brandenburger Tor wurde das Kreuz der Befreiungskriege gesetzt; auf den Siegeskranz, den die Siegesgöttin Viktoria trägt. Namen und Bildnisse der siegreichen Generäle Blücher, Scharnhorst, Yorck und Gneisenau wurden in Stein und Emaille verewigt. Die Büsten der preußischen Generäle wurden 1822 und 1855 seitlich und gegenüber der Neuen Wache aufgestellt. 1864 wurden im Süden Berlins Straßen nach Yorck, Gneisenau und Blücher benannt. Auch der preußische Sieg über Österreich 1866, der endgültig die Hegemonie Preußens im Deutschen Bund besiegelte, wurde auf Straßenschildern verewigt. Im gleichen Zuge wurde eine Straße nach Feldmarschall Moltke und eine nach dem preußischen Kriegsminister von Roon benannt.²² Ein Jahr später wurde zum Andenken an

¹⁸ K. Katzur, *Berlins Straßennamen*, Berlin 1968, 5.

¹⁹ H. Vogt, *Die Straßennamen Berlins*, in: *Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins*, Berlin 1885, 47.

²⁰ Siehe: H. Fischer, *Denkmal-Besetzung. Denkmal, Politik und Lied in Berlin*, in: A. Kaiser (Hrsg.), *Denkmalbesetzung. Preußen wird aufgelöst*, Berlin 1982.

²¹ T. Nipperdey, *Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jh.*, in: *Historische Zeitschrift* 213, 1968, 540.

²² Vogt, *Straßennamen*, 64, 77.

das böhmische Schlachtfeld, auf dem der Sieg über Österreich errungen worden war, eine Straße Königgrätzer Straße genannt.²³

Das damalige kanonische System in Deutschland setzte sich aus monarchistischen und partikularistischen Symbolen zusammen. Neben dem kanonisierten Symbolsystem gab es auch noch die nationalen Symbole, die in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufkamen. Sie lassen sich in zwei Kategorien einteilen: 1. die revolutionären Symbole der demokratischen Bewegung, denen der Gedanke der politischen Freiheit zugrundelag im Gegensatz zur herrschenden monarchistischen Idee; und 2. die nationalen Symbole, die, ohne mit einer Bewegung verbunden zu sein, sich auf eine »deutsche Nation« bezogen. Freilich war der nationale Gedanke an und für sich schon revolutionär: Die Idee einer Einigung Deutschlands zu einer einzigen politischen Entität strebte die Errichtung einer neuen politischen Ordnung an.

Das wichtigste national-revolutionäre Symbol Deutschlands war die 1817 zum ersten Mal auftretende schwarz-rot-goldene Fahne, die danach in ganz Deutschland die Fahne der Burschenschaften wurde. Die deutschen Herrscher faßten die revolutionäre Bewegung und den Nationalgedanken als Bedrohung auf. Auf einer 1832 einberufenen Bundesversammlung verbot man das öffentliche Hissen dieser Fahne. 1848 wehte sie über der Frankfurter Paulskirche, obgleich nur eine Minderheit der Abgeordneten sie als Fahne des geeinten Deutschlands anerkannte. Der radikale Flügel sah in ihr die Fahne der revolutionären Republik. In Frankfurt stand auch die künftige Hauptstadt der Nation zur Debatte. Besonders interessant ist der Vorschlag, der Frankfurt zur Hauptstadt des geeinten und demokratischen Deutschlands machte.²⁴

Aber die Revolution schlug fehl, und Deutschland wurde später durch Preußen »von oben« geeinigt. Frankfurt und die Farben Schwarz-Rot-Gold wurden zu Symbolen der revolutionär-demokratischen Bewegung, was zur Folge hatte, daß man sie später als repräsentative Symbole des geeinten Deutschlands nicht anerkannte.

Ein wichtiges Mitglied des entstehenden nationalen Pantheons war der Dichter Friedrich Schiller. 1839 errichtete man in Stuttgart, der Hauptstadt Württembergs, ihm zu Ehren ein Denkmal. 1859 legte man in Berlin in einer feierlichen Zeremonie den Grundstein für ein Schiller-Denkmal.²⁵ Dies war ein Zeichen der überpartikularen Bedeutung des schwäbischen Dichters, der dadurch zum zentralen Mitglied des gesamtdeutschen Pantheons wurde. Ein weiteres Beispiel ist der germanische Held Hermann (Arminius), der im Jahre 9 n. Chr. drei römische Legionen vernichtete. Er war der erste Germane, der in die Ge-

²³ Ibid., 46–47.

²⁴ Über das Thema »Hauptstadt« siehe: G. Brunn, Die deutsche Einigungsbewegung und der Aufstieg Berlins zur deutschen Hauptstadt, in: T. Schieder / G. Brunn (Hrsg.), Hauptstädte in europäischen Nationalstaaten, München, Wien 1983, 18–19.

²⁵ Über Schiller: Nipperdey, Nationalidee, 558.

schichtsbücher einging. Die Errichtung des Hermannsdenkmals im Teutoburger Wald – der Schauplatz der Schlacht – geschah auf Initiative des Privatmanns Ernst von Bandel, der das Denkmal konzipierte und auch das benötigte Geld sammelte.²⁶ Sein Gedanke war, daß das ganze Volk bei der Finanzierung des Projekts mithelfen sollte, dazu bestimmt, den deutschen Helden der Frühzeit und den glorreichen Eintritt der Germanen in die Weltgeschichte zu verewigen.

Die nationalen Symbole, die mittels Denkmälern Größe und Ruhm der deutschen Nation zum Ausdruck brachten, wurden seit Mitte des 19. Jahrhunderts immer zahlreicher. Für die erstarkende Nationalbewegung waren monumentale Denkmäler, die gesamtdeutsche Motive darstellten, Mittel zur Bildung eines Nationalbewußtseins der Deutschen, die sich ihrer Vergangenheit und ihrer selbst bewußt waren.

2. Das Kaiserreich 1871–1918

Das Polysystem politischer Symbole, die nach der Reichsgründung 1871 im öffentlichen Leben auftraten, zeichnete sich vor allem durch den Widerspruch zwischen der partikularen und der nationalen Orientierung aus. Erstere war weiterhin ein wichtiger Bestandteil des kanonischen Systems, während letztere immer mehr ins Zentrum des Symbolsystems rückte. Der Nationalisierungsprozeß der preußischen Symbole war für die Bildung einer Reichsidentität von großer Bedeutung. Die preußischen Symbole wurden fürderhin zu Reichssymbolen und somit auch zu national-deutschen Symbolen; ein Ausdruck der politischen Hegemonie Preußens. Gleichzeitig kamen auf die traditionellen Symbolträger alte und neue Nationalsymbole, was vor 1871 und vor der Umwandlung des Nationalgedankens in eine offizielle Doktrin undenkbar war.

Die Reichsgründung führte zu keiner Entkanonisierung der dynastisch-partikularen Symbole. Das lag daran, daß das Deutsche Reich ein föderatives Gebilde war. Die verschiedenen politischen Entitäten bestanden auch weiterhin; das Reich war der übergeordnete staatliche Rahmen, der die verschiedenen politischen Entitäten mit einschloß. Die deutschen Staaten behielten weiterhin ihre Fahnen und Hymnen bei. Württemberg und Bayern besaßen eigene Postdienste und gaben eigene Briefmarken mit den Bildnissen bayerischer und württembergischer Herrscher heraus.²⁷ Aber die Partikularherrscher wurden auch zu repräsentativen Symbolen des Deutschen Reiches erklärt. Die Herrscher von Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig und Baden kamen auf die

²⁶ Zum Hermannsdenkmal: Nipperdey, *Nationalidee*, 567–573; G. Mosse, *The Nationalization of the Masses*, New York 1975.

²⁷ Michel, 22–23, 56.

Münzen des Reiches.²⁸ 1902 liefen zwei Schlachtschiffe der kaiserlichen Flotte vom Stapel, benannt nach den regierenden Dynastien Bayerns und Sachsens: »Wittelsbach« und »Wettin«.²⁹

Im Zentrum des kanonischen Systems kamen außer den partikularen Symbolen auch nationale Symbole der Kultur und Geschichte der deutschen Nation vor. Derartige Symbole tauchten auf den Berliner Straßenschildern auf. Im November 1871 enthüllte man in Berlin das oben erwähnte Schiller-Denkmal; auch der Standort des Denkmals wurde nach dem Dichter benannt. 1872 wurde eine Straße nach Beethoven benannt, 1879 die Namen Lessings und Handels auf Straßenschildern verewigt und ein Platz nach Hermann dem Cherusker benannt.³⁰ Das Durchsetzen einer nationalstaatlichen Idee drückte sich in Preußen auch noch auf andere Art aus: man benannte Straßen nach deutschen Städten jenseits der preußischen Grenzen. 1875 tauchten in Berlin die Namen »Bremer Straße« und »Lübecker Straße« auf. Ein Jahr später kam die »Nürnberger Straße« hinzu.³¹ Diese Namen verwiesen auf eine Geographie, die nicht mehr auf die Grenzen einer partikularen Einheit beschränkt war.

Nationale Symbole dieser Art sind überparteilich; sie gehören der gesamten deutschen Nation an und stehen über den unterschiedlichen politischen Anschauungen. Es gab jedoch auch nationale Symbole, die mit bestimmten politischen Doktrinen identifiziert wurden. Ein solches Symbol war die schwarz-weiß-rote Fahne. Sie war zwar nie die offizielle Reichsfahne, hatte aber als Flagge der kaiserlichen Kriegsflotte de facto diese Funktion. Im März 1897 befahl der Kaiser, daß die Einheiten der kaiserlichen Armee neben den Fahnen der verschiedenen deutschen Staaten auch die schwarz-weiß-rote Fahne führen sollten. Damit drang in die Armee, dem traditionellen Bollwerk der partikularistischen Ordnung, ein nationales Element ein.³²

Nationale Symbole, die besonders nach der Reichsgründung hervorstachen, waren die Siegesymbole des Krieges 1870/71, der zur Reichsgründung geführt hatte. Der militärische Sieg und die nationale Einheit waren miteinander verflochten, und die patriotische Welle, die ganz Deutschland erfaßte, schlug sich in einer Reihe von Siegesymbolen nieder. Im Juni 1875 wurden in Berlin eine Straße »Belforter Straße« – zum Andenken an den dort errungenen Sieg über die Franzosen – und eine andere »Wörther Straße« genannt. Letztere sollte an den Sieg über Mac-Mahon in der elsässischen Stadt Wörth am 6. August 1870 erinnern.³³ Eine besondere Bedeutung erhielt der Name Sedan – der Schauplatz, an dem am 2. September 1870 die französische Armee geschlagen und Napoleon III. gefangengenommen wurde. Dieses Siegesymbol erschien da-

²⁸ K. Jäger, Die Deutschen Münzen seit 1871, Basel 1968⁸, 27–81.

²⁹ E. Gröner, Die deutschen Kriegsschiffe 1815–1945, München 1966, 17.

³⁰ Vogt, Straßennamen, 5.

³¹ Ibid., 13, 57, 68.

³² T. Schieder, Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln, Opladen 1961, 75.

³³ Vogt, Straßennamen, 81–102.

nach in fast jeder deutschen Stadt. In Breslau zum Beispiel, der Hauptstadt der preußischen Provinz Schlesien, wurde im September 1873 »zum Gedenken an den entscheidenden Sieg der Deutschen im Krieg von 1870« eine Straße nach Sedan benannt.³⁴ Auch in den Berliner Vorstädten Spandau, Schöneberg und Steglitz erschien »Sedan« auf den Straßenschildern. In Berlin wurde der Kreuzberger Abschnitt des Landwehrkanals »Sedanufer« genannt.³⁵ Der 2. September – der Tag der Schlacht – wurde gewissermaßen zu einem nationalen Feier- und Gedenktag. Die Einschränkung ist insofern wichtig, weil dieser Tag nie zu einem offiziellen Feiertag erklärt und auch nie – obwohl jedes Jahr unter großer Beteiligung und mit militärischen Paraden gefeiert – ein nationaler Feiertag wurde. Dagegen waren katholische Kreise, die den Feiertag für eine Entweihung und für eindeutig protestantisch hielten. Auch die Sozialdemokraten, die die chauvinistische Basis der Siegesfeier ankreideten, sprachen sich dagegen aus.³⁶ Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verringerte sich die Bedeutung dieses Feiertags zusehends. Dennoch prägte sich die Erinnerung an die Feierlichkeiten bei denjenigen ein, die sie noch miterlebt hatten. Walter Benjamin schreibt über seine Kindheit in Berlin: »Als ich klein war, konnte man aber ein Jahr ohne Sedantag sich nicht vorstellen.«³⁷

Während der Kaiserzeit war der wichtigste Prozeß des nationalen Symbolsystems der Prozeß der Diffusion, wodurch das preußische System zu einem integralen und zentralen Bestandteil des nationalen Systems wurde. Hierin zeichnet sich die Bedeutung Preußens ab und in welchem hohem Maß die nationale Identität von Preußen gekennzeichnet war. Dazu gehört auch die Nationalisierung preußischer und das Auftreten neuer Symbole, die von Anfang an zugleich preußisch und national waren.

Ein gutes Beispiel traditioneller preußischer Symbole, die zu nationalen und zu offiziellen Reichssymbolen wurden, sind die preußischen Generäle, die Helden der Befreiungskriege, und Friedrich der Große, die zu Nationalhelden wurden. Man verlieh zum Beispiel einigen Kriegsschiffen der kaiserlichen Flotte Namen preußischer Generale: 1880 lief das Schlachtschiff »Gneisenau« vom Stapel und danach kamen »Yorck«, »Blücher« und »Scharnhorst«.³⁸ 1877 lief das erste Schlachtschiff »Friedrich der Große« vom Stapel und 1912 ein zweites.³⁹ Die preußischen Helden wurden hierdurch zu Hauptfiguren des nationalen Pantheons. Der zunehmende Einfluß Preußens drückte sich auch darin aus, daß die ehemalige preußische Hauptstadt Berlin nun zur Reichshauptstadt wurde. Hinter dieser Entscheidung stand Bismarck, dem es gelang, den Kaiser

³⁴ H. Markgraf, Die Straßen Breslaus nach ihrer Geschichte und ihren Namen, Breslau 1896, 194.

³⁵ Vogt, Straßennamen, 81.

³⁶ Über die Bedeutung des Sedantags siehe: Schieder, Kaiserreich.

³⁷ W. Benjamin, Städtebilder, Frankfurt/M. 1963, 58.

³⁸ Gröner, Kriegsschiffe, 23.

³⁹ Ibid., 17

davon zu überzeugen, der seinerseits eher für Potsdam plädiert hatte. Doch auf dem Wege der Umwandlung Berlins in eine nationale Hauptstadt von gleicher integrativer Bedeutung wie Paris oder London gab es einige Hindernisse zu überwinden:⁴⁰

1. Die enge Verknüpfung der Stadt mit Preußen führte zu ihrer Ablehnung als nationales Symbol in den traditionell antipreußischen Regionen wie Hannover, dem Rheinland oder in Süddeutschland.
2. In einer Zeit des wachsenden Antisemitismus rief die große jüdische Bevölkerung Berlins keine übermäßigen Sympathien für die Reichshauptstadt hervor. Bezeichnend ist die Bemerkung Konstantin Franz' 1878, demzufolge Berlin besser zur Hauptstadt des jüdischen als des deutschen Reiches geeignet sei.
3. Die ambivalente Haltung in Deutschland – wie in ganz Europa – zum Phänomen der Großstadt, die als »modernes Babylon«, Sündenpflanzel und als Ursache für charakterliche Verdorbenheit und moralische Entartung aufgefaßt wurde.

Dies waren Faktoren, die einer Umwandlung Berlins in ein nationales Symbol für die deutsche Reichsbevölkerung im Wege standen.

Die politische Hegemonie Preußens führte dazu, daß die zentralen Gestalten des nationalen Pantheons hervorragende Preußen waren. Ein treffendes Beispiel war Bismarck, der Gründervater des Reichs. Nach dem Tode des preußischen Staatsmannes und erstem Kanzler des Deutschen Reichs wurde dieser zu einer Hauptfigur des Pantheons. Man benannte Straßen nach ihm und errichtete ihm zu Ehren Denkmäler. Im Juni 1901 wurde auf dem Reichstagsplatz das zu seinen Ehren erbaute Denkmal enthüllt. Bei der Enthüllung war auch der Kaiser anwesend.⁴¹ Auch in den deutschen Kolonien gab es Denkmäler, die den Gründer des Deutschen Reichs verewigten; im Stillen Ozean war sogar eine Inselgruppe nach ihm benannt. Der Name Bismarck wurde dadurch zum repräsentativen Symbol des Deutschen Reichs.

Von besonderer Bedeutung sind die mit der Hohenzollerndynastie verbundenen Symbole. Der Kaiser und Vertreter der kaiserlichen Familie sind hervorragende Beispiele nationaler und zugleich preußischer Symbole. Die gesamtdeutsche nationale Bedeutung dieser Symbole drückte sich in mehrfacher Hinsicht aus. 1875 beispielsweise liefen zwei auf den Namen »Deutschland« und »Kaiser« getaufte Schlachtschiffe der kaiserlichen Flotte aus.⁴² Am ersten Tag des 20. Jahrhunderts kam eine Briefmarke mit der »Germania« heraus. Die weibliche Personifikation des Staates trug die Kaiserkrone.⁴³ Ende des 19.

⁴⁰ Zur Frage »Hauptstadt« siehe den schon erwähnten Aufsatz von Brunn, auch: E. Faden, Berlin Hauptstadt – seit wann und wodurch, in: *Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte* 3, 1952.

⁴¹ *Berliner Illustrierte Zeitung*, 10. Jg., Nr. 25, 23. 6. 1901.

⁴² Gröner, Kriegsschiffe, 20.

⁴³ Michel, 60.

Jahrhunderts bemühte sich Kaiser Wilhelm II., seinen Großvater Kaiser Wilhelm I., den ersten Kaiser des Reichs, zu einer Hauptfigur des nationalen Pantheons zu erklären. Offiziell erhielt Wilhelm I. den Beinamen »Der Große« zur Hervorhebung der historischen Rolle des ersten Kaisers des Deutschen Reichs. 1901 lief ein Schlachtschiff mit dem Namen »Wilhelm der Große« aus.⁴⁴ In ganz Deutschland wurden schätzungsweise drei- bis vierhundert Denkmäler zu Ehren Wilhelms I. errichtet.⁴⁵ Das in Berlin errichtete Denkmal wurde offiziell als Nationaldenkmal bezeichnet.⁴⁶ Die Zahl solcher Denkmäler im katholischen Westen und in Hannover war äußerst gering; in Bayern wurde kein einziges Denkmal errichtet.

Während des Weltkriegs wurde ein weiterer Namen in das preußisch-nationale Pantheon aufgenommen: der des Feldmarschalls von Hindenburg, des Siegers von Tannenberg. Fraglich ist sowohl die militärische Bedeutung des Sieges über die russische Armee im August 1914, als auch, welche Rolle Hindenburg dabei spielte; aber dieser Sieg machte Hindenburg zu einem beliebten Nationalhelden.⁴⁷ 1915 erkor ein Ort in Oberschlesien den Feldmarschall zu seinem Namenspatron.⁴⁸ 1917 wurde ein Zerstörer der kaiserlichen Flotte auf den Namen des Feldmarschalls getauft.⁴⁹

Das kanonische Symbolsystem des Kaiserreichs umfaßte überpartikuläre nationale und preußische Symbole, die nach 1871 zu nationalen Symbolen wurde. Es gab jedoch auch einen nichtkanonischen Teil. Dieser Teil des Polysystems enthielt Symbole, die unerwünschte politische Ideen ausdrückten oder solche, die zu oppositionellen politischen Bewegungen gehörten. Die wichtigsten Symbole dieser Art waren die revolutionären Helden.

Zu den revolutionären Helden gehören die Märzopfer, die 1848 in Berlin auf den Barrikaden fielen. Als Märtyrer im Kampf für politische Freiheit wurden sie in den revolutionären Pantheon aufgenommen; für Regierung und Behörden jedoch waren sie unerwünscht. Ende 1897 und Anfang 1898 fand in der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine erbitterte Auseinandersetzung statt über die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der 1848er Revolution auf dem Friedhof in Friedrichshain, wo sie begraben waren.⁵⁰ Der von Paul Singer angeführte Kampf der linksliberalen und sozialdemokratischen Abgeordneten war wegen der Rechtslage von vornherein zum Scheitern verurteilt. Aber der Kampf um das Denkmal, zugleich ein Kampf um die historische Erinnerung, verfolgte von sozialdemokratischer Seite auch konkrete Ziele. Das

⁴⁴ Gröner, Kriegsschiffe, 20.

⁴⁵ Nipperdey, Nationalidee, 543.

⁴⁶ Siehe über die Entscheidung des Bundesrates: *Deutsche Bauzeitung*, 24. Jg., Nr. 42, 24. 5. 1890.

⁴⁷ Siehe dazu: Preußen. Legende und Wirklichkeit, Berlin (DDR) 1983, 133.

⁴⁸ J. Pollak, Hindenburg OS. Stadt der Gruben und Hütten, Essen 1979, 131–132.

⁴⁹ Gröner, Kriegsschiffe, 23.

⁵⁰ Dazu siehe: P. Hirsch, 25 Jahre sozialdemokratische Arbeit in der Gemeinde. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Berlin 1908, 526–527.

Denkmal, dessen Errichtung von der preußischen Behörde nicht gestattet wurde, gab Anlaß zu einer öffentlichen Debatte und diente der radikalen Profilierung der sozialdemokratischen Fraktion, die sich die 1848er Tradition aneignete.

3. Die Weimarer Republik – 1918–1933

Am 4. Juni 1919 beschloß die Weimarer Nationalversammlung mit großer Mehrheit, die schwarz-rot-goldene Fahne zur offiziellen Fahne der deutschen Republik zu machen. Sie sollte an das Erbe von 1848 anknüpfen und den Beginn eines neuen Abschnitts in der deutschen Geschichte anzeigen. Aber die Übernahme der alten Fahne war irreführend. Die politische Veränderung, die zur Gründung der Republik führte, bewirkte nur teilweise Veränderungen im kanonischen Symbolsystem. Die Republik wurde von großen Bevölkerungskreisen abgelehnt, die – teils heimlich, teils offen – danach strebten, die alte politische Ordnung wiederherzustellen. Das republikanische politische Zentrum war verhältnismäßig schwach, und die meiste Zeit ihres Bestehens befand sich die Republik in einem wankenden politischen Gleichgewichtszustand, der durch jede Erschütterung zusammenzubrechen drohte. Die politischen Symbole – in erster Linie die Fahne – waren Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Veränderungen im politischen kanonischen Symbolsystem fanden nur zögernd und partiell statt und waren das Ergebnis von Kompromissen. Das kanonische Symbolsystem der Weimarer Republik war voller Widersprüche. Auch das des Kaiserreichs war wegen der partikularen Orientierung einerseits und der nationalen Orientierung andererseits inkohärent gewesen. Aber diese Inkohärenz resultierte aus dem Kompromiß, der die Basis der politischen Struktur des Kaiserreichs bildete. In der Weimarer Republik hatte die Polarisierung der nationalen und der partikularen Orientierung nicht die gleiche Bedeutung wie in den ersten Jahren des Kaiserreichs. Der nationale Gedanke war das Erbe der meisten am politischen Leben der Republik beteiligten Parteien. Auf der Weimarer Gründungsversammlung am 12. Mai 1919 stand die Mehrheit der Delegierten auf und sang das Deutschlandlied.⁵¹ Das gegen Ende des Kaiserreichs zur inoffiziellen Nationalhymne gewordene Lied war Ausdruck des gemeinsamen Nenners der verschiedenen politischen Ideen und Richtungen. Am 11. August 1922 erklärte der sozialdemokratische Präsident Friedrich Ebert das Lied zur offiziellen Nationalhymne.

Die Inkohärenz, die das kanonische System der ersten Republik auszeichnete, drückte sich vor allem in den einander entgegengesetzten dynastischen und republikanischen Orientierungen aus. Die Inkohärenz zeigte die Unfähigkeit des politischen Zentrums an, den republikanischen Grundsatz durchzusetzen. Ge-

⁵¹ H. Tümmler, *Deutschland, Deutschland über alles. Zur Geschichte und Problematik unserer Nationalhymne*, Köln, Wien, 1979, 11.

genstand der politischen Auseinandersetzung war die Bedeutung der Bezeichnung »national«. Während die Sozialdemokraten den nationalen Gedanken mit politischer Freiheit verbanden – eine demokratische Republik und soziale Gerechtigkeit –, verknüpfte ihn die politische Rechte mit politischem und gesellschaftlichem Konservatismus. Letzterer äußerte sich in einer nostalgischen Sehnsucht nach dem Kaiserreich und im Festhalten an Symbolen, die den Ruhm der Vergangenheit repräsentierten. Die Kommunisten, die nun in der politischen Arena auftraten, ordneten die nationale Idee der internationalen Revolution unter.

Das kanonische Symbolsystem der Weimarer Republik war zwar überwiegend »national« ausgerichtet, aber die Frage, »was ist ein nationales Symbol«, wurde entsprechend der ideologischen Weltanschauung des Befragten unterschiedlich beantwortet. Die Rechte sah die nationale Idee in den kaiserlichen Symbolen ausgedrückt, während Kommunisten – und, weniger konsequent, auch Sozialdemokraten – den nationalen Wert der dynastischen Symbole verneinten. Ein grundlegendes Merkmal der Epoche war der Kampf um die kanonischen Symbole, der die Öffentlichkeit und die Medien bei verschiedenen Gelegenheiten beschäftigte. Auf der einen Seite stand die Forderung der Linken nach Entkanonisierung der ausgesprochen dynastischen – erstaunlicherweise nicht der militaristischen – Symbole, auf der anderen Seite der Widerstand der Rechten gegen deren Entkanonisierung und gegen die Kanonisierung eminent republikanischer Symbole.

3.1 Der Kampf um die Symbole

Die Briefmarke »Germania mit der Kaiserkrone« kam im März 1922 zum letzten Mal heraus; vier Jahre nach der Flucht des Kaisers nach Holland und der Umwandlung des Reichs in eine Republik. Zwar hatte die Gründungsversammlung in Weimar beschlossen, die schwarz-rot-goldene Fahne zur Fahne der Republik zu machen, aber die alte kaiserliche Fahne verschwand deshalb nicht. Sie wurde die offizielle Fahne der Handels- und Kriegsflotten. Dieser Kompromißvorschlag war von der Weimarer Gründungsversammlung mit einer knappen Stimmenmehrheit angenommen worden. Dadurch wurden beide Fahnen gleichsam zu offiziellen Fahnen der Weimarer Republik.

Der Kampf gegen die schwarz-rot-goldene Fahne war eigentlich der Kampf gegen die Republik. Die schwarz-weiß-rote Fahne war innerhalb wie außerhalb Deutschlands die Fahne der Feinde der Republik. Bei offiziellen Feierlichkeiten konservativer deutscher Organisationen im Ausland wurde die kaiserliche Fahne gehißt. Um eine offizielle Anerkennung der kaiserlichen Fahne zu verhindern, wurde den offiziellen Vertretern des Reichs von Berlin befohlen, an solchen Zeremonien nicht teilzunehmen.⁵² Gegen Ende seiner Amtszeit ver-

⁵² P. Wentzke, *Die deutschen Farben. Ihre Entwicklung und Deutung sowie ihre Stellung in der deutschen Geschichte*, Heidelberg 1955, 155.

suchte Ebert den Streit zu beenden, indem er die deutsche Handelsflagge, die kaiserliche Fahne mit den Farben Schwarz-Rot-Gold an der linken oberen Ecke, zur Staatsfahne erklärte. Sein Nachfolger Hindenburg gestattete den deutschen Auslandsvertretungen, beide Fahnen nebeneinander aufzuziehen. Aber die öffentliche Debatte ging auch danach weiter und entlud sich mitunter in Gewalt und Straßenkämpfen, die häufig das Eingreifen der Polizei zur Folge hatten. In seinen Erinnerungen schreibt Willy Brandt:

»Gerade in Lübeck hatte der Flaggenstreit nicht selten die Gemüter erregt; er endete oft in bösen Schlägereien. Junge Sozialdemokraten, die die schwarz-weiß-rote Fahne, mit denen gegen die Republikaner provoziert werden sollte, heruntergeholt hatten, wurden vor Gericht zitiert (...)«⁵³

Die öffentlichen Auseinandersetzungen über die politische Identität der Republik führten dazu, daß auch andere Symbole Gegenstand der Debatten wurden, obgleich das strittige Symbol nur lokale Bedeutung hatte, wie beispielsweise die Berliner Straßennamen. In Berlin hatte die politische Veränderung Ende 1918 keinen Einfluß auf die Straßennamen. Erst 1921 erhob die USPD die Forderung nach einer Entkanonisierung der dynastischen Symbole. Nach der Berliner Wahl im Oktober 1925, die zu einer Mehrheit der Arbeiterparteien in der Stadtverordnetenversammlung führte, beantragte die SPD die Umbenennung des »Königsplatzes« in »Platz der Republik«. Der neue Name sollte vor Augen führen, daß das Parlament nicht das Parlament des Königs, sondern der deutschen Republik war. In der Stadtverordnetenversammlung fand darüber ein erbitterter Streit statt. Der kommunistische Vertreter meinte, es sei ein trauriges Zeichen, wenn in einer Republik noch viele Straßen nach Monarchen benannt seien. Er schlug statt dessen den Namen »Platz der Revolution« vor, weil dort 1919 das Blut von Arbeitern vergossen worden war.⁵⁴ Die Vertreter der Rechtsparteien obstruierten die Reden der linken Parteien.⁵⁵ Bei der namentlichen Abstimmung wurde der sozialdemokratische Vorschlag mit einer Stimmenmehrheit von 121 zu 81 angenommen.⁵⁶

Ungefähr ein Jahr später standen die Berliner Straßennamen erneut zur Debatte. Diesmal handelte es sich nicht um einen konkreten Vorschlag, sondern um eine allgemeine Absichtserklärung.⁵⁷ Im ersten Paragraphen ordnete die Stadtverordnetenversammlung an, daß diejenigen Straßennamen geändert werden sollten, die mehr als einmal vorkamen. Der zweite Paragraph sah vor, daß alle Straßennamen, die an die Königsherrschaft erinnerten, umbenannt werden sollten. Bezeichnend ist, daß nur der erste Paragraph teilweise zur

⁵³ Ein Beispiel dafür führt Willy Brandt in seinen Erinnerungen an: *Links und Frei. Mein Weg 1930–1950*, Hamburg 1982, 46.

⁵⁴ *Die Rote Fahne*, 3. 2. 1926.

⁵⁵ *Berliner Lokal-Anzeiger*, 5. 2. 1926.

⁵⁶ *Amtsblatt der Stadt Berlin* (im folgenden *AdSB*) 67 (1926), Nr. 7.

⁵⁷ *AdSB* 68 (1926), Nr. 16.

Ausführung gelangte, der zweite jedoch nicht: Die dynastischen Symbole wurden nicht von den Berliner Straßenschildern entfernt.

Die Entkanonisierung der dynastischen Symbole war auch in den verschiedenen Stadtbezirken Thema der Stadtverordnetenversammlungen. Am 3. Februar 1926 verlangte die kommunistische Fraktion in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung die Umbenennung des »Kaiser-Friedrich-Gymnasiums«.⁵⁸ Man beantragte auch die Entfernung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal vom Hohenzollernplatz. Der Antrag wurde zwar angenommen, aber nicht ausgeführt, da er lediglich eine Empfehlung darstellte. Auf der Sitzung am 16. Februar 1927 schlugen die Kommunisten vor, das Adjektiv »königlich« aus dem Namen einer Institution für Gehörlose zu entfernen.⁵⁹ Dieses Adjektiv, so die Kommunisten, sei eine Provokation für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung.

In Berlin bezog sich die Forderung nach einer Entkanonisierung von Symbolen lediglich auf die Entkanonisierung dynastischer Symbole. Andere preußische Symbole, wie die verschiedenen »militaristischen« Straßennamen, waren hiervon nicht betroffen. Einzige Ausnahme bildete der Arbeiterbezirk Treptow. Dort erhielt die »Moltkestraße« einen anderen Namen. Die Umbenennung des »Königsplatzes« vor dem Reichstag in »Platz der Republik« war die einzige wirkliche Entkanonisierung; der Antrag auf Entfernung der monarchistischen Symbole wurde nicht verwirklicht.

3.2 Das republikanische Pantheon

Im kanonischen Symbolsystem blieb die zentrale Stellung der traditionellen Nationalsymbole unangefochten. Gleichzeitig tauchten neue, republikanische Symbole auf.

Im November 1926 kam eine Briefmarkenserie heraus mit dem Titel »Porträts berühmter Deutscher«.⁶⁰ Die Briefmarken stellten Goethe, Beethoven, Kant, Lessing, Leibniz, Bach und Dürer dar – Mitglieder des Pantheons, die auch während der Kaiserzeit die deutsche Kulturnation repräsentiert hatten. Es waren gesamt-nationale und überparteiliche Symbole zum Ruhm der deutschen Kultur.

Die Serie enthielt jedoch auch das Porträt Friedrichs des Großen. Zwar war der preußische Monarch für seine Liebe zur Musik und zur Philosophie bekannt, aber das war nicht der Grund für seine Zugehörigkeit zum nationalen Pantheon. In den zwanziger Jahren entwickelte sich in Deutschland, vor allem in konservativen Kreisen, ein »Friedericus-Rex«-Kult, der Friedrich den Großen zum Symbol und zum Vorbild machte. Das wachsende Interesse schlug sich unter anderem in einer Reihe von Filmen nieder – dem neuen Kommuni-

⁵⁸ Protokoll der Sitzung der Bezirksversammlung Neukölln vom 16. 2. 1927.

⁵⁹ Protokoll der Sitzung der Bezirksversammlung Neukölln vom 16. 2. 1927.

⁶⁰ Michel, 75.

kationsmedium, das sich in den zwanziger Jahren zunehmender Popularität erfreute –, die sich mit der Gestalt des Monarchen auseinandersetzten.⁶¹

Zu den traditionellen Symbolen kamen nun die Namen von Politikern und Staatsmännern hinzu, die an der Spitze der Republik standen. Der erste republikanische Held Berlins war Walter Rathenau, der berühmteste republikanische Märtyrer. Im Januar 1925, drei Jahre nach seiner Ermordung, beschloß der Berliner Magistrat, die Straße in Grunewald, in der der Außenminister der Republik gewohnt hatte, nach ihm zu benennen.⁶² Auch ein Gymnasium erhielt seinen Namen. Im April 1927 benannte man eine Straße im Zentrum Berlins nach Hugo Preuß, dem Verfassungsvater der Republik.⁶³ Im Juni 1928 erhielt eine Spreebrücke den Namen »Hugo-Preuß-Brücke«.⁶⁴

Im September 1927 kam zum ersten Mal eine Briefmarke mit dem Präsidenten der Republik heraus. Man hatte sich ausgerechnet für Paul Hindenburg, den zweiten Präsidenten der Republik, entschieden.⁶⁵ Der greise Feldmarschall war jedoch kein republikanisches Symbol; er war ein Sinnbild der »guten alten Zeit«. Während der Republik war er zum Kaiserersatz und sein Wohnsitz in der Wilhelmstraße zu einer Art Hofersatz geworden. Eine Briefmarke mit dem ersten Präsidenten Friedrich Ebert kam erst zwei Jahre nach dessen Tod heraus – ein Jahr nach der Hindenburg-Marke. Aber die Ebert-Briefmarke war eine von zwei Marken; auf der Marke mit dem höheren Nominalwert war Hindenburg abgebildet.⁶⁶ Das Verhältnis zum sozialdemokratischen Präsidenten war in Berlin ein anderes. Nach Eberts Tod beschloß der Berliner Magistrat, eine zentral gelegene Straße nach Ebert zu benennen.⁶⁷ Die umbenannte Straße trug jedoch vorher nicht den Namen eines Monarchen oder eines preußischen Generals, sondern einen politisch neutralen Namen: Budapester Straße. In Berlin erschienen die Helden der Republik Seite an Seite mit den traditionell monarchistischen Symbolen. Die Symbole der Republik nahmen nicht den Platz der Kaiserzeit ein, sondern existierten neben ihnen. Die Anzahl der republikanischen Symbole war jedoch verhältnismäßig gering.

Im nationalen Pantheon der Weimarer Republik ragte die Abteilung der »Gefallenen« heraus, zu der Millionen im Ersten Weltkrieg gefallene deutsche Soldaten zählten. In den zwanziger Jahren repräsentierten die Gefallenen den Geist des Patriotismus; sie wurden zu einem hervorstechenden Symbol des Kampfgeistes der deutschen Nation und Gegenstand eines, wie es Georg Mos-

⁶¹ Eine ausführliche Erörterung dieses Thema siehe bei: H. Regel, Die Friedericus-Filme der Weimarer Republik, in: A. Marquardt / H. Ratschak (Hrsg.), Preußen im Film, Reinbek bei Hamburg 1981.

⁶² *AdSB* 66 (1925), Nr. 4.

⁶³ *AdSB* 67 (1926), Nr. 7.

⁶⁴ *AdSB* 73 (1932), Nr. 9.

⁶⁵ Michel, 75.

⁶⁶ *Ibid.*, 75.

⁶⁷ *AdSB* 66, 1925, Nr. 15, Nr. 23.

se bezeichnet, »Gefallenenkults«.⁶⁸ Teil dieses Kults war die unbedingte Solidarität zwischen den Soldaten, die zum Mythos hochstilisiert und zum Vorbild wurde. Wichtig ist nicht der einzelne sondern das Kollektiv. Als Einheit stehen sie stellvertretend für die Volksgemeinschaft.

Der »Gefallenenkult« beschränkte sich jedoch nicht nur auf Deutschland. Er resultierte aus dem Ersten Weltkrieg und der Unzahl von Gräbern, die damals auf beiden Seiten der Front ausgehoben wurden. In Deutschland wurde beinahe in jeder Stadt und in jedem Dorf ein Gefallenendenkmal errichtet. Diese Denkmäler wurden in den zwanziger Jahren zu einem festen Bestandteil des öffentlichen Lebens in Deutschland. Nicht alle Denkmäler hatten den gleichen Stellenwert, aber alle dienten weitgehend ein und derselben Funktion: Der Verewigung der Gefallenen und ihrer Aufnahme in das deutsche nationale Pantheon.

In Berlin diente die 1818 von Karl Friedrich Schinkel erbaute »Neue Wache« als zentrales Gefallenenmonument. 1930 erhielt das neoklassizistische Bauwerk eine andere Funktion; es wurde zum »Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges«. An dem vorangehenden Architektenwettbewerb zum Umbau der »Neuen Wache« beteiligten sich auch namhafte Architekten, die nicht zur politischen Rechten gehörten, wie beispielsweise Mies van der Rohe, aber dessen Entwurf wurde nicht angenommen.⁶⁹

Nach den Wettbewerbsbestimmungen sollte der Schinkel-Bau äußerlich unverändert bleiben.⁷⁰ Die Gestaltung des Innenraums sollte dem Besucher ein Gefühl von Feierlichkeit vermitteln. In der Mitte des schmucklosen Raums befand sich ein dunkler Granitstein mit einem Eichenlaubkranz. Durch eine Deckenöffnung fiel Licht auf den Kranz, und im Hintergrund brannten zwei ewige Lichter. Die Neue Wache einerseits und die vor der Neuen Wache aufgestellten Denkmäler preußischer Generale andererseits stellten zwischen Vergangenheit und Gegenwart – zwischen den Befreiungskriegen und dem Weltkrieg, zwischen den ruhmreichen Generalen und den Millionen im Krieg gefallenen »Helden« – gleichsam eine Verbindung her.

Der Gefallenenkult gehörte zum Ritual der Rechten. Die Einweihungszeremonien fanden im Zeichen der schwarz-weiß-roten Fahne statt und zeugten von der Haltung der Teilnehmer zur Republik. Doch obwohl die Mehrzahl der Denkmäler auf Betreiben von Organisationen der Kriegsveteranen oder von kommunalen Behörden errichtet worden waren, erfüllten sie zugleich eine offizielle Funktion, da Vertreter der Regierung und Reichswehr an diesen Enthüllungszereemonien teilnahmen.

⁶⁸ G. Mosse, National Cemeteries and National Revival. The Cult of the Fallen Soldiers in Germany, *Journal of Contemporary History* 14, 1979.

⁶⁹ Dr. Ing. Behrendt, Eine Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkrieges. Zum Umbau der Neuen Wache in Berlin, *Zentralblatt der Bauverwaltung* 15, 1930, Nr. 29, 516.

⁷⁰ Ibid., 513.

Hindenburg war der einzige Name im nationalen Pantheon, der stellvertretend für die siegreichen Generale im Ersten Weltkrieg stand. Das repräsentative Symbol war der »Unbekannte Soldat«, der das Opfer der gesamten Nation versinnbildlichte. In den zwanziger Jahren wurde ein weiterer Märtyrer in das Pantheon aufgenommen: Albert Leo Schlageter, der im Mai 1923 von den französischen Besatzungsbehörden im Rheinland hingerichtet worden war. Schlageter wurde zum Symbol des nationalen Widerstandes, zum »Märtyrer der Heimat«, zu dessen Ehre man Lieder und Dramen schrieb. Am 27. Juli 1923 wurde in Berlin eine Straße nach Schlageter benannt.⁷¹ In Goldheimer Heide bei Düsseldorf, dem Ort seiner Hinrichtung, wurde ihm ein Denkmal gesetzt. An der Enthüllungszeremonie nahmen Vertreter der Reichsregierung teil, wodurch Schlageter offiziell zum nationalen Märtyrer wurde.

3.3 Die revolutionären Symbole

Der relative Pluralismus, der die Weimarer Republik auszeichnete, ermöglichte auch die Präsentation revolutionärer Symbole, was während der Kaiserzeit unmöglich war. In Hamburg errichtete man ein Denkmal für Heinrich Heine; im Mai 1926 wurde in Berlin eine Straße nach Paul Singer benannt. Singer war ein herausragender Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung vor dem Ersten Weltkrieg.⁷² Wie zu erwarten, ersetzte der Name eines Sozialdemokraten nicht den eines Monarchen oder Generals; die Straße trug vorher den neutralen Namen »Grüner Weg«. Mitte der zwanziger Jahre wurde möglich, was weder 1848 noch 1898 denkbar war: Ein Denkmal für die Märtyrer der Revolution, das die Kommunisten zum Andenken an die Gefallenen des revolutionären Kampfes in Berlin errichten ließen. Es war selbstverständlich kein staatliches Denkmal, da die verewigten Helden zum Pantheon der KPD gehörten, das kein Teil des offiziellen Pantheons der Weimarer Republik war. Das Denkmal wurde in Friedrichsfelde im Osten Berlins errichtet, wo die berühmten kommunistischen Märtyrer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begraben waren, zusammen mit Dutzenden von Arbeitern und Matrosen, die in den Berliner Straßenkämpfen 1918–1920 umgekommen waren. Die Errichtung des Denkmals ging auf eine Initiative Wilhelm Piecks – einem Vertreter der KPD in der Berliner Stadtverordnetenversammlung – zurück, der unter den Parteimitgliedern 1924 zur Spendenaktion aufgerufen hatte. Das Denkmal wurde nach einem Entwurf des Architekten Mies van der Rohe errichtet und war eine Konstruktion aus großen, kantigen, dunklen Steinblöcken, auf denen eine rote Fahne wehte. Auf der Vorderseite war ein fünfzackiger Stern mit Hammer und Sichel angebracht. Die Symbole waren ein integraler Bestandteil des Denkmals und gaben zu verstehen, daß dieses Denkmal zum Andenken an die Märtyrer der kommunistischen Revolution er-

⁷¹ *AdSB* 66 (1927), Nr. 27.

⁷² *AdSB* 67 (1928), Nr. 20.

richtet war. Auch die Widmung auf der Vorderseite – »Den toten Helden der Revolution« – ließ keinen Zweifel an der politischen Identität der Märtyrer. An der Einweihungszeremonie des Denkmals am 13. Juni 1926 nahmen nur 1500 geladene Gäste teil – Mitglieder oder Sympathisanten der KPD. Die Polizei hatte eine Massenveranstaltung untersagt. In seiner Rede betonte Wilhelm Pieck, daß das Denkmal dem Ankenden all jener gewidmet sei, die im revolutionären Kampf den Tod fanden. Des weiteren hoffe er, daß die Siegestrompeten der Revolution an diesem Ort bald zu hören sein würden.⁷³ Er konnte nicht wissen, daß die Revolution erst mit der siegreichen Roten Armee nach Deutschland (Ost) kommen würde. Inzwischen hatten auch die Kommunisten einen Anteil am Gefallenenkult, obgleich ihre Toten eines offiziellen Andenkens für noch nicht würdig befunden wurden.

4. Das Dritte Reich

»In Lübeck wurde am 20. März eine Anzahl Personen in sogenannte Schutzhaft genommen. In jenen Tagen begann die Umbenennung von Straßen (Horst Wessel statt August Bebel!)«

Willy Brandt – Links und frei

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 23. März nahm der Reichstag das »Ermächtigungsgesetz« an. Dies war der Beginn der Nazidiktatur. Mit ihr setzten auch die Veränderungen in dem bis dahin unveränderten kanonischen Symbolsystem ein.

Das politische Zentrum des Dritten Reichs war im Unterschied zu dem der Weimarer Republik stark und sich sowohl seiner Ideologie als auch seiner politischen Ziele äußerst bewußt. Das Naziregime, das die Bedeutung der politischen Symbole im öffentlichen Leben kannte, sorgte dafür, daß die durch die verschiedenen Präsentationsmittel übermittelten politischen Botschaften ganz und gar seiner Ideologie entsprachen. Im öffentlichen Leben sollten nur solche Symbole erscheinen, die die nationale Orientierung in nazistischer Auslegung und die nazistische Ideologie und Partei repräsentierten. Alle nichtnationalen politischen Orientierungen sollten aus dem öffentlichen Leben verbannt werden. Dazu gehörten die republikanischen, die sozialistischen und auch die jüdischen Symbole, die nun, seitdem man in Deutschland die Rassenlehre und den Antisemitismus zur Staatsideologie erhoben hatte, zu einer Sonderkategorie geworden waren. Nach Januar 1933 bildete sich das kanonische Symbolsystem Nazideutschlands nach einem Entkanonisierungs-, einem Rekanonisierungs- und einem Kanonisierungsprozeß heraus. Die konsequente Durchführung dieser Veränderung zeugte vom Selbstbewußtsein des nationalsozialistischen Regimes, und zeigt, in welchem hohem Maße es sich der propagandistischen Möglichkeiten der verschiedenen Präsentationsmittel bewußt war.

⁷³ *Die Rote Fahne*, 15. 6. 1926.

4.1 Die Entkanonisierung

Die im Polysystem der Symbole stattfindenden Veränderungen, sobald ein politisches Zentrum abgelöst wird, resultieren aus den Veränderungen in der herrschenden Doktrin. Ist das neue Regime stark und selbstsicher, entledigt es sich auf schnellstem Wege der alten Symbole, die das alte Regime repräsentieren. In Deutschland begann man bereits 1933 mit der Entfernung der republikanischen Symbole aus dem kanonischen Symbolsystem. Die heftigen Auseinandersetzungen über die Landesfahne, die Deutschland in den zwanziger Jahren bewegt hatten, wurden mit der Tilgung der schwarz-rot-goldenen Fahne, dem repräsentativen Symbol der Republik, aus dem Symbolkanon des »neuen« Deutschlands beendet.⁷⁴ Die »Säuberung« des Symbolsystems von den republikanischen Symbolen war gründlich und bedeutete nicht nur das Abschaffen der republikanischen Fahne, sondern auch die Umbenennung aller republikanischen Straßennamen, die in den zwanziger Jahren und Anfang der dreißiger Jahre hinzugekommen waren. Es ist kein Zufall, daß unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten - Ende März 1933 - als erstes der Platz der Republik umbenannt wurde.⁷⁵ Ungefähr drei Wochen später verschwand der Name »Hugo-Preuß-Brücke«.⁷⁶ Im August 1933 wurde die nach Rathenau benannte Schule⁷⁷ und im September die nach Friedrich Ebert benannte Straße umbenannt.⁷⁸ Im Februar 1935 wurde auch die nach Gustav Stresemann benannte Straße in Berlin-Kreuzberg umbenannt.⁷⁹

Die Kampagne gegen die verhaßte Republik und ihre Symbole war mit der Umbenennung von Straßen, die nach herausragenden Persönlichkeiten der Republik benannt waren, längst nicht beendet. Die Bestrebungen, jede öffentliche Erinnerung an die Republik zu löschen, führten schon im August 1933 dazu, daß der Name »Weimarer Straße« - das Symbol nationaler Demütigung - von einer Straße in Berlin-Charlottenburg verschwand.⁸⁰ Da half auch die doppelte Bedeutung des Namens nicht - einerseits die Stadt in Thüringen, andererseits der inoffizielle Name der Republik. Dies war der einzige deutsche Städtenamen, der von den Straßenschildern verschwand. Damit entfernte man allerdings auch einen Namen, der ein Symbol des deutschen Humanismus und mit den Namen Goethe und Schiller verknüpft war. Auch jüdische Namen, wie »Juden am Kalthof« oder »Judendorf«, wurden von den deutschen Landkarten und Stadtplänen ausradiert und durch »arische« Namen ersetzt. Beispielsweise

⁷⁴ Der Berliner Bürgermeister hat sich entschuldigt, daß die Verwaltung es sich nicht leisten könne, die von der Bevölkerung geforderten schwarz-weiß-roten Fahnen anzuschaffen: *AdSB* 74 (1933), Nr. 17, 242-245.

⁷⁵ *AdSB* 74 (1933), Nr. 15; *Berliner Lokal-Anzeiger*, 31. 3. 1933.

⁷⁶ *AdSB* 74 (1933), Nr. 17.

⁷⁷ *AdSB* 74 (1933), Nr. 33.

⁷⁸ *AdSB* 74 (1933), Nr. 37.

⁷⁹ *AdSB* 76 (1935), Nr. 6.

⁸⁰ *AdSB* 74 (1933), Nr. 34.

wurde »Judendorf« in »Hermannswald« umbenannt.⁸¹ Im Juni 1934 wurde in Berlin die »Mossestraße« umbenannt.⁸² Dies waren unmißverständliche Zeichen, wie sehr die Nationalsozialisten den Antisemitismus als Bestandteil ihrer Doktrin verstanden. Auch die Namen berühmter Juden mußten von den Straßenschildern entfernt werden. Im Oktober 1935 wurde die nach dem Komponisten Gustav Mahler benannte Straße umbenannt.⁸³ Im Februar 1937 verschwand der Name des radikal-demokratischen Juden Heinrich Heine.⁸⁴ Die Umbenennungen signalisierten, daß nunmehr die Juden an der deutschen »Kulturnation« keinen Anteil hatten.

Auch die sozialistischen Symbole wurden aus dem öffentlichen Leben entfernt. Zwar waren es nicht sehr viele, aber ihre Entfernung war – wie das Zitat zu Beginn dieses Abschnitts zeigt – ein deutliches Zeichen des politischen Umsturzes, der 1933 stattgefunden hatte. Von den Straßenschildern in Lübeck wurde der Name August Bebels und von denen in Berlin der Name Paul Singers getilgt. Auch das im Osten Berlins von den Kommunisten errichtete »Revolutionsdenkmal« wurde demoliert; in Deutschland war allein die nationalsozialistische »nationale Revolution« erlaubt.

4.2 Rekanonisierung

Am 29. März 1933 erhielt der Platz vor dem Reichstag seinen alten Namen – »Königsplatz« – wieder. Durch diese erste Umbenennung im nationalsozialistischen Berlin kehrte ein altes monarchistisches Symbol an seinen Platz zurück. Am nächsten Tag meldete die Berliner Presse, »besondere Anstrengungen« würden unternommen, um die Denkmäler der Kaiser Wilhelm I. und Friedrich Wilhelm II. in Neukölln wieder in einen »einwandfreien Zustand« zu versetzen. Der Grund hierfür sei, unter der »roten« Regierung wären Zaun und Denkmal beschädigt und auch die Grünanlage nicht richtig gepflegt worden.⁸⁵

Es sah so aus, als kehrten die monarchistisch-nationalen Symbole an einen zentralen Platz im Symbolsystem zurück; aber die Beispiele sind irreführend. Die Umbenennung in »Königsplatz« ging von der DNVP aus, und an der Zeremonie nahmen nur Parteimitglieder teil. Das Verhältnis der Nationalsozialisten zu den monarchistischen und vor allem zu den kaiserlichen Symbolen war ambivalent: Zwar bemühten sie sich nicht ausdrücklich, diese Symbole zu entfernen, aber sie verschwanden, wenn ihr Platz für andere, wichtigere Symbole gebraucht wurde. Im Dezember 1933 wurden die »Königin-Augusta-Straße« und die »Hohenzollernstraße« umbenannt⁸⁶; im Mai 1936 der »Hohenzollern-

⁸¹ Quelle: Müllers Großes Deutsches Ortsbuch, Wuppertal 1936⁶.

⁸² AdSB 75 (1934), Nr. 30.

⁸³ AdSB 76 (1935), Nr. 42.

⁸⁴ AdSB 78 (1937), Nr. 8.

⁸⁵ Berliner Lokal-Anzeiger, 30. 3. 1933.

⁸⁶ AdSB 74 (1933), Nr. 51.

korso«.⁸⁷ 1944 wurde das Denkmal für Kaiser Wilhelm I. in Neukölln eingeschmolzen, da man das Metall für die Rüstung benötigte.

Außer den kaiserlichen Symbolen, die in der Hierarchie des kanonischen Systems nicht sehr hoch rangierten, übernahmen die Nazis auch traditionelle Symbole und stellten sie ins Zentrum des Systems. Bismarck wurde erneut ein zentraler Held. Da Hitler sich als Vollender des Werks des Reichsgründers verstand,⁸⁸ wurde Bismarck ein entsprechender Platz im Pantheon zugewiesen. 1940 benannte man ein Schlachtschiff, das auch als Flaggschiff diente, nach dem Eisernen Kanzler.⁸⁹ In Berlin ereignete sich ein ungewöhnlicher Vorfall. Dort wurde am 8. Mai 1935 die Umbenennung der »Bismarckallee« in Grunewald bekanntgegeben.⁹⁰ Dies geschah im Rahmen der Bemühungen, die mehrfach vorkommenden Namen zu ändern. Einige Wochen später teilte man mit, daß die Straße ihren alten Namen zurückerhalten würde.⁹¹ Der eingestandene Irrtum zeigte, wie wichtig das Symbol war.

Die Nationalsozialisten vereinnahmten auch das preußische Erbe. Am 21. März 1933 fand in der Potsdamer Garnisonskirche eine feierliche Zeremonie statt, bei der das Regime dem preußischen Erbe die Treue schwor. An der Zeremonie nahm auch der Führer teil, der bereits im April 1931 erklärt hatte: »Die Preußen des heutigen Deutschlands sind die National-Sozialisten.«⁹² Die Zeremonie fand vor dem Sarg Friedrichs des Großen statt, dem herausragendsten Vertreter des preußischen Erbes. Drei Wochen später, am 12. April, erschien das Bild des Monarchen auf einer Reichsbriefmarke.⁹³ Der greise Präsident Hindenburg, ebenfalls bei der Zeremonie anwesend, war als Symbol etwas komplexer: Der preußische Feldmarschall stand teils für historische Kontinuität, teils diente er den Nationalsozialisten als Legitimation. Sie gaben 1933 eine Briefmarke mit dem Bild des Präsidenten heraus; im September 1934 erschien eine Sondermarke zum Tode des Siegers von Tannenberg. Zu dessen 86. Geburtstag am 2. Oktober 1933 schrieb der »Berliner Lokal-Anzeiger«: »Das Leben Hindenburgs ist noch zu seinen Lebzeiten fast ein Mythos geworden.«⁹⁴ Nach dessen Tod benannte man den Platz westlich des Brandenburger Tors nach ihm.

Friedrich Schiller war ein weiterer Nationalheld, den die Nazis in Besitz nahmen. Auch andere vorbildliche Gestalten der deutschen Kultur – vorausgesetzt natürlich, daß sie keine Juden oder Marxisten waren – symbolisierten die Größe Deutschlands und die Überlegenheit des deutschen Geistes. Aber Schil-

⁸⁷ *AdSB* 77 (1936), Nr. 18.

⁸⁸ Eindeutige Aussagen in diesem Sinne nach Hitler zitiert siehe: H. Piker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*, Stuttgart 1981, 196.

⁸⁹ Gröner, *Kriegsschiffe*, 21.

⁹⁰ *AdSB* 76 (1935), Nr. 20.

⁹¹ *AdSB* 76 (1935), N. 26.

⁹² Zit. nach: H. Herbell, *Staatsbürger in Uniform 1789–1961*, Berlin (DDR) 1969, 3–4.

⁹³ Michel, 75.

ler maß man in den ersten Jahren eine besondere Funktion bei. Bereits 1932 hatte man ihm den Titel »Kampfgenosse Hitlers« verliehen. In den Schriften des Dramatikers suchten nazistische Publizisten nach Formulierungen, die die nazistische Ideologie und Politik rechtfertigen konnten. Schiller wurde als Prophet und Vorkämpfer der nazistischen Revolution dargestellt, der in seinen Werken das nazistische Ideal der Volksgemeinschaft und die Einheit der Nation predigte: »Seid einig, einig, einig«, heißt es in »Wilhelm Tell«.

In den ersten Jahren nach der Machtergreifung stellte man Schiller als Revolutionär dar. Er diene der nazistischen »nationalen« Revolution als Legitimation, und sollte der jüngeren Generation ein Vorbild sein. Bei den Feierlichkeiten am 21. Juni 1934 in Marbach, dem Geburtsort Schillers, zu dessen 175. Geburtstag kamen diese Motive besonders zum Tragen. Die von der Hitlerjugend veranstaltete Zeremonie versammelte 18000 junge Leute aus allen Teilen Deutschlands. Läufer reichten eine Fackel weiter, die am ewigen Feuer am Schlageter-Denkmal entzündet worden war. Die Fackel sollte die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart versinnbildlichen. Die Zeremonie wurde vom »Reichssender Stuttgart« im ganzen Reich übertragen.

4.3 Die Kanonisierung

Auf Anordnung des Präsidenten wurde am 12. März 1933 festgesetzt, daß sowohl die schwarz-weiß-rote als auch die Hakenkreuzfahne bis zur endgültigen Klärung als Reichsfahnen dienen sollten. Somit wurde die Fahne der NS-Bewegung zum offiziellen Reichssymbol erhoben – ein Zeichen, wie weit die Nationalsozialisten den Staat unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Gleichzeitig wurde die dritte Strophe des Deutschlandliedes zusammen mit dem »Horst-Wessel-Lied« – dem Lied der NS-Bewegung – zur Nationalhymne erklärt. Im September 1933 erteilte der Reichswehrminister den Befehl, bei allen offiziellen Anlässen nicht nur das Deutschlandlied, sondern auch das Horst-Wessel-Lied zu spielen.⁹⁵

Der politische Umsturz und die Machtergreifung der Nationalsozialisten brachten neue Symbole im öffentlichen Leben hervor; auch solche, die nicht unbedingt nationalsozialistisch waren. Zum Beispiel wurden in verschiedenen deutschen Städten Straßen nach dem österreichischen Komponisten Anton Bruckner benannt. Bruckner war einer von Hitlers Lieblingskomponisten, ebenso Wagner, dessen Zugehörigkeit zum nationalen Pantheon außer Zweifel stand. Der Name »Bruckner« tauchte allerdings erst nach 1933 auf. In Leipzig erhielt die nach Felix Mendelssohn-Bartholdy benannte Straße den Namen des österreichischen Komponisten. Zu den neuen Mitgliedern des nationalen Pantheons gehörte die Gruppe der Admirale. Bereits 1933 veranstaltete man in

⁹⁴ *Berliner Lokal-Anzeiger*, 2. 10. 1933.

⁹⁵ *Reichsgesetzblatt*, 8. 4. 1933; *Berliner Lokal-Anzeiger*, 10. 4. 1933.

Berlin eine Feier zu Ehren der »Helden von Skagerrak«.⁹⁶ Die Feier wurde nicht von den Nazis, sondern von Kampforganisationen veranstaltet. Es war ein Versuch, dem Mythos der Linken von den meuternden Matrosen einen »nationalen« Mythos entgegenzustellen: Matrosen, die ihr Leben gaben im Kampf fürs Vaterland. Nach diesem Gedenktag wurde ein Platz in Berlin-Tiergarten »Skagerrakplatz« genannt.⁹⁷ Im Unterschied zu den überwiegend preussischen Helden der kaiserlichen Armee waren die Helden der deutschen Marine deutsch-nationale Symbole. Die deutsche Kriegsflotte spiegelte die militärische und technologische Stärke Deutschlands wider, wodurch die Namen der Kommandanten zu besonders wünschenswerten Symbolen wurden. Bereits im April 1933 wurde eine Brücke in Berlin nach Admiral Scheer benannt.⁹⁸ Im Dezember desselben Jahres kamen das »Tirpitzufer«, die »Graf-Spee-Straße« und die »Admiral-von-Schroeder-Straße«⁹⁹ auf die Berliner Stadtpläne. Im September 1935 wurden drei weitere Straßen nach Admiralen benannt.¹⁰⁰ Man versuchte gezielt, zwischen dem Symbol und dem Symbolträger eine Verbindung herzustellen: Die Namen der Admirale wurden entweder Brücken oder Kanalufern, sowie Kriegsschiffen der deutschen Flotte verliehen. 1934 lief die »Admiral Scheer« vom Stapel, 1939 die »Admiral Hipper« und 1941 die »Tirpitz«.¹⁰¹

Die Mehrzahl der neu hinzugekommenen Symbole waren jedoch nationalsozialistisch. Die nationalsozialistischen Führer wurden zentrale Symbole des Dritten Reichs. Das Pantheon des Dritten Reichs war hierarchisch gegliedert: Auf der obersten Stufe befand sich der Führer, und nach ihm kamen die übrigen Namen in angemessenem Abstand. Schon kurze Zeit nach der Machtergreifung zierte in fast jeder deutschen Stadt der Name Adolf Hitlers zentrale Plätze und Straßen. In Berlin-Charlottenburg wurde ein Platz nach ihm benannt; in Stuttgart das Sportstadion. Im September 1933 begrüßte Hitler 100000 SA-Männer, die ihm auf dem »Adolf-Hitler-Platz« in Nürnberg zujubelten.¹⁰² Der Geburtstag des Führers wurde zu einem offiziellen Feiertag des Reiches erklärt. Aus Anlaß seines 48. Geburtstages im April 1937 kam zum ersten Mal eine Briefmarke mit dem Bild des Führers heraus.¹⁰³ In den nachfolgenden Jahren erschien sein Bild häufiger auf den Reichsbriefmarken. Göring, der nationalsozialistische Ministerpräsident Preußens und Marschall der Luftwaffe, war bekannt für seinen Ehrgeiz, was zur Folge hatte, daß sein Name auf vielen Symbolträgern erschien. Nach ihm wurde ein Landkreis in

⁹⁶ *Berliner Lokal-Anzeiger*, 1. 6. 1933.

⁹⁷ *AdSB* 74 (1933), Nr. 24.

⁹⁸ *AdSB* 74 (1933), Nr. 17.

⁹⁹ *AdSB* 74 (1933), Nr. 51.

¹⁰⁰ *AdSB* 76 (1933), Nr. 39.

¹⁰¹ Gröner, *Kriegsschiffe*, 21, 24.

¹⁰² *Berliner Lokal-Anzeiger*, 4. 9. 1933.

¹⁰³ Michel, 84.

Schleswig-Holstein benannt.¹⁰⁴ In Berlin wurde bereits im September 1933 aus der »Friedrich-Ebert-Straße« die »Hermann-Göring-Straße«.¹⁰⁵ Auch die Düsseldorfer Kunstschule wurde nach ihm benannt und stand unter seiner offiziellen Schutzherrschaft.

Unter den Nazihelden bilden die Märtyrer der Bewegung eine zentrale Gruppe: Parteimitglieder, die in Deutschland oder jenseits der Reichsgrenzen ihr Leben opferten. Nach der Machtergreifung war es möglich, das Andenken derer zu bewahren, die im »Kampf um die Straße« gefallen waren. In dieser Gruppe nahm Horst Wessel eine Sonderstellung ein. Er war der Held einer intensiven Propagandakampagne, die von den Nazis Ende 1933 geführt wurde. Ihr Ziel war, den Nazihelden zu einem Symbol der Aufopferung und zum offiziellen Märtyrer der nationalen Revolution zu machen. Seinen Höhepunkt erreichte der Horst-Wessel-Kult Anfang Oktober 1933 in Berlin. Zu dem Zeitpunkt wurde der Arbeiterbezirk »Friedrichshain« im Osten Berlins in »Horst-Wessel-Stadt« umbenannt.¹⁰⁶ Daß ausgerechnet dieses Viertel umbenannt wurde, war kein Zufall; in diesem Viertel war der Märtyrer der Bewegung geboren, es war aber auch eine »Hochburg der kommunistisch-marxistischen Volksverräter«.¹⁰⁷ Der »Bülowplatz«, vor Januar 1933 das Nervenzentrum des deutschen Kommunismus – dort befand sich die Redaktion der »Roten Fahne« –, wurde nach Horst Wessel benannt.¹⁰⁸ Auch das Krankenhaus, in das er eingeliefert wurde und in dem er starb, wurde in »Horst-Wessel-Krankenhaus« umbenannt.

Horst Wessel war jedoch nicht der einzige Märtyrer; nach anderen Märtyrern wurden Straßen, Schulen, Parkanlagen und verschiedene öffentliche Anlagen benannt. Allein auf den Berliner Straßenschildern tauchten in den Jahren 1933/34 die Namen sechs weiterer Nazimärtyrer auf.¹⁰⁹ Lokale Zweigstellen der SA sorgten dafür, daß das Andenken ihrer gefallenen Kameraden durch Ehrenmäler gewahrt wurde. Auch in München und in Hameln wurden Ehrenmäler für die Märtyrer der Bewegung errichtet.¹¹⁰ Der Kult der Nazimärtyrer war eine Fortsetzung des in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen »Gefallenenkults«.

Die in den ersten Jahren nach der Machtergreifung vorgenommenen Änderungen im kanonischen Symbolsystem gehörten zum Nazifizierungsprozeß des Reiches. Aber nach der Konsolidierungsphase setzte 1936/37 die Ausdehnung

¹⁰⁴ Nach: Müllers Großes Deutsches Ortsbuch.

¹⁰⁵ *AdSB* 74 (1933), Nr. 37.

¹⁰⁶ *AdSB* 74 (1933), Nr. 41.

¹⁰⁷ *Berliner Lokal-Anzeiger*, 10. 10. 1933.

¹⁰⁸ *AdSB* 74 (1933), N. 24.

¹⁰⁹ A. Giese, Unsere Helden und ihre Taten in den Straßennamen von Groß-Berlin, in: *Berlinische Blätter für Geschichte und Heimatkunde* 1, 1934, 140.

¹¹⁰ Zu den Denkmälern und Gedenkstätten für die Nazimärtyrer siehe: H. Scharf, *Kleine Kunstgeschichte des deutschen Denkmals*, Darmstadt 1984, 292–294.

des Deutschen Reiches ein, die zum Großdeutschen Reich führte. Die Annexionen und Eroberungen der Jahre 1938 – 1940 gaben dem Großdeutschen Reich seinen territorialen Rahmen. Die neue nationale Geographie schlug sich in den von der Reichspost herausgegebenen Briefmarken nieder. Im November 1938 erschien eine Serie von neun Briefmarken, die Österreich gewidmet war;¹¹¹ bereits im September 1939 kamen anlässlich der Eingliederung Danzigs ins Reich zwei Briefmarken heraus;¹¹² Ende Juni 1940 erschienen zwei Briefmarken anlässlich der Eingliederung der ehemaligen belgischen Gebiete Eupen und Malmedy ins Reich.¹¹³ Bemerkenswert ist die Schnelligkeit, mit der die Briefmarken kurze Zeit nach den Eroberungen herauskamen. Die Inschrift »Großdeutsches Reich« erschien jedoch erst im Oktober 1943 auf den Briefmarken.¹¹⁴

Zu den Bemühungen, das neue Deutsche Reich zu gestalten, gehörte der Plan zum Neubau Berlins. Die Reichshauptstadt Berlin war eine von vielen Hauptstädten – Nürnberg war die »Parteitagsstadt« und München die »Stadt der NS-Bewegung«.¹¹⁵ Das Verhältnis der Naziführung zur Reichshauptstadt war zurückhaltend. Bei den Feierlichkeiten im Sommer 1937 zum 700jährigen Bestehen der Stadt war Hitler nicht anwesend. Aus seinem Glückwunschtelegramm an den Berliner Bürgermeister geht hervor, wie wenig er die damalige Hauptstadt akzeptierte. Darin drückt Hitler seine Gewißheit aus, daß Berlin in der Folge der geplanten großangelegten Bauarbeiten »den Charakter einer wahrhaft würdigen Hauptstadt des Dritten und des Deutschen Reiches« erhalten würde.¹¹⁶ Das Thema der architektonischen Neugestaltung Berlins durch die Nationalsozialisten ist andernorts bereits eingehend behandelt worden.¹¹⁷ Wichtig in dem Zusammenhang ist, daß die Behörden seit 1937 darauf achteten, Berlin als »Reichshauptstadt« zu bezeichnen. Hitlers Plan war, Berlin zur Hauptstadt des von ihm konzipierten Germanischen Reichs zu machen. Er spielte sogar mit dem Gedanken, die Hauptstadt »Germania« zu nennen.¹¹⁸ Aber acht Jahre nach der offiziellen Veröffentlichung des Plans zur Neugestaltung der Reichshauptstadt waren von der Stadt nur noch Ruinen übrig, und auf dem Brandenburger Tor wehte die rote Fahne.

¹¹¹ Michel, 86.

¹¹² Ibid., 87.

¹¹³ Ibid., 88.

¹¹⁴ Ibid., 95.

¹¹⁵ Zum Thema der Hauptstädte des Dritten Reiches siehe: H. Brenner, *Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus*, Reinbek bei Hamburg 1963, 127.

¹¹⁶ *Berliner Lokal-Anzeiger*, 16. 8. 1937.

¹¹⁷ Von den Publikationen, die sich mit dem Thema befassen, ist besonders erwähnenswert: H. J. Reichhardt / W. Schäche, *Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörung der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen*, Berlin 1984.

¹¹⁸ Piker, *Tischgespräche*, 196; L. Kettenacker, *Der Mythos vom Reich*, in: K. H. Bohrer (Hrsg.), *Mythos der Moderne*, Frankfurt/M. 1983, 281–282.

ZWEITER TEIL

Die Behörden und die kanonischen Symbole im besetzten Deutschland 1945–1948

*»Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet ...«
(Paragraph 1 der Potsdamer Konferenz, Sommer 1945)*

1. Kapitel

Die Besatzungsmächte und die kanonischen Symbole

In einer Fotoreportage, aufgenommen von der amerikanischen Armee in Köln im März 1945, wenige Tage nach der Eroberung der Stadt, ist folgender Abschnitt zu sehen: Ein amerikanischer Soldat mit einem Schweißgerät in der Hand demontiert den Adler mit dem Hakenkreuz über dem Eingang eines Gebäudes. In dem Bericht wird die Funktion des Gebäudes nicht angegeben, vermutlich aber handelte es sich um ein Regierungsgebäude. Die Szene endet damit, daß das Symbol zu Boden fällt und zerbricht.

Ein ähnliches Bild erschien auch in einem Dokumentarfilm, den die Rote Armee bei der Eroberung Wiens produzierte. In diesem Film kam noch ein weiteres Element hinzu: Der Anblick von Hakenkreuzfahnen, die wie Lumpen auf dem Boden liegen, umgeben von den strahlenden Siegern. Diese Bilder wiederholten sich in allen von den Alliierten besetzten Städten. Das Entfernen und die Vernichtung der repräsentativen Symbole des alten Regimes gehörten zu den ersten Aktionen, die in eroberten Städten durchgeführt wurden.

Die Fahnen des Dritten Reichs wurden durch amerikanische, sowjetische und britische Fahnen ersetzt. Im März 1945 erschien ein Bild in allen Zeitungen der Welt mit amerikanischen Marinesoldaten, die das Sternenbanner auf der Insel Iwo Gima schwenkten. Im Mai 1945 hißten sowjetische Soldaten die rote Flagge auf dem Berliner Reichstagsgebäude. Dieses Bild ging ebenfalls durch die ganze Weltpresse. Kommentarlos drückte es den sowjetischen Sieg über das Dritte Reich aus. Die Fahne der siegreichen Seite wird auf dem Parlamentsgebäude im Zentrum der Hauptstadt der besiegten Nation gehißt: ein symbolischer Ausdruck des Sieges der einen und der Niederlage der anderen Seite. Im Juni 1946 wurde in Moskau die Siegesparade der Roten Armee abgehalten. Von der Tribüne auf dem Roten Platz begrüßte Stalin die Marschierenden. In Anlehnung an eine jahrtausendealte historische Tradition – beispielsweise die römischen Triumphzüge – wurden auch Fahnen und Banner der Besiegten mitgetragen. Sie wurden zur Schau gestellt und danach in einem symbolischen Akt vor der Ehrentribüne auf den Boden geworfen. Die Degradierung der feindlichen Fahnen ist ein fester Bestandteil des Siegerrituals. Die Parade, die in einem sowjetischen Dokumentarfilm festgehalten wurde, endet mit einem Kameraschwenk auf die auf dem Boden liegenden Flaggen und Fahnen, die ursprünglich beim deutschen Triumphzug nach der geplanten Eroberung Moskaus mitgeführt werden sollten.

In dem gleich nach der Besetzung Kölns aufgenommenen Dokumentarfilm wird ein amerikanischer Soldat gezeigt, der die Bevölkerung mit DDT säubert. Der Sprecher betonte die zweifache Bedeutung dieser »Säuberung«. Auf der einen Seite sollte damit die drohende Seuchengefahr abgewendet werden, da zwischen den zerstörten Häusern noch immer viele Leichen herumlagen; ande-

rerseits richtete sich die Maßnahmen gegen eine Infektion völlig anderer Art: gegen das von der nazistischen Ideologie infizierte Bewußtsein des deutschen Volkes. Das Bild drückte den Gedanken aus, daß mit dem Sturz des nationalsozialistischen Regimes die Zeit gekommen sei, das deutsche Volk vom nazistischen Bazillus zu säubern.

Mit der Eroberung Deutschlands begann die Umerziehung des deutschen Volkes. Zunächst erfolgte die Säuberung der deutschen Städte von den auffälligen Symbolen des Dritten Reiches. Am 20. April 1945, noch ehe sich das Dritte Reich formell ergeben hatte, veranstalteten die Amerikaner in Nürnberg eine militärische Zeremonie zur Feier des Sieges über die Nationalsozialisten. Man hatte dafür den Geburtstag Adolf Hitlers gewählt, der im Dritten Reich ein offizieller Feiertag war. Auch die Wahl Nürnbergs war nicht zufällig: Die Stadt hieß im offiziellen nationalsozialistischen Jargon die »Stadt der Parteitage«. Höhepunkt der Feier war die Explosion, die das überdimensionale Hakenkreuz im Stadion zerfetzte. Der Sprecher im amerikanischen Kriegsjournal meinte hierzu, die Explosion verkünde Europa den Sieg.¹

Die meisten nazistischen Symbole aus Stein und Metall verschwanden bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1945. Es kam jedoch auch vor, daß man einige vergaß. Ein interessantes Beispiel ist der Reichsadler mit einem am Sockel angebrachten Hakenkreuz, der seit 1940 über dem Eingang des Tempelhofer Flughafens in Berlin stand. Die monumentale, fünf Meter hohe Skulptur – die Spannweite zwischen den Flügeln betrug viereinhalb Meter – wog neun Tonnen. Es war eine typische Naziskulptur, die der Berliner Bildhauer Wilhelm Lehmke gefertigt hatte. Nach der Besetzung kontrollierte die amerikanische Armee den Flughafen. Zwar wurde das Hakenkreuzsymbol vom Sockel entfernt, der monumentale Adler aber zierte bis zu seiner Entfernung 1962 weiterhin den Eingang des Flughafens.² Seine endgültige Demontierung war nicht politisch bedingt; der Adler behinderte lediglich den Bau einer neuen Radaranlage auf dem Dach des Flughafengebäudes. Der Adler wurde nach West Point überführt, wo er bis zu seiner Rückkehr nach West-Berlin 1984 im Keller des Museums der amerikanischen Militärakademie lagerte.³

Die zunächst spontan erfolgte Säuberung Deutschlands von den Nazisymbolen erhielt einige Monate nach Kriegsende ihre offizielle Bestätigung durch die Militärverwaltungen der Alliierten. Darin wurden der Gebrauch nazistischer Symbole und ihre öffentliche Zurschaustellung untersagt. Im Oktober 1945 wurde auf Anweisung des Alliierten Kontrollrats das nationalsozialistische Grundgesetz aufgehoben.⁴ Zu den offiziell aufgehobenen Gesetzen gehörten

¹ *Paramount Newsreel*, 3. 5. 1945.

² *Der Spiegel*, 14/1962, 20.

³ *Tagesspiegel*, 20. 12. 1984.

⁴ *Verordnungsblatt der Stadt Berlin*, 1. Jg. (1945), Nr. 9.

unter anderem auch das »Gesetz zum Schutze der Nationalen Symbole vom 19. 5. 1933« und das »Reichsflaggengesetz vom 15. 9. 1935«.

Die Entkanonisierung nazistischer Symbole durch die Militärverwaltungen war der leichtere Teil des Entnazifizierungsprozesses des öffentlichen und politischen Lebens Deutschlands. Die nationalsozialistische Partei wurde verboten. Tausende der sechs Millionen Mitglieder der Partei und ihrer Organisationen wurden vor alliierte Gerichte gestellt. Höhepunkt bildeten die Nürnberger Prozesse, in deren Verlauf vierundzwanzig Führer des Regimes, der Armee, der SS und der Gestapo der Kriegsverbrechen angeklagt wurden. Danach begannen in den verschiedenen Besatzungszonen die Prozesse gegen die Nationalsozialisten der unteren Ränge. Demgegenüber gestaltete sich die Säuberung des öffentlichen Lebens von Nazisymbolen verhältnismäßig einfach.

Aber die Sieger gaben sich nicht damit zufrieden, allein die Symbole des besiegten Regimes zu entfernen. Vor allem in der sowjetischen Besatzungszone wollte man den militärischen Sieg durch die Errichtung von Denkmälern verewigen. Die Sowjets errichteten ungefähr achthundert Denkmäler für die im Frühling 1945 auf deutschem Boden Gefallenen der Roten Armee sowie Siegesdenkmäler über Nazideutschland. Hierzu gehören auch steinerne Gedenktafeln mit Widmungen an die Gefallenen oder Denkmäler, die aus Kriegsmaterial – vor allem Panzern – bestehen, die den Sieg der sowjetischen Armee symbolisieren sollen.

Beinahe alle Denkmäler wurden gleich nach Ende der Kampfhandlungen aufgestellt. Im fünften Teil der Arbeit werden die beiden zentralen Monumente behandelt, die in West-Berlin von den Sowjets zwischen 1946–1949 zum Andenken an die Gefallenen der Roten Armee errichtet wurden. Hier sei lediglich ein Denkmal erwähnt, das bereits im Sommer 1945 in Thorgau aufgestellt wurde. Dieses Denkmal war dem zu Kriegsende erfolgten Zusammentreffen russischer und amerikanischer Soldaten gewidmet. Es sollte ein Symbol des gemeinsamen Sieges der Alliierten über Nazideutschland sein. Das Treffen an der Elbe, »auf das« – wie sich der amerikanische Nachrichtensprecher ausdrückte – »die Welt gewartet hatte«, war ein Symbol des Sieges und der Waffenbruderschaft, die (noch) zwischen den Alliierten bestand. Das historische Treffen fand zwar nicht in Thorgau statt, aber in den amerikanischen und sowjetischen Wochenschauen wurde es dort gezeigt.⁵ So kam es, daß Thorgau, der Ort, an dem »der Osten den Westen trifft«, wie der Untertitel in den amerikanischen Kriegsmeldungen verkündete, zum Symbol wurde, ausgedrückt in dem Monument, das die Sowjets dort errichten ließen.

Daß die deutsche Souveränität zu Ende war, ist auch an den Briefmarken abzulesen, die nach Mai 1945 herauskamen. Am 20. April erschienen die letzten beiden Briefmarken mit der Aufschrift »Großdeutsches Reich«. Auf diesen

⁵ *United News*, April 1945.

Briefmarken waren ein SA- und ein SS-Mann dargestellt.⁶ Nach der Niederlage verschwanden die nazistischen Briefmarken mit ihrer eindeutigen Thematik und ihrem charakteristischen Stil. Sie wurden durch lokale Ausgaben verschiedener Provinzen des ehemaligen deutschen Reiches oder der Besatzungszonen ersetzt. In der französischen Besatzungszone kamen badische, württembergische und rheinland-pfälzische Briefmarken heraus. In den amerikanischen und englischen Besatzungszonen erschienen einige Marken mit der Bezeichnung »Deutschland«. In der sowjetischen Besatzungszone kamen Marken der Länder oder ehemaliger preußischer Provinzen heraus.

Die Herausgabe lokaler Ausgaben führte dazu, daß in den Jahren 1945–1947 die Geographie auf den deutschen Briefmarken an die vor 1871 erinnerte – freilich erschienen nach 1945 keine Darstellungen lokaler Herrscher mehr, sondern lokale Sehenswürdigkeiten, wie berühmte Gebäude und Landschaften. Zwar kamen noch Personendarstellungen heraus, aber es waren Dichter, Schriftsteller, Künstler oder Philosophen; Figuren, die dem deutschen nationalen Pantheon angehörten, die dazu dienten, auf die Existenz eines »anderen Deutschlands« als die Nazideutschlands hinzuweisen. Auffällig ist die Entpolitisierung, die diese Briefmarken auszeichnet. Sie enthalten keine politische Botschaft. Eine Ausnahme ist eine Serie von drei Briefmarken, die im Oktober 1945 in Mecklenburg herausgegeben wurde, auf denen drei »Antifaschisten« – Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheidt und Dr. Klausener – dargestellt waren.⁷ Dies waren damals die einzigen Briefmarken mit Darstellungen von Personen aus der jüngsten Vergangenheit, die zugleich eine aktuelle politische Botschaft hatten.

⁶ Michel. Briefmarken-Katalog Deutschland 1982, 95.

⁷ Ibid., 247.

2. Kapitel

Die Stadtverwaltungen und die Straßennamen

Die Entkanonisierung der nazistischen Symbole beschränkte sich nicht nur auf das Demontieren der steinernen und metallenen Hakenkreuze. Viele nazistische Symbole befanden sich auch auf den Straßenschildern der deutschen Städte. Der Entkanonisierungsprozeß oblag den Stadtverwaltungen, die ihrerseits der Militärverwaltung unterstanden. In der Praxis aber konnten sie frei darüber entscheiden, welche Symbole entfernt werden sollten. Eine andere wichtige Entscheidung der Stadtverwaltungen war, die neuen Symbole festzulegen. Hierbei waren die jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse in den entscheidenden städtischen Gremien – ob Vertreter der bürgerlichen oder Vertreter der Arbeiterparteien gerade den Ton angaben – von großer Bedeutung. Im Gegensatz zu Denkmälern müssen Straßennamen ersetzt werden. Das heißt in dem Falle eine doppelte Aufgabe: ein altes Symbol zu entfernen, und es durch ein anderes Symbol zu ersetzen. In einem gegebenen historischen Kontext ist diese Entscheidung ebenso politisch wie die, welche »neutrale« Namen die unerwünschten politischen Symbole ersetzen sollen. Für die Entscheidung, ob mit den nazistischen Symbolen auch andere politische Symbole entfernt werden sollen, sind die politischen Kräfteverhältnisse im Stadtradt ausschlaggebend. Gemeint sind vor allem die preußischen Symbole, die das monarchistische und militärische Erbe vertraten. Im Zeichen der »Demokratie« erwachte das politische Leben in Deutschland nach Mai 1945 zu neuem Leben. In dem Zusammenhang besonders interessant ist, die Entwicklung in denjenigen Stadtverwaltungen mitzuverfolgen, in denen die Kommunisten und in geringerem Maß auch die Sozialdemokraten entscheidenden Einfluß hatten. Die Einstellung der Kommunisten zu den preußischen Symbolen überhaupt und zu den monarchistischen im besonderen trat bereits in den zwanziger Jahren deutlich zutage. Damals hatten die Kommunisten – erfolglos – versucht, die alten monarchistischen Symbole aus dem öffentlichen Leben zu entfernen.

Im Verlauf dieses Kapitels soll die Entkanonisierung und Kanonisierung der Symbole auf den städtischen Symbolträgern, vor allem auf Straßenschildern, thematisiert werden. Wesen und Dynamik dieses Prozesses sind von Stadtverwaltung zu Stadtverwaltung verschieden. Um die divergierenden Einstellungen zur Frage der »Demokratisierung« der Straßenschilder analysieren zu können, wurden im folgenden drei Städte ausgewählt, die verschiedene Modelle einer »Säuberung« von alten Symbolen repräsentieren:

1. Wien – die Hauptstadt Österreichs. Wien wird deshalb hinzugezogen, weil zwischen Wien und Berlin damals eine große Ähnlichkeit bestand. Wie Berlin war auch Wien in vier von den Siegermächten kontrollierten Sektoren aufgeteilt. Davon ausgehend ist es interessant, die in den beiden Städten un-

terschiedlichen Vorgehensweisen bei der »Demokratisierung« städtischer Symbolträger zu vergleichen.

2. Leipzig – die sächsische Metropole in der sowjetischen Besatzungszone.
3. Berlin – die Hauptstadt Preußens und des Deutschen Reiches, die in die vier von den Siegermächten regierten Sektoren aufgeteilt war. Die historische Bedeutung der Stadt ist anhand der Symbole auf ihren Straßenschildern abzulesen.

1. Wien

Im April 1945 wurde Wien von der Roten Armee eingenommen. Sofort danach begann die Umbenennung der Straßen. Bereits am 27. April wurden siebenunddreißig Straßennamen geändert.⁸ Die Namen »Horst Wessel«, »Adolf Hitler« und »Hermann Göring« verschwanden von den Straßenschildern, auf denen sie seit 1938 zu lesen waren. Die Verabschiedung des pangermanischen Gedankens drückte sich in der Umbenennung des »Platzes der Sudetendeutschen« aus; auch der nach der norddeutschen Stadt Braunschweig benannte Platz erhielt einen neuen Namen – ein Zeichen der Trennung Österreichs vom Deutschen Reich. Die ausgesprochen militaristischen Straßennamen, wie die »Admiral-Scheer-Straße« oder die »Richthofengasse«, verschwanden ebenfalls. Ebenso erhielten die nach Scharnhorst, Clausewitz und Blücher benannten Straßen neue Namen. Die Umbenennung dieser Straßen war mehr als die Entkanonisierung militaristischer Symbole: Es handelte sich um preußische Symbole, die infolge der preußisch-österreichischen Rivalität im 18. und 19. Jahrhundert in der Donaumetropole nicht sehr beliebt waren.

Der Übergang von »Ostmark« zu Österreich zeichnete sich einerseits durch die Umbenennung gesamtdeutscher oder preußischer Straßen aus, andererseits durch die Wahl neuer Namen. Zum Beispiel tauchte erneut der Name des österreichischen Sozialisten Viktor Adler auf, der auf den Straßenschildern wieder den gleichen Platz einnahm wie in den Jahren 1928–38. Die Mehrzahl der neuen Wiener Straßennamen waren eng mit der österreichischen Geschichte verknüpft – es waren Namen österreichischer Politiker, Schriftsteller, Wohltäter, Gesellschaftsverbesserer und Künstler, die in Wien gelebt hatten und dort tätig gewesen waren. Die wichtigste Botschaft der neuen Namen war die Akzentuierung Österreichs als Zeichen der Trennung vom Deutschen Reich.

⁸ *Amtsblatt der Stadt Wien*, Jg. 51, 1946. Nr. 28.

2. Leipzig

Die nach Mai 1945 in Leipzig vorgenommenen Umbenennungen waren im Vergleich zu denen in Wien weitaus tiefgreifender und umfassender. In der zweiten Hälfte des Jahres 1945 wurden in der sächsischen Metropole dreißig Straßennamen geändert; die meisten alten und neuen Namen, die an ihre Stelle traten, waren ausgesprochen politische Symbole.⁹

Von den Leipziger Straßenschildern verschwanden nicht nur die nationalsozialistischen Namen, sondern auch die preußischen. Dazu gehörten die Namen von Hindenburg, Roon, Moltke, Manteuffel, Mackensen und Clausewitz, die alle mit einer militaristischen Tradition in Verbindung gebracht wurden. Auch Yorck und Blücher, die Helden des »Freiheitskrieges«, verschwanden von den Straßenschildern – in einer Stadt, deren Name den Sieg über Napoleon symbolisiert. Die nach Bismarck benannte Brücke und Straße, die jahrzehntelang den Namen des deutschen Reichsgründers getragen hatten, wurden umbenannt. Nachdem man auch die »Kaiser-Friedrich-Straße«, die »Kaiserin-Augusta-Straße«, die »Kaiser-Wilhelm-Straße« und die »Kaiser-Maximilian-Straße« umbenannt hatte, wurde zuletzt, zum Zeichen, daß die monarchistische Tradition endgültig vorbei war, der »Königsplatz« umbenannt.

Das Entfernen der »reaktionären« Straßennamen war nur eine Seite der Medaille; die Wahl der neuen die andere. 1945 wurden in Leipzig die herausragenden Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung zu anerkannten Helden gemacht. So traten in Leipzig im Verlauf des Jahres 1945 die Namen von Marx, Lassalle, Engels und Bebel auf. Daß man sich der historischen Bedeutung dieser Namen bewußt war, zeigt ihre Verknüpfung mit denjenigen, die sie ersetzen: Ferdinand Lassalle trat an die Stelle von Bismarck, und August Bebel nahm den Platz von Kaiser Wilhelm ein. In Leipzig wurden auch Straßen nach Helden der KPD benannt: nach Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und nach Franz Mehring. Auch die Namen prominenter Führer der österreichischen Arbeiterbewegung, wie Friedrich und Viktor Adler, wurden auf den Leipziger Straßenschildern verewigt.

1945 trat auch der Name Ernst Thälmanns auf, des Führers der KPD am Ende der Weimarer Republik. Ernst Thälmann war nicht nur Parteiführer; er war auch ein Märtyrer, der in Buchenwald den Tod fand. Nach 1945 änderte sich die Gruppenzusammensetzung der kanonischen Märtyrer. Statt der Helden der NS-Bewegung waren es nun die Helden der antinazistischen Widerstandsbewegung. Von den übrigen Märtyrern ist der sozialdemokratische Führer Rudolf Breitscheid zu nennen sowie die sächsischen Märtyrer und »Lokalhelden« – meist Sozialdemokraten und Kommunisten –, die von den Nazis im Januar

⁹ Verzeichnis der in der Stadt Leipzig seit dem 19. Mai 1945 umbenannten Straßen, Plätze, Brücken und Wehre, Leipzig 1945.

1945 hingerichtet wurden. Aber auf den Straßenschildern wurden nicht nur Märtyrer der Arbeiterbewegung verewigt. In Leipzig benannte man eine Straße nach den Geschwistern Scholl, den Helden aus München.

Die »Demokratisierung« der Straßenschilder endete nicht mit dem Jahr 1945. In den darauffolgenden Jahren wurden Straßen umbenannt, die man bei der ersten Welle von 1945 zurückgestellt hatte. Bis August 1947 verschwanden weitere zwanzig Namen aus Leipzig.¹⁰ Dazu gehörten die Namen der Admirale Schröder, Scheer, Hipper, Trotha, Tirpitz und Graf Spee. Zu den militaristischen Straßennamen, die umbenannt wurden, gehörten die »Garnisonstraße«, die »Husarenstraße«, die »Ulanenstraße« und die »Infanteriestraße«. Mit Umbenennung der »König-Albert-Allee«, der »Kaiserstraße«, der »Friedrich-August-Straße«, der »Friedrich-Wilhelm-Straße«, der »Fürstenstraße«, der »Hohenzollernstraße« sowie der »Wilhelmstraße« verlor die monarchistische Tradition ihre letzten Vertreter. Bei dieser Gelegenheit erhielt auch die nach dem sächsischen Kurfürsten Johann Georg benannte Straße einen anderen Namen. Die Demokratisierung der Straßennamen war demgemäß nicht nur auf die preußischen Symbole beschränkt; auch die sächsischen Monarchen verschwanden aus dem Leipziger Stadtbild. Im gleichen Zuge wurde das alte Siegesymbol »Sedan« von den Leipziger Straßenschildern entfernt. Die politischen Kräfteverhältnisse nach 1945 machten es möglich, in Leipzig das zu erreichen, was in der Kaiserzeit und sogar während der ersten Republik unmöglich schien: Nach fast einem halben Jahrhundert war der Kampf der Arbeiterbewegung gegen das Siegesymbol über Frankreich von Erfolg gekrönt.

Ein nennenswerter Name der zweiten Welle ist der des Grafen von Stauffenberg, der Held des Attentats vom 20. Juli. In der sowjetischen Besatzungszone war Leipzig die einzige Stadt, die es für richtig erachtete, den Namen Stauffenbergs zu verewigen.

3. Berlin

Auf der Londoner Konferenz im September 1944 wurde die ehemalige Hauptstadt des Deutschen Reiches in drei Sektoren aufgeteilt: einen sowjetischen, einen amerikanischen und einen britischen. Später kam noch ein französischer Sektor hinzu. Die Sowjetunion beherrschte acht Stadtbezirke im Osten der Stadt, darunter die Arbeiterviertel Friedrichshain und Prenzlauer Berg, sowie Berlin-Mitte, das historische preußische Stadtzentrum. Zum amerikanischen Sektor gehörten sechs Stadtbezirke im Südwesten der Stadt; die Engländer kontrollierten vier Stadtbezirke im Westen und die Franzosen zwei Bezirke im Nordwesten der Stadt.

¹⁰ Amtliches Straßenverzeichnis Leipzig, Leipzig 1947.

Die Berliner Stadtverwaltung wurde erst in den darauffolgenden Monaten geschaffen, als die Sowjets Anfang Juli 1945 die zwölf westlichen Stadtviertel räumten und die Armeen der drei Westmächte in die Stadt einmarschieren konnten. Bis zu den Wahlen am 20. Oktober 1946 wurde die Zusammensetzung der Stadtverwaltung Berlins ebenso wie die der Behörden in den verschiedenen Stadtvierteln von den Kommunisten bestimmt, die Anfang Mai 1945 aus der Sowjetunion zurückgekehrt waren. An ihrer Spitze stand Walter Ulbricht. Er erteilte seinen Leuten persönlich Anweisungen, wie die Berliner Stadtverwaltung auszusehen habe.¹¹ Die Personen, die für die verschiedenen Ämter in Frage kamen, mußten zwar Antifaschisten, aber nicht unbedingt Kommunisten sein. Nach außen sollte die Stadtverwaltung ein pluralistisches Gepräge erhalten. Gleichwohl waren die Schlüsselpositionen wie Personalämter und Polizeibehörden den Kommunisten vorbehalten, verbunden mit der Weisung, sich im Hintergrund zu halten. Die Leute der »Ulbricht-Gruppe« bauten die öffentliche Verwaltung der Hauptstadt in einer Blitzaktion auf, um die einmarschierenden Westmächte vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Aktivitäten des ernannten Magistrats zeichneten sich in den ersten Monaten durch enge Zusammenarbeit zwischen den für die Stadtverwaltung verantwortlichen Parteien aus.¹² Im Winter 1945/46 kamen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten die ersten Meinungsverschiedenheiten auf. Sie gingen auf die Bestrebungen der Kommunisten zurück, die beiden Arbeiterparteien zu vereinigen.¹³ In der sowjetischen Besatzungszone, wo im April 1946 die beiden Parteien zur »Sozialistischen Einheitspartei« vereinigt worden waren, hatten diese Bestrebungen bereits Früchte getragen. In Berlin – einschließlich des sowjetischen Sektors – bestand die SPD auch weiterhin als eigenständige politische Partei.

Während des Wahlkampfs zur Stadtverordnetenversammlung im Herbst 1946 verschärften sich die Spannungen zwischen den Kommunisten und den anderen Parteien. Die Wahlen – darüber waren sich alle im klaren – stellten eine Machtprobe dar, die über die Grenzen Berlins hinaus Konsequenzen haben würde. Die Wahlpropaganda der Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberalen richtete sich gegen den großen Einfluß der Kommunisten auf den Magistrat und gegen dessen Zentralismus. Die Kommunisten, die offen von der sowjetischen Militärverwaltung unterstützt wurden, behinderten die politischen Aktivitäten der SPD im sowjetischen Sektor der Stadt.¹⁴ An den Wahlen am 20. Oktober 1946 beteiligten sich 92 Prozent der Berliner Bevölkerung. Die

¹¹ Ein persönlicher Bericht über die Tätigkeit der »Ulbrichtgruppe«: W. Leonard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1970, 355–370.

¹² Eine Chronik der Ereignisse, vom westlichen Gesichtspunkt: *Berlin – Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945–1948*, Berlin 1961; *Heimatchronik Berlin*, Köln 1962.

¹³ *Heimatchronik*, 504.

¹⁴ *Ibid.*, 506.

SPD erhielt 48,7 Prozent der Stimmen, die Christdemokraten 22,2 Prozent, die SED 19,8 Prozent und die Liberalen 9,3 Prozent.¹⁵ Für die Kommunisten bedeuteten die Ergebnisse eine schwere Niederlage. Es gelang ihnen nicht einmal, in einer der Stadtbezirksverwaltungen im sowjetischen Sektor zur führenden politischen Kraft zu werden.

Nach den Wahlen wurde Berlin von einer Großen Koalition regiert, an der alle vier Parteien beteiligt waren. Die Vertreter der SED sahen sich in die Rolle der Opposition gedrängt. Sie erhielten aber von den sowjetischen Vertretern bei der gemeinsamen Militärkommandantur, die gegen alle mißliebigen Entscheidungen des Magistrats ein Veto einlegen konnte, jede erdenkliche Unterstützung.¹⁶ Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kommunisten und den übrigen Parteien betrafen Themen wie die Überführung privater Fabriken in städtisches Eigentum, die Zusammensetzung der Stadtverwaltung oder das Thema der künftigen Verfassung Berlins.¹⁷ Die Forderungen der SED führten bei den Sozialdemokraten zu heftigen Auseinandersetzungen. Im April 1947 wurde der sozialdemokratische Bürgermeister seines Amtes enthoben; man warf ihm vor, gegenüber den Kommunisten zu nachgiebig zu sein. Als Nachfolger schlugen die Sozialdemokraten Ernst Reuter vor. Die SED machte ihre Zustimmung von einem gemeinsamen Programm der beiden Parteien abhängig. Die Sozialdemokraten lehnten diese Forderung ab. Am 24. Juni 1947 wurde Reuter mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Christdemokraten und der Liberalen – gegen die Stimmen der SED – ins Amt des Bürgermeisters gewählt. Dagegen legten die sowjetischen Vertreter bei der Militärkommandantur ihr Veto ein; als Übergangslösung einigte man sich auf Luise Schröder, die daraufhin zur amtierenden Bürgermeisterin gewählt wurde.¹⁸

Die wachsenden Spannungen zwischen den Kommunisten und den übrigen politischen Parteien spiegelten die verschlechterten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den drei westlichen Besatzungsmächten wider. Man muß sich vor Augen halten, daß Berlin als einziges Gebiet in ganz Deutschland von den vier Mächten gemeinsam regiert wurde. Es war daher der einzige Ort, an dem ein unmittelbarer Kontakt zwischen den Militärverwaltungen der Alliierten stattfand. Anfang 1948 vergrößerten sich die Spannungen zwischen den einstigen Bundesgenossen. In den westlichen Besatzungszonen wurden Vorbereitungen getroffen für eine Währungsreform. In praktischer Hinsicht bedeutete dies die Teilung Deutschlands in zwei getrennte Währungsgebiete. Die Sowjets reagierten darauf mit aller Schärfe. Am 20. März 1948 schieden die sowjetischen Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat aus.¹⁹ Im April 1948 begann die

¹⁵ Ibid., 507.

¹⁶ Ibid., 508.

¹⁷ Ibid., 508–509.

¹⁸ Ibid., 509.

¹⁹ Ibid., 517.

Sowjetunion, den freien Verkehr zwischen den westlichen Sektoren Berlins und Westdeutschland zu behindern. Mitte Juni wurde in Westdeutschland die Währungsreform durchgeführt; daraufhin verhängte die Sowjetunion am 24. Juni 1948 über West-Berlin eine Blockade. Damit wurde Berlin zum Schauplatz des Kalten Krieges.

In Berlin verschärfte das Auflodern des Kalten Krieges die Spannungen zwischen den verschiedenen Parteien. Am 26. Juli entthob der Magistrat den der SED nahestehenden Berliner Polizeipräsidenten Paul Markgraf seines Amtes, mit der Begründung, er habe die Anweisungen des Magistrats nicht befolgt. Daraufhin wurde seinem Nachfolger der Zutritt zum Büro verweigert; das Büro lag im sowjetischen Sektor der Stadt. Die drei Westmächte hatten die Amtsenthhebung Markgrafs unterstützt; die Sowjets drohten mit einem Racheakt.²⁰ Ein weiteres Spannungsmoment waren die für Oktober desselben Jahres vorgesehenen städtischen Wahlen. Die Kommunisten behaupteten, die Wahlen stellen einen antidemokratischen Akt dar. Im sowjetischen Sektor Berlins wurde gegen den Magistrat demonstriert; es kam sogar zu Gewaltakten gegen Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung. Die drei Westmächte beschlossen, die Wahlen auf Dezember 1948 zu verschieben; ein Beschluß, der nicht zum Abbau der Spannungen führte. Ende November verkündete Hans Jendretzky, daß in den nächsten Tagen eine Aktion zu erwarten sei, die auf das Schicksal Berlins großen Einfluß haben würde.²¹ Am 30. November versammelten sich 1600 kommunistische Vertreter, darunter die dreiundzwanzig SED-Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung, im sowjetischen Sektor der Stadt.²² Im Verlauf des Treffens wurde der »provisorische demokratische Magistrat« ausgerufen, der Friedrich Ebert, den Sohn des ersten Präsidenten der Weimarer Republik und Präsidenten des Landtages von Brandenburg, zum Bürgermeister des »demokratischen Berlins« ernannte. Am nächsten Tag wurde dem sozialdemokratischen Bürgermeister der Zugang zu seinem Büro im sowjetischen Sektor der Stadt verweigert. Damit war die politische und administrative Teilung Berlins vollzogen. Bei den Wahlen am 5. Dezember in den drei westlichen Sektoren Berlins errangen die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit. Ernst Reuter wurde zum West-Berliner Bürgermeister gewählt.²³

Bereits in der ersten Berliner Magistratssitzung am 24. Mai 1945 stand das Thema Straßennamen auf der Tagesordnung. Der von den Sowjets ernannte Bürgermeister Dr. Werner erläuterte, wie seiner Ansicht nach die Umbenennung der nazistischen Straßennamen vorzunehmen sei: »(...) Wir sollen dem Magistrat Vorschläge einreichen über die Wiederherstellung der alten Bezeichnun-

²⁰ Ibid., 527.

²¹ Ibid., 529.

²² Ibid., 529–530.

²³ Ibid., 531.

gen umgetaufter Straßen. Zum Beispiel soll der »Braune Weg« (...) wieder den alten Namen »Grüner Weg« erhalten (...)»²⁴

Das angeführte Beispiel war äußerst aufschlußreich. Der scheinbar harmlose Vorschlag, den nationalsozialistischen Branton der Straße gegen ihre frühere grüne Farbe einzutauschen, war insofern interessant, als die Nationalsozialisten nicht den »Grünen Weg« sondern die »Paul-Singer-Straße« umbenannt hatten; so benannt am 5. Mai 1926 nach dem berühmten sozialdemokratischen Abgeordneten im Stadtparlament der Kaiserzeit. Dr. Werner bat darum, man möge die Uhr zurückstellen – allerdings nicht auf 1932, da für ihn der Name Paul Singer zu politisch war. Der Wunsch der bürgerlichen Vertreter im Magistrat nach einer Entpolitisierung der Straßenschilder kam auch in der Sitzung der Bezirksbürgermeister am 20. Juni 1945 zur Sprache. Auf dieser Sitzung berichtete der Zehlendorfer Bezirksbürgermeister von Wittgenstein, daß unter den neuen Straßennamen des Stadtbezirks kein einziger politisch sei. Sie alle seien Gebieten wie der Mineralogie, der Geographie oder der Botanik entnommen.²⁵ Der Bericht fand die Zustimmung des Bürgermeisters Werner, der auch davor warnte, ausgesprochen politische Namen zu wählen. Des weiteren bestünde kein Grund zur Eile, da es von den Besatzungsmächten als Servilität gedeutet werden könnte und die Bevölkerung Berlins derartige Übertreibungen nicht akzeptieren würde.

Die ersten Umbenennungen waren keine organisierte Maßnahme. Offiziell blieb die unklare Situation noch bis zum 31. Juli 1947 bestehen, als die endgültige beglaubigte Liste aller seit Mai 1945 vorgenommenen Änderungen der Berliner Straßennamen veröffentlicht wurde. Unter diesen Bedingungen erfolgten manchmal übereilte Umbenennungen, die später wieder rückgängig gemacht wurden. Beispielsweise hatte man die »Gobineaustraße« umbenannt, da die Nationalsozialisten den französischen Denker für einen der Väter der Rassenlehre hielten. Einige Wochen später erhielt die Straße ihren alten Namen zurück. Allerdings verschwanden die nationalsozialistischen Namen gleich in den ersten Wochen nach der Kapitulation. In einem Bericht der dafür zuständigen städtischen Abteilung vom 22. Juni 1945 steht, daß Straßenschilder mit nationalsozialistischen Namen zunächst durch improvisierte Pappschilder und danach durch Holzschilder ersetzt wurden. Laut Bericht handelte es sich um dreihundert Straßenschilder.²⁶

Ein weiteres Problem, mit dem sich die Stadtverwaltung konfrontiert sah, war die Frage, welche Behörde für die Umbenennungen der Straßennamen zuständig sei. Bis zur deutschen Kapitulation bestimmte das preußische Innenministerium die Straßennamen. Werner, der bereits auf der ersten Magistratssitzung auf dieses Problem hinwies, bemerkte, die Namen seien bis dahin Ange-

²⁴ Protokoll der Sitzung des Magistrats vom 24. 5. 1945.

²⁵ Protokoll der Konferenz der Bezirksbürgermeister, Sitzung am 20. 6. 1945.

²⁶ Bericht über die Tätigkeit des Tiefbauamtes in der Dezernentenbesprechung am 22. 6. 1945.

legenheit der Polizei gewesen, aber nun unterstehe die Polizei nicht mehr dem preußischen Staat, sondern sei zu einer städtischen Behörde geworden. Auf der Magistratsitzung am 18. Juni wurde die Frage erneut aufgegriffen.²⁷ Der KPD-Abgeordnete Wintzer berichtete, ihm seien vor allem in Neukölln einige Vorschläge zur Umbenennung von Straßen unterbreitet worden, die er an den dortigen Bürgermeister weitergeleitet habe. Ein anderer Abgeordneter meinte, die Straßennamen seien nach altem Gesetz Sache des Polizeipräsidenten, und da jetzt Karl Maron der städtischen Polizei vorstehe, müsse auch er derjenige sein, der für die Straßennamen zuständig sei. Der von der »Ulbricht-Gruppe« ernannte Maron war einer der wichtigsten Repräsentanten der KPD. Am Ende der Sitzung wurde daher beschlossen, daß Karl Maron im Auftrag des Magistrats für die Umbenennung verantwortlich sei. Auf der Sitzung der Bezirksbürgermeister zwei Tage später betonte Maron, daß alle Umbennungen durch eine zentrale Stelle koordiniert werden müßten. Die Stadtbezirke sollten Listen von den Straßen erstellen, deren Namen geändert worden waren, und auch Vorschläge zur Änderung weiterer Straßennamen einreichen. Maron fügte noch hinzu, daß es zwar den Stadtbezirken vorbehalten bleiben müßte, über die Änderungen zu entscheiden, aber »(...) bei gewissen Straßen und Plätzen besonders repräsentativer Art muß der Magistrat sich die Benennung nach bedeutenden Persönlichkeiten vorbehalten (...)«²⁸ Der Zehlendorfer Bürgermeister vertrat die Meinung, daß die Benennung von Straßen nach »zeitgenössischen« politischen Persönlichkeiten von einer zentralen Behörde, das heißt dem Magistrat, ausgehen müsse.

Doch obwohl man sich auf höchster Ebene mit diesem Thema beschäftigte, gab es auch weiterhin Straßennamen und andere Bezeichnungen, die an das Dritte Reich erinnerten. Das nach Hitler benannte Stadion in Lichterfelde wurde beispielsweise erst im Oktober 1945 umbenannt. Am 27. September 1945 erschien in der Berliner Zeitung ein Artikel mit der Forderung, die Straßen und Plätze umzubenennen – wie der Autor des Artikels betonte, handelte es sich dabei um zehn Prozent der in Berlin vorhandenen Straßen und Plätze –, die den »demokratischen, antifaschistischen« Idealen des »neuen deutschen Staates« nicht entsprachen. Nach Auffassung des Autors war die Weimarer Republik daran schuld, daß die Berliner Straßennamen auch weiterhin den Geist des Militarismus und des »imperialistischen Preußentums« ausdrückten. Die Berliner Bevölkerung wolle nicht an die Prinzen aus dem Hause Hohenzollern erinnert werden, die immer noch zahlreich auf den Straßenschildern vertreten seien.

Der Aufruf, Berlin von den reaktionären Straßennamen zu säubern, beruhte auf der Erkenntnis, daß die neuen politischen Verhältnisse eine »Demokrati-

²⁷ Protokoll der Magistratsitzung vom 18. 6. 1945.

²⁸ Protokoll der Konferenz der Bezirksbürgermeister, Sitzung am 20. 6. 1945.

sierung« der städtischen Symbolträger erforderlich und auch möglich machten. Auf der Magistratssitzung im Oktober stand das Thema erneut zur Debatte. Anlaß war die Entscheidung des Alliierten Kontrollrats vom 18. Oktober 1945, das »Kriegsmuseum Zeughaus Unter den Linden« zu schließen, da es »(...) ein Symbol deutschen Militarismus und eine Sammlung von Kriegstrophäen [sei], die durch Raub und Plünderung erworben wurden (...)«²⁹

Auf der Magistratssitzung am 30. Oktober 1945 schlug ein SPD-Abgeordneter vor, sämtliche Bildnisse von Vertretern der preußischen Dynastie, der »militaristischen Kaste« sowie von Nationalsozialisten von den öffentlichen Gebäuden der Stadt zu entfernen.³⁰ Maron und Arthur Pieck unterstützten den Vorschlag und erwähnten auch den Beschluß der Militärkommandantur der Alliierten, der vom Magistrat ausgeführt werden sollte. Sie gingen noch einen Schritt weiter, indem sie nicht nur die Entfernung der Bildnisse forderten, sondern auch verlangten, daß andere Zeugnisse der militaristischen Vergangenheit, wie Denkmäler der Prinzen oder der Generäle, entfernt werden müßten. Am Ende der Sitzung beauftragte der Magistrat den Stadtrat und Architekten Hans Scharoun, eine Liste aller in Frage kommenden Denkmäler zu erstellen. Auf der Magistratssitzung am 16. Februar 1946 warf Jendretzky (KPD) die Frage nach der Entfernung des Denkmals Friedrichs des Großen auf, dem bedeutendsten preußischen Denkmal Berlins.³¹ In der Debatte war dies das einzige Denkmal, das namentlich erwähnt wurde, aber Jendretzky hatte in seiner Rede die Entfernung aller preußischen Denkmäler gefordert. Erneut wurde Hans Scharoun beauftragt, eine Liste der zu entfernenden Denkmäler zu erstellen.

Im Gegensatz zu den »reaktionären« Straßennamen, die den Magistrat auch weiterhin beschäftigten, wurde das Thema Denkmäler damit zu den Akten gelegt. Auf der Magistratssitzung am 28. September 1946, ungefähr drei Wochen vor den Berliner Wahlen, beklagten sich einige Stadträte über die unkoordinierten Umbenennungen der Straßen. Karl Maron – damals bereits SED-Abgeordneter – stellte klare Richtlinien auf, wie die Berliner Straßen von den »reaktionären« Straßennamen zu säubern seien: »(...) Grundsatz ist dabei: erstens faschistische, zweitens militaristische und imperialistische Straßennamen verschwinden zu lassen, und drittens eine allgemeine Bereinigung vorzunehmen, um mehrfach vorkommende Namen zu vermeiden (...)«³²

Im April 1927 waren bereits ähnliche Richtlinien auf einer Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung verabschiedet worden. Die unterschiedlichen Versionen spiegeln die inzwischen veränderten politischen Bedingungen wider: 1927 stand der »administrative« Paragraph – die Änderung mehrfach vor-

²⁹ *Tägliche Rundschau*, 19/20. 10. 1945.

³⁰ Protokoll der Sitzung des Magistrats vom 30. 10. 1945.

³¹ Protokoll der Sitzung des Magistrats vom 16. 2. 1946.

³² Protokoll der Sitzung des Magistrats vom 28. 9. 1946.

kommender Namen – an erster Stelle, gefolgt von der politischen Forderung, die unerwünschten Namen zu entfernen. Bei Maron hingegen nahmen die mehrfach auftretenden Namen den dritten und letzten Platz ein, während die »militaristischen« und »imperialistischen« Namen davor kamen. An erster Stelle standen die »faschistischen«, das heißt nationalsozialistischen Namen, die 1927 natürlich nicht erwähnt wurden.

Auf derselben Sitzung wurde den Stadträten eine Liste mit allen zu ändernden Straßennamen vorgelegt. Laut Liste waren von den 9000 Straßen Berlins 1795 umzubenennen; des weiteren 89 Plätze, 9 Parkanlagen, 17 Brücken sowie eine Siedlung. An Stelle der alten Namen kamen 576 »geographische« Namen, 346 Namen von Künstlern und Wissenschaftlern, 242 politische, 44 pränazistische und 485 »sonstige« Namen.

Zwar wurden die Umbenennungen in den Sitzungen des Magistrats thematisiert, aber dieser mischte sich nur selten in die Wahl der neuen Namen ein. Im Oktober 1945 kam General Bersarin, der sowjetische Oberbefehlshaber von Berlin, bei einem Motorradunfall ums Leben. Daraufhin schlug Maron auf einer Magistratssitzung vor, man solle einen Platz in Friedrichshain nach ihm benennen. Es war mit Sicherheit kein Zufall, daß der vorgesehene Platz in einem proletarischen Viertel im sowjetischen Sektor der Stadt lag. Auf der Magistratssitzung am 16. Februar 1946 schlug Karl Maron vor, daß angesichts der bevorstehenden Geburtstage von Franz Mehring und August Bebel der »Belle-Alliance-Platz« in Kreuzberg und der »Franz-Josefs-Platz« im Zentrum der Stadt nach den beiden Helden der deutschen Arbeiterbewegung benannt werden sollten.³³ Der Vorschlag wurde angenommen.

Die meisten Umbenennungsbeschlüsse wurden jedoch in den Stadtbezirken gefaßt. In den ersten Monaten nach der Kapitulation 1945 befaßten sich die Gemeinderäte in den verschiedenen Stadtbezirken intensiv mit der Umbenennung von Straßen, da ihnen der Magistrat die ausdrückliche Anweisung erteilt hatte, die entsprechenden Umbenennungen so schnell wie möglich vorzunehmen. Zu diesem Zweck wurden detaillierte Listen angelegt, die zwecks Koordination zwischen den einzelnen Stadtbezirken an den Magistrat weitergeleitet wurden. Am 14. September veröffentlichte das Bezirksamt Tiergarten eine detaillierte Liste. Daraus geht hervor: 1. Welche Straßennamen von den Nationalsozialisten nach Januar 1933 umbenannt wurden; 2. welche Umbenennungen bereits vorgenommen wurden; und 3. weitere Vorschläge. In den ersten vier Monaten nach dem 8. Mai 1945 hatten vier Straßen ihre alten Namen zurückgehalten. Am bekanntesten war der »Platz der Republik«, den Namen, den der Platz vor dem Reichstagsgebäude Ende der Weimarer Republik erhalten hatte. Es hat den Anschein, als sollten viele Straßen umbenannt werden,

³³ Protokoll der Sitzung des Magistrats vom 16. 2. 1946; *Tägliche Rundschau*, 22. 9. 1946; *Tagesspiegel*, 22. 6. 1946.

aber in der Praxis war die Anzahl relativ gering. Die vorgenommenen Änderungen galten hauptsächlich den nationalsozialistischen Namen.

Nach Mai 1945 tauchten wieder Namen wie »Ebert«, »Rathenau« und »Stresemann« auf, die Führer der Weimarer Republik. Man entschied sich auch für den Namen des Sozialdemokraten Paul Singer, entgegen der ausdrücklichen Bitte des Bürgermeisters, man möge doch den Namen »Grüner Weg« wählen. Es kamen auch wieder Namen auf, die das revolutionäre Erbe repräsentierten, und die in den zwanziger Jahren verpönt waren. Ein interessantes Beispiel war »Max Reichpietsch«, der sozialistische Revolutionär, der als Matrose auf einem Flaggschiff der kaiserlichen Flotte diente und 1917 wegen Aufhetzung zur Meuterei angeklagt und hingerichtet wurde. Der Name Reichpietsch ersetzte im Tiergarten den Namen von Admiral Tirpitz, dem obersten Befehlshaber der kaiserlichen Flotte im Ersten Weltkrieg.

Die auffälligste Veränderung war, daß die Namen der Führer der deutschen Arbeiterbewegung wieder gewürdigt wurden. In der am 25. August 1945 veröffentlichten Liste des Neuköllner Bezirksamtes stand, daß der »Hohenzollernplatz« – bis Ende des Zweiten Weltkriegs der Standort des Kaiserdenkmals – in »Karl-Marx-Platz« umbenannt werden sollte. Im April 1946 gab die Verwaltung dieses Arbeiterbezirks im amerikanischen Sektor eine weitere Liste heraus, derzufolge die »Bergstraße« – die Hauptstraße des Bezirks – künftig ebenfalls nach dem Vater des wissenschaftlichen Sozialismus benannt werden sollte.

Karl Marx war beiden Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung genehm. Aber im sowjetischen Sektor Berlins kamen die von den Sozialdemokraten nie anerkannten Namen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu neuen Ehren. In Friedrichshain wurde der seit 1933 nach Horst Wessel benannte Platz in »Rosa-Luxemburg-Platz« umbenannt: Der Nazimärtyrer mußte seinen Platz einer kommunistischen Märtyrerin räumen. Wie schon erwähnt, war dieser Platz in der Weimarer Republik das Nervenzentrum des deutschen Kommunismus.³⁴ Man bemühte sich, den »roten« Charakter dieses Platzes von neuem hervorzuheben. Den damaligen Stadtplänen ist allerdings zu entnehmen, daß über den faktischen Namen des Platzes längere Zeit Unklarheit herrschte. Auf dem Stadtplan von 1946 hieß der Platz »Liebknechtplatz«;³⁵ auf einem anderen Stadtplan aus dem Jahre 1946 war der Platz immer noch nach Horst Wessel benannt.³⁶ Im Stadtplan von 1946 ist die im Zentrum gelegene »Horst-Wessel-Straße« in »Rosa-Luxemburg-Straße« umbenannt. Aus der Veröffentlichung der offiziellen Straßennamen vom 31. Juli 1947 geht hervor, daß der Platz den Namen Rosa Luxemburgs trug, während die »Horst-Wessel-Straße« ihren früheren Namen von vor 1933 – »Wendinger Straße« – zurückerhalten hatte.

³⁴ Über die Geschichte dieses Platzes vom DDR-Gesichtspunkt siehe: Ein Platz mit vielen Traditionen, *Berliner Zeitung*, 24. 7. 1974.

³⁵ BAB Führer, Berlin 1946.

³⁶ Silva-Stadtplan, Berlin 1947.

Nach Karl Liebknecht wurde eine andere, im Zentrum Berlins gelegene Hauptstraße benannt; sie bildete eine geradlinige Fortsetzung der Allee »Unter den Linden«.

Ein im damaligen Berlin nicht anzutreffender Name war der Ernst Thälmanns; der Name des kommunistischen Führers in der Zeit der Weimarer Republik war mit Problemen verbunden. Dies geht aus einem Versuch hervor, eine Straße im Tiergartenviertel im britischen Sektor nach Thälmann zu benennen. In der am 14. September 1945 vom Bezirksamt Tiergarten herausgegebenen Liste der Umbenennungen steht, daß in Moabit ein Teil der »Huttenstraße« und der »Turmstraße« nach Thälmann benannt sei. Aber im Straßenführer von 1946 wurde statt dessen die »Kaiserin-Augusta-Allee« in »Thälmannallee« umbenannt.³⁷

Im Gegensatz zu den Unklarheiten, die mit dem »Rosa-Luxemburg-Platz« im sowjetischen Sektor der Stadt verbunden waren, gehen die widersprüchlichen Informationen in diesem Fall auf die Schwierigkeiten zurück, Thälmann im Westen der Stadt zu kanonisieren. Aus dem Stadtplan von 1948 geht dann auch tatsächlich hervor, daß der Name Thälmann, entgegen den Veröffentlichungen von 1945 und 1946, überhaupt nicht vorkam.³⁸ Es stellte sich heraus, daß die öffentliche Verewigung des kommunistischen Führers und antifaschistischen Märtyrers bei den unteren Rängen der städtischen Beamtenschaft auf Widerstand stieß. Im Oktober 1945 erhielt der Berliner Magistrat und die zuständige Tiergartenstelle einen Brief in dieser Angelegenheit von der entsprechenden Abteilung im benachbarten Charlottenburg.³⁹ Der Brief befaßt sich mit der Umbenennung der »Kaiserin-Augusta-Allee« in »Thälmannallee«. Aus dem Brief geht hervor, daß den Verfasser weniger die Entfernung des Namens der Kaiserin Augusta beschäftigte, als vielmehr die Wahl des neuen Namens – Thälmann. Der Verfasser begründet seine Bedenken damit, daß der Name des kommunistischen Führers für die vorgesehene Straße in Moabit nicht geeignet sei. Da das damalige politische Klima keinen direkten Angriff gegen Thälmann erlaubte, schlug der Verfasser statt dessen eine »geeignete Straße« vor. Da der Satz jedoch nie zu Ende geschrieben wurde, bleibt unklar, welche Straße vorgesehen war.

In diesen Jahren wurde keine Straße in Berlin – auch nicht im sowjetischen Sektor der Stadt – nach Ernst Thälmann benannt. Nach den Berliner Wahlen am 20. Oktober 1946 wurden der Magistrat und die Bezirksverwaltungen neu organisiert. Verglichen mit den Ergebnissen in den zwölf westlichen Stadtbezirken war die SED in den acht östlichen Stadtbezirken verhältnismäßig erfolgreich. Aber auch dieser Erfolg reichte nicht aus; in allen acht östlichen Stadtbe-

³⁷ BAB Führer.

³⁸ Berlin-Stadtplan, Hamburg 1948.

³⁹ Ein Brief vom Bezirksamt Charlottenburg an das Bezirksamt Tiergarten vom 17. 10. 1945.

zirken hatten die Sozialdemokraten mehr Stimmen erhalten als die Kommunisten.⁴⁰

Nach den Wahlen hatte es den Anschein, als sei die »Demokratisierung« der Straßennamen von der Tagesordnung gestrichen. Nach Oktober 1946 wurden in Berlin kaum Straßennamen geändert. Auch im sowjetischen Sektor der Stadt war die Zahl der Änderungen äußerst gering. Beispielsweise wurde im Oktober 1947 der »Wörther Platz«, ein Name der für den Sieg 1870 über Frankreich stand, in »Kollwitzplatz« umbenannt. Am 29. April 1948 schlug der kommunistische Abgeordnete Wintzer (SED) vor, einen Platz in Pankow im Nordosten der Stadt nach Karl von Ossietzky – Herausgeber der »Weltbühne« und Friedensnobelpreisträger 1936 – zu benennen. Wintzers Begründung war: »Ossietzky gehör[t]e auch zu den Männern, die am Vorabend der Machtergreifung Hitlers darauf hingewiesen haben, daß nur die einheitliche Zusammenfassung aller demokratischen und sozialistischen Kräfte imstande gewesen wäre, diese Katastrophe vom deutschen Volke abzuwenden (...)«⁴¹

Der dringliche Antrag der kommunistischen Fraktion, den zehnten Todestag von Ossietzky zu würdigen, wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktionen angenommen. Die Christdemokraten und Liberalen widersetzten sich der Kanonisierung Ossietzkys in Berlin. Aus der geführten Debatte ging nicht hervor, warum ausgerechnet der »Friedensplatz« künftig den Namen des Friedensnobelpreisträgers erhalten sollte. Entgegen seinen Namen stand der Platz nicht für Frieden, sondern für Sieg: Der Friede, auf den sich der Name bezog, war der Friede von 1871, nach dem Sieg der preußisch-deutschen Armee auf den Schlachtfeldern Schleswig-Holsteins, Böhmens und Frankreichs.

Die Annahme des kommunistischen Antrags war ein seltener Beweis der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Am 4. Mai 1948 fand eine feierliche Zeremonie statt, in deren Verlauf der »Friedensplatz« in »Ossietzkyplatz« umbenannt wurde. Zum Gedenken an Ossietzky wurden von verschiedenen Vertretern der Stadt und der Parteien Reden gehalten und Kränze niedergelegt.⁴² Die Kommunisten, die Initiatoren der Umbenennung, hielten sich noch im Hintergrund.

⁴⁰ Die Wahlergebnisse nach: Berlin in Zahlen 1947, Berlin 1949, 247.

⁴¹ Stenographischer Bericht der 66. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, 29. 4. 1948, 25–26.

⁴² Tagesspiegel, 5. 5. 1948.

DRITTER TEIL

Staat und Nation: Von »Deutschland« zur Deutschen Demokratischen Republik

Die nationale Doktrin des SED-Regimes veränderte sich grundlegend in den Jahren nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. In den Anfangsphasen war die Politik der SED ultranational, wobei man der nationalen Einheit höchste politische Priorität einräumte. Später gab man diese Linie auf und betonte statt dessen die eigenständige Existenz der DDR. Mit der programmatischen Erklärung, es gebe nicht mehr eine deutsche Nation, sondern in den beiden deutschen Staaten existierten zwei deutsche Völker nebeneinander, erreichte dieser Prozeß Anfang der siebziger Jahre seinen Höhepunkt. Dieser Teil der Arbeit befaßt sich mit den Symbolen, die die nationale Orientierung des DDR-Regimes zum Ausdruck brachten. Des weiteren wird untersucht, in welcher Weise das Regime die Symbole für seine Propagandazwecke einsetzte. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Anpassung des öffentlich präsentierten Symbolsystems an die nationale Doktrin und die daraufhin vorgenommenen Systemveränderungen. In diesem Zusammenhang werden drei Symbolkategorien untersucht:

- Die Wortsymbole »deutsch« und »DDR«; die beiden Pole der nationalen Doktrin der DDR;
- die staatlichen Symbole Fahne, Hymne, Hauptstadt und Staatssymbol;
- »geographische Symbole« – Namen von Städten und Regionen zur Darstellung der offiziellen Nationalgeographie.

Mit Hilfe von Institutions- und Organisationsnamen soll der Gebrauch der Wortsymbole im öffentlichen Leben untersucht werden. In Verbindung mit der Untersuchung, welche Staatssymbole die DDR in den Jahren 1948–49 wählte, werden auch die entsprechenden westdeutschen Symbole behandelt. Dadurch kann der Repräsentationswert dieser Symbole besser erfaßt werden, der sich in der zentralen Rolle manifestiert, die diese im Propagandakrieg der beiden deutschen Staaten spielten. Es sollte nicht vergessen werden, daß die staatlichen Symbolsysteme in der DDR und in der BRD beinahe gleichzeitig entstanden. Die öffentlichen Debatten in Bonn und die Entscheidungen, die dort getroffen wurden, beeinflussten mit großer Wahrscheinlichkeit die Ost-Berliner Beschlüsse.

Die »geographischen Symbole« sollen anhand zweier Symbolträger untersucht werden: Briefmarken und Straßenschilder. Während alle, auch die geographischen Motive, auf den Briefmarken der DDR von Anfang an vom politischen Zentrum bestimmt wurden, waren die Straßennamen das Erbe einer früheren Epoche, in der die nationale Einheit zentraler Bestandteil des deutschen politischen Lebens war.

1. Kapitel

Die Deutsche Demokratische Republik und das Problem der Deutschen Einheit

Die Entwicklung der nationalen SED-Doktrin läßt sich in drei Phasen einteilen: In der ersten Phase, die bis Mitte der fünfziger Jahre andauerte, beschränkte sich der politische Anspruch des politischen Zentrums der DDR auf die Forderung nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

In der bis Ende der sechziger Jahre andauernden zweiten Phase forderte die DDR-Führung von der BRD die Anerkennung der eigenständigen staatlichen Existenz der DDR, ohne die Möglichkeit einer künftigen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auszuschließen. In der dritten Phase, die Anfang der siebziger Jahre begann, stellte die Führung der DDR die in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen politischen Tatsachen als endgültig hin. Die nationale Wiedervereinigung hörte auf, ein erstrebenswertes Fernziel zu sein – bis der Zusammenbruch der stalinistischen Ordnung im Herbst 1989 diesbezüglich eine Veränderung brachte.

1. 1945–1955: Eine Nation, ein Staat

Die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen – mit Berlin eigentlich fünf – sollte bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland nur eine Übergangslösung sein. Aber die politische Auseinandersetzung zwischen West und Ost, und die unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone einerseits und in den Besatzungszonen der Westmächte andererseits führten 1949 zur Gründung zweier deutscher Staaten.

Schon Ende 1947, als sich die Anzeichen einer Teilung Deutschlands mehrten, begann die Sozialistische Einheitspartei einen intensiven politischen und propagandistischen Feldzug, um die drohende Gefahr eines Auseinanderbrechens der nationalen Einheit abzuwenden. Die SED wandte sich bewußt an das deutsche Nationalgefühl, und in der Propagandakampagne der Partei fehlte es auch nicht an nationalistischen Untertönen. Erste Anzeichen einer nationalen Politik der deutschen Kommunisten waren bereits am 21. Juli 1943 erkennbar, als das Nationalkomitee »Freies Deutschland« ins Leben gerufen wurde. Das aus Exilkommunisten und deutschen Kriegsgefangenen zusammengesetzte Komitee sollte eine breite »nationale Front« bilden, die Vertreter unterschiedlicher politischer Anschauungen versammelte: »Die Front aller Kräfte mit natio-

nalem und demokratischem Bewußtsein«.¹ Ziel des Komitees war, das nationalsozialistische Regime in Deutschland zu stürzen. Das Komitee wurde im November 1945 aufgelöst, aber bereits Ende 1947 wurden wieder ausgesprochen nationale Motive zu einem wichtigen Bestandteil der kommunistischen Propaganda.

Ende der vierziger Jahre wurde die nationale Einheit zum zentralen Motiv und zum höchsten politischen Ziel der SED, während die gesellschaftlich-wirtschaftlichen Elemente, Merkmale der kommunistischen Ideologie, in den Hintergrund gedrängt wurden. Es ist anzunehmen, daß die Deutschlandpolitik der SED mit der sowjetischen Politik koordiniert war. Außerdem kann man davon ausgehen, daß die kommunistische Führung – ebenso wie die sozialdemokratische Führung in der BRD – sich des »antinationalen« Images der Partei in der Weimarer Republik bewußt war. Demgemäß sollte die starke nationale Färbung der Parteipolitik die erneute Ablehnung der Partei als »antinationale« verhindern.² Die nationale Politik der SED sollte auch das Volk für die Partei gewinnen, die sich als die einzige politische Macht in Deutschland darstellte, der die nationalen Interessen des deutschen Volkes ein Anliegen war. Angesichts der antisowjetischen Gefühle weiter Kreise der Bevölkerung, entstanden durch die Indoktrinierung der Nazis und als Reaktion auf die Anwesenheit der Roten Armee als siegreiche Besatzungsmacht, diente diese Politik als Alibi für die deutlich prosowjetische Politik der Partei und ihre enge Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland.

Das nationale Profil der SED sollte auch die Integration der kleinen Nazis und ehemaligen Berufssoldaten in die neue politische Gesellschaftsordnung erleichtern. So gesehen war die Politik dazu angetan, die Bevölkerung unter der Führung der SED zu mobilisieren.

1947 wurde in der sowjetischen Besatzungszone vor der »Teilung Deutschlands in zwei getrennte Staaten« gewarnt, da sie »den Wiederaufbau der deutschen nationalen Wirtschaft gefährden« könne.³ Um eine noch größere politische Unterstützung zu erzielen, wurde 1949 die »Nationale Front des demokratischen Deutschland« gegründet, deren Propaganda sich an die Bevölkerung ganz Deutschlands richtete. Ihre wichtigste politische Forderung war die Gründung eines geeinten und demokratischen deutschen Staates. In den ersten Jahren ihrer Tätigkeit erläuterte die »Nationale Front« nicht den genauen gesellschaftlichen Inhalt ihrer Forderung. Die Forderung nach Sozialismus wurde beispielsweise überhaupt nicht erwähnt.

¹ H. Matern, Die führende Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands in der antifaschistischen Bewegung »Freies Deutschland« in: *Einheit* 18, 1963, 23.

² V. S. Vardys, Nationalism and Kurt Schumacher, in: *The Review of Politics* 27, 1965, 220–238.

³ H. Neef (Hrsg.), Programmatistische Dokumente der nationalen Front des Demokratischen Deutschlands, Berlin (DDR) 1967, 24.

In Wirklichkeit aber fand in der sowjetischen Besatzungszone eine Reihe bedeutender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungen statt. Bereits im September 1945 wurde die »Bodenreform« durchgeführt, wodurch die Ländereien der Großbesitzungen östlich der Elbe unter den Bauern verteilt wurden. In den darauffolgenden Jahren wurden große und mittlere Industriebetriebe verstaatlicht. 1948 fand innerhalb der SED eine »Säuberung« statt; die »neue« Partei war eine Kaderpartei nach sowjetischem Modell. Auch das Vielparteiensystem – 1948 gab es in der sowjetischen Besatzungszone fünf Parteien – wurde der neuen, stalinistischen Gesellschaftsordnung angepaßt.

Im Mai 1949 wurde die Bundesrepublik gegründet; im Oktober desselben Jahres rief man die Deutsche Demokratische Republik aus. Aber diese entscheidenden Veränderungen ließen die Propaganda der SED zugunsten einer nationalen Einheit nicht abflauen. Nur wenige Tage nach Gründung der DDR erklärte der ehemalige Sozialdemokrat Otto Grotewohl, der erste Ministerpräsident der DDR, er würde alles tun, damit Deutschland wiedervereinigt werde.⁴ Aber die SED betonte, die Wiedervereinigung könne nicht ohne eine Demokratisierung Deutschlands stattfinden, und der Weg zur deutschen Einheit führe über den Sieg der »Volksfront«, die in der BRD für die Demokratie als ein Mittel zur Einheit kämpfe.⁵

Der politische und propagandistische Kampf um die Wiedervereinigung drückte sich in der wiederholten Forderung der DDR aus, die westdeutschen Staatsoberhäupter sollten sich gemeinsam mit den Führern der DDR um eine Lösung des »deutschen Problems« bemühen. Im Februar 1952 erreichte die Kampagne mit der Veröffentlichung eines Stalinbriefes ihren Höhepunkt. Darin schlug Stalin gesamtdeutsche Wahlen vor, die zur Errichtung eines geeinten und neutralen deutschen Staates führen sollten. Bonn lehnte den sowjetischen Vorschlag ab mit der Begründung, er sei lediglich ein Propagandaakt, der die Eingliederung Westdeutschlands in das westliche Wirtschafts- und Verteidigungsbündnis verhindern solle.⁶ Daraufhin ergriff die DDR sofort Gegenmaßnahmen. In den Monaten Juni und Juli 1952 wurde die bis dahin offene Grenze zwischen der BRD und der DDR gesperrt. Die Telefonverbindungen zwischen beiden Teilen Berlins wurden unterbrochen. Im Juli 1952 rief man in der DDR den Beginn der sozialistischen Ära aus.⁷

Die beiden widersprüchlichen Tendenzen – einerseits das Verlangen, die DDR zu stärken, andererseits die Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Einheit – bestanden auch weiterhin nebeneinander. Überbrückt wurde

⁴ *Neues Deutschland*, 13. 10. 1949.

⁵ H. Weber, *Kleine Geschichte der DDR*, Köln 1980, 27.

⁶ W. Laqueur, *Deutschland und Rußland*, Berlin 1965, 348; E. Nolte, *Deutschland und der Kalte Krieg*, München, Zürich 1974, 284–295.

⁷ Zit. nach: *20 Jahre DDR – 20 Jahre deutsche Politik. Dokumente zur Politik der DDR im Kampf um Frieden und Sicherheit in Europa*, Berlin (DDR) 1969, 126.

dieser Widerspruch durch die Behauptung, die Stärkung der DDR fördere den Kampf um die nationale Einheit. Derartige Ansichten hatte die DDR schon 1949 geäußert:

»Die Hauptaufgabe aller deutscher Patrioten in der Ostzone besteht darin, gestützt auf die Möglichkeiten und Reserven dieser Zone, alles für die Erweckung und Entwicklung der Massenbefreiungsbewegung in ganz Deutschland zu tun. Das gesamte öffentliche, wirtschaftliche und politische Leben der Ostzone muß ein überzeugendes Beispiel für die Möglichkeit der breiten Vereinigung aller deutschen Patrioten im Kampf um ein einheitliches Deutschland sein.«⁸

Im November 1955 war die Formulierung noch eindeutiger:

»Es gibt keine größere Aufgabe und keine höhere Ehre, als in der Deutschen Demokratischen Republik zu arbeiten und sie zu stärken, denn jeder Erfolg der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Baustein für das Werk der Wiedervereinigung Deutschlands (...)«⁹

2. 1955–1970: *Eine Nation, zwei Staaten*

1955 und Anfang 1956 veränderten sich die politischen Bedingungen in Deutschland grundlegend. Im Mai 1955 sprachen die westlichen Alliierten der BRD ihre volle staatliche Souveränität zu; im September desselben Jahres verlieh die Sowjetunion der DDR ihre volle Souveränität. In beiden deutschen Staaten entstanden Armeen, die in das Paktsystem ihrer jeweiligen Verbündeten eingegliedert wurden – die westdeutsche Armee in die NATO, die ostdeutsche in den Warschauer Pakt.

Die politischen Entwicklungen und die in beiden deutschen Staaten neugeschaffenen Tatsachen schlugen sich unmittelbar in der neuen nationalen Doktrin der SED nieder. 1957 sprach sich Walter Ulbricht als Übergangslösung der deutschen Frage für eine Konföderation der beiden deutschen Staaten aus. Der Vorschlag bedeutete die Anerkennung der neuen politischen Gegebenheiten, ohne eine künftige Veränderung vollends auszuschließen.¹⁰ Laut Vorschlag sollte ein gesamtdeutscher Rat, zusammengesetzt aus einer gleichen Anzahl Vertreter aus beiden deutschen Staaten, die Aufgabe der Regierung der deutschen Konföderation übernehmen.

Der Konföderationsgedanke blieb bis Ende der sechziger Jahre der offizielle Standpunkt der DDR, wie das deutsche Problem zu lösen sei. Mit der Ände-

⁸ Neef, Programmatistische Dokumente, 81.

⁹ Ebd., 160–167.

¹⁰ Womit beginnen? Der Weg zur Wiedervereinigung, Berlin (DDR) 1958, 4–5.

rung der offiziellen DDR-Doktrin wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die symbolischen Charakter trugen und die eigenständige staatliche Existenz der DDR hervorheben sollten. 1957 begannen die Medien in der DDR, die Grenze zur BRD als »Staatsgrenze« zu bezeichnen; im Oktober 1959, in Verbindung mit den Feiern zum zehnjährigen Bestehen der DDR, wurde die bis dahin mit der Bundesrepublik identische Fahne geändert.

Ein fester Bestandteil der ideologischen Kampagne war die Selbstdarstellung der DDR als der einzige legitime deutsche Staat:

»Die Deutsche Demokratische Republik verkörpert die deutsche Gesamtheit. Ihre Regierung ist die einzige gesetzmäßige und berufene Vertreterin der gesamtdeutschen Interessen (...)«¹¹

Die Regierung begründete diese Behauptung damit, daß die DDR der einzige deutsche Staat sei, in dem der Entnazifizierungs- und Demokratisierungsprozeß konsequent durchgeführt worden sei, wie es das »Potsdamer Abkommen« verlangt hatte. Mitte der fünfziger Jahre verschwand zwar der Anspruch, Alleinvertreterin zu sein, aber die Behauptung, die DDR sei der »bessere« und »fortschrittlichere« deutsche Staat, wurde auch in den sechziger und siebziger Jahren weiter aufrechterhalten.¹² Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland scheute die DDR nicht davor zurück, die Bundesrepublik als einen »separatistischen Staat« zu bezeichnen.¹³

Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 unterband die Massenflucht von ausgebildeten Arbeitskräften in den Westen. Aber der Mauerbau, der eine hermetische Verriegelung der Westgrenze bedeutete, zwang die DDR-Führung zu einer offiziellen Neuformulierung der Lösung des deutschen Problems. Im November 1961 erklärte Ulbricht, damals bereits Staatsoberhaupt:

»(...) selbst wenn die antinationale Politik des von der SPD-Führung unterstützten Bonner Regimes des westdeutschen Monopolkapitals und der Militaristen noch für längere Zeit eine Wiedervereinigung Deutschlands verhindern sollte, werden wir in der DDR den Aufbau des Sozialismus vollenden.«¹⁴

Diese Erklärung, die die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht ausschloß, gab zu verstehen, daß sich die Wege der beiden deutschen Staaten getrennt hatten. Dadurch mußte eine Formel gefunden werden, welchen Charakter die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten künf-

¹¹ A. Ackermann, Kampf gegen den Nationalismus. Für die Entwicklung eines deutschen Nationalbewußtseins, in: *Einheit* 5, 1950, 294.

¹² W. Schmidt, Wir sind die legitimen Erben alles Progressiven in der Geschichte, *Neues Deutschland*, 14.-15. 1. 1978.

¹³ Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Berlin (DDR) 1954, 11.

¹⁴ 20 Jahre DDR, 373.

tig haben sollten. Die Formulierung hieß »friedliche Koexistenz« und galt auch noch in den siebziger und achtziger Jahren. In den sechziger Jahren hatte man daraus allerdings noch nicht die logische Schlußfolgerung gezogen, daß es sich um zwei getrennte deutsche Staaten handele.

1962 kam in der DDR das nationale Dokument mit dem Titel »Die historische Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands« heraus. Darin wurden die von Ulbricht bereits formulierten Standpunkte nochmals betont; allerdings kamen auch neue Töne hinzu. Interessant war die Erklärung, die Bourgeoisie habe das Recht verwirkt, die deutsche Nation zu lenken, allein die Arbeiterklasse, zusammen mit allen demokratischen Kräften, könne dieses Recht für sich in Anspruch nehmen.¹⁵ Demzufolge sollte das Problem der deutschen Einheit mit der Einführung des Sozialismus in der BRD gelöst werden. Die DDR diene der westdeutschen Arbeiterklasse als Vorbild und werde eines Tages den Sozialismus in der BRD herbeiführen. Die Vereinigung Deutschlands sei auf der Basis eines »sozialistischen Deutschlands« zu verwirklichen. Zehn Jahre früher war hierfür laut DDR-Doktrin ein »demokratisches Deutschland« notwendig.

Die neue politische Linie hatte zur Folge, daß die SED ihre Beziehungen zur sozialdemokratischen Oppositionspartei neu anknüpfte. Im Februar 1963 kam ein Vertrag mit dem sozialdemokratisch regierten West-Berliner Senat zustande, der Verwandtenbesuche in Ost-Berlin ermöglichte. Dies war der erste offizielle Kontakt zwischen der SED und der SPD. Im Dezember verkündete das Politbüro der SED, es werde jede Bemühung fördern, die zum Sturz der christdemokratischen und zur Bildung einer sozialdemokratischen Regierung in Bonn führe.¹⁶ Im Frühling 1966 schlug die SED der SPD vor, Vertreter auszutauschen. Aber die noch im selben Jahre zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten vereinbarte Große Bonner Koalition torpedierte die Bemühungen der SED und führte zu einer Änderung der offiziellen Haltung. Die neue politische Linie, die sich in den Jahren 1966/67 herauskristallisierte, sah keine Möglichkeiten mehr zu einer Kooperation zwischen der SED und den politischen Kräften in der BRD, die Kommunisten Westdeutschlands ausgenommen. Parallel dazu verstärkte die DDR ihre Bemühungen, internationale Anerkennung zu erlangen, sowie das Bewußtsein ihrer Bürger zu stärken. Dazu gehörte die Änderung des alten Staatsbürgergesetzes aus dem Jahre 1913. Das neu verabschiedete Gesetz legte eine DDR-spezifische Staatsangehörigkeit fest, im Unterschied zur alten gesamtdeutschen Staatsbürgerschaft.

¹⁵ Neef, Programmatistische Dokumente, 220–238.

¹⁶ S. Dörenberg, Kurze Geschichte der DDR, Berlin (DDR) 1968, 579.

3. 1970–1989: Zwei Nationen, zwei Staaten

1969 fand in Bonn ein Regierungswechsel statt. Die neue sozialliberale Koalition verkündete, sie wolle gegenüber Osteuropa im allgemeinen und gegenüber der DDR im besonderen eine neue Politik führen. Bonn war zwar de facto bereit, die DDR als souveränen Staat anzuerkennen – nicht aber de jure. Zum ersten Mal in der Geschichte der beiden deutschen Staaten fanden gegenseitige Besuche der Staatsoberhäupter statt. Im Februar 1970 reiste der westdeutsche Kanzler Willy Brandt nach Erfurt; im Mai der DDR-Staatschef Willi Stoph nach Kassel. Die neue Bonner Politik ging allerdings mit der programmatischen Erklärung einher, die deutsche Nation bestehe im Bewußtsein der Bürger beider Staaten als eine ungeteilte Nation fort.¹⁷

Diese Erklärung führte zu einer Verschärfung der Ende der sechziger Jahre begonnenen Abgrenzungspolitik der DDR. Die Ost-Berliner Führung sah in der westdeutschen Proklamation, die anscheinend nur theoretische Bedeutung hatte, eine Bedrohung ihrer Bemühungen, in der DDR ein separates Staatsbewußtsein zu schaffen. Im Januar 1970 verkündete Ulbricht, daß es zwischen den Krupps und den Krauses keine Einheit gebe und auch nicht geben könne.¹⁸ Der begeisterte Empfang Brandts in Erfurt war Ost-Berlin eine Warnung. Drei Monate später benutzte Willi Stoph seinen Besuch in Kassel dazu, um dort öffentlich zu erklären, daß die »Einheit der Nation« ein fiktiver und kein in der Wirklichkeit verankerter Begriff sei.¹⁹ Im Juni 1971 verkündete der neue Sekretär der SED, Erich Honecker, in Deutschland beständen zwei Nationen nebeneinander: Die kapitalistische Nation der BRD und die sozialistische der DDR.²⁰

Nach der neuen Doktrin war der politische Kampf zwischen den beiden deutschen Staaten ein Kampf der Ideologien und der Klassen. Diese Auffassung machte eine Revision der bis dahin in der DDR gültigen marxistischen Nationalitätstheorie notwendig. Daher erschienen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre in der DDR eine Reihe von Schriften, in denen der Begriff »Nation« neu definiert und die alte Doktrin, derzufolge es eine deutsche Nation in zwei deutschen Staaten gab, revidiert wurde.²¹

Nach dieser neuen Theorie waren »Nationen vor allem ein Ergebnis gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse und des Klassen-

¹⁷ Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 6/223, 11. 1. 1970.

¹⁸ *Deutschland Archiv* 4, 1971, 182.

¹⁹ Kassel – Eine Dokumentation, Bonn 1970, 28.

²⁰ Zit. nach: Protokoll der Verhandlungen des 8. Parteitag der SED 15.–19. 6. 1971, Berlin (DDR) 1971, 1; 45.

²¹ A. Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart, Berlin (DDR) 1976; A. Kosing/W. Schmidt, Zur Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR, in: *Einheit* 29, 1974, 297–306; H. Axen, Zur Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, Berlin (DDR) 1973.

kampfes«. ²² Die »sozialistische Nation«, die eine höhere gesellschaftliche Entwicklungsstufe darstellte, entstand aus und basierte auf der »kapitalistischen Nation«. Demnach erreichte der Entstehungsprozeß der deutschen kapitalistischen Nation mit der 1871 erfolgten Reichsgründung durch Bismarck seinen Höhepunkt. In der BRD bestehe die »kapitalistisch-bürgerliche Nation« fort; in der DDR hingegen wurde nach 1945 schrittweise eine »sozialistische Nation« geschaffen, als Ergebnis der von der Arbeiterklasse – gemeint ist die SED – in die Wege geleiteten und gelenkten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Änderungsprozesse:

»Der Gegensatz von sozialistischer Nation in der DDR und kapitalistischer Nation in der BRD zeigt sich auch in dieser Hinsicht deutlich: Während die Arbeiterklasse als herrschende Klasse, mit allen anderen Werktätigen verbündet, die führende Kraft der sozialistischen Nation ist, wird der Inhalt und die Entwicklungsrichtung der kapitalistischen Nation in der BRD vor allem durch die herrschende Monopolbourgeoisie geprägt(...)« ²³

Die neue Lehre unterschied zwischen »Nation« und »Nationalität«. »Nationalität« sei Ausdruck der ethnisch-kulturellen Merkmale einer gesellschaftlichen Gruppe, wohingegen »Nation« den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Komplex meinte. Das bedeutete, daß »Nation« und »Nationalität« sich nicht unbedingt überschneiden. Bezogen auf Deutschland hieß das, daß die »Nationalität« den Bürgern beider deutscher Staaten gemeinsam ist, während die unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse aus den beiden deutschen Staaten und ihren Bürgern zwei verschiedene Nationen machen.

Die theoretische Auseinandersetzung über die nationale Frage und die marxistische Begründung, warum es eine deutsche Nation nicht mehr geben könne, wurden zu zentralen Bestandteilen in den Bemühungen des politischen Zentrums der DDR, die noch bestehenden Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten abubrechen. Dadurch wurden zwischen der BRD und der DDR klare ideologische Grenzen gezogen, die den Behauptungen Ost-Berlins zufolge wichtiger waren als die den Bürgern beider Staaten gemeinsamen kulturellen und ethnischen Fundamente. Parallel hierzu wurden die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik teilweise normalisiert. Man vereinbarte diplomatische Vertretungen, obwohl die DDR Botschaften verlangt hatte. Mit dem Bestehen zweier getrennter Staaten mit jeweils eigener politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnung war die nationale Frage für das Ost-Berliner Regime gelöst. Der deutsch-nationale Faktor wurde zugunsten des Sozialismus und des Klassenkampfes in den Hintergrund gedrängt.

²² Axen, Entwicklung, 16.

²³ Kosing, Nation, 204.

Vor diesem Hintergrund mußte man Anfang der siebziger Jahre eine Revision der offiziellen Geschichtsauffassung vornehmen, derzufolge ab 1972 der internationale revolutionäre Kampf und die zentrale Rolle der Sowjetunion stärker hervorgehoben wurden.²⁴

Anfang der siebziger Jahre war »Deutschland« für das politische Zentrum der DDR keine politische Kategorie mehr. Die Bundesrepublik war zum Ausland – gar zum kapitalistischen Ausland – geworden. Die Veränderung der nationalen Doktrin schlug sich in der neuen Verfassung nieder, die 1974 in Kraft trat. Darin wurde die DDR zum »sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat« proklamiert. Der in den früheren Verfassungen von 1949 und 1968 noch enthaltene Begriff »deutsche Nation« war gestrichen worden.

²⁴ F. Reuter, *Geschichtsbewußtsein in der DDR. Programm und Aktion*, Köln 1973, 66.

2. Kapitel

Die gesamtdeutschen Institutions- und Organisationsnamen: 1945–1955

Zur Erforschung der nationalen Orientierung der Ost-Berliner Führung ist es äußerst aufschlußreich, die Art und Weise zu untersuchen, wie in der offiziellen Sprache auf »Deutschland« Bezug genommen wird. Barbara Marzahn hat zu diesem Zweck die Erscheinungsformen des Wortsymbols »Deutschland« in den Leitartikeln des Parteiorgans »Neues Deutschland« analysiert. Sie kam zu dem Ergebnis, daß seit Ende der vierziger bis zur ersten Hälfte der fünfziger Jahre das Wortsymbol in einem deutlich gesamtdeutschen Kontext erscheint.²⁵

Aber das Wortsymbol kam nicht nur in Reden oder in Zeitungsartikeln vor, es war auch ein Bestandteil des Namens von Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Gesellschaften, Behörden, Zeitungen und Zeitschriften. Das Präsentieren eines Wortsymbols in Organisations- und Institutionsnamen geht auf eine lange historische Tradition zurück. In Deutschland entstanden »deutsche« Organisationen und Institutionen Mitte des 19. Jahrhunderts. In der Zeit nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches besitzt das Symbol eine ähnliche Bedeutung. Deutschland war zwar besiegt, aber noch wurde die nationale Teilung nicht in Betracht gezogen. Das Symbol, wie es in jenen Jahren in Organisations- oder Institutionsnamen in der sowjetischen Besatzungszone vorkommt, spiegelt einerseits Trägheit und Kontinuität wider, ist aber andererseits eine Proklamation des überregionalen nationalen Charakters dieser Einrichtungen.

In drei der vier Parteienamen ist das Adjektiv »deutsch« enthalten: in der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei – die ihre alten Namen von vor 1933 zurückerhielten – und in der liberalen Partei. Damit war die alte Tradition gewahrt, derzufolge »Deutschland« in fast allen wichtigen Parteienamen ein integraler Bestandteil ist. Dahinter verbarg sich keine nationalistische Absicht; nationalistische Bestrebungen drückten sich im Adjektiv »national« aus, wie beispielsweise in der rechtsradikalen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) der Weimarer Republik. Das Adjektiv »deutsch« kam auch in den Namen vieler Massenorganisationen vor, deren Gründung die kommunistische Partei angeregt hatte, wie beispielsweise die Jugendbewegung »Freie Deutsche Jugend« (FDJ) und den »Freien Deutschen Gewerkschaftsbund« (FDGB). Die im April 1946 gegründete Zeitung der »Sozialistischen Einheitspartei« erhielt den Namen »Neues Deutschland«. Bemerkenswert ist, daß viele Namen auch noch andere politische Wortsymbole enthal-

²⁵ B. Marzahn, *Der Deutschland-Begriff der DDR. Dargestellt vornehmlich an der Sprache des »Neues Deutschland«*, Düsseldorf 1979, 112.

ten, wie »frei« oder »neu«, die zum damaligen Zeitpunkt gleichermaßen ideologisch beladen waren.²⁶ Diese Institutionen und Organisationen wurden jedoch nicht, wie es die SED wünschte, zu gesamtdeutschen Einrichtungen; sowohl die SED als auch die Massenorganisationen beschränkten sich auf die sowjetische Besatzungszone. Es war ein Vorzeichen der künftigen Teilung Deutschlands.

Gesamtdeutsche Namen kamen selbst dann noch auf, als sich die Teilung Deutschlands als reale politische Möglichkeit abzeichnete. In dieser Phase drückten die Namen die Treue der SED zur nationalen Einheit aus. Es handelte sich hierbei um die beiden neuen Parteien, die im Juni 1948 auf Initiative der SED ins Leben gerufen wurden. Ihre Gründung als Satellitenparteien der SED war Ausdruck der Konsolidierung der politischen Macht der SED, und diente zugleich der Eingliederung weiterer Kreise der Bevölkerung in die politische Ordnung der DDR. Die »Demokratische Bauernpartei Deutschlands« und die »National-Demokratische Partei Deutschlands« sollten Bauern, frühere Nationalsozialisten aus den unteren Rängen und Berufssoldaten mobilisieren, um sie in den politischen Rahmen einzubinden, der sich unter der SED herausbildete.²⁷

In dem Zusammenhang interessant ist die im Juni 1948 in der sowjetischen Besatzungszone beschlossene neue Währung. Sie ersetzte die »Reichsmark«, die infolge der Inflation der Nachkriegsjahre ihren Wert verloren hatte. Dies war ein gesamtdeutsches Problem, und seine Lösung erforderte die Zustimmung aller vier Besatzungsmächte. Aber die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten, Frankreich und England auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen Seite verhinderte das Zustandekommen einer gemeinsamen Lösung. Der letzte Versuch fand im Sommer 1947 auf der Londoner Außenministerkonferenz statt. Das Scheitern der Konferenz führte dazu, daß im Juni 1948 nur in den drei westlichen Besatzungszonen eine Währungsreform durchgeführt wurde. Am 16. Juni wurde in Westdeutschland statt der »Reichsmark« die »Deutsche Mark« zum gültigen Zahlungsmittel.

In der sowjetischen Besatzungszone war die »Reichsmark« weiterhin die gültige Währung. Aber der Zustrom der »Reichsmark« in die sowjetische Besatzungszone hätte ohne eine parallele Währungsreform dort zur wirtschaftlichen Katastrophe geführt. Ungefähr eine Woche später wurde auch in der sowjetischen Besatzungszone eine Währungsreform durchgeführt. Auch hier löste die »Deutsche Mark« die alte »Reichsmark« ab, aber trotz des gleichen Namens handelte es sich um zwei verschiedene Währungen, die beide den Anspruch er-

²⁶ »Frei« im Namen FDGB und FDJ bezeichnet die Freiheit von Nazismus. Kurz danach eignete sich der Westen dieses Adjektiv an; hier bezeichnete es die Freiheit vom Kommunismus, wie im Namen der »Freien Universität« und dem »Sender Freies Berlin«.

²⁷ Über die NDPD siehe: F. Henning, *Die Blockparteien der SED*, Köln 1961; *Parteien in beiden deutschen Staaten*, Bonn, Bad Godesberg 1972; unter »NDPD« in: C. F. Ludz (Hrsg.), *DDR-Handbuch*, Köln 1975.

hoben, die deutsche nationale Währung zu sein. Die Errichtung zweier Währungszonen im Juni 1948 war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur politischen Teilung Deutschlands; ein Jahr später wurden aus den zwei Währungsgebieten zwei deutsche Staaten. Am 1. April 1949 kamen in der sowjetischen Besatzungszone neue 1-Pfennig- und 5-Pfennig-Münzen mit der Inschrift »Deutschland« heraus²⁸ – eine Bezeichnung, die suggerierte, daß sie in ganz Deutschland gültig seien.

Am 7. Oktober 1949 wurde die »Deutsche Demokratische Republik« gegründet. Der Name knüpft an die sprachliche Tradition nach Ende des Heiligen Römischen Reichs 1806 an: »Deutscher Bund« (1815), »Norddeutscher Bund« (1866) und »Deutsches Reich« (1871). Der Name der »Bundesrepublik Deutschland« stellt demnach eine Abweichung von dieser sprachlich-historischen Tradition dar.

Der offizielle Name »Deutsche Demokratische Republik« entspricht ganz der damaligen politischen Terminologie der SED, erkennbar an dem Adjektiv »demokratisch«. In den ersten Jahren des Bestehens der DDR kamen in den Medien verschiedene Bezeichnungen vor, wie »Demokratisches Deutschland« oder »Demokratische Deutsche Republik«. Erstere ist eine Parallele zum offiziellen Namen »Bundesrepublik Deutschland«. Erwähnenswert ist auch, daß der Name lange Zeit nur ganz ausgeschrieben und nicht abgekürzt wurde. Dies geschah, um die Bevölkerung an die neue sprachliche Realität zu gewöhnen, die ihrerseits eine Spiegelung der in Deutschland nach 1949 geschaffenen politischen Bedingungen war. Erst später tauchte auch in offiziellen Veröffentlichungen die Abkürzung »DDR« auf. Die erste Briefmarke mit abgekürztem Staatsnamen kam im Juni 1962 heraus. In den beiden darauffolgenden Monaten kamen beide Formen vor.²⁹

Nach Gründung der DDR begann eine neue historische Phase. Ab nun erhielten alle – auch die früheren – Namen eine zusätzliche Bedeutung: Sie vermittelten den Anspruch, die DDR sei der einzig legitime deutsche Staat. Diese Behauptung, die immer wieder in politischen Erklärungen auftauchte, wurde zusätzlich durch die Namen von Organisationen, Institutionen, Parteien und Zeitungen untermauert.³⁰ Die alt-neuen Namen – der Gebrauch des nationalen Wortsymbols ist lediglich die Fortsetzung einer alten Tradition – erweckten die Illusion, als sei alles beim alten geblieben, als habe die Gründung zweier deutscher Staaten für das nationale Leben des deutschen Volkes keine Bedeutung. Gleiches gilt für die BRD. Auch dort führten Institutionen und Organisationen das nationale Wortsymbol in ihren Namen; und auch dort

²⁸ *Neues Deutschland*, 31. 3. 1949.

²⁹ Michel, 293.

³⁰ Siehe die offizielle Erklärung, wiedergegeben in *Neues Deutschland*, 12. 10. 1949; 13. 10. 1949.

dienten die Namen als Vorwand für die offizielle Behauptung, die Bundesrepublik sei die legitime Repräsentantin ganz Deutschlands.

Zu Beginn der fünfziger Jahre, in der Aufbauphase der DDR, wurden viele Institutionen gegründet, deren Namen suggerierten, daß sie für beide Teile Deutschlands gälten. Dies fällt vor allem bei Zeitungs- und Zeitschriftennamen auf, die in den Jahren 1952–1955 zum ersten Mal herauskamen (siehe Tabelle). In diesen Jahren war dem Namen einer Institution oder Zeitung nicht zu entnehmen, ob es sich um die DDR oder um die BRD handelte. Die Namen verwiesen auf ein Deutschland, das als politische Entität in Wirklichkeit nicht mehr existierte.

Das nationale Wortsymbol in Zeitungs- und Zeitschriftennamen der Deutschen Demokratischen Republik

1946

Neues Deutschland
Börsenblatt für den deutschen Buchhandel
Das Deutsche Gesundheitswesen
Norddeutsche Zeitung

1947

Deutsches Sportecho
Neue Deutsche Presse

1949

Deutscher Angelsport
Deutschlands Stimme
Deutsche Illustrierte
Deutsche Woche
Deutscher Export
Deutsche Gärtnerpost
Neue Deutsche Bauernzeitung
Deutsche Schwimmpost

1950

Die Deutsche Landwirtschaft
Deutsche Finanzwirtschaft

1951

Deutsche Gewerkschaftszeitung

1952

Deutsche Zeitschrift für Philosophie
Deutsche Funktechnik

Deutsche Schuh- und Leder-Zeitschrift
Deutsche Geflügelzeitung
Deutsche Architektur

1953

Deutsche Genußmittelzeitschrift
Deutsche Milch-, Fisch-, Fleischzeitschrift
Deutsche Müllerei- und Bäckerei-Zeitschrift
Deutsche Obst-, Gemüse-, Zucker-, Süßwarenzeitschrift
Der deutsche Tischler
Deutsche Filmkunst

1954

Der Deutsche Gartenbau
Deutsche Milchwirtschaft
Deutsche Fischerzeitung
Deutsche Lehrerzeitung

1955

Der Deutsche Straßenverkehr

1956

Deutsche Außenpolitik

1957

Deutsche Textiltechnik
Deutscher Dienst
Der Deutsche Gehörlose

1958

Mitteilungen der Deutschen Historiker-Gesellschaft

1961

Deutsche Imkerzeitung
Neue Deutsche Turnzeitung

1962

Der Deutsche Rudersport

1965

Die Deutsche Volkspolizei

1966

Neues Deutsches Turnen

Quelle: Bibliographie der Periodika der Deutschen Demokratischen Republik
1945–1976. Teile 1, 2, 3. Leipzig 1977.

3. Kapitel

Zwischen alt und neu: Die Staatssymbole 1949. Eine vergleichende Untersuchung

Die DDR beanspruchte von Anfang an, *der* deutsche Nationalstaat zu sein. Der erste Satz der Verfassung von 1949 lautete: »Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik.« Vier Monate zuvor war die Bundesrepublik gegründet worden; auch sie behauptete, sie sei der einzig legitime deutsche Nationalstaat.

Die Gründung zweier deutscher Staaten machte eine Entscheidung notwendig, welche repräsentativen Staatssymbole, wie Fahne, Hymne und Hauptstadt in Frage kamen. Da es sich um zwei getrennte Staaten handelte, mußten auch zwei staatliche Symbolsysteme geschaffen werden. Da Staatssymbole viel über die politische Identität eines Staates aussagen, war die Wahl der Symbole zugleich ein klares politisches Bekenntnis. Die Debatten, welche Symbole man wählen und welche man ablehnen sollte, fanden getrennt statt. Aber die Wahl der jeweiligen Symbole ging auf einen wortlosen Dialog zwischen Ost-Berlin und Bonn zurück, bei dem sich beide des jeweils anderen – des ideologischen Gegners – bewußt waren. Die gegenseitige Beeinflussung rechtfertigt den Vergleich zwischen den beiden Ländern. Dabei werden alle Symbole einzeln behandelt, um die Bedeutung der jeweils getroffenen Wahl verständlich zu machen.

1. Das Staatssymbol

Das Staatssymbol der DDR wurde Hammer und Zirkel; ein in dieser Zusammensetzung ganz neues Symbol. Seine Botschaft ist klar und verständlich: Die Deutsche Demokratische Republik ist ein Staat, dessen Regierung sich in den Händen der Arbeiterklasse befindet (eigentlich in den Händen der Partei, die den Anspruch erhebt, die authentische Repräsentantin der Arbeiterklasse zu sein). Hammer – ein Symbol der physischen Arbeit – und Zirkel – ein Symbol der industriellen Fortschrittlichkeit – zeigen an, daß die DDR ein fortschrittlicher Industriestaat ist. Die Kombination von Hammer und Zirkel erinnert an den Hammer und Sichel der Sowjetunion, womit die DDR ihre Zugehörigkeit zu den Staaten signalisiert, die im sowjetischen Modell ihr staatliches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Vorbild erblicken.

Die Annahme des neuen Staatssymbols bedeutete einen bewußten Bruch mit der alten historischen Tradition, derzufolge der preußische Adler das Staatssymbol des deutschen Nationalstaates und zugleich ein Symbol der preußischen Hegemonie war. Die Nationalsozialisten hatten unter dem Reichsadler

das Hakenkreuz angebracht. Die Entkanonisierung des Adlers durch die DDR beinhaltete nicht nur eine bewußte Ablehnung seiner nationalsozialistischen Vergangenheit, sondern auch eine Distanzierung von seinen preußischen Konnotationen. Die DDR verzichtete künftig auf den Reichsadler. Die Volksrepublik Polen hingegen machte den polnischen Adler – ohne Krone – zum Symbol des neuen Polens. Obgleich Polen sich »Volksdemokratie« nannte, führten die politisch-gesellschaftlichen Veränderungen nicht zum Bruch mit der eigenen historisch-nationalen Tradition.

1950 wurde der Reichsadler zum Staatssymbol der BRD erklärt. Er ist keine genaue Kopie seines Vorgängers, da die Klauen weniger gekrümmt scheinen. Aber die Übernahme des alten Reichssymbols soll den westdeutschen Anspruch untermauern, die Bundesrepublik sei die rechtmäßige Erbin des Deutschen Reichs. Seit 1950 haben beide deutschen Staaten verschiedene Staatssymbole, die jeweils als das repräsentative Symbol der nationalen politischen deutschen Entität verstanden werden. Im Unterschied zur BRD, die das traditionelle Symbol beibehielt, wird »das neue Deutschland« – die DDR – von einem neuen Symbol von unmißverständlich politischer und gesellschaftlicher Bedeutung repräsentiert.

2. Die Fahne

Auf der Gründungsversammlung in Weimar 1919 hatten die Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) für die rote Fahne als künftige Nationalfahne des sozialistischen Deutschlands gestimmt. Im Januar 1919 hatten die Spartakisten in Berlin unter dieser Fahne gekämpft. Daraus konnte geschlossen werden, daß in dem deutschen Staat, in dem die »Sozialistische Einheitspartei« den Ton angab – und daran bestand nach 1948, nach Gleichschaltung aller bürgerlichen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone, kein Zweifel mehr –, die rote Fahne, diesmal als Staatsfahne, wieder in Erscheinung treten würde. Aber Ende der vierziger Jahre lautete das Schlagwort in der sowjetischen Besatzungszone nicht »sozialistisches«, sondern »demokratisches Deutschland«. Die Gründung der DDR fiel in eine Phase, die in der Historiographie dieses Landes als »die antifaschistisch-demokratische Phase« bezeichnet wird.³¹ Das spiegelte sich in der Wahl der Fahne wider, die, wie die übrigen Symbole, lediglich ein Werkzeug im politischen Kampf darstellt und eine klare ideologische Botschaft enthält.

Es fällt auf, wie sehr sich gerade die Kommunisten bei der Wahl der Fahne über die Funktion dieses Symbols im klaren waren. Bereits 1943 kam in der

³¹ Über die Periodisierung: C. v. Buxhoeveden, *Geschichtswissenschaft und Politik in der DDR. Das Problem der Periodisierung*, Köln 1980.

Sowjetunion die Frage der künftigen Nationalfarben auf. Am 19. Juli 1943 gab das »Nationalkomitee Freies Deutschland« das erste Heft ihrer Wochenzeitschrift heraus; ein Propagandaorgan, das unter deutschen Kriegsgefangenen vertrieben wurde.³² Bewußt entschied man sich für die Farben Schwarz-Weiß-Rot, die Farben Kaiser- und Nazideutschlands, als offizielle Farben des »Nationalkomitees«, um dadurch den nationalen Aspekt ausdrücklich zu betonen. Auf der Titelseite des Hefts waren oben und unten schwarz-weiß-rote Streifen angebracht. Nach Erich Weinert, dem Präsidenten des Komitees, einem bekannten kommunistischen Dichter, sollten sie das »Nationalkomitee« gerade bei den Lesern bekannt machen, die nicht unbedingt zu demokratischen oder zu sozialistischen Gedanken neigten.³³

Später äußerte Hermann Matern, ein wichtiger Ideologe der SED, daß in dem Gründungsdokument des »Nationalkomitees« deutlich zwischen dem alten, »staatlich-imperialistischen Regime der Weimarer Republik« und dem neuen, »antifaschistisch-demokratischen Regime« unterschieden wird.³⁴ Aber die Wahl der offiziellen Farben des »Nationalkomitees« stehen im deutlichen Widerspruch zur Behauptung Materns. Wolfgang Leonhard, der damals zu den kommunistischen Aktivisten zählte und einer der Mitarbeiter der Zeitschrift war, erzählt in seinen Erinnerungen von seiner Verblüffung, als er die Farben sah, die das Nationalkomitee repräsentieren sollten:

»(...) mit Staunen sah ich, daß die Titelseite oben und unten schwarz-weiß-rote Streifen trug. Ich war maßlos verblüfft (...) ich hatte doch nicht erwartet, daß in Moskau einmal die Farbe Schwarz-Weiß-Rot übernommen werden könnte (...)«³⁵

Leonhard schreibt weiter, das »Nationalkomitee« habe sich zunächst für die schwarz-rot-goldene Fahne entschieden, aber die »sowjetischen Kameraden«, die die Aktivitäten des »Nationalkomitees« überwachten, waren dagegen:

»(...) die schwarzrotgoldene (...) erinnert an die Weimarer Republik, an die Zeit der Schwäche, an Krise und Massenarbeitslosigkeit, und würde die Bewegung einengen (...) die schwarzweißrote Fahne sei viel besser, da sie im Offizierskorps der Wehrmacht beliebter sei und somit dazu beitrage, eine wirklich breite nationale Bewegung zu schaffen (...)«³⁶

³² E. Weinert, Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« 1943–1945. Bericht über seine Tätigkeit und seine Auswirkungen, Berlin (DDR) 1957, 69; B. Petrick, »Freies Deutschland« – die Zeitung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« 1943–1945 München, New York, London 1979, 68–69.

³³ Weinert, Nationalkomitee, 58–59.

³⁴ H. Matern, Die führende Rolle, 28.

³⁵ W. Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Frankfurt/M. Berlin, Wien, 1970¹¹ 230–231.

³⁶ Ibid., 230–231.

Aus dem Bericht von Leonhard geht hervor, daß man die Farben im Hinblick auf die Zielgruppe ausgesucht hatte, obwohl die Kommunisten dagegen waren, da sie diese Farben an das Kaiserreich erinnerten.

Die künftigen Nationalfarben wurden in der sowjetischen Besatzungszone nicht öffentlich debattiert. Die endgültigen Entscheidungen trafen die zentralen Gremien der SED und die verschiedenen Frontorganisationen, auf die die SED entscheidenden Einfluß ausübte.

Im September 1946 legte die SED in Punktform die »Grundrechte des deutschen Volkes« vor. Sie enthalten den ersten Vorschlag zu einer Verfassung.³⁷ Die Staatsfahne wird darin nicht erwähnt; ebenso wenig in dem Verfassungsentwurf vom November 1946, darauf einer Pressekonferenz, an der die beiden Führer der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, teilnahmen, der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Der Art und Weise, wie diese Fragen dargestellt wurden, ist zu entnehmen, daß die SED-Führung es damals vorzog, das Thema offenzulassen. Der Verfassungsentwurf, über den der Parteivorstand in einer außerplanmäßigen Sitzung entschied, wurde im Parteiorgan veröffentlicht. Bemerkenswert ist der erste Paragraph des Verfassungsentwurfs: »Deutschland ist eine unteilbare Republik. Die Farben der Republik sind...«³⁸ – als ob es Sache des intelligenten Lesers sei, zu erraten, welche Farben sich hinter den drei Punkten verbergen.

Im März 1948 fanden in Ost-Berlin Feiern zum hundertsten Jahrestag der Berliner Märzrevolution statt. Die SED setzte das Symbol »1848« in ihrem ideologischen Kampf für die nationale Einheit ein, gegen die »Spalter« in der Bundesrepublik. Aber in keiner Rede wurde die schwarz-rot-goldene Fahne, das herausragende Symbol von 1848, erwähnt. Nur im Parteiorgan der SED erschien hierzu eine kurze Randbemerkung von Fred Oelßner. Der Autor erwähnt, daß am 19. März 1848 der preußische König »mit schwarz-rot-goldener Schärpe durch die Stadt reiten« mußte.³⁹

Die SED distanzierte sich von den Farben Schwarz-Rot-Gold, was angesichts ihrer intensiven Beschäftigung mit »1848« besonders auffällig war. 1943 hatten sich die »russischen Kameraden« in Moskau für die Farben Schwarz-Weiß-Rot und gegen die Farben Schwarz-Rot-Gold, die Farben der Weimarer Republik, ausgesprochen. Damals hatte die Verknüpfung der Farben Schwarz-Rot-Gold mit der ersten deutschen Republik verhindert, daß die Symbole von 1848 die Symbole des »Nationalkomitees« wurden. Aus den gleichen Gründen kam es vermutlich auch 1948 nicht dazu, daß die schwarz-rot-goldene Fahne heißt wurde. In diesen Jahren versuchte die SED, das »neue Deutschland« zu lancieren. Die neue Republik setzte sich sowohl von ihrem demokratischen Charak-

³⁷ *Neues Deutschland*, 12. 9. 1946.

³⁸ *Neues Deutschland*, 16. 11. 1946.

³⁹ *Neues Deutschland*, 19. 3. 1948.

ter als auch von ihrer politischen Stabilität radikal von ihrer Vorgängerin ab.⁴⁰ Die Übernahme der Farben der ersten Republik hätte den Eindruck hervorrufen können, als sei die neue Republik nur eine direkte Fortsetzung ihrer Vorgängerin. Anzunehmen ist auch, daß die historischen Erinnerungen in Verbindung mit den in den zwanziger Jahren erbittert geführten politischen Auseinandersetzungen über die Nationalfarben sich negativ auswirkten. Ende der vierziger Jahre führte die SED eine intensive und aggressive Kampagne, mit nationalistischen Untertönen, zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Eine Entscheidung zugunsten der Farbkombination Schwarz-Rot-Gold hätte die SED in den Augen der Öffentlichkeit – und man darf nicht vergessen, daß die Zielgruppe der kommunistischen Propaganda zu dieser Zeit die deutsche Bevölkerung aller Besatzungszonen war – womöglich als nicht national abgestempelt. Wie schon 1943 richtete sich auch nun die Strategie nicht nach Parteiideologie, sondern nach Zielgruppe der Propaganda.

Aber die weitere Entwicklung der Ereignisse machte eine Entscheidung in Sachen Staatsfahne notwendig. In West- und in Ostdeutschland standen die jeweiligen Staatsgründungen kurz bevor. Am 22. Oktober 1948 veröffentlichte ein Komitee im Auftrag des »Deutschen Volksrates« einen Verfassungsvorschlag der DDR. Noch am gleichen Tag schlug Friedrich Ebert, der Sohn des ersten Präsidenten der Weimarer Republik, vor, die Deutsche Demokratische Republik solle die Farben Schwarz-Rot-Gold übernehmen. Seinen Vorschlag begründete Ebert damit, daß die Fahne das revolutionäre Vermächtnis der Kämpfer von 1848 vollstrecke, das Banner der deutschen Einheit über dem gesamten Vaterland entrolle.⁴¹

Die Begründung ist deshalb bemerkenswert, weil darin kein »politischer Wettstreit« erwähnt, sondern nur die Funktion der Fahne als Fahne der nationalen Einheit hervorgehoben wird. Am 19. März 1949 wurde der Vorschlag vom Volksrat angenommen. Demnach lautet der zweite Paragraph der DDR-Verfassung:

»Die Farben der Deutschen Demokratischen Republik sind Schwarz-Rot-Gold.«

Aus den drei Punkten vom November 1946 waren im Oktober 1949 die drei Farben Schwarz-Rot-Gold geworden. Damit wurde an ein historisches Ereignis dreißig Jahre zuvor angeknüpft, als die Weimarer Gründungsversammlung sich für die schwarz-rot-goldene Fahne als die Fahne der Deutschen Republik aussprach.

Aber die Ende 1949 in Ost-Berlin endgültig getroffene Entscheidung zugunsten der schwarz-rot-goldenen Fahne hing auch mit Ereignissen zusammen, die

⁴⁰ *Neues Deutschland*, 15. 11. 1946.

⁴¹ P. Wentzke, *Die deutschen Farben*, Heidelberg 1955, 170–171.

sich gleichzeitig in Bonn abspielten. Dort fand zwischen Juni 1948 und Mai 1949 die Auseinandersetzung über die Staatsfarben der künftigen Bundesrepublik statt. Man war sich der Bedeutung der zu treffenden Entscheidung durchaus bewußt.⁴² Von Anfang an stand fest, daß die Farben Schwarz-Weiß-Rot nicht in Frage kamen, da sie mit dem Kaiserreich und dem Dritten Reich in Verbindung gebracht wurden. Man war sich auch völlig darüber im klaren, daß die Farben Schwarz-Rot-Gold sowohl die Farben von 1848 als auch die Farben der Weimarer Republik waren.

Die westdeutschen Vorschläge zur künftigen Fahne der Republik können in drei Kategorien eingeteilt werden? Erstens, die alte republikanische Fahne ohne Änderungen zu übernehmen; zweitens, die Farben zu übernehmen ohne Beibehaltung der traditionellen Trikolore; drittens, eine ganz neue Fahne zu bestimmen. Im August 1948 trat der für Verfassungsfragen zuständige Verfassungskonvent zusammen. Mit der Fahne befaßte sich das für »Grundsatzfragen« verantwortliche Komitee – ein Hinweis darauf, welche Bedeutung dieser Frage beigemessen wurde. Die Auseinandersetzung wurde im Parlamentarischen Rat fortgeführt, der am 1. September 1948 zusammentrat. Am 23. Mai 1949 kam das Grundgesetz heraus, dessen 22. Paragraph festlegt, daß die schwarz-rot-goldene Fahne die künftige Fahne der Bundesrepublik Deutschland sein wird.

Schon das für Grundsatzfragen verantwortliche Komitee erteilte die Anweisung, die Fahne der Bundesrepublik müsse Farben enthalten, die in der gesamtdeutschen Tradition verankert seien. Für die schwarz-rot-goldene Fahne sprach, daß die Farbkombination im 19. Jahrhundert die Bewegung für nationale Einheit und politische Freiheit symbolisierte. Die Farben hätten demgemäß »Tradition«. Aber ihre republikanische Tradition – als Fahne der ersten Republik – war problematisch. Gleich zu Beginn der Verhandlungen äußerten die Delegierten ihre Bedenken. Sie meinten, der Farbenstreit, der die Gemüter in den zwanziger Jahren erhitzt hatte, könne wieder neu entfacht werden. Diejenigen, die das Aufleben des alten Streits fürchteten, schlugen daher vor, die Entscheidung hinauszuzögern.

Gleichzeitig kam der Vorschlag, zwar die Farben Schwarz-Rot-Gold, nicht aber die Trikolore zu übernehmen, die einige Delegierte für zu radikal hielten. Andere meinten, man solle die Trikolore übernehmen, aber nur als Flagge der Flotte und in Zukunft – sobald die Republik ihre volle Souveränität erlangte – auch als Fahne der diplomatischen Vertretungen. Konrad Adenauer, der damalige Vorsitzende des Parlamentarischen Rats, schlug in einer Fraktionssitzung der CDU vor, die neue Fahne der Republik solle aus einem gelben Kreuz im schwarzen Rahmen auf rotem Grund bestehen.⁴³ Anderen Vorstellungen

⁴² Ibid., 171–174.

⁴³ Ibid., 172.

entsprechend sollte die Fahne Deutschlands nach Hitler ein rotes Kreuz im schwarzen Rahmen auf goldenem Grund sein. Das Kreuz, ein zentrales Motiv der Fahne der Republik, tauchte auch in den späteren Vorschlägen der CDU und CSU auf. Bei Besprechungen des Parlamentarischen Rats im September 1948 schlugen Robert Lehr und Franz Josef Strauß vor, die Trikolore zu übernehmen und auf dem roten Mittelstreifen ein goldenes Kreuz anzubringen, mit der Begründung:

»Wir glauben, daß das Kreuz gerade in dieser Verbindung ein Symbol ist für das, was heute die Kulturländer Europas einigt.«⁴⁴

Durch den Hinweis auf den politischen Kampf zwischen Ost und West, dessen Front damals durch Deutschland verlief, wurde die Debatte aktualisiert. Im weiteren Verlauf der Debatte gab man zu verstehen, daß die künftige Fahne nicht die Fahne eines geeinten Deutschlands sein würde. Robert Lehr machte sogar den Vorschlag, die Trikolore zu übernehmen, aber in der rechten oberen Ecke vergoldete Sterne in der Anzahl der Mitgliedsstaaten des Bundes anzubringen.⁴⁵ Der Vorschlag, der an die amerikanische Fahne erinnert, wurde jedoch abgelehnt. Ein anderer Vorschlag lautete, die Trikolore mit einem diagonalen weißen Streifen zu versehen, der »das zerrissene Deutschland, dem die Ostzone fehlt«⁴⁶ symbolisieren sollte. Doch trotz aller Einwände – sei es politischer oder ästhetischer Natur – gegen die Farbkombination Schwarz-Rot-Gold, blieb sie der einzige ernstzunehmende Vorschlag, der zur Debatte stand.

Am 8. Mai 1949 fand in Bonn die Abstimmung statt. In seiner Rede begründete Bergsträsser, warum man die Trikolore zur offiziellen Fahne der Republik mache: Die Fahne der ersten Republik solle auch die Fahne der zweiten sein. Er erinnerte daran, daß es sich um die Fahne der Paulskirche handele. Des weiteren wies er darauf hin, daß die Fahne zwei grundlegende Anforderungen erfülle: Sie sei traditionsreich und stelle eine politische Absichtserklärung dar, da die schwarz-rot-goldenen Streifen für politische »Freiheit« und nationale »Einheit« stünden. Aber im Unterschied zu 1848 sind die beiden Fundamente nicht gleichrangig: Die »Freiheit« ist der politische Primat, dem die nationale Einheit untergeordnet ist – »Einheit in Freiheit«. Hierin liegt die Essenz der westdeutschen Argumentation, womit die Gründung eines deutschen Teilstaates gerechtfertigt wird: Ja zur nationalen Einheit, aber nur im Rahmen der »politischen Freiheit« im westlichen Sinne des Begriffs:

⁴⁴ Ibid., 173.

⁴⁵ Ibid., 172.

⁴⁶ Ibid., 173.

»Diese Flagge soll uns als Symbol gelten, daß die Freiheitsidee der persönlichen Freiheit eine der Grundlagen unseres zukünftigen Staates sein soll (...)⁴⁷

Zweifellos beeinflußten die in Bonn geführten Debatten die in Ost-Berlin getroffene Entscheidung zugunsten der Trikolore als künftiger Fahne der DDR. Überdies hätte ihre Ablehnung als ein Verzicht auf das politische Erbe, das die DDR für sich in Anspruch nahm, gedeutet werden können. Seit Oktober 1949 besaßen daher beide deutsche Staaten die gleiche Fahne, die scheinbar auch die gleichen politischen Gedanken zum Ausdruck brachte: Einheit und Freiheit. Ihre Auslegung aber war in Bonn und Ost-Berlin grundsätzlich verschieden.

Bei der Bonner Abstimmung im Mai 1949 stimmten 49 Abgeordnete für die Trikolore und nur ein Abgeordneter dagegen. Die einst gegen sie hervorgebrachten Bedenken erwiesen sich als übertrieben. Gleichwohl wurde die Trikolore nicht sofort von allen westdeutschen Bevölkerungsschichten angenommen. Vor allem in den ersten Jahren des Bestehens der Bundesrepublik kam es zu Vorfällen, die an Begebenheiten aus den zwanziger Jahren erinnerten. Beispielsweise wurde am 2. Juli 1951 die Fahne vor der Handelskammer in Peine heruntergeholt, zerrissen, mit Schlamm beschmiert und danach angezündet. Im August 1951 wurden in Hildesheim wiederholt die schwarz-rot-goldenen Fahnen gestohlen, ohne daß es der Polizei gelang, die Diebe ausfindig zu machen.⁴⁸

Über die politische Bedeutung dieser Vorfälle bestehen keine Zweifel. Aber sie sind nicht nur auf die Initiative einzelner zurückzuführen. Die extreme Rechte bekannte sich nach wie vor offen zu den kaiserlichen Farben. In dieser Hinsicht standen die verschiedenen Farben auch weiterhin für entgegengesetzte politische Anschauungen. Aber im Unterschied zu den zwanziger Jahren wurde die Diskussion über die Staatsfarben der Bundesrepublik nur am Rande geführt und besaß eher anekdotischen Charakter. Ein Beispiel war der Brief, den die »Deutsche Reichspartei« (DRP), eine kleine rechtsradikale Partei, an Kinobesitzer in Köln schickte, wo damals gerade Charlie Chaplins »Der große Diktator« gezeigt wurde. Außer der Boykottandrohung enthielt der Rundbrief auch folgenden aufschlußreichen Absatz:

»Sie haben nun in ihrer Dekoration die Chaplinkarikatur mit den schwarz-weiß-roten Reichsfarben drapieren lassen. Wir hätten gegen eine Verwen-

⁴⁷ O. Busch / A. Schernitzky, Schwarz-Rot-Gold. Die Farben der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Tradition und Bedeutung, Offenbach 1952, 12.

⁴⁸ Ibid., 9.

dung von schwarz-rot-gold nichts einzuwenden gehabt, weil diese Farbkombination genau zu Chaplin paßt. Ihre Diffamierung der deutschen Nationalfarben aber finden wir geschmacklos.«⁴⁹

Obgleich die Farben Schwarz-Rot-Gold von der extremen Rechten abgelehnt wurde, so bedeuteten sie für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Farbkombination der deutschen Staatsfahne.⁵⁰ Ein schönes Beispiel aus jüngster Vergangenheit ist die Golf-Werbeaktion im Herbst 1984. Die Farbgestaltung der drei nebeneinander gestellten Autos in den deutschen Nationalfarben gab der Werbeaktion – Slogan: »Das Auto der Nation« – eine bewußt nationale Note.

3. Die Hymne

Die Wahl der Staatsfahne in den beiden deutschen Staaten gestaltete sich insofern relativ einfach, als die republikanische Fahne eine Alternative anbot. Ganz anders verhielt es sich bei der Nationalhymne. Das »Horst-Wessel-Lied«, aufs engste mit dem Nationalsozialismus verknüpft, war bereits im Mai 1945 verboten worden. Aber wie stand es mit dem »Deutschlandlied«, das seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts als deutsche Nationalhymne galt? Sie war aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen wegen der bekannten Zeile »Deutschland, Deutschland über alles«, die schon vor dem Dritten Reich für deutsche Prahlerei und für das Überlegenheitsgefühl der Deutschen stand. Zum anderen, weil das »Deutschlandlied« durch seine Verknüpfung mit dem »Horst-Wessel-Lied« klare nationalsozialistische Konnotationen besitzt. Nach 1945 wurde das »Deutschlandlied« zum Symbol der Aggressivität, des Nationalismus und des Chauvinismus der Deutschen.

Die verschiedenen Erwägungen führten in beiden Teilen Deutschlands zu einer veränderten Haltung gegenüber der alten Nationalhymne. Nach einer öffentlichen Debatte wurde das »Deutschlandlied« – wenn auch nur auszugsweise – zur Nationalhymne der Bundesrepublik. Demgegenüber entschied sich die DDR als Zeichen ihrer Loslösung von der politischen Tradition des »Deutschlandliedes« für eine völlig neue Hymne.

Den Auftrag, die DDR-Hymne zu schreiben und zu komponieren, erhielten zwei bekannte Künstler, die seit Ende der zwanziger Jahre in der KPD aktiv waren: der Dichter Johannes R. Becher und der Komponist Hanns Eisler. Schon Stalin hatte während des Zweiten Weltkrieges bekannten sowjetischen

⁴⁹ *Der Spiegel*, 46/1958, 70.

⁵⁰ Interessant ist, daß es in der BRD bis 1952 keine Bestimmungen gab, welcher Goldton zu verwenden sei, siehe: *Der Spiegel*, 12/1952, 10–12.

Künstlern – unter anderem Dmitri Schostakowitsch und Adam Katschaturian – den Auftrag erteilt, eine neue sowjetische Nationalhymne zu komponieren. Die Nationalhymne eines Landes drückt Hoffnungen, nationale Bestrebungen und manchmal auch den besonderen Charakter einer Nation aus. In dem Sinne ist die Hymne von Johannes R. Becher eine politische Absichtserklärung gemäß den politischen Bedingungen Ende der vierziger Jahre und der damaligen politischen Linie der SED. Die Hymne war nicht als Hymne eines separaten deutschen Staates, sondern als gesamtdeutsche Nationalhymne konzipiert. Das Streben nach nationaler Einheit, ein Merkmal auch des »Deutschlandliedes«, kommt besonders in der Zeile »Deutschland, einig Vaterland« zum Ausdruck. Ein anderes Thema ist die Friedensbemühung, die ein fester Bestandteil der politischen Sprache der SED war.

Die Melodie von Eisler ist eine neuartige Schöpfung, aber – und darauf hat schon Sabine Schütte hingewiesen – zwischen der Melodie des »Deutschlandliedes« und der Melodie von Eisler besteht eine musikalische Verwandtschaft.⁵¹ Man darf also davon ausgehen, daß Eisler beim Komponieren der neuen Hymne die alte Nationalhymne im Ohr hatte. Die Musik von Eisler weist sowohl traditionelle als auch neue Elemente auf. Aber die subtile Art, in der beide miteinander verwoben sind, ist nur für Kennerohren hörbar.

Im Westen beschimpfte man die DDR-Hymne als »Ulbrichthymne«, »Becherhymne« und sogar als »Eisler-Becher-Hymne«. Die Hymne, eine Hymne der nationalen Einheit, wurde im Westen zum Symbol der nationalen Spaltungsbestrebungen, für die man das Ost-Berliner Regime verantwortlich machte. Die historischen und musikalischen Tatsachen waren in dem Zusammenhang unwichtig. Eisler, der 1950 den Nationalpreis der DDR erhielt, zahlte für die von ihm vertonte Hymne einen hohen Preis; die Werke des Komponisten wurden viele Jahre im Westen nicht gespielt. Erst in den siebziger Jahren, nach Beginn der Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten, wurde Eisler im Westen wiederentdeckt.

Bei Gründung der Bundesrepublik stand die künftige Staatshymne noch nicht fest. Die Frage blieb offen, da man sich nicht einigen konnte, ob die Bundesrepublik das alte »Deutschlandlied« übernehmen oder – wie die DDR – sich für eine völlig neue Hymne entscheiden sollte. Der erste Präsident der Bundesrepublik Theodor Heuss lehnte die alte Hymne ab, da sie infolge ihrer Verknüpfung mit dem »Horst-Wessel-Lied« negative Erinnerungen wachrufe. Er plädierte für eine neue Hymne, die dem »neuen Deutschland« Rechnung trage. Während der Neujahrsansprache, die 1950 im Radio übertragen wurde, hatte die Bevölkerung Gelegenheit, die von Heuss befürwortete Alternative zu hören. Sie hieß »Hymne an Deutschland« mit Text von Rudolf Alexander

⁵¹ S. Schütte, Nationalhymne und ihre Verbreitung, in: *Das Argument*, AS 5, 1975, 212.

Schroeder und Musik von Hermann Reuten. Die Öffentlichkeit war von der Hymne nicht sehr angetan, was den Bemühungen, für die Bundesrepublik eine neue Hymne zu finden, mehr oder weniger ein Ende setzte.

In der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem »Deutschlandlied« wurde die traditionelle Nationalhymne verteidigt. In Zeitungsartikeln, Leserbriefen und Broschüren wurde die Geschichte des »Deutschlandliedes« nacherzählt. Ihr größter Vorzug war die Tradition, die die Hymne repräsentierte und die alle Nachteile, auch die negativen Erinnerungen, die ihr anhafteten, verdrängte.⁵² Die Hervorhebung der »Tradition« muß vor dem Hintergrund des politisch-ideologischen Kampfes mit dem anderen deutschen Staat gesehen werden, der sich für eine neue, »traditionslose« Hymne entschieden hatte. »National« ist die DDR-Hymne deshalb nicht, weil sie mit der historischen Tradition bricht. Die Bundesrepublik aber wollte mit der Übernahme der traditionellen Hymne beweisen, daß sie der einzig legitime deutsche Nationalstaat sei.

Die neue DDR-Hymne war letzten Endes ausschlaggebend für die Beibehaltung der alten Hymne in der Bundesrepublik. Aber Theodor Heuss, noch immer unschlüssig, zögerte seine endgültige Entscheidung hinaus. Anfang 1951 wandte sich Adenauer an Heuss mit der Bitte, doch bald eine Entscheidung zu treffen. Heuss kam dieser Bitte nicht nach; Adenauer schuf statt dessen vollendete Tatsachen. Am 18. April 1951, bei einer Volksversammlung im Titaniapalast in Berlin, erklärte der Kanzler die dritte Strophe des »Deutschlandliedes« zur offiziellen Hymne der Bundesrepublik Deutschland. Adenauers entschlossene Tat wurde von der Öffentlichkeit positiv aufgenommen. Am 29. April sandte Adenauer einen Brief an den Präsidenten, in dem er betonte, er könne zwar Heuss' Einwände gegen die alte Hymne verstehen, aber politischer Realismus – das Bedürfnis des jungen Staates nach einer Nationalhymne – bringe ihn erneut dazu, die Einwilligung des Präsidenten zu erbitten. Adenauer erinnerte daran, daß es der sozialdemokratische Präsident Friedrich Ebert gewesen sei, der in einer »ausgezeichneten Entscheidung« am 22. November 1922 das »Deutschlandlied« zur offiziellen Hymne der deutschen Republik erklärt hatte.

Heuss blieb keine Wahl; in seinem Antwortbrief an den Kanzler bestätigte er die Hymne, nicht ohne seine Bedenken erneut darzulegen. Ihm ginge es darum, eine Situation zu vermeiden, in der zu offiziellen Anlässen wieder »verzerrte patriotische Klänge« zu hören sein würden, was daran läge, daß viele das »Deutschlandlied« als Auftakt zum »dichterisch und musikalisch minderwertigen Horst-Wessel-Lied« kannten.⁵³ Darüber hinaus betonte der Präsident in seinem Brief, daß die tiefe Wunde in der Geschichte des deutschen Volkes ein

⁵² V. Günther, *Über alles in der Welt? Studien zur Geschichte und Dialektik der deutschen Nationalhymne*, Neuwied, Berlin 1966, 8.

⁵³ *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 51, 6. 5. 1952.

neues Symbol erforderlich mache. Er aber habe Kraft und Beständigkeit einer Tradition falsch eingeschätzt. Formell bestätigte Heuss die dritte Strophe des Liedes als Nationalhymne, ließ aber keine Zweifel an seiner persönlichen Auffassung. Er beendete den Brief mit den Worten:

»Da ich kein Freund pathetischer Dramatisierung bin, und mit mir selbst im reinen bleiben will, muß ich meiner Natur nach auf eine ›feierliche Proklamation‹ verzichten.«⁵⁴

Mit Annahme der dritten Strophe des »Deutschlandliedes« als offizielle Hymne der Bundesrepublik erhielt der westdeutsche Kanon ein traditionelles Nationalsymbol. Im Unterschied zur DDR-Hymne, deren Text allein gesamtdeutsch »national« ist, knüpfte das neu-alte Symbol der BRD an die nationale Tradition Ende des 19. Jahrhunderts an.

1950/51 kam in Ost-Berlin die »Kinderhymne« mit Text von Bertolt Brecht und Musik von Hanns Eisler heraus. Die »Hymne« war eine politisch-künstlerische Antwort der beiden Künstler auf die damals in der Bundesrepublik geführten Debatten. Text und Musik sind eine Reaktion auf das »Deutschlandlied«. Von der traditionellen Hymne ausgehend schufen Brecht und Eisler ein neues Werk, das die Hymne des »neuen Deutschlands« sein sollte.⁵⁵ Die »Kinderhymne« war aber keine Nationalhymne. Als sie geschrieben wurde, hatte die DDR bereits ihre eigene Hymne. Im Unterschied zu der von Eisler vertonten Hymne aus dem Jahre 1949 war die musikalische Anleihe bei der alten Hymne nicht mehr subtil, sondern sofort erkennbar. Eisler zitierte aber nicht nur das »Deutschlandlied«, er paraphrasierte auch seine eigene Hymne. Musikalisch ist das Werk daher gleichsam »gesamtdeutsch«, da darin musikalische Anleihen aus beiden deutschen Hymnen enthalten sind. Das Vermischen der beiden Fundamente schuf eine Art »Überhymne«, einen »Kompromiß« zwischen den beiden deutschen Hymnen, die zwei entgegengesetzte Ideologien und Weltanschauungen repräsentieren. Gleichzeitig war sie eine Art »Korrektur« der traditionellen Hymne, die den neuen Bedingungen in Deutschland nach 1945 Rechnung trug. So ist beispielsweise in Brechts Text die bekannte Zeile »über Alles in der Welt« gestrichen. Brecht »korrigierte« auch die geographischen Grenzen Deutschlands und paßte sie den neuen geopolitischen Bedingungen an: Vom Meer bis an die Alpen, von der Oder bis an den Rhein. Die »Kinderhymne« ist eine gesamtdeutsche Hymne, die sich an die junge Generation richtet mit der Aufforderung, das »neue Deutschland« zu gestalten.

Bei einer Meinungsumfrage 1951 sprachen sich ca. 75 Prozent der Bürger der BRD für das »Deutschlandlied« als Nationalhymne der Bundesrepublik aus. Aber der eigentliche Siegeszug der alten Hymne fand im Sommer 1954 statt,

⁵⁴ *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 51, 6. 5. 1952.

⁵⁵ Für eine ausführliche Analyse, siehe: Schütte, Nationalhymne, 211.

als die Bundesrepublik die Fußball-Weltmeisterschaft gewann. Der Sieg führte zu einer Woge patriotischer Begeisterung – er machte auch deutlich, daß die Bundesrepublik wieder ein ernstzunehmendes Land war. Das Siegesgebrüll der 20000 westdeutschen Zuschauer erweckte bei den anderen Zuschauern weniger angenehme Assoziationen. Nach dem Sieg berichtete die deutsche Presse über den Sieg auf dem Rasen – und über die Reaktion der Nachbarländer, die die westdeutsche Nationalhymne beunruhigte.⁵⁶ Ein Beispiel ist Pierre Faberts Bericht in der Pariser Zeitung »Le Monde«, der seinen Artikel mit den Worten »Achtung! Achtung!« beginnt und auch endet.⁵⁷ Die Siegesfreude und nationale Begeisterung verschaffte sich Gehör in der Nationalhymne – sie aber war, wie Theodor Heuss befürchtet hatte, immer noch zu sehr mit negativen Konnotationen behaftet. Neun Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs war die Erinnerung an das »alte« Deutschland noch zu frisch. Die Klänge der Hymne und die Umstände, unter denen sie ertönte, riefen außerhalb Deutschlands Erinnerungen wach und öffneten Wunden, die scheinbar am Abheilen gewesen waren.

Aber die Nationalhymne war nicht nur außerhalb der Bundesrepublik Thema neuer Debatten, auch in der Bundesrepublik flammte die Diskussion von neuem auf – diesmal allerdings nicht auf offizieller Ebene, sondern in Leserbriefen, in denen westdeutsche Bürger ihre Meinungen äußerten. Ein Leser aus Kiel beispielsweise behauptete, es sei eine »Dummheit« gewesen, nur die dritte Strophe der alten Hymne zu übernehmen.⁵⁸ Ein anderer Leser stimmte dem zu mit dem Hinweis auf die französische Hymne, die »Marseillaise«, die seiner Meinung nach nicht weniger nationalistisch sei. Er meinte noch hinzufügen zu müssen, daß sein Argument »rein sachlich« sei und er überhaupt nichts gegen die Franzosen habe.⁵⁹ Ein evangelischer Pfarrer behauptete dagegen, es sei gerechtfertigt gewesen, auf die erste Strophe der Nationalhymne zu verzichten, da sie dem Ersten Gebot widerspräche.⁶⁰

Im Gegensatz zur Hymne der BRD war die DDR-Hymne frei von allen nachteiligen historischen Konnotationen. Daher war es problemlos, sie außerhalb der DDR zu spielen. Infolge der Nichtanerkennung der DDR durch die westlichen Länder war sie allerdings bis Mitte der sechziger Jahre nur in den Ländern des Ostblocks zu hören. Im Laufe der Jahre verblaßte die düstere Seite der westdeutschen Nationalhymne. Für die in Europa heranwachsende neue Generation war das »Deutschlandlied« die Hymne der Bundesrepublik, eines wichtigen Mitglieds der Europäischen Gemeinschaft.

Mitte der sechziger Jahre setzte der avantgardistische Komponist Karl-Heinz

⁵⁶ *Der Spiegel*, 20/1954, 16.

⁵⁷ *Le Monde*, 8. 7. 1954.

⁵⁸ *Der Spiegel*, 30/1954, 34.

⁵⁹ *Der Spiegel*, 35/1954, 34.

⁶⁰ *Der Spiegel*, 30/1954, 34.

Stockhausen der bundesrepublikanischen Hymne ein Gegendenkmal. Stockhausen komponierte seine etwa zweistündige »Hymne für elektronische und konkrete Klänge« im Jahr 1966. Das Werk setzt sich aus verschiedenen politischen und nationalen Hymnen zusammen, die zu einer erstaunlichen Collage geraten. Die Verzerrungen – manchmal scheint es, als würde die Musik über Kurzwelle gesendet – erschweren mitunter das Heraushören einzelner Hymnen. Im zweiten Teil ertönt die dritte Strophe des »Deutschlandliedes«; aber nicht so, wie es wirklich klingt und auch nicht verzerrt durch elektronische Klänge wie die anderen Hymnen, sondern in Abständen von den Tönen des »Horst-Wessel-Liedes« unterbrochen, mit abschließenden »Hurrah«-Rufen. Später erklärte Stockhausen, daß dieser Abschnitt lediglich eine Erinnerung sei; aber in der Komposition Stockhausens wird, über die Verbindung im Dritten Reich zwischen der Nationalhymne und der Nazihymne, ein direkter Zusammenhang zwischen dem »Deutschlandlied« und dem deutschen Nationalismus hergestellt. Die historische Tatsache wird zur Essenz der Nationalhymne gemacht. Die Intention des Komponisten spielt keine Rolle mehr; in den Ohren – und im Bewußtsein – des Zuhörers wird der Zusammenhang zwischen den beiden Hymnen von neuem hergestellt.

4. Die Hauptstadt

Hatte sich die Bundesrepublik für die Beibehaltung der alten Nationalhymne und die Deutsche Demokratische Republik für die Annahme einer neuen entschieden, so verhielt es sich bei der Festlegung der jeweiligen Hauptstadt genau umgekehrt. Die Übernahme der traditionellen Hauptstadt durch die DDR zwang die BRD, eine neue auszuwählen – wenn auch unter Einwänden und Treueerklärungen zur alten und problematischen Hauptstadt.

Der zweite Paragraph der Verfassung der DDR lautet: »Die Hauptstadt der Republik ist Berlin.« Diese Festlegung ist von großer Bedeutung, denn »Die Frage der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ist auch die Frage ihrer Identität«.⁶¹ Die Entscheidung, Berlin zur Hauptstadt der DDR zu machen, war einerseits zu erwarten, da es der Politik der SED entsprach. Auf der anderen Seite rief sie Probleme hervor, die mit dem Symbol »Berlin« in seiner Funktion als früherer Hauptstadt zusammenhingen.

Doch bevor auf die Bedeutung der Wahl Berlins als Hauptstadt des »demokratischen Deutschlands« näher eingegangen wird, muß darauf hingewiesen werden, daß Berlin seit Mai 1945 das administrative und politische Zentrum der sowjetischen Besatzungszone war. Im östlichen Teil der Stadt befand sich die

⁶¹ H. M. Mahnke, Das Hauptstadtproblem, in: H. A. Jacobson (Hrsg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, München, Wien 1979, 110.

sowjetische Militärverwaltung, verantwortlich für die sowjetische Besatzungszone in Deutschland. In Ost-Berlin konzentrierte sich das politische Leben, das nach Juni 1945 in der sowjetischen Besatzungszone wieder begonnen hatte. Dort lagen die Hauptbüros der verschiedenen politischen Parteien und der von der SED inspirierten Massenorganisationen. Diese Konzentration des politischen Lebens stellte eine historische Kontinuität her zu der Rolle, die Berlin bis 1945 als Reichshauptstadt gespielt hatte.

Die SED bezeichnete Berlin schon relativ früh als »deutsche Hauptstadt«.⁶² Sie setzte bewußt die Hauptstadt als gesamtdeutsches Nationalsymbol ein, um ihre Behauptung zu untermauern, die SED allein vertrete die deutschen nationalen Interessen. Nach der Teilung Deutschlands und der Gründung der beiden deutschen Staaten wurde Berlin zum Symbol für die nationalen Einheitsbestrebungen der SED. Danach war Berlin als Hauptstadt des vereinten Deutschlands vorgesehen; bereits Anfang der fünfziger Jahre plante ein Architekten-team der DDR das in Berlin zu errichtende gesamtdeutsche Regierungsviertel.⁶³ Die SED-Führung benutzte Berlin als nationales Symbol von gesamtdeutscher, integrativer Bedeutung. Gleichzeitig entging ihr, daß nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands die lange schlummernden antipreußischen Gefühle wieder neu erwachten. Das traf nicht nur auf Adenauer zu, dessen Einstellung zum Reich unter preußischer Hegemonie gelinde gesagt ambivalent war.⁶⁴ Es galt gleichermaßen für Süddeutschland – wo das Mißtrauen gegen das »preußische« Berlin tief verwurzelt war –, Norddeutschland und vor allem für die 1866 von Preußen annektierten Gebiete. Bezeichnend ist die Aussage des ersten niedersächsischen Ministerpräsidenten in einem Fernsehinterview: Für ihn bedeute die Gründung des neuen Staates in der englischen Besatzungszone die Befreiung vom »preußischen Joch«. Ähnlich dachten viele deutsche Politiker in den westlichen Besatzungszonen. Für sie war Berlin ein Symbol des »preußischen Jochs«, unter das sich ganz Deutschland seit dem 19. Jahrhundert zu beugen hatte. Das Wiederaufblühen der partikularistischen Interessen nach 1945 stand im Widerspruch zur gesamtnationalen Funktion Berlins, die die SED-Führung der Stadt zugedacht hatte. Es leuchtet ein, daß gerade das Gegenteil der Fall ist: Die Hervorhebung der nationalen Bedeutung Berlins rief die alte Angst vor der Gründung eines zentralistischen deutschen Staates wach, dem sich viele Politiker widersetzten, die sich damals in Westdeutschland mit der Rehabilitierung des politischen Lebens befaßten. Die Bemühungen der SED, Berlin zu einem Nationalsymbol zu machen, hatten ihren Preis. Außerhalb Deutschlands war Berlin noch immer ein Symbol

⁶² *Neues Deutschland*, 24. 11. 1946.

⁶³ *Der Spiegel*, 20/1952, 28.

⁶⁴ Über die antipreußische Haltung Adenauers siehe: M. Grafen Dönhoff, Von der Schwäche starker Politik, in: *Die Zeit*, 21. 3. 1986; G. Bucerius, Adenauer, Preußen und der Kreml, in: *Die Zeit*, 28. 3. 1986.

des Deutschen Reiches, und alle negativen Eigenschaften wurden somit automatisch auf die Hauptstadt des »Demokratischen Deutschlands« übertragen. In Berlin standen viele Denkmäler, die die Größe Preußens und des Reiches in Erinnerung riefen. Sie erinnerten aber an Aspekte der deutschen Nation, die von der SED abgelehnt wurden. Später bemühte sich die SED, Berlin von den unerwünschten preußischen Erinnerungen zu säubern. Aber das war nicht ausreichend, um alle mit dem Symbol »Berlin« verbundenen negativen Konnotationen zu tilgen. Sie waren innerhalb wie außerhalb Deutschlands tief im Bewußtsein der Öffentlichkeit verwurzelt.

Als Berlin im Oktober 1949 zur Hauptstadt der DDR erklärt wurde, sah es so aus, als wäre die Teilung Deutschlands lediglich vorübergehend und würde mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages enden. Die Verfassung von 1949 deklarierte ganz Berlin zur Hauptstadt der DDR. Aber diese politische Deklaration hatte damals – und auch später – keine praktische Bedeutung. Die »Hauptstadt« umfaßte lediglich den östlichen, das heißt sowjetischen Sektor Berlins. Der westliche Teil der Stadt wurde von den drei Westmächten kontrolliert. Solange es so aussah, als sei es nur eine Frage der Zeit, bis die fremden Armeen ganz Deutschland räumen würden, war die Lage erträglich. Aber die politische Realität entwickelte sich anders, als die SED gehofft hatte: Ost-Berlin wurde zur Hauptstadt der DDR, nicht eines geeinten Deutschlands. Die von den Alliierten gemeinsam getragene Verantwortung für Groß-Berlin wurde 1972 erneut von einem von den vier Mächten unterzeichneten Vertrag bestätigt. Interessant sind weniger die vertraglichen Details und die verschiedenen Auslegungen der Berliner Mauer, als vielmehr der Punkt, in dem die volle Souveränität der DDR über Ost-Berlin bestritten wird. 1945 wurde Groß-Berlin zur entmilitarisierten Zone erklärt. Trotz der jährlichen, beinahe rituellen Proteste der Westmächte hielt sich die DDR nicht an diese Vereinbarung. Allein das Verteidigungsministerium befindet sich zum Zeichen der besonderen Stellung Ost-Berlins außerhalb der Stadtgrenze.

In Westdeutschland stand 1948/49 Berlin als künftige Hauptstadt der Bundesrepublik erst gar nicht zur Debatte. Der Streit am Rhein ging um die Städte Bonn oder Frankfurt.⁶⁵ Adenauer wollte unbedingt Bonn zur Hauptstadt der Bundesrepublik machen. Kurt Schumacher und die Sozialdemokraten setzten sich für Frankfurt ein: Im Zeichen der »Freiheit und der Demokratie« der Paulskirche sollte Frankfurt ein Symbol des Neuanfangs werden. Aber im Herbst 1949 wurde Bonn zur Hauptstadt der Bundesrepublik erklärt; ein klarer Sieg Konrad Adenauers, des Gründervaters der Republik.

Daß Bonn zur neuen Hauptstadt wurde, zeigt die Verschiebung des politischen Kräftezentrums in westliche Richtung an. Das im Herzen der sowjetischen Be-

⁶⁵ Siehe: O. Dann, Die Hauptstadtfrage in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg, in: T. Schieder/G. Brunn (Hrsg.), Hauptstädte in europäischen Nationalstaaten, München, Wien 1983, 50–57.

satzungszone gelegene Berlin wurde zum Mittelpunkt des Streits zwischen den Machtblöcken: Im Juni 1948 verhängte die Sowjetunion eine Blockade über den westlichen Teil der Stadt. Damals wurde Berlin zum Symbol für die Entschlossenheit der »freien Welt«, sich gegen die »sowjetische Gefahr« zu wehren. In diesem Sinne ist auch die Äußerung des amerikanischen Präsidenten Kennedy zu verstehen, der bei seinem Berlin-Besuch 1963 den zum Slogan gewordenen Satz ausrief: »Ich bin ein Berliner.«

Die KPD war die einzige im Bundestag vertretene Partei, die für Berlin als Hauptstadt war. Wie ihre große Schwester, die SED, sah auch die westdeutsche KPD in Berlin die Hauptstadt der deutschen Nation. Aber im Grundgesetz wurde Berlin zu einem der Länder, aus denen sich die Bundesrepublik insgesamt zusammensetzt; ein Ausdruck der drastischen Veränderung bezüglich der Bedeutung, die der ehemaligen Reichshauptstadt beigemessen wurde.

1953 änderte sich die Einstellung der westdeutschen Öffentlichkeit zur traditionellen Hauptstadt. Im Zuge der Bemühungen bestimmter politischer Kreise in der Bundesrepublik, die nationale Einheit wieder stärker in den Vordergrund zu rücken, um die Zementierung der nationalen Teilung zu verhindern, wurde Berlin erneut zum gesamtdeutschen Symbol. »Berlin« als Symbol spielte eine wichtige Rolle in dem »nationalen Erwachen«, von dem Teile der Öffentlichkeit erfaßt wurden. Der »Treueschwur« zur nationalen Einheit manifestierte sich in der Wiederentdeckung Berlins als Hauptstadt. Am 19. Juli 1954 trat in West-Berlin die Bundesversammlung zusammen, um den Bundespräsidenten zu wählen. In der danach veröffentlichten Erklärung schwor die Versammlung der »natürlichen Hauptstadt Deutschlands« die Treue. Die Bewegung »Rückkehr nach Berlin« erreichte ihren Höhepunkt mit der Bundestagssitzung am 6. Februar 1957, auf der fast einstimmig eine Erklärung verabschiedet wurde, die auszugsweise wie folgt lautet:

»Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Mit der Planung und Durchführung des Baues eines Parlamentsgebäudes in Berlin ist unverzüglich zu beginnen (...).«⁶⁶

Aber der Plan wurde nie ausgeführt. Die »Bewegung für Berlin« geriet in Vergessenheit, und die Regierung Adenauers tat nichts, was zur Umwandlung Berlins in eine künftige Hauptstadt geführt hätte.

Bis 1953 sah allein die SED in Berlin ein gesamtdeutsches nationales Symbol. Das änderte sich im gleichen Jahr, als Berlin auch in der BRD zu einem nationalen Symbol wurde. Beide Seiten schworen der nationalen Einheit die Treue, und beide hielten an Berlin als der natürlichen nationalen Hauptstadt fest; aber der Wettstreit dauerte nicht lange. Die DDR, die die Herrschaft über ganz Berlin beanspruchte, mußte sich mit dem östlichen Teil der Stadt zufriedengeben; in der BRD entwickelte sich Bonn zur Bundeshauptstadt.

⁶⁶ Ibid., 55.

4. Kapitel

Die DDRisierung der Symbole – I

Anläßlich der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen der DDR wurde am 2. Oktober 1959 im Parteiorgan der SED bekanntgegeben, daß die Volkskammer am Tag zuvor eine Änderung an der DDR-Fahne beschlossen hatte. Die schwarz-rot-goldene Fahne – seit zehn Jahren die Fahnen beider deutscher Staaten – erhielt einen Zusatz von entscheidender Bedeutung:

»Die Staatsflagge der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus den Farben Schwarz-Rot-Gold und trägt auf beiden Seiten in der Mitte das Staatswappen der Deutschen Demokratischen Republik (...)«⁶⁷

Die Entscheidung, eine Staatsfahne umzugestalten, ist stets von größter politischer Bedeutung. Die Abänderung eines politischen Symbols von derartiger Bedeutung erfolgt entweder aufgrund radikaler Veränderungen, oder sie stellt eine politische Deklaration ersten Ranges dar. Auch die Umgestaltung der DDR-Fahne im Oktober 1959 war eine unmißverständliche Absichtserklärung. Die DDR trennte sich vom Symbol der nationalen Einheit, das sie bis dahin mit der Bundesrepublik gemein hatte. Die neue Fahne – das heißt die alte Fahne in Verbindung mit Hammer und Zirkel – repräsentierte allein die Deutsche Demokratische Republik.

Die Neugestaltung der Staatsfahne drückte die seit Mitte der fünfziger Jahre veränderte Einstellung der DDR zur nationalen Einheit aus: Keine sofortige Wiedervereinigung, sondern eine lose Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten im Rahmen einer Konföderation. Zwar strebt die DDR nach nationaler Einheit, ist aber gleichzeitig eine eigenständige, souveräne politische Entität. Der neuen politischen Haltung wurde binnen kurzer Zeit durch symbolische Maßnahmen Rechnung getragen, geeignet, die eigenständige politische Existenz der DDR hervorzuheben. Bereits 1957 wurde die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten in der offiziellen Sprache »Staatsgrenze« genannt. Der nächste Schritt sah die Änderung der Fahne vor und erfolgte zu einem Zeitpunkt, der an und für sich schon von großer symbolischer Bedeutung war: Die Feiern zum zehnjährigen Bestehen der DDR. Im Oktober 1959 wurde die Trikolore zugunsten des in der Mitte angebrachten Staatswappens in den Hintergrund gedrängt.

Die Umgestaltung der Staatsfahne der DDR wurde in der BRD als ein Akt des nationalen Verrats aufgefaßt. In West-Berlin und in Westdeutschland nannte man die neue Fahne »Spaltungsfahne«. Das Hissen der neuen Fahne auf den Anlagen der Reichsbahn in West-Berlin, bis Mitte der achtziger Jahre im Be-

⁶⁷ *Neues Deutschland*, 2. 10. 1959.

sitz der DDR, führte Anfang Oktober zu Unruhen.⁶⁸ Die Polizei veranlaßte, daß die Flaggen sofort heruntergeholt wurden. Man rechtfertigte die Aktion damit, daß sie sich nicht gegen die Fahne richte, sondern Unruhen verhindern solle, die ihretwegen auszubrechen drohten.⁶⁹ Die DDR-Presse berichtete ausführlich über das Vorgehen der West-Berliner Polizei und nannte es einen Akt der Aggression.⁷⁰

In einer Rede anläßlich der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen der DDR ging Walter Ulbricht vor 300000 Versammelten auf das neue Symbol ein und erklärte auch seine Bedeutung:

»Dieses Staatswappen der DDR verkörpert die Einheit der Arbeiterklasse, das Bündnis mit der Bauernschaft und die enge Zusammenarbeit mit der Intelligenz (...)«⁷¹

Die Arbeiterklasse, fuhr Ulbricht fort, sähe in dem westdeutschen Staatssymbol – dem Adler – den »preußischen Pleitegeier«, der an die Krisen und Niederlagen des imperialistischen Deutschlands erinnere. Ulbricht versuchte damit, das althergebrachte Symbol mit Versagen und Niederlage in Verbindung zu bringen. Die Schlußfolgerung des starken Mannes in Ost-Berlin war, daß das deutsche Volk niemals den Adler anerkennen könne, da er seit jeher ein Symbol des deutschen Militarismus war. Ulbricht schlug dem Bundestag sogar vor, den Adler durch eine Friedenstaube zu ersetzen, mit der Begründung, es entspräche dem Zeitgeist. Der propagandistische Trick Ulbrichts tauchte danach immer wieder in den DDR-Medien auf. Am 9. Oktober beispielsweise erschien im Parteiorgan der SED eine graphische Darstellung beider Symbole: Auf der linken Seite der Hammer und Zirkel der DDR, untertitelt »Das Zeichen friedlicher Aufbauarbeit«; auf der rechten Seite der westdeutsche Adler umgeben von Flugzeugen und bewaffneten Zerstörern, die ihn unmißverständlich zum Symbol des westdeutschen Militarismus machten. Daneben war die von Ulbricht vorgeschlagene westdeutsche Fahne zu sehen; mit einer Friedenstaube anstelle des Adlers. Zwei Tage später wurde im »Neuen Deutschland« eine Karikatur veröffentlicht, die – so die Zeitung – ein Leser eingeschickt hatte. Auf der Karikatur war der DDR-Hammer zu sehen, wie dieser auf den Kopf des Adlers heruntersaust. Damit an der Identität des Adlers auch keine Zweifel aufkamen, trug dessen Kopf die Gesichtszüge Konrad Adenauers. Die brutale Karikatur sollte den Sieg des ostdeutschen über das westdeutsche Symbol darstellen, und damit auch den Sieg der DDR über die BRD.

Die neue Fahne wurde bei den Feiern zum zehnjährigen Bestehen der DDR zum ersten Mal gehißt. Bereits am 6. Oktober 1959 kam eine Serie von zehn

⁶⁸ *Der Spiegel*, 42/1959, 15.

⁶⁹ *Ibid.*, 16.

⁷⁰ *Neues Deutschland*, 7. 10. 1959.

⁷¹ *Neues Deutschland*, 8. 10. 1959.

Briefmarken heraus, auf denen die neue Fahne dargestellt war; ein Hinweis, daß die Änderung lange im voraus geplant war. Alle Briefmarken stellten verschiedene Lebensbereiche der DDR dar, zusammen mit der schwarz-rot-goldenen Fahne und dem Hammer- und Zirkelsymbol in ihrer Mitte: Mähdrescher und Traktorfahrer, Arbeiter und Chemiker, der Zwinger in Dresden und das Stadion in Leipzig, ein Passagierflugzeug und ein Atomreaktor. Sie verbanden Tradition und Moderne in einer Weise, in der die Themenkombinationen gleichsam zum Wesen des »Arbeiter- und Bauernstaates« wurden.

Am 31. Juli 1964 erhielt auch die offizielle Währung der DDR – bis dahin ein Symbol der nationalen Einheit, weil mit der westdeutschen Währungsbezeichnung identisch – die neue Bezeichnung »Mark der DDR«. Die Änderung bezog sich nur auf die offizielle Bezeichnung, das heißt auf das Symbol, ohne monetäre Bedeutung. Seit dem 1. Dezember 1964 mußten westdeutsche Touristen, die in die DDR einreisten, auf Verlangen der Behörden eine bestimmte Summe Westmark umtauschen. Der offizielle Wechselkurs war 1:1, was zwar nicht der Realität entsprach, aber von großer symbolischer Bedeutung war. Er suggerierte, es gäbe in den beiden deutschen Staaten noch eine monetäre Einheit. Sie aber war mit der Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen im Juni 1948 und mit der neuen »Deutschen Mark« in West- und Ostdeutschland verschwunden.

Der von den DDR-Behörden festgelegte Wechselkurs hatte auch für den Staatshaushalt praktische Bedeutung, der dadurch billig eine teure Westwährung einkaufte. Die Behörden benutzten den Zwangsumtausch und den von ihnen festgesetzten Wechselkurs dazu, die Zahl der westlichen Touristen zu regulieren. Im Februar 1973 wurde die Summe des Mindestumtausches verdoppelt. Dadurch erreichten die DDR-Behörden eine Reduzierung der Besucher – die persönliche Kontakte zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten bedeuteten, und die Bemühungen der Regierung, ein »sozialistisches Staatsbewußtsein« zu schaffen, erschwerten – ohne Einbußen in der Staatskasse. Durch eine ähnliche Verordnung im Oktober 1980 ging die Besucherzahl aus der BRD und West-Berlin noch mehr zurück.⁷²

⁷² G. L. Schweigler, *National Consciousness in Divided Germany*, London, Beverly Hills 1975, 36; *Der Spiegel* 42/1980, 29.

5. Kapitel

Internationaler Sport und nationale Symbole

Trotz Bemühungen nationaler und internationaler Sportorganisationen, die Auswirkungen der politischen Machtkämpfe auf den Sport zu neutralisieren, hängen Sport und Politik auch heute noch eng miteinander zusammen. Die jüngsten Beispiele sind die boykottierten Olympiaden in Moskau 1980 und in Los Angeles 1984. Aber auf der internationalen Sportarena wird nicht nur der Kampf zwischen den beiden Machtblöcken ausgetragen. Auch einzelne Staaten benutzen die sportlichen Leistungen ihrer Mannschaft dazu, die Überlegenheit ihrer politischen Regierungsform – oder ihre eigenständige staatliche Existenz – zu beweisen. Sportliche Leistungen sind eine Quelle des Nationalstolzes und dienen ohne Zweifel als politische Machtdemonstration.

Der nationale Aspekt bei internationalen Wettkämpfen drückt sich darin aus, daß die Fahnen der Teilnehmerstaaten gehißt, und die Nationalhymnen der siegreichen Sportler gespielt werden. Der politische Kampf zwischen beiden deutschen Staaten drehte sich in den fünfziger und sechziger Jahren hauptsächlich um Bonns Alleinvertretungsanspruch und richtete sich gegen die diplomatische Anerkennung der DDR. Die DDR, die Mitte der sechziger Jahre ihren Alleinvertretungsanspruch praktisch aufgegeben hatte, kämpfte ihrerseits um diplomatische Anerkennung als souveräner deutscher Staat. Die Sportwettkämpfe wurden gleichsam zur Arena, auf der die politischen Kämpfe zwischen der DDR und der BRD ausgetragen wurden. Die Nationalsymbole der beiden Staaten waren repräsentative Symbole ihrer jeweiligen politischen Entitäten und drückten ihre jeweiligen politischen Forderungen aus. Angesichts der Weltöffentlichkeit weitete sich der politische Kampf zu einem Kampf um die Symbole aus.

Bis zum 1. Oktober 1959 waren die Fahnen der beiden deutschen Staaten identisch. Die Nationalhymnen dagegen waren von Anfang an verschieden. Die identischen Fahnen erleichterten die Teilnahme beider deutscher Mannschaften an internationalen Sportveranstaltungen. Das beste Beispiel war die Teilnahme einer gesamtdeutschen Mannschaft an den Olympischen Spielen in Melbourne 1956. (1952 in Helsinki war nur die westdeutsche Mannschaft vertreten.) Die Vereinbarung anläßlich der Olympiade in Melbourne kam bereits 1955 durch einen Brief des Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees zustande, in dem dieser die Anerkennung des Olympischen Komitees der DDR von ihrer Zustimmung zu einer gesamtdeutschen Mannschaft abhängig macht.

Das Problem, das es nun zu lösen galt, war, welche nationalen Symbole die gesamtdeutsche Mannschaft repräsentieren sollten. Die Fahne stellte kein Problem dar; die Farben Schwarz-Rot-Gold galten für beide Staaten. Bei den verschiedenen Nationalhymnen fand man eine Kompromißlösung: Die »Ode an

die Freude« aus der 9. Symphonie von Beethoven sollte bei den Spielen als gesamtdeutsche Nationalhymne dienen. Diese Regelung war gewissermaßen einzigartig, da beispielsweise Nord- und Südkorea von zwei separaten Mannschaften mit jeweils eigenen Nationalsymbolen vertreten wurden. Der in Melbourne geschaffene Präzedenzfall galt auch 1960 für die Olympischen Spiele in Rom. Zuvor trafen sich am 27. Juni 1959 Vertreter der beiden deutschen Olympischen Komitees in Bonn, wo man vereinbarte, diese Regelung auch in Rom beizubehalten. Daraufhin erhielten die beiden deutschen Olympischen Komitees vom Internationalen Olympischen Komitee den »Bonacossa-Pokal« als Anerkennung für ihre erfolgreichen Verhandlungen.

Aber man hatte den Pokal zu früh vergeben; Anfang September 1959 bat das Olympische Komitee der DDR, das im Juni vereinbarte Abkommen zu ändern. Die DDR-Vertreter wollten, daß die Sportler der DDR statt der fünf olympischen Ringe das Hammer- und Zirkelsymbol vorne auf ihren Hemden tragen. Die Westdeutschen lehnten die neue Forderung ab mit der Begründung, allein die bereits getroffene Regelung sei gültig. Das westdeutsche Olympische Komitee wandte sich an das Internationale Olympische Komitee, das von neuem bestätigte, daß alle deutschen Sportler die fünf olympischen Ringe auf ihren Hemden tragen sollten. Im Oktober 1959 wurde jedoch die Fahne der DDR geändert. Daraus ergab sich ein Problem, das dem Anschein nach schon gelöst worden war. Am 15. Oktober fragte das Olympische Vorbereitungskomitee an, unter welcher Fahne die Deutschen antreten würden. Hans Meyer, der Sekretär des Internationalen Olympischen Komitees, der nicht von der in Ost-Berlin getroffenen Entscheidung wußte, berief sich auf das alte Abkommen. Aber diesmal protestierte die DDR und schlug statt dessen vor, jede Delegation solle unter ihrer eigenen Fahne an den Spielen teilnehmen. Am 17. November sandte der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees ein Telegramm, in dem er entschied, beide Delegationen sollten unter der schwarz-rot-goldenen Fahne mit den fünf olympischen Ringen antreten. Bei einem Treffen, das am folgenden Tag in Ost-Berlin zwischen den Vertretern der beiden Olympischen Komitees stattfand, lehnten die Westdeutschen unter Berufung auf das Telegramm des Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees die Forderungen der DDR ab.⁷³

In dieser Phase sah es so aus, als sei der Versuch der DDR gescheitert, für die neue Fahne und damit auch für die Eigenständigkeit der DDR internationale Anerkennung zu gewinnen. Die nun folgende Einmischung der Bonner Regierung beruhte auf einem Irrtum. Kanzler Adenauer berief sich auf eine Meldung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, derzufolge das Internationale Olympische Komitee der westdeutschen Fahne – ohne olympische Ringe – zugestimmt, wohingegen das westdeutsche Olympische Komitee dem Druck

⁷³ Eine Kurzfassung der Ereignisse: *Der Spiegel*, 49/1959, 23–24.

DDR nachgegeben habe. Daraufhin berief der erzürnte Kanzler das Kabinett ein. In der Sitzung bezichtigte man das westdeutsche Olympische Komitee, die Ehre der Nation verletzt zu haben. In der DDR ergriff man die Gelegenheit und sandte umgehend ein Telegramm an das Internationale Olympische Komitee, in dem die DDR bestätigte, daß sie die Entscheidung ohne Einwände akzeptiere. Dies war ein Versuch, der Öffentlichkeit und dem Internationalen Olympischen Komitee zu beweisen, daß die DDR kooperiere, während die BRD Probleme schuf.

Das Eingreifen der Regierung führte in der BRD zu einer öffentlichen Debatte über die Beziehungen zwischen Sport und Politik. In einem Interview vertrat der Vorsitzende des westdeutschen Olympischen Komitees, Willy Daume, folgende Ansicht:

»(...) Die Bundesregierung hat eine politische Meinung, die wir auch honorieren, aber der Sport kann nicht in allen Dingen von vornherein den politischen Gesetzen folgen (...)«⁷⁴

Doch Adenauer gab sich nicht so leicht geschlagen. In einem Versuch, das Olympische Komitee zu beeinflussen, lud er Daume zu einem Gespräch unter vier Augen. Daume wies auf die historischen Präzedenzfälle Böhmen und Finnland hin, die vor 1914 an den Olympischen Spielen unter ihren eigenen Fahnen teilgenommen hatten, obwohl sie damals dem habsburgischen beziehungsweise russischen Imperium angehörten. Auch das Saarland, so Daume, habe nach dem Zweiten Weltkrieg als unabhängige »Nation« an den Spielen teilgenommen, ebenso Süd- und Nordkorea, die unter zwei verschiedenen Fahnen antraten. Aber die Entscheidung des Komitees hänge nicht nur von den Beispielen und Präzedenzfällen ab, sondern auch von der Frage, was unter den konkreten politischen Bedingungen getan werden könne. Falls man in der BRD die Entscheidungen des Olympischen Komitees nicht akzeptiere, habe man folgende Möglichkeiten: 1. Die Deutschen könnten ohne Fahne antreten; 2. sie könnten mit der westdeutschen Fahne antreten; 3. sie könnten mit beiden Fahnen antreten; 4. sie könnten auf eine Teilnahme verzichten. Daume betonte, daß die beiden ersten Möglichkeiten nicht real und die beiden letzten nicht akzeptabel seien. Daume kannte die Haltung der Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees, die sich am liebsten mit dem »deutschen Problem« nicht mehr befassen und das Problem dadurch lösen wollten, daß zwei getrennte Mannschaften an den Spielen teilnahmen – eine Haltung, die ganz und gar den Bestrebungen der DDR entsprach.

Daume, dem nicht an einem prinzipiellen Streit mit Adenauer gelegen war, machte einen Kompromißvorschlag: Die schwarz-rot-goldene Fahne mit den fünf olympischen Ringen zur deutschen Sportfahne zu machen, vergleichbar

⁷⁴ *Der Spiegel*, 50/1959, 16–18.

den anderen bundesrepublikanischen Dienstfahnen. Adenauer aber beharrte auf einem prinzipiellen Standpunkt: »Das ist doch genau das, was die drüben wollen: vor aller Welt zeigen, daß zwei deutsche Staaten existieren (...)«⁷⁵ Der Fahnenstreit war für ihn der Höhepunkt des diplomatischen Kampfes, der die Anerkennung des anderen deutschen Staates verhindern sollte. Mit dem formalen Argument, das Olympische Komitee müsse in dieser Frage den Ausschlag geben, beendete Daume das Treffen. Er wußte, wie diese Entscheidung ausfallen würde: Zustimmung zum Vorschlag des Internationalen Olympischen Komitees, dem die DDR sofort beigepflichtet hatte, als sich der Skandal in Bonn entwickelte.

An den Olympischen Spielen 1960 nahm eine gesamtdeutsche Mannschaft teil mit denselben Symbolen wie vor vier Jahren in Melbourne. Aber der Kampf gegen die DDR-Symbole wurde nicht nur in Verbindung mit der deutschen Olympiamannschaft, sondern auch auf verschiedenen internationalen Sportveranstaltungen geführt – vor allem wenn sie in der BRD ausgetragen wurden. Bei aller Ernsthaftigkeit nahm der Kampf oft lächerliche Formen an. Im politischen Kampf wurden die Sportler zu Statisten und nicht selten zu seinen Opfern.

Im Oktober 1959 war in Stuttgart ein internationales Fahrradrennen geplant. Die Veranstaltung stand unter der offiziellen Schirmherrschaft des baden-württembergischen Innenministers Viktor Renner und des westdeutschen Innenministers Gerhard Schröder, der auch Ehrenmitglied des Organisationskomitees war.⁷⁶ Vor Beginn des Rennens wurde offiziell bekanntgegeben, daß sieben Nationen an dem Wettbewerb teilnehmen, darunter auch die DDR und die BRD. Die Bezeichnung »Nation« in Verbindung mit der DDR mißfiel dem westdeutschen Innenminister, der damit drohte, seine Schirmherrschaft zurückzuziehen, sollte die »Sowjetzone« als »Nation« bezeichnet werden. Daraufhin versprachen die Organisatoren, die DDR fürderhin nicht als »Nation« zu bezeichnen. Doch damit waren nicht alle Probleme gelöst: Die DDR-Sportler hatten die neue DDR-Fahne mitgebracht, die sie neben den Flaggen der anderen Teilnehmerstaaten hielten.

Das Aufziehen der neuen DDR-Fahne war eine offene Provokation. Die städtischen Behörden wandten sich an das baden-württembergische Innenministerium und baten um Anweisungen, wie sie in dieser Angelegenheit vorgehen sollten. Man sagte ihnen, hierüber müsse der Bürgermeister Dr. Klett entscheiden. Klett, der von den Unruhen in Berlin in Verbindung mit der DDR-Fahne wußte, gab den Organisatoren den schriftlichen Befehl, die Fahnen zu beseitigen. Die Organisatoren machten ihn darauf aufmerksam, daß dies zur Abreise der Sportler aus der DDR und der Tschechoslowakei führen würde –

⁷⁵ *Der Spiegel*, 49/1959, 23.

⁷⁶ *Der Spiegel*, 43/1959, 25–26.

was das Ende des Rennens bedeutet hätte. Nun stellte sich heraus, daß nicht nur die Fahnen ein Problem waren – auch die Trikothemden der DDR-Sportler mit dem Hammer- und Zirkelsymbol stellten den Bürgermeister vor eine schwierige Entscheidung. Politische Prinzipientreue hätte das Ende des Rennens bedeutet, noch ehe es begonnen hatte. Aber in dieser Frage nachzugeben, widersprach der offiziellen westdeutschen Politik, die weder die Symbole noch die eigenständige Staatlichkeit der DDR anerkannte. Der Stuttgarter Bürgermeister fand eine für alle zufriedenstellende Kompromißlösung, und er schuf damit einen Präzedenzfall für die Zukunft. Zwar sollten die Fahnen weiterhin beseitigt werden, aber man beschloß, den Befehl nicht gewaltsam durchzusetzen. Dies hatte zur Folge, daß die Staatensymbole der DDR für die Dauer des Rennens in Stuttgart öffentlich zur Schau gestellt wurden.

Für die DDR-Symbole wurde jedoch nicht immer eine derart elegante Lösung gefunden. Der Radrennfahrer Gustav Adolf Schur, der in Rom die Silbermedaille gewann, erhielt in Gütersloh Startverbot.⁷⁷ Vor dem Rennen versprach der DDR-Sportler, das Hammer- und Zirkelsymbol nicht offen zur Schau zu tragen, sondern es mit seiner Teilnehmernummer zu verdecken. Der Sportler und die übrigen Mitglieder seiner Mannschaft hielten ihr Versprechen – sorgten aber kurz vor Beginn des Rennens dafür, daß die Symbole statt dessen auf ihre Hosen aufgenäht wurden. Ihr Vorschlag, die Hosen aufzukrempeln, damit die Symbole nicht zu sehen sein würden, wurde von den Organisatoren nicht akzeptiert; die gesamte DDR-Mannschaft erhielt Startverbot.

Die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees, derzufolge zwei separate deutsche Mannschaften – allerdings mit den gleichen Symbolen wie die der gemeinsamen deutschen Mannschaft in Melbourne und Rom – an den Olympischen Spielen 1964 in Tokio teilnehmen sollten, läutete in der strittigen Frage, ob es zwei deutsche Mannschaften bei der Olympiade geben würde, eine neue Phase ein. Noch ehe das westdeutsche Olympische Komitee eine Entscheidung getroffen hatte, stimmte der Vorsitzende des westdeutschen Komitees Daume dem zu und drückte seine Zufriedenheit über die Lösung aus. Die positive Reaktion Daumes rief sowohl bei der westdeutschen Presse als auch bei den übrigen Mitgliedern des Komitees scharfe Kritik hervor, die darin einen propagandistischen Sieg der DDR sahen, die um die Anerkennung zweier getrennter Staaten kämpfte.⁷⁸ »Der Spiegel« hingegen wies auf die praktischen Vorteile einer solchen Vereinbarung hin: Deutschland könne beispielsweise bei der Olympiade 1964 mit 740 Sportlern – 370 aus der BRD und 370 aus der DDR – vertreten sein. Darüber hinaus könne das für die Vorauswahlen aufgewendete Geld eingespart werden. »Der Spiegel« rechnete nach

⁷⁷ *Der Spiegel*, 43/1960, 95.

⁷⁸ *Der Spiegel*, 51/1962, 78.

und fand heraus, daß man von diesem Geld 200 westdeutsche Sportler für die Olympiade trainieren könnte.⁷⁹

Aber die Entscheidung hatte vor allem politische, keine sportlichen Konsequenzen: Die Teilnahme zweier separater deutscher Mannschaften an den Olympischen Spielen bedeutete eine De-facto-Anerkennung der Teilung Deutschlands, zu der Westdeutschland jedoch nicht bereit war. In den folgenden Jahren führten die entgegengesetzten Interessen der westdeutschen Politiker und der Sportler immer wieder zu Streitigkeiten. Die Bundesrepublik drohte, ihre Mannschaft an internationalen Wettkämpfen nicht teilnehmen zu lassen, an denen sich auch DDR-Sportler mit den offiziellen DDR-Symbolen beteiligten. Bereits 1961 teilte das westdeutsche Außenministerium mit, die Teilnahme der DDR an der Eishockey-Weltmeisterschaft in Genf würde eine Teilnahme der westdeutschen Mannschaft verunmöglichen. Nur so könne »die Notwendigkeit, die ostdeutschen Symbole zu grüßen«, vermieden werden.⁸⁰

Die Bemühungen der DDR gingen dahin, als gleichwertiges Mitglied in möglichst vielen internationalen Sportorganisationen aufgenommen zu werden. Dadurch wollte man Tatsachen schaffen, die allmählich zur Anerkennung des eigenständigen politischen Bestehens der DDR führen würden. Bonn verstand nur allzugut, daß die Teilnahme an internationalen Sportereignissen und das Präsentieren der nationalen Symbole der DDR bei ihren diplomatischen Bemühungen eine wichtige Rolle spielte.

Bei der Wintersportweltmeisterschaft 1963 im österreichischen Seefeld protestierte die westdeutsche Regierung gegen das Hissen der DDR-Fahne. Daraufhin beschlossen die Organisatoren, die Fahnen aller Teilnehmerstaaten einzuholen. In einem Ostblockland wären ähnliche Proteste wirkungslos geblieben, da die osteuropäischen Staaten die DDR anerkannten. Daher mußte Bonn sich etwas anderes ausdenken. Bei den Europameisterschaften in Leichtathletik, die im September 1960 in Budapest stattfanden, wurde die DDR-Hymne achtmal gespielt. Als Protest beschloß die westdeutsche Regierung, die bundesrepublikanische Mannschaft abzuberufen. Sie aber zog es vor, die Anweisung nicht zu befolgen und statt dessen an den Wettkämpfen teilzunehmen. Als Strafe sah die westdeutsche Regierung von der Gepflogenheit ab, die siegreichen Sportler nach ihrer Heimkehr zu beglückwünschen.⁸¹

Die DDR blieb im Kampf um die politischen Symbole nicht passiv. 1963 traten die beiden deutschen Mannschaften in einem Eishockeyspiel gegeneinander an. Die westdeutsche Mannschaft gewann. Als die Fahne der Bundesrepublik gehißt wurde, wandten sich die Spieler aus der DDR ab.⁸²

⁷⁹ *Der Spiegel*, 51/1962, 78.

⁸⁰ *Der Spiegel*, 41/1966, 118.

⁸¹ *Ibid.*, 118.

⁸² *Ibid.*, 118.

Ende der sechziger Jahre kam es immer weniger zu derartigen Auseinandersetzungen. Dies hing unter anderem auch mit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 zusammen. In Bonn hatte man verstanden, daß der hartnäckige, oft kleinliche Kampf gegen die diplomatische Anerkennung des anderen deutschen Staates langfristig aussichtslos war, da mehr als zwanzig Jahre nach Kriegsende die Bereitschaft in der Welt größer war, die Tatsachen die sich in Mitteleuropa herausgebildet hatten, anzuerkennen. Die westdeutsche Hartnäckigkeit war auch den anderen Mitgliedern der internationalen Sportgemeinde nicht einsichtig, die darin eher eine Behinderung des Wettkampfsports sahen.

Des weiteren stellte sich heraus, daß eine Fortsetzung der Bonner Bannpolitik unter Umständen die Olympischen Spiele in München 1972 hätte gefährden können. Paradoxerweise führte die westdeutsche Politik zur Isolierung gerade der Bundesrepublik. An der Münchner Olympiade 1972 nahm die Mannschaft der DDR als separate deutsche Mannschaft mit den Staatssymbolen der DDR teil. Es war ein Zeichen der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Im gleichen Jahr wurde auch der Vertrag unterzeichnet, der die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR regelte. Das Hammer- und Zirkelsymbol sowie die Nationalhymne Hanns Eislers wären im Olympischen Dorf in München ein paar Jahre zuvor überhaupt nicht denkbar gewesen.

6. Kapitel

Die DDRisierung der Symbole – II

Ohne offizielle Ankündigung wurde im Herbst 1971 der Text der DDR-Hymne gestrichen. Künftig spielte man nur noch die Melodie von Hanns Eisler. So wurde die DDR zum zweiten Mitglied der Vereinten Nationen mit einer Hymne ohne Text. Das andere Beispiel war die sowjetische Nationalhymne, deren Text im Verlauf der Entstalinisierung in der Sowjetunion in Ungnade fiel.

Der Entschluß, den Text der Hymne auszulassen, entstand Anfang der siebziger Jahre durch die radikalen Veränderungen in der nationalen Politik der SED, denen zufolge das deutsche Problem gelöst und die gegenwärtige Lage nicht mehr zu ändern war. Für das SED-Regime war die BRD Ausland – obendrein noch »kapitalistisches Ausland«. Die unmittelbare Auswirkung der veränderten Nationaldoktrin der SED auf das Symbolsystem zeigt sich im Auslassen des Hymnentexts. Ein Text, der unter anderem die Zeile »Deutschland, einig Vaterland« enthält, entsprach 1971 nicht mehr den politischen Tatsachen. Der Text bezog sich auch mit keinem Wort auf die Deutsche Demokratische Republik. Offen bleibt, warum der alte Text nicht durch einen neuen ersetzt wurde, mit den doktrinären Fundamenten, die Anfang der siebziger Jahre kanonisiert wurden. Erwähnt werden sollte, daß 1974 eine neue Verfassung in Kraft trat, in der die DDR ein »sozialistischer Arbeiter- und Bauernstaat« genannt wird. Der Ausdruck »die deutsche Nation«, in den beiden vorherigen Verfassungen (1949 und 1968) noch enthalten, kam in der dritten nicht mehr vor.

Auch die Hauptstadt Ost-Berlin durchlief Anfang der siebziger Jahre einen DDRisierungsprozeß. Der Ausdruck »Berlin – Hauptstadt der DDR« war schon früher geläufig. In der bereits erwähnten Rede Walter Ulbrichts zum zehnjährigen Bestehen der DDR hob dieser hervor, daß Berlin die Hauptstadt der DDR sei. Aber ob sich die Bedeutung Ost-Berlins auf das Gebiet der DDR beschränkte, blieb angesichts des darauffolgenden Satzes unklar: »Die Werktätigen Berlins sind sich ihrer großen Verantwortung für das Schicksal Deutschlands bewußt (...)«⁸³ Nachdem die DDR Anfang der siebziger Jahre von einer Wiedervereinigung Abstand genommen hatte, und sich nur auf sich selbst konzentrierte, wurde Ost-Berlin zu dem, was es in Wirklichkeit schon seit 1949 war: zur Hauptstadt der DDR. Die Kluft zwischen der realen und der symbolischen Funktion der Stadt als »gesamtdeutsche nationale Hauptstadt« war somit nicht länger gegeben.

Die Abgrenzungspolitik der DDR spiegelte sich nicht nur in den Staatssymbolen wider, sondern auch in den gesamtdeutschen Organisations-, Institutions-

⁸³ *Neues Deutschland*, 8. 10. 1959.

und Zeitungsnamen, deren Bezeichnung jahrelang ein Symbol des Alleinvertretungsanspruchs der DDR waren. Bemerkenswert ist, daß dieser Prozeß bereits Ende der sechziger Jahre begonnen hatte, als die DDR ihren Verzicht auf eine gesamtdeutsche Nationaldoktrin offiziell noch nicht bekanntgegeben hatte. Gleichzeitig bekamen die in diesen Jahren gegründeten Organisationen und Institutionen Bezeichnungen, die eine direkte Verbundenheit mit der DDR signalisierten, wie der »Verband der Theaterschaffenden der DDR« (1966) oder der »Verband der Film- und Fernschaffenden der DDR« (1967). Es machten sich auch erste Anzeichen einer DDRisierung der alten gesamtdeutschen Verbandsnamen bemerkbar. So wurde beispielsweise die 1958 gegründete »Deutsche Historiker-Gesellschaft« in »Deutsche Historiker-Gesellschaft der DDR« umbenannt. Trotz der noch geringen Umbenennungen wurden bereits 1967 in der BRD Stimmen laut, die befürchteten, die DDR beabsichtige, das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den beiden Teilen der Nation zu unterminieren.⁸⁴

Schon Marzahn wies in der bereits genannten Untersuchung darauf hin, daß das Adjektiv »deutsch« im Laufe der Jahre einen auffallenden Bedeutungswandel durchlief.⁸⁵ Während Ende der vierziger Jahre und in den fünfziger Jahren die Bezeichnung »Deutschland« vor allem in einem gesamtdeutschen, politischen Bedeutungszusammenhang vorkam, zeichnete sich Ende der fünfziger Jahre eine Veränderung ab. Seit Beginn der sechziger Jahre wurde das Wortsymbol mehr in einem historisch-kulturellen und weniger in einem aktuell politischen Kontext gebraucht.

Die politische Kursänderung der DDR Anfang der siebziger Jahre löste eine Welle von Namensänderungen aus; die alten Organisations-, Institutions-, Zeitungs- und Zeitschriftennamen machten einen DDRisierungsprozeß durch. Die Medien in der BRD reagierten darauf mit: »Abschied von Deutschland« (»Die Zeit«, 12. 11. 1971) oder »Das Wort Deutschland getilgt« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 8. 5. 1972). Manche sahen darin »einen Prozeß, der jedes Andenken an die Einheit der deutschen Nation im Bewußtsein der Öffentlichkeit tilgen soll«.⁸⁶

Absicht der Namensänderungen war, den gesamtdeutschen Bezug durch einen direkten Bezug zur DDR zu ersetzen. In Leipzig wurde das Hotel »Deutschland« umbenannt. 1970 beschloß man, den Stempel »Made in Germany« in »Made in GDR (DDR)« umzuändern. Bis dahin hatten beide deutsche Staaten identische Stempel, was die genaue Bestimmung des Herkunftslandes eines Produkts erschwerte. Für die DDR bedeutete der Verzicht auf den früheren Stempel auch den Verzicht auf ein Markenzeichen, das auf dem internationa-

⁸⁴ K. W. Fricke, Gesamtdeutsch – ausradiert. Die SED säubert ihren Sprachschatz von unliebsamen Wörtern, *Rheinischer Merkur*, 10. 3. 1967.

⁸⁵ Marzahn, *Der Deutschland-Begriff*, 122.

⁸⁶ K. Motschmann, *Sozialismus und Nation. Wie deutsch ist die DDR?* München 1979, 254.

len Markt großes Ansehen genoß. Die DDR verzeichnete daraufhin einen deutlichen Verkaufsrückgang ihrer Produkte in der BRD, wo ihre Qualität als minderwertig galt.⁸⁷ Die staatliche Radiostation der DDR – bisher »Deutscher Sender« – wurde in »Stimme der DDR« umbenannt. Die Öffentlichkeit erfuhr von diesen Änderungen erst, als man sie offiziell bekannt machte. Die Namensänderung der »Nationalen Front« beispielsweise wurde der Öffentlichkeit im Mai 1972 auf der traditionellen Versammlung zum Jahrestag der Kapitulation Deutschlands bekanntgegeben.⁸⁸ Der neue Name, der sich ausdrücklich auf die DDR bezieht, widersprach der 1968 verabschiedeten zweiten Verfassung der DDR, wo es im dritten Paragraphen heißt: »Das Bündnis aller Kräfte des Volkes findet in der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands seinen organisierten Ausdruck (...)« Daher wurde der Präsident der Organisation bis zur Verfassungsänderung 1974 lediglich als Präsident der »nationalen Front« bezeichnet. Auch die im Herbst 1973 vorgenommene Umbenennung des »Deutschen Zentralarchivs Potsdam« in »Zentrales Staatsarchiv« geschah ohne öffentliche Bekanntmachung.

Die 1972 erfolgte Namensänderung des »Deutschen Turn- und Sportbundes« in »Deutscher Turn- und Sportbund der DDR« ergab ein sonderbares sprachliches Phänomen. Der neue Name verweist sowohl auf Deutschland als auch auf die DDR, wodurch der Eindruck entsteht, als handele es sich lediglich um die ostdeutsche Zweigstelle eines gesamtdeutschen Verbandes.

Aber die Bemühungen, die Namen zu DDRisieren, führten zu keinem konsequenten Austausch aller relevanten Namen. Beispielsweise blieben die Namen aller politischen Parteien und Massenorganisationen unverändert, in denen »deutsch« als Adjektiv oder Substantiv enthalten ist. Einzige Ausnahme war der »Kulturbund«, der statt »Deutscher Kulturbund« künftig »Kulturbund der DDR« genannt wurde. Dazu hieß es, daß ausgerechnet diejenigen Institutionen, die für die Namensänderung verantwortlich waren, selbst unverändert blieben.⁸⁹

In dem Zusammenhang ist die Bezeichnung der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« interessant. Auf dem neunten Parteitag im Mai 1976 wurde das Statut der Partei geändert. Im alten Statut stand folgendes:

»Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die stärkste, wahrhaft demokratische und führende Kraft von allen Parteien Deutschlands (...)«

⁸⁷ Schweigler, *National Consciousness*, 74.

⁸⁸ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. 5. 1972.

⁸⁹ Motschmann, *Sozialismus*, 224.

Die neue Formulierung lautete:

»Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse des werktätigen Volkes der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik (...)«⁹⁰

Aber auch das neue Statut, in dem die Beziehung zwischen Partei und Staat ausdrücklich festgelegt wurde, führte zu keiner Umbenennung. Die Veränderung, die nicht stattfand, obwohl sie angesichts der Welle von Namensänderungen zu erwarten war, führte seitens der Öffentlichkeit zu Fragen. Auf die Frage »Warum ändert unsere Partei nicht ihren Namen?« gab das Parteiorgan »Neues Deutschland« in der Wochenendausgabe vom 7./8. 2. 1976 folgende Antwort: »Der Name der Partei [sei] gut und angemessen« und man wolle daher nicht auf ihn verzichten. Weiter hob man hervor, daß der Name der Partei die Verbindung zur Tradition der deutschen Arbeiterbewegung aufrechterhalte. Der Name habe auch ein gutes Ansehen und genieße internationale Anerkennung. Aufschlußreich ist vor allem der Satz: »Deutschland ist richtig, denn unsere Partei repräsentiert das sozialistische Deutschland.«

Die neuen Namen paßten sich der politischen Realität an, die in Deutschland seit 1949 bestanden hatte. Sie drückten auch den Verzicht der DDR aus, die gesamte deutsche Nation allein vertreten zu wollen. Gleichwohl verschwand das Wortsymbol »Deutschland« nicht ganz; es blieb unter anderem in der offiziellen Staatsbezeichnung der DDR – Deutsche Demokratische Republik – erhalten. Auf die Frage, warum der Name der DDR nach der Entkanonisierung des Wortsymbols »Deutschland« und nach der Verfassungsänderung 1974 nicht geändert wurde, gibt es keine offizielle Antwort. Daher können lediglich Mutmaßungen angestellt werden.⁹¹ Zum einen kommt das Wortsymbol »Deutschland« von Anfang an nur als Adjektiv vor. Die politische Entität ist die »Republik«, nicht »Deutschland«. Das Adjektiv als solches ist bedeutungslos und hängt allein von der Auslegung durch die offizielle Doktrin ab. Zum anderen, war die Bedeutung des Adjektivs vor 1970 politisch, so diente es nach 1970 lediglich als Darstellung einer ethnisch-kulturellen Tatsache. Das war auch der Kern der nationalen Theorie, die Anfang der siebziger Jahre in der DDR entwickelt wurde: die Entpolitisierung »Deutschlands« gefolgt von einem ethnisch-kulturellen Verweis.

Während viele Namen mit dem Wortsymbol »Deutschland« geändert wurden, blieben Namen mit dem Wortsymbol »Nation« erhalten. Der Unterschied zwischen den beiden Bezeichnungen und infolgedessen auch die unterschiedlichen Einstellungen zu ihnen ist eindeutig: der Gebrauch des Wortsymbols

⁹⁰ Statut der SED, 1971; Statut der SED, 1976.

⁹¹ Ein DDR-Funktionär behauptete: »Die würden am liebsten das erste ›D‹ aus DDR wegstreichen«: *Der Spiegel*, 14/1973, 84.

»Deutschland« läßt bezüglich seiner Bedeutung keine Zweifel aufkommen, wohingegen »Nation« von einer Doktrin abhängig ist, die erklärt und definiert, welche Nation damit gemeint ist. Gerade diese Flexibilität machte das Symbol gegen Änderungen immun: War die offizielle Doktrin gesamtdeutsch, war dies auch die Bedeutung des Symbols; beschränkte sich der Begriff »Nation« auf die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik, veränderte sich automatisch auch die Bedeutung des Symbols. Marzahn zeigt in ihrer Untersuchung, daß das Adjektiv »national« in den fünfziger Jahren in einem gesamtdeutschen – und pathetischen – Kontext vorkam. Seit Mitte der fünfziger Jahre bezog sich das Adjektiv lediglich auf Angelegenheiten der DDR.⁹² Ludz dagegen ist der Meinung, daß der eindeutig auf die DDR bezogene Begriff zum ersten Mal 1963 bei der Durchführung der Wirtschaftsreform auftauchte.⁹³ Als die DDR Anfang der siebziger Jahre zur offiziellen Bezeichnung wurde, konnte das Adjektiv »national« sich infolgedessen nur darauf beziehen. Aus dem Grund war es auch unnötig, die Namen mit diesem Adjektiv zu ändern.

⁹² Marzahn, *Der Deutschland-Begriff*, 124.

⁹³ P. C. Ludz, *Die DDR zwischen Ost und West von 1961 bis 1976*, München 1977, 196–197.

7. Kapitel

Die nationale Geographie: Die Botschaft der Briefmarken und Straßenschilder

Im September 1953 kamen in der DDR zum zweihundertsten Todestag des berühmten deutschen Baumeisters Balthasar Neumann zwei Briefmarken heraus.⁹⁴ Die wertvollste Marke zeigt Neumann vor dem Hintergrund der von ihm entworfenen Würzburger Residenz. Dies ist die einzige Briefmarke aus der DDR, auf der ein Bauwerk (oder eine Landschaft) der Bundesrepublik dargestellt ist. Zwei Jahre später erschien eine Serie, die den »historischen Bauten der DDR« gewidmet war.⁹⁵ Die sechs Marken in dieser Serie zeigen berühmte Bauten in Magdeburg, Ost-Berlin, Leipzig, Erfurt und Dresden. Die auf den Briefmarken dargestellten Orte entsprachen der neuen offiziellen Doktrin, nach der es zwei getrennte deutsche Staaten gab. Solange die offizielle Doktrin noch gesamtdeutsch-national war, konnte die oben genannte Marke mit der Würzburger Residenz auf einer Briefmarke der DDR erscheinen. 1955 war die auf den Briefmarken dargestellte nationale Geographie bereits auf die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik begrenzt. Nach vierzehn Jahren kam 1969 in der DDR wieder eine Briefmarkenserie mit geographischen Themen heraus.⁹⁶ Thema der Serie war »Bedeutende Bauten«, ohne Angaben des Landes; im Gegensatz zu 1955, als die dargestellten Bauten ausdrücklich der Deutschen Demokratischen Republik zugeordnet waren. Aber auch die Bauten in dieser Serie befanden sich ausnahmslos in Städten der DDR: Dresden, Ost-Berlin, Erfurt, Tangermünde, Luckau und Dornburg. Im gleichen Jahr – in dem die DDR ihr 20jähriges Bestehen feierte – kam eine weitere Serie von zwölf Briefmarken heraus, auf denen einige in verschiedenen Städten seit Bestehen der DDR errichteten Bauten dargestellt waren. Auffallend ist, daß alle auf den Briefmarken dargestellten Motive noch vor Änderung der offiziellen nationalen Doktrin sich auf die Geographie der DDR beschränken. Die Herausgabe von achtzehn neuen Briefmarken innerhalb eines Jahres zeugt von den Bemühungen der Regierung, mittels Briefmarken ein patriotisches Bewußtsein zu erwecken. Die auf den Briefmarken dargestellten Themen dokumentieren die unmißverständliche Existenz einer separaten geographischen – und somit auch politischen – Entität.

1964 kam in der BRD die erste Briefmarkenserie heraus, die Landschaften und Bauten gewidmet war.⁹⁷ Der Titel »Deutsche Bauwerke«, besagt zwar, daß die

⁹⁴ Michel. Briefmarken-Katalog Deutschland 1982, 266.

⁹⁵ Ibid., 271–272.

⁹⁶ Ibid., 323.

⁹⁷ Ibid., 156.

dargestellten Themen sich auf das deutsche Kulturerbe beziehen, ohne eine zwangsläufig politische Bedeutung. Aber in Anbetracht der Tatsache, daß Bonn den Anspruch erhob, die deutsche Nation allein zu vertreten, bekamen Briefmarken, auf denen Dresden oder Neubrandenburg dargestellt waren, eine klare politische Bedeutung. Zwischen 1966 und 1969 kamen in der Bundesrepublik Briefmarken heraus, die Bauten in der DDR oder in solchen Gebieten darstellten, die nach 1945 in polnische oder sowjetische Herrschaft übergegangen waren, wie das »Berliner Tor in Stettin«, das »Zschokkesche Damenstift in Königsberg« oder die »Bürgerhalle des Rathauses in Löwenberg« (Schlesien).⁹⁸ Nach Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition 1969, und den neuen politischen Initiativen der westdeutschen Regierung gegenüber Osteuropa und der DDR kamen in der Bundesrepublik keine weitere Briefmarken dieser Art heraus.

Ganz anders verhält es sich bei Straßennamen. Die Straßenschilder der deutschen Städte – sowohl westlich als auch östlich des Eisernen Vorhangs – trugen Namen verschiedener deutscher Städte. Bis 1945 waren diese Namen ein Ausdruck der geographisch-politischen Einheit des Deutschen Reiches. Von den verschiedenen Straßennamen in der DDR sind besonders diejenigen interessant, die nach Orten und Städten benannt sind, die sich nach 1949 auf dem Gebiet der Bundesrepublik befanden. Was geschah mit diesen Namen, die sich seit Anfang der siebziger Jahre – der offiziellen Doktrin zufolge – im »Ausland« befanden?

Doch zunächst einige Bemerkungen zum Verhältnis des Ost-Berliner Regimes zu Straßennamen als geographischen Symbolen. 1950 hatte die DDR die Oder-Neisse-Linie als Ostgrenze anerkannt.⁹⁹ Die Abtrennung der Gebiete östlich der Grenze führte zu Umbenennungen der entsprechenden Straßennamen in Städten der DDR. In Ost-Berlin beispielsweise wurden bis 1961 unter anderem folgende Straßen umbenannt: Breslauer Straße, Bromberger Straße, Königsberger Straße und Danziger Straße.¹⁰⁰ Im September 1974 verschwanden achtzehn Straßennamen vom Ost-Berliner Stadtplan, die nach Gebieten und Städten östlich der Oder-Neisse benannt waren.¹⁰¹ In Ost-Berlin waren daraufhin Gerüchte in Umlauf, das Ost-Berliner Regime habe sich dem Druck der polnischen Regierung gebeugt.

Trotz Änderung der nationalen Doktrin unternahm das DDR-Regime keine Anstrengungen, die nach bundesrepublikanischen Städten und Regionen benannten Straßennamen zu ändern. Nach 1970 waren sie ein Anachronismus –

⁹⁸ Ibid., 158.

⁹⁹ Warschauer Deklaration, 6. 6. 1950, siehe: C. Koepcke, Oder-Neiße: Die Pflicht zur Entscheidung, München, Wien 1970, 48.

¹⁰⁰ Das ergibt sich aus einem Vergleich zwischen dem Pharus-Plan Berlin, Berlin 1942 und dem Berlin-Stadtplan, Berlin (DDR) 1961.

¹⁰¹ *Neues Deutschland*, 5. 9. 1974; *Neue Zeit*, 5. 9. 1974.

eine Erinnerung an die gemeinsame Vergangenheit der beiden deutschen Staaten. Auch die nach West-Berliner Ortschaften benannten Straßen in Ost-Berlin wurden nicht umbenannt – obwohl West-Berlin seit dem Mauerbau 1962 von den Ost-Berliner Stadtplänen getilgt war.¹⁰² Gleichwohl wurden auch »westliche« Straßennamen geändert. 1974 wurde der Dresdener »Münchnerplatz« in »Salvador-Allende-Platz« umbenannt¹⁰³; die »Münchner Straße« in Dresden blieb allerdings unverändert. Die zum ersten Jahrestag des chilenischen Putsches vorgenommene Umbenennung richtete sich nicht gegen die bayerische Hauptstadt, sondern war ein Ausdruck der Solidarität mit dem gestürzten chilenischen Präsidenten.

¹⁰² *IWE Berlin*, 26. 9. 1962, 9/86.

¹⁰³ *IWE Berlin*, 10. 9. 1974, 177/74.

VIERTER TEIL

Die preußischen Helden: Zwischen Entkanonisierung und Rekanonisierung

1. Kapitel

Die Entkanonisierung

Im November 1948 spaltete sich der Berliner Magistrat. Politisch bedeutete dies die Teilung Berlins in zwei Entitäten. Im sowjetischen Sektor, dem östlichen Teil der Stadt, herrschten die Kommunisten, ohne auf die Meinung oder auf die politische und gesellschaftlichen Sensibilitäten der anderen Parteien, die im Magistrat von Groß-Berlin vertreten waren, Rücksicht zu nehmen. Die Hindernisse, die der SED vorher im Wege gestanden hatten, waren nun beseitigt. Bei einer Feier am 30. November 1959 zum zehnjährigen Bestehen des »demokratischen« Magistrats in Ost-Berlin formulierte der erste Ost-Berliner Bürgermeister Friedrich Ebert die oben genannte Spaltung folgendermaßen:

»Von diesen Tagen an konnten die werktätigen Massen Berlins in den acht Stadtbezirken des Ostens unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse unbehindert auf dem Weg fortschreiten, den sie 1945 in ganz Berlin begonnen hatten (...) ¹

Die völlige Handlungsfreiheit der Kommunisten führte im sowjetischen Sektor Berlins nicht zu der erwarteten Entfernung der militaristischen und monarchistischen Symbole, die im Widerspruch standen zur offiziellen Parteidoktrin. 1947 erschien Alexander Abuschs Buch »Der Irrweg einer Nation«. In diesem mehrfach aufgelegten Buch machte der Autor unter anderem den »preußischen« Geist für die nationale Katastrophe verantwortlich. Das Werk ist eine historische Abrechnung der deutschen Kommunisten mit Preußen, das ihnen als Ursprung des Bösen und als Verkörperung der Reaktion galt; das Gegenteil also des »neuen, demokratischen« Deutschlands, das gegründet werden sollte. Im Februar 1947 annullierten die Alliierten die politisch-administrative Entität Preußen. Dieser Schritt hatte lediglich symbolische Bedeutung und war formale Bestätigung der Tatsachen, die bereits im Mai 1945 geschaffen worden waren.

In Leipzig verschwanden bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 viele preußische Symbole von den Straßenschildern. Auch in Berlin riefen unter anderem die kommunistischen Abgeordneten im Magistrat nach einer Entkanonisierung der preußischen Symbole. Aber das schwankende politische Gleichgewicht in der Stadt und die Tatsache, daß die SED auch nach Oktober 1946 keine überwiegende Mehrheit besaß, verhinderten Schritte in dieser Richtung.

Im Oktober 1949 wurde das – in der offiziellen Sprache der SED – »demokratische Berlin« zur Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Aber ihr Charakter blieb auch noch einige Zeit nach Machtübernahme der Kommu-

¹ *Neues Deutschland*, 30. 11. 1958.

nisten ausgesprochen preußisch. Warum verzögerte sich die Entfernung der preußischen Symbole aus Ost-Berlin? Auf diese Frage gibt es keine klare Antwort, bloß Vermutungen. Eine plausible Erklärung mag sein, daß die SED-Führung befürchtete, eine durchgreifende Säuberung Ost-Berlins von seiner preußischen Vergangenheit könne im Westen – wegen der heiklen Beziehung zur ehemaligen Reichshauptstadt – als offene Provokation aufgefaßt werden. Die nationale Einheit war damals immerhin noch ein vordringliches Ziel der SED, und die Entkanonisierung hätte auf die Medien und die Öffentlichkeit gleichsam wie ein ›rotes Tuch‹ wirken können.

Dennoch ließ die erste gegen die preußischen Symbole gerichtete Maßnahme nicht lange auf sich warten. Mit dem Denkmal Friedrich des Großen, das seit 1851 auf der Prachtstraße »Unter den Linden« stand, verschwand im Sommer 1950 ein erstrangiges preußisch-nationales Symbol aus Berlin. Gerhart Eisler, Bruder des Komponisten Hanns Eisler und ein hoher Parteifunktionär, war damals für derartige Fragen zuständig. Daß sich Eisler in der Denkmalsfrage einschaltete, bewies, wie wichtig der SED-Führung dieses Thema war. Die Behörden wollten das Denkmal von seinem traditionellen Standort im Zentrum Berlins in den Sanssouci-Park in Potsdam überführen. Auf der 75. Sitzung des Ost-Berliner Magistrats am 11. Mai 1950 wurde das Abkommen mit dem Brandenburgischen Ministerpräsidenten bestätigt, demzufolge das Denkmal nach Potsdam überführt werden sollte.² Die Entscheidung, das Denkmal nicht zu zerstören, sondern an einem anderen Ort aufzustellen – allerdings weit ab vom zentralen Geschehen – zeugte von der Vorsicht, mit der die DDR-Behörden das populäre Denkmal behandelten. Ganz anders der Umgang mit dem Denkmal Wilhelms des Großen vor dem Berliner Schloß; als die Ruinen des Schlosses 1950 abgerissen wurden, demolierte man auch das Denkmal. Das Ereignis erregte damals kaum Aufsehen.

Die Entscheidung bezüglich »Friedrich des Großen« betraf allerdings ein Denkmal, das seit den letzten Kriegsjahren schon nicht mehr zu sehen war. Damals hatte man um das Denkmal eine Betonmauer errichtet, die es vor möglichen Beschädigungen durch die Flugzeugangriffe der Alliierten schützen sollte. Da die Betonmauer das Denkmal verdeckte, war sein wirklicher Zustand ein Thema für Spekulationen. Im Juni 1950 zitierte die Presseagentur der DDR Gerhart Eisler, der behauptete, das Denkmal sei in den Jahren, in denen es versteckt war, schwer beschädigt worden. Diebe seien durch eine Öffnung in der Mauer eingedrungen, hätten Teile abmontiert und das Metall als Alteisen verkauft. Im Westen nahm man diese Behauptung mit Skepsis auf und behauptete, es handele sich um eine Erfindung Eislers.³ Später stellte sich heraus, daß tatsächlich Teile des Denkmals fehlten.

Im Sommer 1950 beschäftigte das Denkmal und seine Überführung die West-

² *Tägliche Rundschau*, 12. 5. 1950.

³ *Der Abend*, 28. 6. 1950.

Berliner Öffentlichkeit. Der dortige Widerstand konnte die Ausführung des Beschlusses nicht verhindern. Mitte Juni wurde die Betonmauer abgerissen und das Denkmal abmontiert.⁴ Als man die Einzelteile des Denkmals auf Lastwagen lud, wurden die Straßen um den Alexanderplatz für den Verkehr gesperrt, um die Arbeiten zu erleichtern. Die Lastwagen fuhren auf ausdrückliche Anweisung des Ost-Berliner Magistrats nicht den direkten Weg nach Potsdam, der durch West-Berlin ging, sondern machten einen Umweg.

Ziel der Aktion war, das Denkmal aus dem Zentrum Berlins zu entfernen. Das Versprechen, es in Potsdam wieder aufzustellen, sollte den Teil der Bevölkerung zufriedenstellen, der mit der Entfernung des Denkmals nicht einverstanden war. Aber auch im Osten der Stadt herrschte Unklarheit, ob man das Denkmal in Potsdam wieder aufstellen würde. Noch im Juni 1950 wandte sich der Ost-Berliner Bürgermeister Friedrich Ebert in dieser Angelegenheit an das Sekretariat der Partei. Man bestätigt erneut die Absicht, das Denkmal im Park von Sanssouci aufzustellen.⁵ Das Denkmal wurde zwar nach Sanssouci überführt, dort aber nicht aufgestellt. Die Einzelteile des Denkmals wurden neben dem Hippodrom im Park deponiert. Professor Kurth, Träger des Nationalpreises für Architektur der DDR, bestätigte später, daß man wirklich vorhatte, das Denkmal in Potsdam aufzustellen.⁶ Dennoch blieb das Denkmal, wo man es im Juli 1950 deponiert hatte. Der Abtransport des Denkmals aus Berlin machte Schlagzeilen in den westlichen Medien. Zur gleichen Zeit aber verschwanden auch andere preußische Symbole aus dem Ost-Berliner Stadtbild. Im Mai 1950 wurden die Statuen der preußischen Generale Bülow und Dennewitz vor dem Gefallenendenkmal im Kastanienwäldchen entfernt.⁷ Die stete Säuberung Ost-Berlins von den preußischen Symbolen erreichte ein Jahr später ihren Höhepunkt. Am 12. April 1951 beschloß der Ost-Berliner Magistrat eine Reihe von Straßenumbenennungen, die stufenweise durchgeführt werden sollten. Am nächsten Tag veröffentlichte die »Tägliche Rundschau« – eine Tageszeitung, die von der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland herausgegeben wurde – die Nachricht unter der Rubrik »Endlich Umbenennungen!«.⁸

In den Monaten April–Mai 1951 wurden 159 Straßen in Ost-Berlin umbenannt.⁹ Der Zeitpunkt dieser großangelegten Aktion hing mit dem »Dritten Jugend- und Studentenfestival« zusammen, das im Sommer 1951 in Ost-Berlin stattfinden sollte. Dieses internationale Ereignis war für das SED-Regime von besonderer Bedeutung: Es bedeutete die Anerkennung der DDR als ein Mitglied der sozialistischen Staatengemeinschaft. Darüber hinaus war es das erste Mal seit Kriegsende, daß in Ost-Berlin ein internationales Ereignis von solchen

⁴ *Tagesspiegel*, 20. 7. 1950.

⁵ *Der Abend*, 28. 6. 1950.

⁶ *Tagesspiegel*, 22. 4. 1950.

⁷ *Tägliche Rundschau*, 24. 5. 1950.

⁸ *Tägliche Rundschau*, 13. 4. 1951.

⁹ *Verordnungsblatt für Groß-Berlin*, 7. Jg., 1954, 2; Nr. 23; 32; 40.

Ausmaßen stattfinden würde. Die Partei – sich der propagandistischen Bedeutung des Festivals bewußt – bemühte sich, »die Veränderungen, die seit der Befreiung vom Faschismus erreicht worden waren, augenfällig zu machen«, wie es Erich Honecker dreißig Jahre später in seinen Erinnerungen formulierte.¹⁰ Honecker war der damalige Sekretär der staatlichen Jugendorganisation FDJ, der Gastgeberin des Festivals. Die Umbenennungen sollten der Stadt ihren preußischen Charakter nehmen und den zu erwartenden Besuchern ein neues, fortschrittliches Image der Hauptstadt der DDR vorführen. Die Festivalvorbereitungen waren Thema der DDR-Medien und auch der Magistrats-sitzung, in der die Umbenennung beschlossen wurde.¹¹

Die Umbenennungen fanden wie geplant in vier Etappen statt: Am 12. April wurden 28 Straßennamen geändert; am 10. Mai 26; am 24. Mai 35 und am 31. Mai 69. In den ersten beiden Etappen wurden monarchistische Straßennamen entfernt, die unmittelbar mit der preußischen Dynastie zusammenhingen, wie »Prinz-Oskar-Straße«, »Auguste-Viktoria-Straße«, oder »Kaiser-Wilhelm-Straße«. Das wichtigste »Opfer« der dritten Etappe war Bismarck, dessen Namen von den Straßenschildern in Lichtenberg, Weissensee, Treptow und Köpenick verschwand. Gleichzeitig wurden auch dynastische Symbole entfernt, wie die »Kaiserstraße«, die »Kronprinzenstraße« oder die »Königstraße«.

Ziel der dritten und vierten Etappe war, das preußische militaristische Erbe von den Ost-Berliner Straßenschildern zu tilgen. Am 31. Mai 1951 wurden die Namen preußischer Generale und deutscher Kriegshelden zusammen mit den nach 1870 öffentlich präsentierten preußischen Siegesymbolen von den Ost-Berliner Straßenschildern entfernt. Dazu gehörten auch Namen wie Roon, Moltke und Richthofen, oder Gneisenau, Blücher und Yorck. Wie schon in Leipzig wurden auch in Ost-Berlin Straßen, die sich direkt auf das Militärwesen bezogen – »Kanonierstraße«, »Artilleriestraße«, »Dragonerstraße« – umbenannt. Zuletzt verschwanden auch die Siegesymbole des Feldzugs gegen Frankreich 1870: »Belfortstraße«, »Metzstraße«, »Straßburgstraße« und »Sedanstraße« – das wichtigste Symbol des deutsch-preußischen Sieges in diesem Krieg.

Trotz der ernsthaften Absicht einer durchgehenden Säuberung wurde die Aktion nicht konsequent durchgeführt. In Pankow zum Beispiel blieb der Name des preußischen Generals Scharnhorst. In Prenzlauer Berg wurden Siegesymbole wie »Metzer Straße« und »Belfortstraße« im Unterschied zu anderen Bezirken nicht umbenannt. Im Zentrum Berlins blieb die »Friedrichstraße« unverändert (sie war nicht nach Friedrich dem Großen, sondern nach dem Kurfürsten und ersten König Preußens, Friedrich I. benannt). Im Zentrum Berlins behielt auch die »Wilhelmstraße« ihren Namen bei. In Leipzig hatte man diesen Namen bereits 1945 entfernt.

¹⁰ E. Honecker, *Aus meinem Leben*, Berlin (DDR) 1980, 181.

¹¹ *Tägliche Rundschau*, 13. 4. 1951.

2. Kapitel

Die Rekanonisierung I: Die preußischen Generale 1952

Im Unterschied zu Leipzig, wo die Namen Gneisenau, Yorck, Blücher und Scharnhorst bereits 1945 vom Stadtplan verschwanden, wurden sie in Ost-Berlin erst im Mai 1951 entfernt. Jedoch bereits 1953 kam in der Serie »Deutsche Patrioten« eine Briefmarke mit dem Porträt Feldmarschalls von Blücher heraus. Seit dem Frühjahr 1951 waren die Helden des Freiheitskrieges Gegenstand einer Rekanonisierung. Man erklärte sie zu Helden der Deutschen Demokratischen Republik und räumte ihnen im Pantheon der DDR einen Ehrenplatz ein.

Die Anerkennung und Übernahme preußischer Symbole, die kurz zuvor noch als typische Symbole des »preußisch-deutschen Militarismus« galten, hing mit der sich wandelnden Einstellung zur nationalen Geschichte zusammen. 1952 fand in der DDR der Übergang zur »nationalen Geschichtsschreibung« statt.¹² Das Andenken an die Helden der Nation, wie Fichte, Scharnhorst, Gneisenau und Ernst Moritz Arndt, sollte nicht mehr aus dem Gedächtnis gelöscht werden, sondern in ehrenhafter Erinnerung bleiben. Statt Repräsentanten der Reaktion und des preußischen Militarismus wurden sie nun zu Patrioten.

Die Öffentlichkeit erfuhr von dieser Änderung in einem Artikel, der am 31. Mai 1952 im Parteiorgan »Neues Deutschland« erschien. Darin zitierte man eine Rede Fred Oelßners – einer der Hauptpropagandisten der Partei –, die dieser Anfang des Monats bei der »Zentralen Propagandistenkonferenz« gehalten hatte. Oelßner trifft die neuartige Unterscheidung, daß Militär nicht notwendigerweise mit Militarismus gleichzusetzen ist: »Nicht alles, was Militär ist, nicht jede bewaffnete Macht hat mit Militarismus zu tun (...)«¹³

Demnach bedeutete Antimilitarismus – nach Oelßner – nicht die Negierung von Streitkräften. Die Unterscheidung zwischen »militärischer« und »nicht-oder antimilitaristischer« Armee hängt von der sozialen Zusammensetzung derjenigen ab, die in der Armee dienen – und vom politischen Ziel, dem die Armee dient. Diese Differenzierung bezüglich der Streitkräfte, die von einer völligen Ablehnung der Armee absah, war der erste und entscheidende Schritt auf dem Weg zur Rekanonisierung der Symbole, die – wie die preußischen Generale – zuvor als Symbole des »preußisch-deutschen Militarismus« galten.

In einem Artikel der am nächsten Tag im »Neuen Deutschland« erschien, nannte der Leiter der »Zentralen Kommission für staatliche Kontrolle«, Fritz Lange, die alt-neuen Nationalhelden Gneisenau, Yorck, Blücher und Scharn-

¹² Siehe: F. Kopp, Die Wendung zur »nationalen Geschichtsbetrachtung« in der Sowjetzone, München 1955.

¹³ *Neues Deutschland*, 31. 5. 1952.

horst »die besten Männer Preußens«.¹⁴ In den Westen gelangten Meldungen, denen zufolge das Zentralsekretariat der SED im Juni 1953 die Rekanonisierung der Helden befohlen hatte. Demnach sollten die Kriegsdenkmäler in einen dem neuen Rang der Helden »angemessenen Zustand« zurückversetzt werden. Im gleichen Schreiben wurden auch ausdrücklich die nach Scharnhorst, Gneisenau, Lützow, Körner und Yorck benannten Straßen genannt, die 1945 »in falscher Auslegung sozialistischer Geschichtsschreibung« umbenannt worden waren. Zwar sollten die umbenannten Straßen nicht ihre alten Namen zurückerhalten:

»Doch sind diese Namen bei Straßenzügen, die im Zuge des Nationalen Aufbauwerks geschaffen werden, zu verwenden, soweit die lokale Bevölkerungs-Struktur Verständnis für die Maßnahme verbürgt, was besonders in alten Garnisonsstädten der Fall sein wird (...)«¹⁵

Im November desselben Jahres kam dann, wie erwähnt eine Marke mit dem preußischen General Blücher heraus. Dieser wurde nun mit Thomas Müntzer, den Studenten, die sich 1817 auf der Wartburg versammelt hatten und den Barrikadenkämpfern von 1848 (die auf den anderen Marken der Serie dargestellt waren) auf die gleiche Stufe gestellt.¹⁶

Die gewandelte Einstellung zu den preußischen Symbolen gibt Anlaß zu Fragen: Was hatte die Veränderung zu bedeuten? Warum und wozu die Rekanonisierung? Und weshalb ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt? In seinem oben genannten Artikel ging Fritz Lange ausführlich auf diese Fragen ein. Seiner Ansicht nach bestand zwischen den Fragen ein enger Zusammenhang:

»Vielleicht gibt es den einen oder anderen unter uns, der meint, daß die Zeit für ein gründliches Studium der Geschichte des eigenen Volkes, insbesondere Preußens, noch nicht gekommen ist, »weil alles noch so frisch ist« und Namen wie Scharnhorst und Gneisenau noch zu sehr mit dem Ludergeruch faschistischer Geschichtsfälschung behaftet sind (...). Es wird niemand bestreiten, daß ein »unzerreißbarer, unmittelbarer praktischer Zusammenhang« besteht zwischen dem Verhalten der »besten Männer Preußens« in der Vergangenheit und den größten Lumpen der Gegenwart Westdeutschlands »in einer bestimmten Frage«, nämlich im Verhalten zu einer bestimmten Art von Verträgen (...). Man muß in der Sprache dieser »besten Männer Preußens« den nationalen Widerstand gegen die landesverräterische Adenauerbande organisieren. Es wird deshalb für unsere Historiker eine vornehme Aufgabe sein, im Lenin-Stalinschen Geist die große, politische, vaterländische Bedeutung dieser Männer in ihrem vollen Glanze wiederherzustellen,

¹⁴ *Neues Deutschland*, 1. 6. 1952; *Der Spiegel*, 25/1952.

¹⁵ Siehe auch: *Der Spiegel*, 25/1952, 9.

¹⁶ Michel. Briefmarken-Katalog Deutschland 1982, 267.

damit sie für den Kampf um die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands allen ehrlichen, anständigen Patrioten ein leuchtendes Bild sein können (...)¹⁷

In derart direkten und klaren Worten erklärte Lange die Bedeutung der Rekanonisierung der preußischen Namen, die weniger als zehn Jahre zuvor auf den Kriegsschiffen des Dritten Reichs geprangt hatten. Sie gehörte zum Kampf der SED gegen die westdeutschen »Separatisten«, für die nationale Einheit Deutschlands. Aber alle »wahren Patrioten« konnten die Rekanonisierung auch in einem größeren Zusammenhang sehen, die über die praktische Funktion der Symbole als Beispiele und Vorbilder hinausgeht: Die Indienstnahme der alten national-preußischen Tradition gehörte zu den Bemühungen des Ost-Berliner Regimes, »nationale« Legitimierung zu erhalten – die preußischen Helden wurden zwecks Erlangen eines »nationalen Tauglichkeitszertifikats« in der DDR und in der BRD mobilisiert. Mitte 1952 waren diese Ereignisse von besonderer Bedeutung: Im Rahmen des 4. Kongresses der SED wurde im Juli 1952 in der Geschichte der DDR der Beginn des sozialistischen Zeitalters proklamiert. Die am 1. Juli 1952 deklarierte Anerkennung des preußisch-deutschen Erbes diente als Legitimation des Regimes, das durch die offizielle Ankündigung des sozialistischen Aufbaubeginns hätte Schaden nehmen können. Die Wahl der Symbole war wohl überlegt. Sie konnten in positiven Begriffen, wie Freiheitskämpfer oder Patrioten, dargestellt werden, die seit jeher zum Propagandaarsenal aller kommunistischen Parteien gehörten. Aber die russisch-deutsche Waffenbruderschaft war nicht allein dazu da, um zur Vergangenheit und zu dem von den Nationalsozialisten geschaffenen »Feindbild« ein Gegengewicht zu bilden. Die Waffengemeinschaft sollte auch in der Zukunft eine entscheidende Rolle spielen – angesichts der Vorbereitungen zur Gründung einer DDR-Armee. 1952 führte die DDR eine lautstarke Propaganda gegen die geplante westdeutsche Armee und ihre Eingliederung in das westliche Verteidigungsbündnis. Anfang Mai stellte Fred Oelßner die Behauptung auf, eine sozialistische Armee, wie die der Sowjetunion, habe nichts mit »Militarismus« zu tun. Das war die ideologische Öffnung für eine zukünftige DDR-Armee, die ihrer Definition nach das Gegenteil vom deutschen »Militarismus« sein würde. Am 14. Mai wurde die Ankündigung Präsident Piecks zitiert, daß man mit der Gründung einer bundesrepublikanischen Armee auch eine DDR-Armee auf die Beine stellen würde.¹⁸ Pieck nannte auch den Namen der zukünftigen Streitkräfte: »Nationale Volksarmee«. Ungefähr zwei Wochen später erschien Langes Artikel, in dem die Rekanonisierung der preußischen Hel-

¹⁷ *Neues Deutschland*, 1. 6. 1952.

¹⁸ *Neues Deutschland*, 14. 5. 1952; *Der Spiegel*, 20/1952, 3. Gleichzeitig kamen auch andere Namen vor, wie »Deutsche Volksarmee«, wo ebenfalls der nationale Aspekt hervorsticht. Siehe: *Der Spiegel*, 43/1952.

den angekündigt wurde. Die kurze Zeitspanne zwischen den beiden Ereignissen legt einen Zusammenhang nahe zwischen der Gründung der DDR-Armee und der Rekanonisierung der preußischen Generale: Sie sollten in die Kampftradition der neuen Armee integriert und zu Helden und Vorbildern der »Nationalen Volksarmee« werden. Die nationale Kampftradition, die angesichts der zu erwartenden Zusammenarbeit zwischen den Armeen der DDR und der UdSSR eine besonders wichtige Rolle spielte, war ein fester Bestandteil der russisch-deutschen Waffenbruderschaft. Denn die preußischen Helden, die in die Kampftradition der »Nationalen Volksarmee« integriert werden sollten, waren zugleich Symbole der russisch-preußischen Waffengemeinschaft – und somit auch eine Legitimierung der sowjetisch-(ost)deutschen Waffenbruderschaft, die mit Gründung der DDR-Armee immer mehr an Substanz gewann. Im Mai 1955 wurde die DDR dem »Warschauer Pakt« angeschlossen. Am 1. März 1956 wurden die ersten Einheiten der NVA aufgestellt, und man erklärte den Tag zum »Tag der Nationalen Volksarmee«. Das Gesetz zur Gründung der Armee wurde in der Volkskammer am 18. Januar 1956 verabschiedet. Der Vorsitzende der Volkskammer, Johannes Dieckmann, erwähnte in seiner Rede, daß es sich nicht um irgend einen Tag handele, sondern dies der 85. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches sei.¹⁹

Das Gründungsdatum der Nationalen Volksarmee gehörte nicht zu den einzigen Bemühungen, zwischen der neuen Armee und der nationalen Tradition einen Zusammenhang herzustellen. 1952 sah es zunächst so aus, als würden die Uniformen der künftigen DDR-Armee den sowjetischen Uniformen ähneln. Bei einer Militärparade im Oktober 1952 anlässlich des Besuchs von Schwerinik, des Präsidenten des Obersten Sowjets, in der DDR trugen die Soldaten der »Bereitschaft Volkspolizei« – der Vorgängerin der NVA – Uniformen, die mit denen der sowjetischen Armee nahezu identisch waren.²⁰ Aber als die Armee Anfang 1956 gegründet wurde, sahen sie ganz anders aus; Uniformen und Helme der NVA hatten eine unmißverständlich nationale Botschaft. Sie waren in Anlehnung an die traditionellen Uniformen und Helme der deutschen Reichswehr beziehungsweise Wehrmacht gestaltet worden. Darüber hinaus wurde auch der traditionelle preußische Stechschritt übernommen. Äußerlich sah die NVA wie eine direkte Fortsetzung ihrer deutsch-preußischen Vorgängerin aus.

Die Wahl der traditionellen Uniformen hing eng mit dem damaligen Propagandakrieg zwischen den beiden deutschen Staaten zusammen. Beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig, der Ableger einer Großmacht zu sein. Mit der Wahl der traditionellen Uniformen sollte mit einem Symbol ein zweifaches Ziel erreicht werden: einerseits konnte die westdeutsche Propaganda die Uni-

¹⁹ *Neues Deutschland*, 19. 1. 1956.

²⁰ *Der Spiegel*, 42/1952, 6.

formen nicht als ein Beweis der »Bolschewisierung« der DDR hinstellen. Auf der anderen Seite sollte die Übernahme der traditionellen Uniformen signalisieren, daß die »Nationale Volksarmee« in der Tat in der nationalen Tradition stand. In der BRD entschied man sich nach Gründung der »Bundeswehr« im November 1955 für Uniformen, die denen der amerikanischen Armee ähnelten. Dies führte zu Unzufriedenheit in Kreisen altgedienter Wehrmachtsoffiziere, die wesentlich am Aufbau der westdeutschen Armee beteiligt waren.²¹ Im Propagandakrieg zwischen der DDR und der BRD dienten die Uniformen als Beweis, daß die DDR die wahre Vertreterin der nationalen Interessen des deutschen Volkes sei.

Aber die Wahl dieser Uniform führte zu einem anderen Problem: Als Uniform der deutschen Armee in beiden Weltkriegen war sie mit historischen Erinnerungen verknüpft. Auch in der DDR erregte der Entschluß Aufsehen. Wie groß die Unzufriedenheit in Wirklichkeit war, stellte sich am 5. Februar 1956 heraus, ungefähr einen Monat vor Aufstellung der ersten NVA-Einheiten. An dem Tag gab das Parteiorgan der SED in Form einer »Antwort auf eine Leserfrage« die offizielle Erklärung, warum man sich für diese Uniform entschieden hatte. Die Antwort verrät die Schwierigkeiten, die mit diesem Thema verbunden waren. Danach hatte man sich deshalb für die Uniformen entschieden, weil sie in den zwanziger Jahren den aufständischen Arbeitern in Hamburg, Sachsen und im Ruhrgebiet, sowie in den Jahren 1943–1945 den Aktivisten in den Reihen des »Nationalrats Freies Deutschland« als Uniform dienten. Dies war der Versuch, die Uniform in eine historische Tradition einzureihen; nicht die der deutschen Wehrmacht im allgemeinen, aber den Teil der mit dem politischen Kampf der deutschen Kommunisten 1921–1945 verbunden war.

Am 15. Juli 1978 wurde das Thema der Uniform und des Stechschritts erneut in den DDR-Medien aufgegriffen. Diesmal in Verbindung mit der Frage eines Hörers, der den staatlichen Radiosender »DDR« bat, zu der im Westen weitverbreiteten These Stellung zu nehmen, die DDR sei ein »rotes Preußen«. In der im Radio übertragenen Antwort ging man natürlich auch auf das Thema der Uniformen ein:

»Die Verfechter dieser These vom roten Preußen, vom Erbe Preußens durch die DDR, weisen immer mit dem Finger auf unsere Nationale Volksarmee, konkret auf ihren Paradeschritt, ihre Uniformen und andere Äußerlichkeiten. Nun, Charakter und Geist einer Armee werden bekanntlich nicht an der Höhe eines Paradeschritts gemessen, an Farbe und Zuschnitt ihrer Uniformen (...).«²²

²¹ Eine ausführliche Diskussion der Uniformen der Bundeswehr und der damit verknüpften Traditionen in: *Der Spiegel*, 25/1956. 15. Siehe auch: H. P. Stein, *Symbole und Zeremoniell in deutschen Streitkräften vom 18. bis 20. Jahrhundert*, Herford, Bonn 1984.

²² Zit. nach: J. Rühle, *Preußen Schwarzweiß und Rot*, in: *Deutschland Archiv* 14, 1981, 904.

Im weiteren Verlauf der Antwort wurde betont, daß zwischen der DDR und Preußen tatsächlich Berührungspunkte bestünden, aber nur mit dem Preußen der Reformatoren von 1807–1813. Bemerkenswert ist, daß 1978 keine Erklärung für die Uniform der NVA gegeben wurde, was – im Vergleich zu 1956 – als ein Zeichen des Selbstbewußtseins des Regimes gedeutet werden kann.

Im Mai 1952 wurde das Erbe des Befreiungskrieges zu einem wichtigen Bestandteil des historischen Erbes der DDR erklärt. In den darauffolgenden Jahren traten wieder vermehrt alte Denkmäler im öffentlichen Leben auf. Im April 1963 wurden die Statuen der preußischen Generale erneut vor der »Neuen Wache« aufgestellt. Der 150. Jahrestag der Völkerschlacht zu Leipzig wurde mit einer feierlichen Zeremonie am Kampfschauplatz begangen, wo man 1913 ein monumentales Denkmal errichtet hatte. 1963 wurden die russisch-deutsche Waffenbruderschaft und der gemeinsame militärische Kampf gegen Napoleon zum zentralen Thema der Zeremonie. Zum Jahrestag erschien auch eine Serie von fünf Briefmarken.²³ Die Waffenbruderschaft war Thema einer Marke, auf der Kosaken und »Landwehr« in Berlin dargestellt waren. Auf den anderen Marken befanden sich die historischen preußischen Helden. 1966 wurde Scharnhorst zum bedeutendsten Helden der preußischen Generale erklärt. Zum zehnjährigen Bestehen der »Nationalen Volksarmee« verlieh man eine Medaille für

»(...) besondere hervorragende Verdienste zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft und zum Schutze der DDR, auf dem Gebiet der Truppenführung, bei der Weiterentwicklung der Militärwissenschaft und Militärtechnik sowie bei der Festigung der Militärkoalition der sozialistischen Bruderarmeen (...)«²⁴

Der Orden trug den Namen von Scharnhorst. Vierzehn Jahre zuvor war Gneisenau der zentrale Held. Bei der Änderung handelte es sich nur um Nuancen. Scharnhorst war bis zu seinem Tode 1813 der ranghöchste Befehlshaber, der Oberkommandierende des Feldzuges gegen die Franzosen; er hatte an der Vereinbarung des russisch-preußischen Militärbündnisses aktiv mitgewirkt, und war daher ein geeignetes Symbol der Waffenbruderschaft zwischen der DDR und der Sowjetunion. 1979 strahlte das DDR-Fernsehen eine Scharnhorst gewidmete Serie aus. Darin wird Scharnhorst zitiert, der sagte, man müsse eine »Volksarmee« gründen, die zugleich eine »nationale Armee« sei. Dadurch wurde die Gründung der »Nationalen Volksarmee« als eine Verwirklichung von Scharnhorsts Bestrebungen hingestellt.

Zur Pflege des Erbes von 1813 gehörte auch, daß man die Denkmäler konservierte, die zum Andenken an den Sieg errichtet wurden. Bereits 1953 – nach

²³ Michel, 298.

²⁴ »Scharnhorst-Orden« in: Meyers Neues Lexikon, Leipzig 1974.

achtjähriger Mißachtung und Vernachlässigung – wurde, wie schon erwähnt, die Anweisung erteilt, die Siegesdenkmäler in ihren ursprünglichen Zustand zurückzusetzen. Hierzu gehörten auch vier gußeiserne, nach Entwürfen von Karl Friedrich Schinkel 1817 errichtete Pyramiden zum Gedenken an die Siege von Großgörschen, Großbeeren, Dennewitz und Wartenburg. Am 15. Mai 1985 teilte die Presseagentur der DDR mit, die Restaurierung des Denkmals in Großgörschen sei beendet.²⁵ In der Meldung hob man hervor, das Denkmal sei auch ein Denkmal der deutsch-russischen Waffenbruderschaft. Darüber hinaus hieß es, die Restaurierung der anderen Denkmäler sei bereits vorher abgeschlossen worden.

1952 wurden das Erbe des Befreiungskrieges und die preußischen Generale – die Helden des Krieges – dem historischen Erbe der DDR einverleibt. Die ehemals »militaristischen« Symbole, die von ihren alten Standorten entfernt waren, kehrten an ihre ursprünglichen Plätze zurück. 1978 versicherte eine DDR-Zeitschrift: »Die Denkmäler der Militärreformer stehen (...) mit vollem Recht Unter den Linden (...)«²⁶

²⁵ *Tagesspiegel*, 16. 5. 1985.

²⁶ *Deutschland Archiv* 16, 1983, 216.

3. Kapitel

Rekanonisierung II: Die Rückkehr Friedrichs des Großen

Mit der 1952 begonnenen Rekanonisierung der preußischen Generale und der preußischen Siegesmale wurden preußische Symbole wieder zum festen Bestandteil des öffentlichen Lebens in der DDR. Aber es handelte sich um eine gezielte Rekanonisierung, begrenzt auf diejenigen Helden, die nach Auffassung des Ost-Berliner Regimes das revolutionäre Erbe des Befreiungskrieges repräsentierten. Andere traditionelle Helden blieben weiterhin nichtkanonisch, abgestempelt als Symbole der Reaktion und des preußisch-deutschen Militarismus. Ein solcher Held war Friedrich der Große. 1950 war das bedeutendste Friedrich-Denkmal in Berlin nach Potsdam überführt worden.²⁷ Das Schicksal des berühmten Denkmals beschäftigte auch in den fünfziger Jahren die West-Berliner Öffentlichkeit, da es nicht, wie zunächst angekündigt, im Park von Sanssouci in Potsdam aufgestellt worden war.

Im November 1961 wurde im Westen die Nachricht verbreitet, das Denkmal werde »demnächst« aufgestellt.²⁸ Die Meldung erwies sich jedoch als falsch. Im April 1962 teilte die Presseagentur der DDR mit, das Denkmal werde in Potsdam aufgestellt.²⁹ Bereits im Februar gelangten Meldungen in den Westen, das Denkmal werde in einer Potsdamer Fabrik restauriert und instandgesetzt. Am 31. Mai 1962 wurde das Denkmal schließlich im Hippodrom im Park von Sanssouci aufgestellt – an einem abgelegenen Ort, an dem kaum Besucher vorbeikamen.

Das Schicksal des Denkmals steht gleichsam stellvertretend für die Einstellung der SED zu »Preußen«. Im Sommer 1950 wird das Denkmal von seinem alten Standort im Zentrum Berlins entfernt und ins Potsdamer »Exil« überführt. Das Versprechen, das Denkmal in Potsdam wieder aufzustellen, wurde erst 1962 eingelöst. Das Denkmal wird dann zwar aufgestellt, aber weit entfernt vom Blickfeld der Besucher; der Zeitpunkt war noch nicht gekommen, dem Symbol seinen vergangenen Ruhm wieder zurückzugeben.

Das Denkmal blieb achtzehn Jahre in Potsdam. In einem Interview, das Erich Honecker am 4. August 1980 dem englischen Verleger seiner Autobiographie gab, meinte er, es bestünde die Aussicht, das Denkmal wieder an seinem historischen Standort aufzustellen.³⁰ Die Durchführung ließ nicht lange auf sich warten. Am 28. November 1980 wurde das Denkmal des preußischen Monar-

²⁷ Für eine kurze Zusammenfassung des »Dramas« siehe: *Tagesspiegel*, 22. 4. 1956.

²⁸ *Tagesspiegel*, 24. 11. 1961.

²⁹ *Tagesspiegel*, 27. 4. 1980.

³⁰ *Tagesspiegel*, 27. 8. 1980.

chen wieder Unter den Linden aufgestellt.³¹ Nach langjährigem Exil kehrte Friedrich II. wieder ins Zentrum Berlins zurück.

Die Rückkehr des Denkmals nach Ost-Berlin spiegelte die gewandelte Haltung wider, die in der DDR seit Ende der siebziger Jahre zur deutsch-preußischen Geschichte im allgemeinen und zu ihren herausragenden Helden im besonderen eingetreten war. Hierzu gehörte auch die staatliche Rekanonisierung Martin Luthers durch den atheistischen Arbeiter- und Bauernstaat. Martin Luther stellte jahrelang ein problematisches Thema dar. Die offizielle Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung preist den Bauernaufstand 1524/25. In Ost-Berlin beispielsweise wurden 1951 Straßen nach Thomas Müntzer und Florian Geyer benannt, die beide Helden des Aufstandes und zugleich Vertreter der sozialrevolutionären Tradition Deutschlands waren. In seinem berühmten Pamphlet »Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern« brachte Luther seine entschiedene Ablehnung des Aufstandes zum Ausdruck. Luther, der Gegner des Bauernaufstandes, war kein Held der deutschen Arbeiterbewegung. Aber in einem Staat mit überwiegend protestantischer Bevölkerung war es unmöglich, den protestantischen Reformator zu ignorieren. Nach Gründung des atheistischen Staates im Oktober 1949 wurde das Denkmal des Reformators in Wittenberg nicht zerstört, und auch nicht die nach ihm benannten Straßen umbenannt.

Aber das Belassen eines Symbols auf den Symbolträgern und seine offizielle Anerkennung durch den Staat sind zwei verschiedene Dinge. Zum 450. Jahrestag der Reformation 1967 veränderte sich die offizielle Einstellung zu Luther.³² Zur Vorbereitung der Feiern wurde in der DDR ein staatliches Komitee ins Leben gerufen, angeführt von Gerald Goetting, dem Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Partei (CDU) der DDR. Die Feiern waren ein Versuch der Regierung, den christlichen Bevölkerungskreisen und der protestantischen Kirche ihren guten Willen zu zeigen. Daß Goetting das staatliche Komitee anführte, hatte eine doppelte Funktion: Einerseits wurde dem Ereignis der offizielle Segen erteilt, andererseits war dadurch die ideologische-atheistische Reinheit der Staatsführer und Führer der SED bewahrt. Die Herausgabe dreier Briefmarken unterstrichen den offiziellen Charakter der Ereignisse.³³ Auf einer Briefmarke war der Reformator dargestellt.

1967 war die offizielle Einstellung zum Symbol »Luther« noch zwiespältig; 1983, zum 500. Jahrestag seiner Geburt, war Luther zum Helden der DDR geworden. Man erklärte das Jahr zum »Martin-Luther-Jahr«; Leben und Wir-

³¹ *Tagesspiegel*, 30. 11. 1980; 3. 12. 1980; 21. 12. 1980.

³² Zu diesem Thema siehe: *Der Spiegel*, 15/1967, 49–52.

³³ Michel, 316.

ken des Reformators wurden in Medien und Presse thematisiert.³⁴ 1983 war auch das »Karl-Marx-Jahr« – der hundertste Geburtstag des Vaters des wissenschaftlichen Sozialismus. Daß die beiden auf eine Stufe gestellt werden, war bemerkenswert. Das staatliche Jubiläumskomitee wurde diesmal von Erich Honecker, dem Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretär der SED, angeführt.

Anfang der achtziger Jahre bezeugten die Rückkehr des Friedrich-Denkmal nach Ost-Berlin und die Feier zum 500. Jahrestag der Geburt Martin Luthers eine Wende in der offiziellen DDR-Doktrin. Sie beinhaltete vor allem eine größere Offenheit gegenüber der deutschen Geschichte. Ingrid Mittenzwei eine führende DDR-Historikerin und Autorin der ersten, 1978 in der DDR erschienenen Friedrich-Biographie, äußerte später, daß »ein Volk sich seine Geschichte nicht aussuchen kann«³⁵ – eine Aussage, die in deutlicher Form die in der DDR seit Ende der siebziger Jahre stattgefundene Änderung wiedergibt. Zwar kann sich ein Volk »seine Geschichte nicht aussuchen«, aber ein Volk oder besser die politische Elite kann aus dieser Geschichte die Teile auswählen, die der offiziellen Doktrin am angemessensten erscheinen. Nach 1945 gehörte die Ablehnung Preußens zum politischen Kampf der SED um die Demokratisierung Deutschlands. Die Aneignung des Erbes von 1913 und der Helden des Befreiungskampfes gehörte ebenfalls zur Propagandakampagne der SED. Die alten Helden – Gneisenau, Scharnhorst, Yorck und Blücher – wurden gleichsam »mobilisiert«, zu Werkzeugen gemacht, mit deren Hilfe man politische Gedanken, wie die russisch-deutsche Waffenbruderschaft oder den Kampf für nationale Unabhängigkeit, vermitteln konnte.

Friedrich der Große und das von ihm repräsentierte Preußen hingegen wurden nicht im politischen Kampf der SED eingesetzt. Ende der siebziger Jahre wurde Preußen in die Geschichte der DDR integriert; ein Abschnitt der historischen Erinnerung, Thema wissenschaftlicher Untersuchungen, die das Positive und das Negative, die beiden Gesichter Preußens, erforschen. »Preußen« und »Friedrich der Große« waren nicht mehr mit negativen Konnotationen behaftet; sie wurden allerdings auch nicht zu dem, was sie bis 1945 waren: Inbegriff des Positiven, Vorbild und Beispiel, ein ehrenvolles und stolzes Kapitel der nationalen Geschichte. Nachdem man sie dreißig Jahre ignoriert und abgelehnt hatte, ist die preußische Geschichte zu einem anerkannten Teil des DDR-Geschichtsbildes geworden – eine Konsequenz der relativen Stabilität und des

³⁴ Heft Nr. 31 der *Illustrierten Historischen Hefte*, das 1983 in der DDR erschien, war »Luther in Worms 1521« gewidmet. Der Herausgeber dieser Reihe ist das »Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR«. Das Interesse der Öffentlichkeit an diesem Thema zeigte sich an den mehrfachen Auflagen.

³⁵ Aus einem Interview mit Prof. Ingrid Mittenzwei im Rahmen des am 28. 7. 1985 gesendeten ARD-Berichts von Peter Merseburger: »Luther, Friedrich, Bismarck und Genossen«.

wachsenden Selbstbewußtseins des DDR-Regimes während der Regierung Erich Honeckers.

Friedrich der Große wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts zu einem Reichs- und infolgedessen auch zu einem Nationalsymbol; eine Funktion die er auch während der Weimarer Republik und im Dritten Reich hatte. Die Rückkehr Friedrichs des Großen nach Ost-Berlin bedeutete Anerkennung eines wichtigen Abschnitts der deutschen Geschichte.

Die Wiederaufnahme Preußens in die offizielle Geschichtsschreibung der DDR ereignete sich parallel zur »Preußen-Renaissance« in der BRD. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre beschäftigten sich westdeutsche Historiker und Publizisten eingehend mit der preußischen Geschichte.³⁶ Im Sommer 1980 fand in Berlin eine große Preußen-Ausstellung statt, der politischen Entität gewidmet, die man erst 34 Jahre zuvor von der Karte Europas ausgeradiert hatte. Preußen war, so schien es, zum gesamtdeutschen gemeinsamen Nenner geworden und beschäftigte – trotz unterschiedlicher Einschätzungen – die ganze Nation auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs.

Aber die offizielle Anerkennung der preußischen Geschichte als ein Abschnitt der DDR-Geschichte ging über das erneute Eingliedern einer bis dahin abgelehnten Periode in die deutsche Nationalgeschichte hinaus – das Kernland Preußens lag nach 1945 in der DDR:

»Auf Schritt und Tritt begegnet der DDR-Bürger, beispielsweise wenn er die Hauptstadt Berlin oder Sanssouci besichtigt, steinernen Zeugen preußischer Geschichte (...)«³⁷

Die preußischen Symbole gehören zur Lokalgeschichte der DDR, da das damalige Preußen und die heutige DDR – ausgenommen der Süden – geographisch identisch sind. Dadurch erhalten die preußischen Symbole in der DDR eine zusätzliche Bedeutung, die sie zum Beispiel im Rheinland oder in Süddeutschland nicht haben. Auch das Symbol »Luther« ist eng mit dem Territorium der DDR verknüpft: 1483 wurde er in Magdeburg geboren; in Eisenach besuchte er die Schule; seinen theologischen Disput mit Professor Eck führte er in Leipzig; in Wittenberg nagelte er seine Thesen an die Kirchentür. Alle Orte befinden sich auf dem Gebiet der DDR, was den Eindruck vermittelt, als sei er ein »Held« der DDR – ebenso wie Friedrich der Große, der in Berlin und Brandenburg seine Spuren hinterließ.

³⁶ In Berlin fand vom 15. 8. – 15. 11. 1981 eine große Preußen-Ausstellung statt; der Begleitkatalog umfaßte vier Bände. Unter den Büchern, die damals erschienen und sich mit Preußen befaßten, waren viele halb- oder populärwissenschaftliche. Hierzu gehörten unter anderem: M. Greiffenhagen, *Die Aktualität Preußens. Fragen an die Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1981; R. Augstein, *Preußens Friedrich und die Deutschen*, Frankfurt/M. 1981, A. von Borries, *Preußen und die Folgen*, Berlin, Bonn 1981.

³⁷ *Deutschland Archiv* 16, 1983; 216.

Aber bei der Eingliederung Preußens in die Geschichte der DDR wurden auch Einschränkungen gemacht: Friedrich II. ja – nicht aber Bismarck, der Gründervater des Deutschen Reichs. Dafür wurde Bismarck in das Pantheon der BRD aufgenommen. Den 150. Geburtstag des ersten Reichskanzlers 1965 beging der Bundestag mit einer Sondersitzung. Das für die künstlerische Gestaltung verantwortliche Komitee der Bundespost schlug vor, eine Briefmarke mit Bismarck, Ebert und Heuss gemeinsam herauszugeben. Die drei Gründerväter – des Deutschen Reichs, der Weimarer Republik und der Bundesrepublik – auf einer Briefmarke sollten den Anspruch der Bundesrepublik als der historischen Erbin des Deutschen Reiches legitimieren.³⁸ Die vorgeschlagene Marke erschien nicht; statt dessen kam eine Briefmarke mit Bismarck alleine heraus. Der Jahrestag führte in den westdeutschen Medien zu einer Debatte über Person und Werk des Reichsgründers. Die unterschiedlichen Bewertungen kamen auch in Leserbriefen zum Ausdruck. Ein Leser benutzte die Gelegenheit, um die sozialdemokratische Regierung anzugreifen. Er führte die nicht herausgekommene Marke an und meinte, die sozialdemokratische Führung habe zwar nichts dagegen gehabt, Ebert an Bismarcks Seite zu sehen, aber die langjährigen Mitglieder der Bewegung hatten sich geweigert, die Marke an ihre Lippen zu führen.³⁹ Aber die unterschiedlichen Einschätzungen standen der erstmaligen Aufnahme Bismarcks im westdeutschen Pantheon nicht im Wege. Zur 100-Jahr-Feier der Reichsgründung 1971 produzierte das ZDF eine Serie, die der Person Bismarcks gewidmet war.

In der DDR war Bismarck ein mit negativen Konnotationen behaftetes Symbol. Aber mit der Rekanonisierung Luthers und Friedrichs II. stellt sich allerdings die Frage, ob nicht auch die Rekanonisierung Bismarcks zu erwarten sei. Eine Antwort hierauf gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß neben den positiven Werten des Symbols – wie Bismarcks Haltung zu Rußland oder den gesellschaftlichen Reformen – Bismarck mit den »Sozialistengesetzen« ein erklärter Feind der sozialistischen Arbeiterbewegung war. Daher wurden nach 1945 die nach Bismarck benannten Straßen entweder nach August Bebel oder nach Wilhelm Liebknecht umbenannt. Der Antisozialismus Bismarcks steht einer Rekanonisierung des »Eisernen Kanzlers« eindeutig im Wege. Als diese Zeilen geschrieben wurden, gehörte Bismarck nicht zum nationalen Erbe der DDR, aber ein erster Schritt in diese Richtung wurde bereits getan: Im Herbst 1985 erschien die erste in der DDR herausgegebene Bismarck-Biographie.⁴⁰

³⁸ *Der Spiegel*, 14/1965, 48.

³⁹ *Der Spiegel*, 17/1965, 5.

⁴⁰ *Tagesspiegel*, 23. 6. 1985.

FÜNFTER TEIL

Das Pantheon im öffentlichen Leben

Einleitung

Am 17. Dezember 1945 beschloß der damals noch für ganz Berlin zuständige Magistrat, die Grabstätte in Friedrichshain für die Märzopfer von 1848 zu einer Gedenkstätte umzuwandeln.¹ 1898 hatte die preußische Regierung die Errichtung eines Denkmals für die Gefallenen untersagt. 1945 hingegen war das revolutionär-demokratische Erbe zu einem anerkannten Teil der historischen Vergangenheit geworden. Auf derselben Senatssitzung beschloß man auch, das Denkmal der kommunistischen Märtyrer in Friedrichsfelde in Ost-Berlin wieder aufzubauen. Das in den Jahren 1924–26 errichtete Denkmal, von den Nationalsozialisten 1935 demoliert, wurde in seiner ursprünglichen Form wieder aufgestellt. 1949 beschloß man, den Standort des Denkmals zu ändern, und es im Unterschied zu 1926 nicht am Rande des Friedhofs, sondern am Eingang aufzustellen. Am 14. Januar 1951 wurde die renovierte Gedenkstätte eingeweiht. Wilhelm Pieck, der Präsident der DDR, der in den zwanziger Jahren die Errichtung des Denkmals initiiert und gefördert hatte, hielt aus diesem Anlaß eine Rede:

»Wir ehren mit dieser Gedenkstätte die Toten aus fünf Jahrzehnten deutscher Arbeiterbewegung. wir wollen mit der gemeinsamen Ehrung der alten Sozialisten und der in der Weimarer Republik und unter dem Hitler-Faschismus gefallenen und ermordeten Kämpfer unsere unverbrüchliche Treue zur großen sozialistischen Idee zum Ausdruck bringen (...)«²

Pieck betonte die Treue der SED zur »großen sozialistischen Idee«. Interessant ist, daß die Treue über die Erinnerung an die »alten« Sozialisten, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ausgedrückt wird. Daß historische Persönlichkeiten zugleich herausragende politische Symbole sind, ist bekannt. Historische Personen, die mittels einer Gedenkstätte, einer Briefmarke, eines Straßennamens oder eines Denkmals verewigt werden, repräsentieren politische Ideen und historische Traditionen, die für das politische Kollektiv dadurch verbindlich werden. Derart wird unter anderem das gültige Geschichtsbild präsentiert, das somit zum wesentlichen Bestandteil der offiziellen Identität wird. Die Gruppe der Helden, zu denen auch Lebende gehören können, bildet eine eigene Kategorie politischer Symbole die im weiteren als das »Pantheon« bezeichnet wird. Allerdings sind die Mitglieder dieses Pantheons, im Unterschied zum antiken Original, keine Götter, sondern historische Gestalten, die auf unverkennbare Weise bestimmte politische Orientierungen und Ideologien repräsentieren.

¹ *Tagesspiegel*, 19. 12. 1945.

² *Neues Deutschland*, 15. 1. 1951.

Daß das Pantheon der DDR zu einem Teil des öffentlichen Lebens gemacht wurde, gehörte zum Gestaltungsprozeß des kanonischen Symbolsystems – und der politischen Identität der DDR. Das nach 1945 entstandene Pantheon der DDR muß vor dem Hintergrund des früheren deutschen Pantheons gesehen werden. Dabei hat die Frage nach der Zugehörigkeit dieser oder jener Persönlichkeit zum nationalen Pantheon politische Bedeutung ersten Ranges. In den zwanziger Jahren versuchten die Kommunisten erfolglos, die Vertreter der monarchistischen Tradition aus dem republikanischen Pantheon auszuschließen. Die Nationalsozialisten schufen nach 1933 ein nationales Pantheon, das nach ihrer »richtigen« Auffassung von deutscher nationaler Identität zugeschnitten war. Die veränderten politischen Kräfteverhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945 führten dazu, daß die politische Hegemonie in der SBZ/DDR sich in den Händen einer politischen Bewegung befand mit einer kohärenten Ideologie und einer fest umrissenen, bewußten historischen Tradition. Derart wurde das Pantheon der kommunistischen Bewegung zum staatlichen Pantheon.

1. Kapitel

Ernst Thälmann

»Als Thälmann U-Bahn fuhr (und Thälmann fuhr U-Bahn), ließ er sich nicht träumen, daß die Stationsschilder »Kaiserhof« einmal durch »Thälmannplatz« ersetzt werden würden. Gewiß, Thälmann hat seine Träume gehabt, und wer weiß, wie weitreichend sie gewesen sein mögen. Daß er diesen Bahnhof so gesehen hat, ist unwahrscheinlich.«

Heinz Knobloch
Angehaltener Bahnhof

Ernst Thälmann ist das ranghöchste Mitglied des DDR-Pantheons. Zunächst werden zwei Ereignisse dargestellt, anhand derer die Bedeutung des Symbols »Thälmann« in der DDR und in der BRD zu erkennen ist. Man beachte, daß die Ereignisse nahezu gleichzeitig stattfanden.

Hamburg, März–April 1985 – Anfang März schlug der sozialdemokratische Bürgermeister der Hansestadt vor, einen Platz nach Thälmann, dem Sohn der Stadt, zu benennen. Der Vorschlag rief heftigen Widerstand hervor. Die christdemokratische Fraktion im Senat begründete ihren Widerstand damit, daß Thälmann ein »unerbittlicher Gegner der Demokratie« gewesen sei. Sozialdemokratische Abgeordnete dagegen betonten die historische Bedeutung des Führers der deutschen kommunistischen Partei in den Jahren vor Hitlers Machtergreifung. Am 11. April 1985 wurde ein Platz in Eppendorf – Thälmanns Wohnort – »Thälmannplatz« benannt.³

Moskau, Mai 1985 – Anfang Mai 1985 stattete Staats- und Parteichef Erich Honecker anlässlich des vierzigsten Jahrestages der Kapitulation Deutschlands der Sowjetunion einen Staatsbesuch ab. Höhepunkt der Veranstaltungen, an denen Honecker teilnahm, war die Benennung eines Platzes nach Ernst Thälmann. Der Platz liegt am Leningradski Prospekt, einer der Hauptstraßen der sowjetischen Hauptstadt, die zum Moskauer Flughafen führen. Bei der Gelegenheit wurde auch der Grundstein für ein geplantes Thälmann-Denkmal gelegt.⁴

Dem Hamburger Beispiel ist zu entnehmen, daß »Thälmann« in der BRD heftigen Widerstand hervorrief. Thälmann ist ein Symbol der antidemokratischen Tradition des Kommunismus, was mit seiner öffentlichen Verewigung nicht vereinbar sei. So lautete das Hauptargument der christdemokratischen Fraktion im Hamburger Senat gegen eine Umbenennung des Platzes nach Thälmann. In der DDR verhielt es sich jedoch genau umgekehrt: Thälmann ist das bedeutendste Mitglied des Staatspantheons und gleichsam das »Exportsymbol«

³ *Tagesspiegel*, 7. 3. 1985; 12. 4. 1985.

⁴ *Tagesspiegel*, 5. 5. 1985; 7. 5. 1985.

der DDR. Bereits 1958 hatte die Stadt Eisleben in der DDR der sowjetischen Stadt Puschkin – als Gegengeschenk für ein Lenin-Denkmal – ein Thälmann-Denkmal verehrt. Das Thälmann- und das Lenin-Denkmal wurden im Juli 1960 auf zwei DDR-Briefmarken dargestellt. Dadurch wurde Thälmann zum ostdeutschen Pendant zu Lenin. Die Tatsache, daß man Thälmann – und nicht beispielsweise Rosa Luxemburg – wählte, obwohl er im Gegensatz zu Lenin keinen bedeutenden Beitrag zur politischen Theorie des »wissenschaftlichen« Sozialismus geleistet hatte, war eine Anerkennung der ideologischen Überlegenheit der UdSSR.

Daß Thälmann zum wichtigsten Mitglied des DDR-Pantheons erklärt wurde, hängt auch mit dem Januskopf dieses spezifischen Symbols zusammen. Thälmann war einerseits der Führer der KPD, die unter seiner Leitung Ende der zwanziger Jahre zu einer kommunistischen Partei nach sowjetischem Muster wurde. So gesehen ist Thälmann der Gründervater des deutschen Kommunismus, vom stalinistischen Standpunkt aus gesehen des »richtigen« und »wahren« Kommunismus, der die »Kinderkrankheiten« des Linksradikalismus« überwunden hatte. Es war der kommunistische Aspekt, der in Hamburg vierzig Jahre nach Thälmanns Tod noch derart heftigen Widerstand hervorrief. Auf der anderen Seite war Thälmann Antifaschist, Opfer, Märtyrer, der für seine politischen Ansichten und für sein Eintreten für die Sache des Proletariats mit dem Leben bezahlte. Diese beiden Aspekte seiner Person sind auch auf den Thälmann gewidmeten Briefmarken dargestellt, die im August 1954 und im Juni 1955 herauskamen. Die erste erschien aus Anlaß des zehnten Jahrestages seiner Ermordung und akzentuierte den antifaschistischen Aspekt Thälmanns. Die zehn Monate später herausgegebene Briefmarke gehörte in die den »Führern der deutschen Arbeiterbewegung« gewidmete Serie. Sie betonte den kommunistischen Aspekt Thälmanns. Es waren diese beiden Aspekte, die Thälmann zum ranghöchsten Symbol im öffentlichen Pantheon der DDR machten.

Aber Thälmann war nicht von Anfang an das wichtigste Symbol im kanonischen Symbolsystem der DDR. Sein Vorstoß ins Zentrum des Symbolsystems kam mit einer – der wertvollsten – Briefmarke in der Serie »Persönlichkeiten«, die im Oktober 1948 in der sowjetischen Besatzungszone herausgegeben wurde. In dieser Serie erschien Thälmann neben Marx, Engels, Bebel, Hegel und Hauptmann. Es war die erste in der sowjetischen Besatzungszone herausgegebene Briefmarkenserie.

In den Jahren 1945–1948 wurde vor allem der antifaschistische Aspekt Thälmanns hervorgehoben. Thälmann war auf einer der drei Briefmarken dargestellt, die im Oktober 1945 in Mecklenburg zum Andenken an die »Opfer des Faschismus« herausgegeben wurden. In Leipzig war bereits 1945 eine Straße nach Thälmann benannt; in Berlin jedoch nicht – eine Tatsache, die von Bedeutung ist. Im britischen Sektor Berlins gab es einen vergeblichen Versuch, eine Straße nach Thälmann zu benennen. Im sowjetischen Sektor Berlins un-

ternahmen die Kommunisten keine derartigen Versuche. Bei der Suche nach einem neuen Namen für den »Horst-Wessel-Platz« stand die Wahl zwischen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht; der Name Thälmanns war für den »kommunistischen« Platz im Herzen Berlins damals nicht geeignet.

Das Symbol »Thälmann« kam zwar im öffentlichen Leben vor, aber unter der Rubrik »Antifaschisten«; Thälmann der »Kommunist« wurde verschwiegen. Dies war in Anbetracht der damaligen politischen Verhältnisse durchaus verständlich. Die Parole lautete: Eine politische Vereinigung der Arbeiterklasse auf der Basis von Gleichberechtigung beider Flügel der Arbeiterbewegung. Infolgedessen hätte der demonstrative Gebrauch des Symbols »Thälmann« – wegen der ihm anhaftenden doppelten Konnotation – den Kommunisten mehr schaden als nutzen können: »Thälmann« als Symbol der Stalinisierung des deutschen Kommunismus, oder »Thälmann« als der erklärte Feind der Sozialdemokratie, der die Sozialdemokraten als »Sozialfaschisten« beschimpfte. Dies hätte die potentiellen politischen Partner abschrecken können, und vor allem die Sozialdemokraten, mit denen zusammenzuarbeiten das damalige Ziel der Kommunisten war.

In der sowjetischen Besatzungszone veränderten sich im Oktober 1948 die politischen Bedingungen radikal: Im öffentlichen Leben setzte ein Stalinisierungsprozeß ein. Die SED wurde zu einer »neuen« Partei, das heißt zu einer Kaderpartei nach sowjetischem Muster; den »deutschen Weg zum Sozialismus« hatte man aufgegeben.⁵ Die Spaltung des Berliner Magistrats im November 1948 ermöglichte ab nun – da die SED nicht wie früher auf die politischen Kräfteverhältnisse im Magistrat und auf die politischen Kräfte in den Westsektoren der Stadt Rücksicht nehmen mußte – die öffentliche Präsentation des Symbols »Thälmann«. Im August 1949 beschloß der Ost-Berliner Magistrat, den »Wilhelmplatz« in »Thälmannplatz« umzubenennen. Auch die U-Bahnstation des Platzes sollte nicht mehr »Kaiserhof«, sondern »Thälmannplatz« heißen.⁶ Die Umbenennungen brachten das Symbol »Thälmann« auch in die ehemalige Reichshauptstadt, deren östlicher Teil zwei Monate später die Hauptstadt der DDR werden sollte. An der öffentlichen Zeremonie am 30. November 1949 nahmen, neben den Angehörigen Thälmanns, auch Präsident Pieck und Walter Ulbricht teil – die beiden ranghöchsten Politiker der DDR. Der Regierungschef und ehemalige Sozialdemokrat Otto Grotewohl war bei der Zeremonie nicht anwesend, wodurch sie zu einer rein kommunistischen Veranstaltung wurde. Von Thälmann habe man gelernt, so Ulbricht in seiner Rede, daß es nicht genug sei, nur nach Frieden zu streben, man müsse auch bereit sein, für ihn zu kämpfen. Auch der Platz sei, so Ulbricht, ein

⁵ Weber, *Kleine Geschichte der DDR*, Köln 1980.

⁶ *Neues Deutschland*, 19. 8. 1949; *Tägliche Rundschau*, 19. 8. 1949.

Symbol: »Aus einem Kriegshetzer-Platz ist ein Symbol des friedliebenden, aufbauenden Berlin geworden (...)«⁷

Die aktuellen Auseinandersetzungen, mit denen sich die SED damals konfrontiert sah, verliehen dem Symbol seine Bedeutung. Thälmann »der Märtyrer« oder Thälmann »der Kommunist« wurden nicht erwähnt; stattdessen hob Ulbricht die »nationalen« Bestrebungen Thälmanns hervor: Er habe seinerzeit gegen das Diktat von Versailles gekämpft, wie nun die SED gegen das Ruhrstatut. Der Kampf für Frieden und der nationale Aspekt machten ihn zum Leiter, Wegweiser und Vorbild. Die ihm zugeschriebenen Bedeutungen hingen selbstverständlich von der Zeit und von den unmittelbaren politischen Erfordernissen der Partei ab. Dennoch standen sie nicht im Widerspruch zur grundsätzlichen Bedeutung des Symbols.

Die endgültige Festlegung Thälmanns als ein bedeutender DDR-Held fand anlässlich seines achten Todestages am 19. August 1952 statt. An dem Tag wurde die Landesversammlung der Jugendorganisation der Partei eröffnet. 22 000 Delegierte versammelten sich im Dresdner »Walter-Ulbricht-Pionierpalast«. Dort gab man den Beschluß des Zentralrats der SED bekannt, demzufolge die staatliche Jugendorganisation künftig den Namen Thälmanns tragen würde. Damit sollte die pädagogische Funktion des Symbols unterstrichen werden. Der Glückwunschbrief des Zentralrats, unterzeichnet von den beiden Parteivorsitzenden Pieck und Grotewohl, hatte folgenden Wortlaut:

»Junge Pioniere!

Als Anerkennung für die Leistungen, die von euch, beim Lernen und bei der gesellschaftlichen Arbeit – besonders bei der Erfüllung der Pionieraufträge vollbracht werden, verleiht das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Organisation der Jungen Pioniere das Recht, den Namen

Ernst Thälmann

zu tragen. Dieser Name verpflichtet euch, stets zu lernen, zu arbeiten und zu kämpfen, wie Ernst Thälmann es tat! (...)

Im Geiste Ernst Thälmanns: vorwärts für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus!«⁸

Mit Benennung der staatlichen Jugendorganisation der DDR nach Ernst »Teddi« Thälmann wurde Thälmanns zentrale Stellung in der Hierarchie des kanonischen Symbolsystems besiegelt.

Zum 14. Todestag Thälmanns am 18. August 1958 wurde das erste Thälmann-Denkmal in der DDR enthüllt. Einen Monat später, im September, fand die Einweihung der in der Nähe von Weimar gelegenen nationalen Gedenkstätte

⁷ *Neues Deutschland*, 1. 12. 1949.

⁸ *Neues Deutschland*, 20. 8. 1952.

für die Opfer des Faschismus in Buchenwald statt. Das Thälmann-Denkmal wurde in Weimar auf dem »Platz der 56000« aufgestellt, so benannt nach den Opfern, die in Buchenwald den Tod fanden. Am 13. Juni beschloß man, den zentral gelegenen Platz in eine Gedenkstätte umzuwandeln. Vier Jahre später fand die Enthüllung des Denkmals statt; die 2,85 Meter hohe Bronzestatue zeigt Thälmann, wie dieser mit dem kommunistischen Handzeichen grüßt – eine bildnerische Umsetzung der Entschlossenheit und des Kampfgeistes Thälmanns.

In Anbetracht der hohen Stellung Ernst Thälmanns im Pantheon der DDR überrascht die Tatsache, daß ihm in der Hauptstadt der Republik lange Zeit kein zentrales Denkmal gesetzt wurde. Dies änderte sich im April 1986, als man ihm zu seinem 100. Geburtstag in Ost-Berlin ein Denkmal widmete. Das Denkmal ist ein Werk des sowjetischen Bildhauers Tomsy, der in Ost-Berlin auch das monumentale Lenin-Denkmal gestaltete. Daß ausgerechnet ein sowjetischer Bildhauer das zentrale Thälmann-Denkmal schuf, konnte an und für sich schon als symbolischer Akt gedeutet werden.

2. Kapitel

Der sozialistische Sektor

1. Die ideologischen Väter

Schon die Staatsideologie der DDR nennt die beiden bedeutendsten Namen, die sie entwickelt hatten: Marx und Lenin. Aber zu den Vätern des Marxismus-Leninismus gehörten auch Friedrich Engels und – bis zur Entstalinisierung nach dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion – Josef Stalin. Die Frage nach den ideologischen Vätern richtete sich nach den beiden Hauptrichtungen des europäischen Marxismus: Nach der Sozialdemokratie, die zwar Marx und Engels, nicht aber Lenin und natürlich nicht Stalin anerkannte; und nach dem Kommunismus, der den Beitrag Lenins (und zu einer bestimmten Zeit auch Stalins) zur politischen Doktrin als grundlegendes Fundament betrachtete. Die Anerkennung Lenins und vor allem Stalins bedeutete auch Anerkennung der entscheidenden Rolle der Sowjetunion im internationalen politischen Kampf. Die lokalen ideologischen Väter, wie Mao Tse-tung in China oder Enver Hodscha in Albanien waren »nationale Abweichungen« von der bedingungslosen Treue zur Sowjetunion. Ganz anders verhält es sich in der DDR. Die Tatsache, daß der Vater des wissenschaftlichen Sozialismus und sein Nachfolger dem deutschen Volk angehören, ist allenfalls ein Grund, stolz zu sein, aber ohne jede konkrete politische Bedeutung.

Mit der offiziellen Proklamation auf dem 4. Parteitag der SED im April 1952 begann in der DDR, was man als die »sozialistische Ära« bezeichnete. Die Namen der ideologischen Väter waren jedoch schon vorher in der Öffentlichkeit präsent. In Leipzig und Berlin wurden beispielsweise schon 1945 Straßen nach Marx benannt. Zu dem Zeitpunkt gehörten Marx und Engels allerdings auch dem sozialdemokratischen Pantheon an.

1948 kamen in der sowjetischen Besatzungszone Briefmarken und 1964 Geldscheine mit ihren Bildnissen heraus: Auf dem 50-Markschein war Engels und auf dem 100-Markschein Marx dargestellt. Die beiden anderen Symbole – Lenin und Stalin – besitzen neben ihrem ideologischen Wert auch noch eine andere Bedeutung: Sie signalisieren die sowjetische Orientierung des DDR-Regimes, eine Anerkennung der Sowjetunion als führende ideologische und politische Kraft. Die Präsentation dieser Symbole auf offiziellen Symbolträgern begann erst Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre und vermittelte auf unmißverständliche Weise die politisch-ideologische Orientierung der erst kurz zuvor gegründeten DDR.

1.1 Marx und Engels

Auf der 1.-Mai-Demonstration 1951 in Ost-Berlin versammelten sich ungefähr eine Million Menschen auf dem Platz, der eigens dafür geplant und gebaut worden war. Am 13. April, ungefähr drei Wochen vor der traditionellen Demonstration, erhielt der Platz den Namen »Marx-Engels-Platz«.⁹ Dies war eine klare politische Deklaration. Der Ost-Berliner Platz war das Gegenstück zum »Roten Platz« in Moskau, wo alle politischen Paraden und Versammlungen des Regimes abgehalten wurden.

Das Jahr 1953 wurde in der DDR zum Karl-Marx-Jahr erklärt. In dem Jahr erschien das Symbol auf vielen Symbolträgern: Briefmarken trugen sein Bild, eine Universität und sogar eine Stadt wurden nach Marx benannt. Am 14. März 1953, zum 70. Todestag von Karl Marx, kam eine ihm gewidmete Briefmarkenserie heraus.¹⁰ Auf der teuersten Marke war die Karl-Marx-Medaille vor dem Hintergrund der in Ost-Berlin gebauten Stalinallee dargestellt. Diese Gestaltung sollte die Verbindung zwischen dem ideologischen Urheber und der aktuellen Gegenwart herstellen. Zu seinem 135. Geburtstag am 6. Mai 1953 schrieb das Parteiorgan der SED: »Das deutsche Volk ehrt Karl Marx (...), den größten Sohn der deutschen Nation.«¹¹ In den folgenden Tagen erschien das Symbol »Marx« in verschiedenen Formen und auf unterschiedlichen Symbolträgern in der gesamten Deutschen Demokratischen Republik. Auf Initiative der Regierung wurde in Leipzig die dortige Universität in »Karl-Marx-Universität Leipzig« umbenannt.¹² Marx hatte nicht in Leipzig, sondern in Berlin studiert, aber die Berliner Universität war seit 1948 nach Humboldt benannt. Sie ehrte ihren berühmten Sohn statt dessen mit einer Büste, die in der Eingangshalle der Universität aufgestellt wurde.¹³

Das größte Ereignis jedoch war die Umbenennung der sächsischen Stadt Chemnitz in Karl-Marx-Stadt. Karl Marx war in Trier geboren, studierte in Berlin und war im Rheinland tätig, hatte also nichts mit Chemnitz zu tun. Die Verbindung zur Stadt wurde daher über die Arbeiterklasse hergestellt. Chemnitz, die drittgrößte Stadt Sachsens, ist eine Industriestadt, die im 19. Jahrhundert zum Zentrum der Maschinenbauindustrie avancierte. Außer ihrem proletarischen Charakter und der Industriekonzentration zeichnete sich die Stadt weder durch berühmte Söhne noch durch architektonische Bauwerke aus. Daher wurde in den Meldungen der DDR-Presse vor allem der proletarische Charakter der Stadt betont: »Karl Marx-Stadt – ein Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung.«¹⁴

⁹ *Verordnungsblatt für Groß-Berlin* 7, 1951; 2, Nr. 23.

¹⁰ Michel. Briefmarken-Katalog Deutschland 1982, 264.

¹¹ *Neues Deutschland*, 7. 5. 1953.

¹² *Neues Deutschland*, 6. 5. 1953.

¹³ *Neues Deutschland*, 7. 5. 1953.

¹⁴ *Neues Deutschland*, 10. 5. 1953.

An anderer Stelle heißt es ausführlicher:

»Es gibt wenige Städte in unserer Republik, die auf so ruhmvolle, stolze Kämpfe des Proletariats gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, für die Befreiung der werktätigen Menschen vom kapitalistischen Joch zurückblicken können wie Chemnitz.«¹⁵

Der neue Name bedeutete zwar eine Ehre für die Stadt, brachte aber auch viele Verpflichtungen mit sich:

»Chemnitz wird Karl-Marx-Stadt heißen, weil sich die Chemnitzer Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse und ihre Partei dieses großen Deutschen würdig erweisen werden (...)«¹⁶

Kurz darauf erschienen Pressemeldungen, wonach die Arbeiter der Stadt versprachen, für Instandsetzungsarbeiten unentgeltliche Überstunden zu leisten; Schüler der Klasse 380c der Berufsschule I versprachen, ihre Schulleistungen zu verbessern, mit dem Ziel, die Abschlußprüfungen mit der Note »Gut« zu bestehen.¹⁷

Man sollte meinen, daß die Namensverleihung mit Prunk und Glanz gefeiert wurde; aber dem war nicht so. Das Ereignis in Chemnitz wurde von der Benennung eines neuen Industrieorts nach Stalin überschattet. Obgleich die Stadt Chemnitz größer und wichtiger war, so war Stalin in der damaligen politischen Konstellation das wichtigere Symbol. Das Chemnitzer Ereignis beschränkte sich darauf, daß Grotewohl und seine Begleiter durch die Straßen der Stadt gingen; Ulbricht war Ehrengast bei der Parallelveranstaltung in der nach Stalin benannten Industriestadt.

Die Umbenennung der sächsischen Stadt faßte man in Westdeutschland als Provokation und als »Bolschewisierung« der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands auf. Auf der westdeutschen Landkarte behielt die Stadt Chemnitz ihren Namen bei: Die Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung bedeutete gleichzeitig die Nichtanerkennung der Veränderungen der kanonischen DDR-Symbole.

Als Reaktion auf die Umbenennung in Sachsen beantragte die liberale Fraktion am 12. Mai 1953 in der West-Berliner Bezirksversammlung Neukölln, den Namen der Hauptstraße des Bezirks, die »Karl-Marx-Straße«, in »Chemnitzer Straße« zu ändern. Der Antrag wurde Anfang Juni besprochen.¹⁸ Die Umbenennung begründete der Vorsitzende der Liberalen wie folgt:

¹⁵ *Neues Deutschland*, 10. 5. 1953.

¹⁶ *Neues Deutschland*, 10. 5. 1953.

¹⁷ *Neues Deutschland*, 7. 5. 1953.

¹⁸ *Neues Deutschland*, 13. 5. 1953.

»Wir sollten einmal klar und deutlich zeigen, daß die Bewohner des größten Berliner Arbeiterbezirks mit derartigen Tendenzen nicht einverstanden sind (...)«¹⁹

Darauf antwortete ein Abgeordneter der regierenden sozialdemokratischen Fraktion:

»(...) Karl Marx ist eine Persönlichkeit der deutschen Geschichte, dem seinerzeit in Neukölln durch die Namensgebung ein Denkmal gesetzt wurde (...)«

Ein Abgeordneter der christdemokratischen Fraktion meinte dazu, seine Fraktion erkenne zwar die historische Bedeutung von Karl Marx an, unterstütze aber den Antrag der liberalen Fraktion, obgleich sie ihn anders verstünde: »(...) Wir fassen jedoch den FDP-Antrag nicht so auf, daß sein Name aus Neukölln ausgemerzt werden soll (...)«

Der Antrag auf Umbenennung der Neuköllner »Karl-Marx-Straße« richtete sich nicht gegen die Person Karl Marx, sondern ausschließlich gegen die Umbenennung von Chemnitz. Aber die sozialdemokratische Fraktion willigte nicht ein, das Symbol aus dem öffentlichen Leben zu entfernen. Nicht ohne Pathos versprach der sozialdemokratische Abgeordnete Gehrke:

»(...) Solange die SPD in Neukölln die Verwaltungsgeschäfte führt, wird die Straße, die an dem Rathaus vorbeiführt, Karl-Marx-Straße heißen (...)«

Bei der Abstimmung wurde der Vorschlag mit 25 zu 19 Stimmen abgelehnt. Als Kompromiß schlug die SPD vor, eine andere Straße in Neukölln in »Chemnitzer Straße« umzubenennen.²⁰ Aber das Thema stand nicht mehr auf der Tagesordnung der Delegiertenversammlung.

Im September 1971 wurde in »Karl-Marx-Stadt« ein Marx-Denkmal enthüllt.²¹ Es sollte die Verbindung zwischen dem Namensgeber und der Stadt stärken. Am 5. Oktober kam eine Briefmarke mit dem neuen Denkmal heraus.²² Zum 150. Geburtstag von Karl Marx wurden im April 1968 drei Briefmarken herausgegeben.²³

Der Name Engels erscheint meist zusammen mit den übrigen ideologischen Vätern, wie beispielsweise im Ost-Berliner »Marx-Engels-Platz« oder auf verschiedenen Briefmarken. Allerdings kommt »Engels« auch alleine vor. 1951, nachdem man die preußischen Symbole aus Berlin entfernt hatte, wurde im Bezirk Pankow eine Straße nach Engels benannt.²⁴ 1955, Engels 60. Todes-

¹⁹ Protokoll der Sitzung der Bezirksversammlung Neukölln vom 3. 6. 1953.

²⁰ *Tagesspiegel*, 4. 6. 1953.

²¹ *Neues Deutschland*, 10. 10. 1953.

²² Michel, 338.

²³ *Ibid.*, 319.

²⁴ *Verordnungsblatt für Groß-Berlin* 7, 1951; 2, Nr. 40.

jahr, erklärte man in der DDR zum »Friedrich-Engels-Jahr«. In dem Jahr kamen sechs Briefmarken heraus, die verschiedene Abschnitte im Leben Engels' darstellten.²⁵ Die teuerste Marke in dieser Serie stellte eine Szene aus dem Barrikadenkrieg von 1848 dar. Sie unterstrich das revolutionäre Element im politischen Wirken Engels. Man verlieh der 1959 gegründeten DDR-Militärakademie seinen Namen, als Anerkennung für Engels Beitrag zur marxistischen »Kriegswissenschaft« und als Ausdruck der Unterordnung der Armee unter die offizielle Ideologie.

Auch im nichtmarxistischen Westdeutschland kamen Briefmarken zu Ehren von Karl Marx und Friedrich Engels heraus. In der BRD drückten sie allerdings nicht Anerkennung einer Ideologie aus, sondern Hochachtung für den Beitrag, den beide zum westlichen Denken geleistet hatten. Die Präsentation der beiden Symbole hing jedoch vom jeweiligen nationalen und internationalen politischen Klima ab. In der Bundesrepublik kamen die Briefmarken mit Marx und Engels erst Ende der sechziger Jahre heraus. Seit 1966 war die sozialdemokratische Partei an der Bonner Regierung beteiligt. So kam Marx im April 1968, anlässlich seines 150. Geburtstages, auf eine westdeutsche Briefmarke. Man bemühte sich, die Darstellung so neutral wie möglich zu halten, »Karl Marx – Philosoph und Ökonom«, hieß die offizielle Bezeichnung.²⁶ Im November 1970 kam eine Friedrich-Engels-Briefmarke heraus, aus Anlaß seines 150. Geburtstages.²⁷ Aber für die Briefmarken der Deutschen Bundespost hatte man das nahezu unbekannte Porträt des jungen Engels gewählt. Wer sich nicht die Mühe machte und die Aufschrift las, erkannte den Mitarbeiter und Nachfolger von Karl Marx nicht.

1.2 Lenin

In Eisleben errichtete man Anfang Mai 1948 das erste Lenindenkmal der DDR. An der Enthüllungszeremonie nahm als Vertreter der SED auch Walter Ulbricht teil. Anwesend waren auch Vertreter der sowjetischen Militärverwaltung, da das erste Lenin- – und erste sozialistische – Denkmal in der DDR ein Geschenk der Sowjetunion war. Es handelte sich um eine Bronzestatue, die vor dem Einmarsch der Wehrmacht in die Sowjetunion in der Stadt Puschkin bei Leningrad stand. Die Deutschen überführten das Denkmal nach Eisleben, mit der Absicht, es einzuschmelzen. Deutsche Kommunisten und sowjetische Zwangsarbeiter konnten unter Einsatz ihres Lebens das Einschmelzen verhindern. Als Soldaten der Roten Armee in Eisleben einmarschierten, fanden sie das Denkmal aufgestellt. Die Rettung des Denkmals wurde zum Mythos. Dazu gehörte auch der Ausruf eines sowjetischen Soldaten beim Anblick des Denkmals: »Schaut, Genossen, Lenin ist uns zugekommen.« Das Denkmal wur-

²⁵ Michel, 272.

²⁶ Ibid., 161.

²⁷ Ibid., 166.

de zunächst in die Sowjetunion zurückgebracht, kehrte aber später wieder nach Eisleben zurück. Die Arbeiter von Eisleben übergaben einige Zeit später den Genossen in Puschkin ein Ernst-Thälmann-Denkmal als Gegengeschenk. Die Tatsache, daß im Mai 1948 in der DDR zum ersten Mal ein Lenin-Denkmal errichtet wurde, spiegelte die politischen und ideologischen Veränderungsprozesse in der sowjetischen Besatzungszone wider, die man zusammenfassend als »Stalinisierung« des politischen Lebens bezeichnen kann. Das Aufstellen des Lenin-Denkmal war eine Anerkennung der ideologischen Überlegenheit der kommunistischen Partei und damit auch der führenden politischen Rolle der Sowjetunion. Es war ein endgültiger Schlußstrich unter der bis dahin gültigen These vom »deutschen Weg zum Sozialismus«.

In Ost-Berlin tauchte das Symbol »Lenin« zum ersten Mal anlässlich seines 70. Geburtstags auf. Am 22. April 1950 wurden die »Landsberger Straße«, der »Landsberger Platz« und die »Landsberger Allee« in »Leninallee« und »Leninplatz« umbenannt; die »Straße« war bei der Umbenennung verschwunden. Auch die S-Bahnstation auf dem Platz wurde nach Lenin benannt. An der Feier nahmen außer Ulbricht und Grotewohl auch der sowjetische Botschafter Puschkin teil. In seiner Rede dankte Hermann Matern der Sowjetunion für die der DDR geleistete Hilfe.²⁸ Die Feier geriet zu einer Freundschaftsdemonstration zwischen den beiden Ländern. Die neuen Straßenschilder wurden zu den Klängen der DDR-Nationalhymne vom stellvertretenden Ost-Berliner Bürgermeister Gohr enthüllt. Nach Ende der Feier marschierten die Anwesenden in Richtung Bebelplatz ins Stadtzentrum, wo noch am selben Abend eine Friedensdemonstration stattfand. Die Feier zu Ehren Lenins wurde so direkt mit dem aktuellen politischen Kampf der SED in Verbindung gebracht.

Die in den Arbeiterbezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg vorgenommene Umbenennung von Straße und Platz nach Lenin war die erste Verewigung des Vaters der Oktoberrevolution in Ost-Berlin. Zwanzig Jahre später, am 7. Oktober 1968, zum 100. Geburtstag Lenins, legte man den Grundstein für die Neugestaltung des Leninplatzes. Der Platz sollte in einer feierlichen Zeremonie im April 1970 eingeweiht werden. Im Parteiorgan der SED stand über die Bedeutung des Symbols »Lenin« folgendes:

»Lenins Name – ein flammender Aufruf, das Symbol kämpferischer Einheit und das Unterpfand aller unserer Siege (...)«²⁹

Im Verlauf der Zeremonie auf dem Leninplatz wurde das monumentale Standbild enthüllt, das der sowjetische Bildhauer und Präsident der sowjetischen Kunstakademie Nikolaj Tomschy entworfen hatte. Es ist 19 Meter hoch und aus rotem ukrainischen Granit. Um den Platz herum lagen drei Terrassen-Wohn-

²⁸ *Neues Deutschland*, 23. 4. 1950.

²⁹ *Neues Deutschland*, 22. 4. 1950.

blöcke mit jeweils 17, 21 und 25 Stockwerken. Die Einweihungszeremonie des Denkmals und des Wohnkomplexes war ein Massenereignis. In seiner Rede sagte Ulbricht: »(...) Einen der schönsten Plätze des neuen Berlins haben wir Lenin gewidmet (...)«³⁰

Der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, ging in seiner Rede auf die sowjetisch-deutsche Freundschaft ein, für die, in seinen Worten, das Lenindenkmal ein Symbol sei: »(...) Das ist symbolisch, Genossen! Das ist die unerschütterliche sowjet-deutsche Freundschaft in Aktion! (...)«³¹

Auch Ulbricht sprach vom Denkmal als einem »Sinnbild deutsch-sowjetischer Freundschaft«. Es ist bezeichnend, daß sowohl das Ost-Berliner als auch das Eislebener Denkmal sowjetische Werke waren. Derart wurden beide Denkmäler zum Symbol deutsch-sowjetischer Freundschaft und zum Ausdruck eines »proletarischen Internationalismus«.

Die Darstellung Lenins auf den Briefmarken der DDR kam erst relativ spät auf. Im Juli 1960 kamen zwei Briefmarken heraus: Eine Marke stellte das Lenin-Denkmal in Eisleben dar, die andere das Thälmann-Denkmal in Puschkin.³² In den folgenden Jahren erschienen mehrere Lenin-Briefmarken. Im April 1961 kam zum fünfzehnjährigen Bestehen der SED eine Briefmarke heraus, auf der Lenin zusammen mit Marx und Engels dargestellt war.³³ Zum 100. Geburtstag Lenins im April 1970 erschienen fünf Briefmarken.³⁴ Die beiden teuersten Marken stellten erneut das Lenindenkmal in Eisleben und das neue Denkmal in Ost-Berlin dar, das drei Tage später eingeweiht werden sollte. Im Januar 1973 kamen zwei Briefmarken unter dem vagen Titel »Bauwerke« heraus.³⁵ Auf der einen Marke ist das zwei Jahre zuvor eingeweihte Karl-Marx-Denkmal in Karl-Marx-Stadt zu sehen; auf der anderen das Lenin-Denkmal in Ost-Berlin, das drei Jahre vor Herausgabe der Briefmarke eingeweiht worden war.

2. Stalin: Kanonisierung und Entkanonisierung

Der 70. Geburtstag des sowjetischen Führers Ende Dezember 1949 wurde in allen Ostblockländern feierlich begangen. Die Presse widmete der Person Stalins ganze Seiten, ihm zu Ehren wurden Lebenshymnen verfaßt und in den osteuropäischen Hauptstädten Straßen nach ihm benannt.

Die Feierlichkeiten in Verbindung mit Stalins Geburtstag waren ein deutlicher

³⁰ *Neues Deutschland*, 20. 4. 1950.

³¹ *Neues Deutschland*, 20. 4. 1950.

³² Michel, 285.

³³ *Ibid.*, 288.

³⁴ *Ibid.*, 329.

³⁵ *Ibid.*, 329.

Hinweis auf die Stalinisierung des politischen Lebens in den Ostblockländern. Auf politischer Ebene hatte die Ausbreitung des Personenkults von Moskau in die übrigen Länder des Ostblocks eine doppelte Bedeutung: Zum einen war es ein Zeichen, daß die kommunistische Partei des jeweiligen Landes ihre Machtposition konsolidiert hatte. Auf der anderen Seite drückte sich darin die politische Hegemonie der Sowjetunion aus.

Der Stalinkult war der gemeinsame Nenner zwischen den kommunistischen Staaten im Osten und den oppositionellen kommunistischen Parteien im Westen. Er bedeutet auch Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion und der sowjetischen kommunistischen Partei innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung. Der Kult und seine Rituale waren gleichermaßen in Moskau und Peking, Budapest und Ost-Berlin, Tirana und Sofia zu finden – ein Zeichen der politischen und ideologischen Einheit der kommunistischen Welt.

In Ost-Berlin wurde am 22. Dezember 1949 die Frankfurter Allee in »Stalin-allee« umbenannt. Die DDR-Presse pries den sowjetischen Führer und hob – in den Worten Otto Grotewohls – die Vorzüge des »Freundes und Helfers des deutschen Volkes« hervor.³⁶ Das Parteiorgan der SED bezeichnete ihn gar als »Genius unserer Epoche«.³⁷ Auf einer feierlichen Sitzung in der Ost-Berliner Staatsoper wurde die Frage beantwortet: »Warum wir Deutschen Stalin feiern?«.³⁸

Der Höhepunkt der Feierlichkeiten fand auf der Frankfurter Allee unter freiem Himmel statt.³⁹ Die alten Straßenschilder hatte man bereits in den Mittagsstunden abmontiert. Am Nachmittag versammelten sich Tausende von geladenen Gästen auf der mit Fahnen und Parolen geschmückten Straße. Die Zeremonie begann um fünf Uhr in Anwesenheit führender Politiker der DDR-Regierung, des sowjetischen Botschafters Puschkin und des Generals Kotikow, der sowjetische Vertreter bei der Alliierten Kontrollkommission. Der Ost-Berliner Bürgermeister Friedrich Ebert hielt sich anlässlich der dortigen Veranstaltungen in Moskau auf. Die Enthüllung der neuen Straßenschilder übernahm daher der stellvertretende Bürgermeister Dr. Schwarz. Danach marschierten die Teilnehmer in zwei Reihen die Straße entlang; die Mitglieder der staatlichen Jugendbewegung FDJ trugen Fackeln. Das Polizeiorchester spielte russische und deutsche Volkslieder, Revolutionslieder und die Nationalhymnen der DDR und der UdSSR. Die Veranstaltung endete mit einem Feuerwerk, wodurch alle ein riesiges, am Straßenrand aufgestelltes Stalinbild sehen konnten, auf dem geschrieben stand: »Die Arbeiter der Welt gratulie-

³⁶ *Neues Deutschland*, 21. 12. 1949.

³⁷ *Neues Deutschland*, 20. 12. 1949.

³⁸ *Neues Deutschland*, 22. 12. 1949.

³⁹ *Berliner Zeitung*, 22. 12. 1949.

ren«. Die ganze Zeremonie war eine Machtdemonstration, die die neuen politischen Bedingungen in der DDR widerspiegelte.

In Verbindung mit dem Jugend- und Studentenfestival im August 1951 wurde auf der Stalinallee ein Denkmal des sowjetischen Führers aufgestellt.⁴⁰ Das Festival hatte bereits im April und Mai zu einer »kosmetischen« Veränderung Ost-Berlins Anlaß gegeben. In den Monaten waren die preußischen Symbole von den Straßenschildern entfernt worden. Mit der Aufstellung des Stalin-Denkmal – ein für Hauptstädte des Ostblocks charakteristisches Wahrzeichen – wollte man den Gästen aus den Ostblockländern ein vertrautes Denkmal vorführen. Die 4,6 Meter hohe Bronzestatue war ein Werk des sowjetischen Bildhauers Tomsy, der zwanzig Jahre später auch das Lenin-Denkmal in Ost-Berlin schuf. Tomsy hatte Stalin mit verdecktem rechten Arm auf der Brust dargestellt; der Vergleich mit Napoleon war naheliegend. Sein Blick war geradeaus auf die Straße gerichtet, die seinen Namen trug.

Die DDR-Medien berichteten voller Stolz vom ersten Stalinmonument Deutschlands. Außer Präsident Pieck und Regierungschef Grotewohl nahm an der Enthüllungszeremonie auch Walter Ulbricht teil, der den Stalinkult in der DDR propagiert hatte. In seiner Rede dankte er Stalin und dem sowjetischen Volk für die Befreiung des deutschen Volkes vom Nazijoch, wodurch die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik erst möglich wurde. Ulbricht betonte auch, wie sehr das deutsche Volk dem Manne zu Dank verpflichtet sei, der es, so Ulbricht, der DDR ermöglicht hätte, sich der großen Gemeinschaft der »friedliebenden« Völker anzuschließen, die unter der Führung des sowjetischen Volkes und seines Führers Stalin für den Weltfrieden kämpft.

Auf der Ehrentribüne befand sich auch Erich Honecker, der Leiter der staatlichen Jugendbewegung FDJ. An sie wandte sich Ulbricht mit den Worten:

»(...) Möge dieses Kunstwerk Symbol des Kampfes für den Frieden sein, und vor allem die Jugend Deutschlands in ihrem Kampf um den Frieden und ein einiges und demokratisches Deutschland ermuntern (...)«⁴¹

Die Stalinallee mit ihrer stalinistischen Architektur sollte zum Mittelpunkt des »neuen«, sozialistischen Berlin werden. Der monumentale Stil ging von Moskau aus, von wo er in die anderen osteuropäischen Länder exportiert wurde. Im Mai 1952 begannen sowjetische Arbeiter, den Kulturpalast in Warschau zu bauen. Auch in Ost-Berlin waren sowjetische Architekten an der Planung des Stalinallee-Komplexes beteiligt.⁴² Der Gedanke war, in allen Metropolen des Ostblocks ein einheitliches architektonisches Bild zu schaffen; ein Zeichen der

⁴⁰ *Tägliche Rundschau*, 4. 8. 1951.

⁴¹ *Tägliche Rundschau*, 4. 8. 1951.

⁴² Für einen ausführlichen Bericht über die Baupläne des Stalinallee-Projekts, siehe: *Der Spiegel*, 20/1952, 25–29.

Zugehörigkeit der osteuropäischen Staaten zu einer von der Sowjetunion angeführten politischen Gemeinschaft.

Die zum Monumentalen neigende stalinistische Architektur konnte als sozialistische Antwort auf die Wolkenkratzer von Manhattan gedeutet werden. Aber die Architektur dieser Zeit war auch an konkrete politische Ideen geknüpft. Professor Hanselmann, der für das Stalinallee-Projekt verantwortliche Architekt aus der DDR, äußerte sich zur Aufgabe der damaligen Architektur:

»(...) Bauten der allernächsten Zeit sollen von echtem Pathos erfüllt sein (...) das eine emotionelle Kraft darstellt, die den Willen zum Handeln weckt (...)«⁴³

Im Juni 1952 veröffentlichte das Parteiorgan »Neues Deutschland« ein Foto mit den Moskauer Wolkenkratzern; ein typisches Beispiel stalinistischer Architektur. In der Bildunterschrift hieß es, sie seien »Symbole sowjetischer Friedensmacht«.⁴⁴ Zu dem Zeitpunkt hatte man bereits mit dem Bau der Stalinallee begonnen, die in den Medien als »die erste sozialistische Straße in Deutschland« bezeichnet wurde. Die Idee zur Neugestaltung der Straße existierte bereits zur Zeit ihrer Umbenennung im Dezember 1949, aber die Bauarbeiten, für deren Durchführung bis 1955 1,89 Millionen DDR-Mark erforderlich waren, begannen erst 1951.⁴⁵ Mitte der fünfziger Jahre war die Stalinallee gleichsam die sozialistische Antwort auf die preußische Prachtstraße Unter den Linden. Allein 1954 fanden auf dieser Straße 87 politische Demonstrationen statt.

In Anbetracht des Personenkults um Stalin ist es verwunderlich, daß der sowjetische Herrscher nur auf wenigen Briefmarken der Republik erscheint. Anlässlich des »Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft« kamen im Dezember 1951 zwei Briefmarken heraus. Auf den teuersten Marken waren die Führer der beiden Staaten, Stalin und Pieck, dargestellt.⁴⁶ Im März 1953 – im selben Monat, in dem Stalin starb – erschien eine Briefmarkenserie zum 70. Todesjahr von Marx. Auf einer Marke war Stalin neben Marx, Engels und Lenin dargestellt.⁴⁷ Diese Zusammensetzung zeigte Stalin als den rechtmäßigen Nachfolger in der »Dynastie«. Zum ersten Todesjahr Stalins kam eine Briefmarke mit Stalin heraus.⁴⁸ Dies war die erste und letzte Briefmarke der DDR, die ausschließlich Stalin gewidmet war.

⁴³ *Der Spiegel*, 2/1956, 3.

⁴⁴ *Neues Deutschland*, 22. 6. 1952.

⁴⁵ *Der Spiegel*, 2/1956, 46–47.

⁴⁶ Michel, 261.

⁴⁷ *Ibid.*, 264.

⁴⁸ *Ibid.*, 268.

Bis zu Stalins Tod beschränkte sich die Präsentation des Symbols vor allem auf die Hauptstadt, obwohl in der Provinz die Forderung erhoben wurde, man möge auch dort das Symbol »Stalin« in der Öffentlichkeit darstellen. Die FDJ an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg verlangte zum Beispiel, man solle die in der Eingangshalle der juristischen Fakultät aufgestellten Büsten von Melanchton und anderen Juristen entfernen und statt ihrer eine Stalinbüste aufstellen. Die SED-Fraktion in der Delegiertenversammlung in Erfurt (Thüringen) reichte einen Antrag ein, wonach der beschlagnahmte Besitz von Bürgern, die wegen »feindlicher Propaganda« verhaftet worden waren, zur Finanzierung eines »monumentalen« Stalin-Denkmal im städtischen Kulturpark verwendet werden sollte. Im Januar 1953 stimmte das Justizministerium in Ost-Berlin diesem Antrag zu.⁴⁹

Nach Stalins Tod im März 1953 setzte in der gesamten Republik eine große Verewigungswelle ein. Die Arbeiter des Stahlwerks in Riesa »beschlossen« im März 1953 Stalin zu Ehren ein Denkmal zu errichten, ein »Zeugnis von der großen Liebe und Verehrung, die auch die Riesaer Stahlwerker dem besten Freund des deutschen Volkes darbringen (...)«⁵⁰

Das Denkmal war ein Werk des Bildhauers Friedrich Rogge. Es wog 1,5 Tonnen und war 4 Meter hoch – monumental genug, um die Botschaft von der Größe des sowjetischen Führers zu vermitteln. »Das erste in Deutschland erbaute Stalindenkmal« wurde durch Spenden finanziert. Zum ersten Todesjahr Stalins deklarierte der Bildhauer:

»(...) Möge nun mein Werk, das Denkmal von Riesa, von allem dem sprechen, was mich bei der Gestaltung bewegte. Möge es alle Menschen lehren, Stalin richtig zu verstehen, ihn zu sehen, als das, was er wirklich war (...) [der] große Beschützer des Friedens, Freund und Führer der Schaffenden in der ganzen Welt (...)«⁵¹

Um das Aufstellen von Stalin-Denkmalen zu organisieren, beschloß der Zentralrat der »Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft«, ein Denkmal sei in jeder der 14 Bezirkshauptstädte zu errichten, denn

»(...) Für jede Bezirkshauptstadt muß es eine Ehre sein, dem weisen Führer des Weltfriedenlagers ein bleibendes Denkmal zu errichten (...)«⁵²

Halle war die erste Bezirkshauptstadt, die die Absicht äußerte, ein Stalin-Denkmal zu errichten. Man rief die Bevölkerung auf, freiwillig bei den Bauarbeiten zu helfen. Dort, wo die Reaktion nicht den Erwartungen entsprach, wurde auf die »Schläfrigen« mittelbar Druck ausgeübt. In Karl-Marx-Stadt

⁴⁹ IWE Nr. S/X/132/1961, 2.

⁵⁰ Ibid., 3.

⁵¹ Ibid., 3.

⁵² Ibid., 3.

(Chemnitz) wurde in der lokalen Parteizeitung, der »Volksstimme«, ein Leserbrief abgedruckt, in dem stand:

»(...) Ich schlage vor, in unserer Stadt bald ein Stalindenkmal zu errichten. Die Chemnitzer Bevölkerung wird durch ihre aktive Mithilfe bei der Errichtung eines solchen Standbildes die tiefe Liebe, Verehrung und Dankbarkeit zum Ausdruck bringen, die sie für den großen Freund des deutschen Volkes empfindet (...)«⁵³

Die Lokalzeitungen berichteten ausführlich über die »positive Reaktion« der Öffentlichkeit auf den Spendenaufruf zur Errichtung eines Stalin-Denkmal. Am 27. März schrieb die »Norddeutschen Neuesten Nachrichten«, auch in Bad Doboran sei mit Hilfe von Spenden ein Stalin-Denkmal errichtet worden. Einen Tag später gab man in Bautzen bekannt, dreißig Hausfrauen wären dem Aufruf des lokalen Parteikomitees gefolgt und hätten 101 Mark zur Errichtung des Denkmals gespendet. Im Bezirk Suhl wurden in Städten und Dörfern »Ehrentafeln« mit den Namen der Spender angebracht. In der Presse hieß es: »Warum fehlt dein Name?« Der drohende Ton erinnert an die Aufrufe, in denen Bürger während des Krieges zu Spenden für die Kriegsführung aufgefordert wurden. Aber das Andenken Stalins wurde nicht nur mittels Straßennamen und Denkmälern verewigt. Am 8. Mai 1953, am 8. Jahrestag der Befreiung, erhielt ein an der Oder gegründeter Industrieort den Namen »Stalinstadt«. Auch das dortige Stahlwerk wurde nach Stalin benannt: »Eisenhüttenkombinat J. W. Stalin«. Die Namen waren, so betonte das Parteiorgan »Neues Deutschland«, ein »Symbol des sozialistischen Aufbaus«.⁵⁴ Die Einweihungszeremonie fand neben dem Denkmal für die Gefallenen der sowjetischen Armee statt. In seiner Festrede erklärte Ulbricht die Stadt zur »ersten sozialistischen Stadt in Deutschland«. Der neue Name und die gesamte Zeremonie standen im Zeichen der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Sie war auch Hauptthema der Rede Ulbrichts.

Die öffentliche Präsentation des Symbols »Stalin« dauerte auch nach 1953 an.⁵⁵ Im März 1954 wurde in der thüringischen Stadt Gera der »Theaterplatz« in »Stalinplatz« umbenannt. Für die Errichtung einer Säulenhalle mit einem Stalindenkmal spendete die Stadt ungefähr 90000 Mark. Die Stadt Freiberg/S. gab eine Stalinbüste in Auftrag. In Weimar wurde ein Stalin-Denkmal errichtet. Die Mitglieder der städtischen Delegiertenversammlung waren aber mit dem künstlerischen Ergebnis nicht zufrieden. Ein Jahr später gaben sie ein Denkmal in Auftrag, das dem ähnelte, das in Berlin 1951 errichtet war. Im Dezember 1955 wurde es auf dem Karl-Marx-Platz aufgestellt. Noch im selben Monat

⁵³ Ibid., 3.

⁵⁴ *Neues Deutschland*, 9. 5. 1953.

⁵⁵ *IWE Nr. S/X/132/1961*, 5.

wurde in der Kreisstadt Hettstedt ein Denkmal des sowjetischen Führers enthüllt – es war das letzte Stalindenkmal, das in der DDR errichtet wurde.

Der 20. Parteitag der KPdSU läutete in der DDR und im ganzen Ostblock das Ende des Stalinkults ein. Die Enthüllungen über die Verbrechen Stalins wurden zwar geheimgehalten, aber die Botschaft, mit der die osteuropäischen Regierungschefs in ihre Heimatländer zurückkehrten, ließen keine Zweifel aufkommen, daß die Stalinära beendet sei; der Zauber Stalins, der das Objekt eines einzigartigen Personenkults war, war gebrochen. Ein charakteristisches Beispiel war das Schicksal des ehrgeizigen Projekts, das in Ost-Berlin auf beiden Seiten der Stalinallee im Bau begriffen war. Bereits 1954 äußerte Chruschtschow seine Bedenken gegen den stalinistischen Baustil. Der Angriff auf die Architektur war offenbar ein Vorgriff auf die spätere Kritik an Stalin.⁵⁶ Das Projekt war aber ohnedies nicht vom Glück begünstigt. Die Baukosten schwollen weit über das Geplante hinaus an, ohne daß dies zur Qualität beigetragen hätte: Die neuen Bauten waren ständig reparaturbedürftig. Die ausgewählten Bewohner – Parteiaktivisten oder um den Staat verdiente Arbeiter – mußten, um hier einziehen zu dürfen, strenge politische Disziplin und Hingabe an die Parteiarbeit an den Tag legen. Es ist daher kaum verwunderlich, daß die neuen Bewohner nicht sehr begeistert waren, und einige gar ihre neuen Wohnungen in der Stalinallee gegen eine andere in einem anderen Stadtbezirk eintauschen wollten.⁵⁷

Die Haltung der Bevölkerung zu Stalin war ambivalent – entgegen dem Eindruck, den die DDR-Presse zu vermitteln suchte, als sie 1953 von scheinbar spontanen Kundgebungen der Bewunderung für Stalin berichtete. Während des Aufstandes in der DDR im Juni 1953 wurde das Denkmal in der Stalinallee umgestürzt; der Aufstand hatte zur großen Schande des Regimes auf einem der Bauplätze in der Stalinallee begonnen.

Wie schon erwähnt gehörte die Stadt Halle zu den ersten Bezirkshauptstädten, die öffentlich ihre Absicht kundtaten, ein Stalin-Denkmal zu errichten. Eineinhalb Jahre später, im Oktober 1954, beschlossen die Stadträte, daß ihnen ein Lenindenkmal wichtiger sei. Das Stalin-Denkmal wurde auf den zweiten Fünfjahresplan verschoben – und niemals errichtet.

Noch im Dezember 1955, wenige Monate vor dem 20. Parteitag der KPdSU, wurden in der DDR neue Stalin-Denkmäler errichtet. Die Enthüllungen des 20. Parteitags riefen in den Reihen der SED ideologische Erschütterungen hervor; vor allem die jüngeren Mitarbeiter hatten an Stalin als ideologischen Führer geglaubt und ihn als Vaterfigur verehrt. Die Parteiführung mit Ulbricht an der Spitze scheute keine Mühe, den Parteimitgliedern die Konsequenzen des

⁵⁶ *Der Spiegel*, 48/1955, 67; *Der Spiegel*, 2/1956, 4.

⁵⁷ *Der Spiegel* berichtet über die Altkommunistin Bertha Lange, die ihre ›Luxus‹-Wohnung in der Stalinallee über eine Zeitungsannonce tauschen wollte und deshalb vor dem lokalen Parteikomitee Rechenschaft ablegen mußte: *Der Spiegel*, 52/1955, 47.

Parteitags auseinanderzusetzen – obwohl dies manchmal zu unangenehmen Fragen führte, die direkt an Ulbricht und seiner Propagierung des Stalinkults gerichtet waren.⁵⁸

Während viele Parteimitglieder nach den Enthüllungen erschüttert waren, hielten es gleichzeitig einige für angebracht, die Stalin-Denkmäler gemäß der neuen Doktrin zu entfernen und die nach ihm benannten Straßen umzubenennen. So veranlaßte der 19jährige Gerhard Borse, Leiter einer Berliner Gruppe Junger Pioniere, die Umbenennung seiner nach Stalin benannten Gruppe. Im April 1956 schlug er dem Bezirkssekretär der FDJ in Berlin vor, die Gruppe statt dessen nach dem berühmten sowjetischen Pädagogen Makarenko zu benennen. Sein Vorschlag wurde abgelehnt; nicht weil es schon neun andere Makarenko-Gruppen gab, sondern weil »ihn der ideologische Feind – der Westen – dazu verführt habe, diesen Vorschlag zu machen.«⁵⁹ Im November 1956 fragten Vertreter der Rostocker Intelligenz bei der Stadtverwaltung an, ob es nicht an der Zeit sei, der »Stalinstraße« ihren alten Namen zurückzugeben. In der Antwort hieß es, in dieser Angelegenheit entscheide nicht die Stadtverwaltung, sondern das Kultusministerium in Ost-Berlin.⁶⁰ Die Stadtverwaltungen waren zwar in kommunalen Angelegenheiten souverän, bei Straßennamen aber entschied die politische Zentrale in der Hauptstadt.

Im Dezember 1956 erläuterte der erste Sekretär der SED-Kreisleitung Hettstedt, Herbert Ringel, die offizielle Einstellung der Partei zum Thema Stalin-Denkmäler:

»(...) Die Zeit der Bilderschänder und Denkmalstürmer ist vorbei und gehört der Vergangenheit an. Wenn die Werktätigen einer Person ein Denkmal setzen, dann haben sie sich das gut überlegt (...)«⁶¹

In den Monaten November–Dezember 1961 wurden jedoch in der DDR alle Stalin-Denkmäler demoliert und alle Straßen umbenannt. Anlaß war der 22. Parteitag der KPdSU, in dessen Folge die Säuberungsaktion im ganzen Ostblock einsetzte. In der DDR sollte sie noch vor der 14. Sitzung des Zentralrats der SED beendet sein. Die letzte Änderung fand am 28. Dezember in Apolda statt, wo der »Stalinplatz« umbenannt wurde.⁶²

Wie schon in den Jahren 1953/54 ging auch die Entstalinisierung angeblich auf »lokale Initiative« zurück. Es lag an den örtlichen Delegiertenversammlungen, die Umbenennungen zu initiieren. In den offiziellen Zeitungsmeldungen der DDR wurde oft behauptet, die Umbenennung einer Straße gehe auf den aus-

⁵⁸ Über die Begegnungen zwischen den Parteiführern und dem Kader und die abgegebenen »Erklärungen« siehe: *Der Spiegel*, 13/1956; *Der Spiegel*, 17/1956.

⁵⁹ *Der Spiegel*, 17/1956, 22.

⁶⁰ *IWE* Nr. S/X/132/1961, 5.

⁶¹ *IWE* Hettstedt, 12. 11. 1956.

⁶² *IWE*, 2. 1. 1962.

drücklichen Willen der Bevölkerung zurück. Aber derartige Entscheidungen hingen auch direkt mit den Beschlüssen auf dem 22. Parteitag der KPdSU zusammen. Beispielsweise wurde die Entscheidung der Stadt Erfurt, die »Stalin-allee« umzubenennen, damit begründet.⁶³

Manchmal geschahen die Namensänderungen auf Initiative der örtlichen Zweigstellen der »nationalen Front«, wie beispielsweise in Weimar, wo der Stadtrat die Empfehlung der »nationalen Front« annahm und am 20. November 1961 beschloß, die »Stalinstraße« umzubenennen.⁶⁴ Nach und nach verschwand das Symbol »Stalin« aus dem öffentlichen Leben. Nicht nur die nach ihm benannten Straßen und Plätze erhielten neue Namen, auch die Stalin-Denkmäler in der DDR wurden entfernt. Die Reorganisierung der öffentlichen Erinnerung war mit beträchtlichen Unkosten verbunden. In der Stadt Halle berichtete der Stadtrat, daß die Kosten für den Austausch von 120 Straßenschildern etwa 3000 Mark betrugen.⁶⁵

Ein anderes Problem war, welchen neuen Namen die jeweilige Straße oder Allee, der jeweilige Platz oder Park erhalten sollten (siehe Tabelle unten). In manchen Städten wurde das Symbol »Stalin« durch Namen anderer Mitglieder des Pantheons ersetzt: In Halle durch Lenin, in Erfurt und Karl-Marx-Stadt durch Wilhelm Pieck. In anderen Orten erhielt die Straße ihren alten Namen zurück, wie in Schwerin oder Neu-Strelitz. In Gera nannte man eine Straße »Straße der Republik«, während der »Stalinpark« seit dem 17. November in »Park der Opfer des Faschismus« umbenannt wurde.

Mitunter geschah es, daß trotz offizieller Umbenennung die alten Namen weiterhin gebräuchlich waren. Das führte zu Anfragen von Bürgern, die wissen wollten, warum das unliebsame Symbol noch in der Öffentlichkeit vorhanden war. In einem Brief an die »Liberal-Demokratische Zeitung« berichtete ein Leser aus Halle, auf den in der Stadt ausgehängten Stadtplänen stehe noch immer der Name »Stinallee«, obwohl die Allee seit mehr als einem halben Jahr umbenannt worden sei.⁶⁶ Im Juni 1962 beklagte sich ein Weimarer Bürger, daß die »Stalinstraße« noch immer nicht von den Stadtplänen am Hauptbahnhof der Stadt und beim staatlichen Reisebüro verschwunden sei. Die Kulturabteilung des Stadtrates ließ daraufhin verlauten, das Auswechseln der alten Pläne habe sich wegen der Vorbereitungen zum 4. »Arbeiterfestival« in Weimar verzögert.⁶⁷

Auf Bitten der beiden Städte Stalinstadt und Fürstenberg beschloß der Bezirkstag Frankfurt/Oder im November 1961, die beiden Städte zu einem Stadtkreis namens Eisenhüttenstadt zusammenzulegen. Man begründete die

⁶³ *Volk*, 21. 11. 1961.

⁶⁴ *Thüringische Neueste Nachrichten*, 22. 11. 1961.

⁶⁵ *IWE*, 27. 11. 1961.

⁶⁶ *Liberal-demokratische Zeitung*, 18. 5. 1962.

⁶⁷ *Thüringische Neueste Nachrichten*, 21. 6. 1962.

Entscheidung damit, in den letzten Jahren hätten sich zwischen den beiden Nachbarstädten enge wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen entwickelt, die eine munizipale Zusammenlegung notwendig machten. So konnte der Name »Stalinstadt« auf elegante Weise geändert werden; laut Meldungen der DDR-Presse trug die Namensänderung eher bürokratischen als politischen Charakter.⁶⁸ Demgegenüber erklärte Karl Schmelling, Mitglied der SED und erster Sekretär des Bezirksrates Frankfurt/Oder, die Änderung und der neue Name entspräche dem seit langem geäußerten Wunsch der Bevölkerung, »(...) in Auswertung des XXII. Parteitages der KPdSU, die Stadt nach der Hauptrichtung ihrer Produktion zu benennen.«⁶⁹

Der Bezirksvorsitzende der National-Demokratischen Partei (NDPD) Heinz Lassen erklärte ohne Umschweife, der Wunsch der Arbeiter nach Umbenennung sei »verständlich, richtig und politisch notwendig«.

Ost-Berlin war die erste Stadt der Republik, in der das Symbol »Stalin« der Öffentlichkeit vorgeführt wurde, und auch die erste Stadt, aus der es verschwand. Am 14. November 1961 wurde im Parteiorgan »Neues Deutschland« sowohl die Änderung des Straßennamens als auch die Entfernung des Denkmals bekanntgegeben. Zur gleichen Zeit sollten die S-Bahnstation »Stalinallee« und die Fabrik »VEB Elektroapparatewerk J. W. Stalin« umbenannt werden. Letztere erhielt den neuen, politisch neutralen Namen »VEB Elektroapparatewerke Berlin-Treptow«.⁷⁰

Die lakonische Bekanntmachung im Parteiorgan enthielt jedoch nicht die ganze Wahrheit; die Umbenennung der Straße und die Entfernung des Denkmals wurden beinahe heimlich, in einer »Nacht- und Nebelaktion« durchgeführt.⁷¹ Einheiten der Volkspolizei sperrten die Straße für den Verkehr. Danach entfernten Arbeiter mit Preßluftschlämmern das Denkmal vom Sockel, und mobilisierte Polizisten ersetzten die alten Straßenschilder durch neue. Man entfernte die Überreste des Denkmals, so daß am nächsten Morgen – außer den Bauten – nichts mehr von der Vergangenheit der Straße zu sehen war. Die »Stalinallee« erhielt zwei neue Namen: Der östliche Teil der Straße erhielt seinen ehemaligen – bis Dezember 1949 geführten – Namen »Frankfurter Allee« zurück; der westliche Teil der Straße wurde in »Karl-Marx-Allee« umbenannt. Der neue Name entsprach der ersten sozialistischen Straße in Deutschland, zu der sie voller Stolz Anfang der fünfziger Jahre ernannt worden war.

⁶⁸ *Tagesspiegel*, 15. 11. 1961; *IWE*, 15. 11. 1961; *Neuer Weg*, 25. 11. 1961.

⁶⁹ *IWE*, 15. 11. 1961.

⁷⁰ *Neues Deutschland*, 14. 11. 1961.

⁷¹ *Tagesspiegel*, 15. 11. 1961.

Die Entkanonisierung des Symbols »Stalin« in Städten der DDR

<i>Stadt</i>	<i>Alter Name</i>	<i>Neuer Name</i>
Apolda	Stalinstraße	Straße der deutsch-sowjetischen Freundschaft
Berlin (Ost)	Stalinallee	1. Karl-Marx-Allee 2. Frankfurter Allee
Cottbus	Stalinpromenade	Stadtpromenade
Erfurt	Stalinallee	Karl-Marx-Allee
Frankfurt/O.	Stalinallee	Oderallee
Gera	Stalinstraße	Straße der Republik
	Stalinpark	Park der Opfer des Faschismus
Gustrow	Stalinstraße	1. Gelviner Straße 2. Plauer Straße
Halle/S.	Stalinallee	1. Leninallee 2. Merseburger Straße
Karl-Marx-Stadt	Stalinplatz	Wilhelm-Pieck-Platz
Neustrelitz	Stalinstraße	Strelitzer Straße
Schwerin	Stalinstraße	Wismarer Straße
Weimar	Stalinstraße	Schwanseestraße
Zwickau	Stalinplatz	Platz der Völkerfreundschaft

Quellen

Apolda: *IWE Berlin*, 2. 1. 1962; Berlin (Ost): *Neues Deutschland*, 14. 11. 1961; Brandenburg: *Märkische Union*, 7. 2. 1962; Cottbus: *Märkische Union*, 26. 11. 1961; Erfurt: *Volk*, 21. 11. 1961; Frankfurt/Oder: *IWE Berlin*, 15. 11. 1961; Gera: *Volkswacht*, 21. 11. 1961; Gustrow: *IWE Berlin*, 23. 11. 1961; Halle/S.: *IWE Berlin*, 27. 11. 1961; Karl-Marx-Stadt: *IWE Berlin*, 23. 11. 1961; Neustrelitz: *IWE Berlin*, 23. 11. 1961; Schwerin: *IWE Berlin*, 23. 11. 1961; Weimar: *IWE Berlin*, 24. 11. 1961; Zwickau: *IWE Berlin*, 2. 1. 1962.

3. Die Gründerväter – I

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist reich an Persönlichkeiten, die mitunter noch zu ihren Lebzeiten zum Symbol und Mythos wurden. Zur ersten Generation der Gründerväter gehören August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die beiden großen Persönlichkeiten, die Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Anwachsen und der Entwicklung der Arbeiterbewegung zu einer Massenpartei verbunden sind. Besonders herausragend ist der Name Bebels, der noch zu Lebzeiten innerhalb und außerhalb des Reichs zum Symbol und zum Identifikationsobjekt für die Mitglieder der Bewegung wurde. Seine Beerdigung 1913 in Berlin geriet zu einer Massenveranstaltung. Bebel und Liebknecht, die erste Generation der Gründerväter, werden noch von Sozialdemokraten und Kommunisten geteilt. Letztere kennen allerdings noch eine zweite Generation, die die Gründung der deutschen kommunistischen Partei befürwortete. Nach Auffassung der Kommunisten war die Partei die wahre Erbin der deutschen marxistischen Arbeiterbewegung. Ihre herausragenden Vertreter waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der Sohn Wilhelm Liebknechts. Sie nahmen im Januar 1919 in Berlin am Aufstand teil und wurden ermordet. Die Gründer-

väter des deutschen Kommunismus sind gleichzeitig die Märtyrer der kommunistischen Bewegung.

Schon in den ersten Monaten nach Zusammenbruch des Dritten Reichs tauchte der Name August Bebel auf den Straßenschildern auf; in Leipzig mußte seinetwegen der Name Kaiser Wilhelms weichen. Im Februar 1946 schlug im Berliner Magistrat der kommunistische Abgeordnete Karl Maron vor, den »Franz-Joseph-Platz« in August-Bebel-Platz umzubenennen. Daß ausgerechnet August Bebel jene Kaiser verdrängte, die im Deutschen und im Habsburgischen Reich zur selben Zeit regierten, als Bebel der unbestrittene Führer der deutschen Arbeiterbewegung war, verlieh den Umbenennungen gleichsam etwas Symbolisches. Sie waren Ausdruck der neuen politischen Bedingungen, in deren Folge der Gründervater der deutschen Arbeiterbewegung zum anerkannten Helden wurde.

Der Name Wilhelm Liebknecht kam in Leipzig erst mit der zweiten Umbenennungswelle auf. Hierbei wurden nicht nur die Namen bekannter Gründerväter der marxistischen Arbeiterbewegung gewählt, auch der Name Ferdinand Lassalle, des ersten – nichtmarxistischen – Organisators der deutschen Arbeiterbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts, erschien auf den Straßenschildern: 1945 in Leipzig, in den vierziger Jahren in Berlin-Lichtenberg und im Mai 1951 – nach Entfernen der preußischen Symbole – in Köpenick im sowjetischen Sektor Berlins.⁷² Lassalle wurde allerdings dadurch nicht zu einem wichtigen Mitglied des Pantheons. Die DDR brachte zum Beispiel nie eine Briefmarke mit Lassalle heraus. Die Bundesrepublik dagegen gedachte im August 1964 seines 100. Todestages mit einer Briefmarke.⁷³

Nach Mai 1945 wurden in der sowjetischen Besatzungszone auch die Gründerväter des deutschen Kommunismus zu bedeutenden kanonischen Symbolen. In den zwanziger Jahren hatten die deutschen Kommunisten zu Ehren ihrer Märtyrer in Ost-Berlin das »Revolutionsdenkmal« erbaut. Zum damaligen Zeitpunkt erlaubten es die politischen Kräfteverhältnisse nicht, Straßen nach Rosa Luxemburg oder Karl Liebknecht zu benennen. Aber nach Mai 1945, als in der sowjetischen Besatzungszone die kommunistische Partei eine wichtige Rolle spielte, wurden die Gründerväter des deutschen Kommunismus zu einem festen Bestandteil des Pantheons.

Nach dem Historiker der deutschen Arbeiterbewegung Franz Mehring war bereits 1945 in Leipzig eine Straße benannt worden. Im Februar 1946 schlug Karl Maron vor, einen Platz in Berlin-Kreuzberg – im amerikanischen Sektor der Stadt – nach Mehring zu benennen. Nach der Teilung Berlins war Mehring jedoch nur im Westen der Stadt vertreten. Diese Unstimmigkeit wurde im März 1972 behoben, als der Ost-Berliner Magistrat beschloß, einen Platz in Fried-

⁷² *Verordnungsblatt für Groß-Berlin* 7, 1951; 2, Nr. 40.

⁷³ Michel, 155.

richshain »Franz-Mehring-Platz« zu nennen, zu Ehren des »(...) hervorragenden Führers der deutschen Arbeiterbewegung und engen Kampfgefährten von Liebknecht und Luxemburg (...)«⁷⁴

Daß Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in diesem Zusammenhang erwähnt werden, ist beinahe selbstverständlich; als Gründer des deutschen Kommunismus und als kommunistische Märtyrer waren sie die herausragenden Repräsentanten des revolutionären Geistes, die unerbittlich die »reformistischen« Tendenzen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung bekämpft hatten. Nicht nur Ansichten und Werk verbanden diese beiden historischen Gestalten, auch ihr persönliches Schicksal – sie wurden im Januar 1919 während der Niederschlagung des Aufstandes in Berlin ermordet. Am 15. Januar 1949 gab die Deutsche Post in der sowjetischen Besatzungszone anlässlich des 30. Jahrestages ihrer Ermordung eine Briefmarke mit Luxemburg und Liebknecht heraus. Diese Briefmarke, die in der sowjetischen Besatzungszone nur kurze Zeit nach Machtübernahme der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Umlauf gebracht wurde, war eine politische Deklaration. Bestätigt wurde sie dadurch, daß Liebknecht und Luxemburg immer wieder auf den Briefmarken der DDR dargestellt wurden. Zehn Jahre später, 1959, kamen zwei Briefmarken anlässlich des 40. Jahrestages ihrer Ermordung heraus.⁷⁵ Auch 1966, 1968 und 1971 erschienen Briefmarken mit den beiden Märtyrern des revolutionären Kampfes.⁷⁶

Zwischen Liebknecht und Luxemburg bestehen auch wesentliche Unterschiede. Beide waren zwar kompromißlose Revolutionäre, die sich stets an ihre ideologischen Grundsätze hielten, aber Luxemburg war auch eine marxistische Theoretikerin ersten Ranges. Sie war das deutsche Pendant zu Lenin, auch wenn beide in gewissen Punkten – wie in der Frage der »Diktatur des Proletariats« und zum Thema des Aufbaus der kommunistischen Partei – entgegengesetzte Meinungen vertraten.

Die jüdisch-polnische Abstammung Rosa Luxemburgs war für die offizielle Einstellung zum Symbol »Luxemburg« wie auch für seine Präsentation im öffentlichen Leben von Bedeutung. Unmittelbar nach der Kapitulation des Dritten Reiches war Luxemburg – nicht Liebknecht oder Thälmann – das repräsentative Mitglied des Pantheons der kommunistischen Bewegung. Zum damaligen Zeitpunkt erschöpfte sich die Parteidoktrin in der – bereits genannten – These vom »deutschen Weg zum Sozialismus«. Luxemburgs Beitrag zur marxistisch-revolutionären Theorie machte es möglich, sie als Vertreterin des »deutschen Weges zum Sozialismus« darzustellen. Nach Luxemburg wurde der Platz in Friedrichshain benannt, der bis zur Machtergreifung der Nazis

⁷⁴ *Neues Deutschland*, 22. 3. 1972.

⁷⁵ Michel, 281.

⁷⁶ *Ibid.*, 307; 322; 335.

⁷⁷ *Ibid.*, 261.

das Nervenzentrum des deutschen Kommunismus war. 1933 erhielt der Platz den Namen des nationalsozialistischen Märtyrers Horst Wessel. Die Wahl des Namens »Luxemburg« signalisierte die politische und ideologische Orientierung des damaligen deutschen Kommunismus.

Mit Beginn der stalinistischen Ära sollte sich dies ändern. Anfang der fünfziger Jahre waren Lenin und Stalin die ideologischen Wegführer, wodurch »Luxemburg« als Symbol in den Hintergrund gedrängt wurde. Die Präsentation Luxemburgs auf einem staatlichen Symbolträger, wie beispielsweise einer Briefmarke, hätte als deutsche Alternative zu Lenin und Stalin und als nationale Abweichung aufgefaßt werden können; zu dem Zeitpunkt eine besonders schwerwiegende Sünde. Aus dem Grund kam am 7. Oktober 1951 – am zweiten Jahrestag der Gründung der DDR – zum 80. Geburtstag von Karl Liebknecht eine Briefmarke heraus, auf der dieser alleine dargestellt war.⁷⁷ Zum 80. Geburtstag von Rosa Luxemburg im gleichen Jahr kam keine Briefmarke heraus. Zum ersten Mal war das Gleichheitsprinzip zwischen Liebknecht und Luxemburg aufgehoben.

Das Symbol »Luxemburg« verschwand jedoch nicht aus dem öffentlichen Leben. Die Namen der nach ihr benannten Straßen wurden zwar nicht geändert, aber die Art, in der das Symbol im öffentlichen Leben präsentiert wurde, zeigte deutlich die Zurückhaltung, die die offizielle Einstellung zu Rosa Luxemburg charakterisierte. Zwar war der 80. Geburtstag Rosa Luxemburgs kein Anlaß für eine Briefmarke, dafür fand im März 1951 in Ost-Berlin ihr zu Ehren eine Ausstellung statt. Ehrengast bei der Ausstellungseröffnung war Wilhelm Pieck, der Präsident der Republik.⁷⁸ Daraus kann geschlossen werden, daß Rosa Luxemburg nach wie vor zum offiziellen Pantheon der DDR gehörte, aber inzwischen war in der Einschätzung ihrer Person eine radikale Veränderung eingetreten. Sie wurde im »Neuen Deutschland« bekanntgegeben, wo es hieß: »(...) Rosa Luxemburg – die große Vorkämpferin der deutsch-polnischen Freundschaft (...)«⁷⁹

Im gleichen Monat, in dem die Ausstellung stattfand, feierte man in Ost-Berlin den »Monat der polnisch-deutschen Freundschaft«, und Rosa Luxemburg, die in Polen gebürtige Jüdin, war zum repräsentativen Symbol dieser »Freundschaft« auserkoren. Es sah aus, als würde die Zugehörigkeit Luxemburgs zum deutschen kommunistischen Pantheon in Zweifel gezogen. Nicht erwähnt wurde, daß Luxemburg Jüdin war, aber in einer Zeit, in der in Osteuropa der von antisemitischen Tönen begleitete Kampf gegen das »Kosmopolitentum« und den Zionismus in vollem Gange war, ist es möglich, daß auch dies mit zur Veränderung beitrug.

⁷⁸ *Neues Deutschland*, 6. 3. 1951.

⁷⁹ *Neues Deutschland*, 6. 3. 1951.

In den darauffolgenden Jahren kehrte Rosa Luxemburg an ihren alten Platz neben Karl Liebknecht ins Pantheon zurück. Das war daran zu erkennen, daß beide wieder gemeinsam auf Briefmarken der DDR erschienen. Aber als das Regime einen Helden benötigte, der den Mythos des revolutionären Kampfes repräsentieren und darstellen sollte, wählte man Liebknecht, nicht Rosa Luxemburg – wie in dem 1972 in der DDR produzierten Film »Trotz alledem«. Der Film schildert die letzten Monate im Leben Karl Liebknechts; von seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Oktober 1918 bis zu seiner Ermordung im Januar 1919. Die Uraufführung fand in Ost-Berlin statt; am 53. Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts. Der Produktionstermin des Films zeigt, daß damit eine konkrete politische Absicht verfolgt wurde. Ziel des Films war, den »Verrat« – so die kommunistische Auslegung – der deutschen Sozialdemokratie nach der Novemberrevolution 1918 darzustellen. Das Thema war keinesfalls neu, wurde aber Anfang der siebziger Jahre aktualisiert und gehörte zur Kampagne der SED gegen die Sozialdemokratie. Auslöser der Kampagne war die Begeisterung der DDR-Bevölkerung beim Besuch Willy Brandts 1970 in Erfurt. Vor diesem Hintergrund war die aktuelle politische Botschaft des Films so zu verstehen, daß zwischen der deutschen Sozialdemokratie 1919 unter Ebert, Noske und Scheidemann, und der westdeutschen Sozialdemokratie Anfang der siebziger Jahre unter Willy Brandt kein wesentlicher Unterschied bestand. Damit stand der ideologische Feind fest. Der stellvertretende Kultusminister der DDR soll gesagt haben, der Film ermögliche es, »(...) den Sozialdemokratismus als antirevolutionäre Haltung auseinanderzusetzen (...)«⁸⁰

Zu dieser Zeit kam in der Bundesrepublik eine Luxemburg-Briefmarke in der Serie »Bedeutende Frauen« heraus. Interessant ist, daß die Serie am 15. Januar 1974 herauskam – dem 55. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs.⁸¹

Auch Clara Zetkin – vor der Spaltung in der sozialdemokratischen Frauenbewegung aktiv und danach eine der Schlüsselfiguren der KPD – zählt zu den »Gründervätern« des deutschen Kommunismus. Als einzige Vertreterin der KPD ist Clara Zetkin auf einem 10-Mark-Geldschein der Deutschen Demokratischen Republik dargestellt. Im März 1951, zum »Internationalen Frauentag«, beschloß der Ost-Berliner Magistrat, eine zentral gelegene Straße in der Nähe des Brandenburger Tors nach Clara Zetkin zu benennen.⁸² Bei der Umbenennungszeremonie war auch Wilhelm Pieck anwesend.

Clara Zetkin war aber auch eine »Lokalheldin« der Stadt Leipzig, wo sie als Journalistin und Redakteurin der »Leipziger Volkszeitung« tätig war. Anfang Juni 1967, zum 110. Geburtstag von Zetkin, wurde im »Clara-Zetkin-Park« in Leipzig ein Denkmal enthüllt, das der Träger des Nationalpreises Professor

⁸⁰ *Der Spiegel*, 6/1972, 34.

⁸¹ Michel, 174.

⁸² *Verordnungsblatt für Groß-Berlin* 7, 1951; 2, Nr. 13.

Walter Arnold zu Ehren »(...) der unermüdlichen Kämpferin für die Rechte der Frauen und konsequenten Verfechterin des proletarischen Internationalismus (...)«⁸³ geschaffen hatte.

Die Enthüllung des Denkmals war ein Ereignis von lediglich lokaler Bedeutung, an dem Vertreter der Stadtverwaltung und des städtischen Parteisekretariats teilnahmen. Wenn der bescheidene Charakter der Zeremonie auf eine geringe Bedeutung des Symbols hindeutet, so wurde dieser Eindruck im April 1970 richtiggestellt. In dem Jahr wurde in der DDR eine Briefmarkenserie zum 100. Geburtstag Lenins herausgegeben; auf einer Marke war Lenin zusammen mit Clara Zetkin abgebildet, die damit die einzige Repräsentantin des deutschen Kommunismus war, die je an der Seite Lenins dargestellt wurde.⁸⁴

Die Gründerväter der deutschen Arbeiterbewegung sind ein zentraler Bestandteil des DDR-Pantheons. Die Gründerväter der Sozialdemokratie – Vertreter der ersten Generation – und die Gründerväter des deutschen Kommunismus – Vertreter der zweiten Generation – sind die Symbole, die aus der Sicht der SED das Erbe der deutschen Arbeiterbewegung repräsentierten. Im Juni 1955 kam eine Briefmarkenserie heraus, die den »Führern der deutschen Arbeiterbewegung« gewidmet war.⁸⁵ Auf den Briefmarken dargestellt waren: Karl Liebknecht, August Bebel, Franz Mehring, Clara Zetkin, Ernst Thälmann, Wilhelm Liebknecht und Rosa Luxemburg.

4. Die Gründerväter – II

Zu den Gründervätern zählen nicht nur die Führer der Arbeiterbewegung und des deutschen Kommunismus, auch die Gründerväter der DDR gehören in diese Kategorie. Sie bilden die dritte Generation. Zwischen ihnen und ihren Vorgängern besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied: Sie sind nicht nur Führer der Bewegung, sondern auch Gründer einer neuen politischen Entität, der Deutschen Demokratischen Republik. Darüber hinaus sind Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht nicht nur die Gründerväter der DDR (wie Adenauer der Gründervater der BRD ist),⁸⁶ sondern auch der SED – der Partei, die das Ende der politischen Spaltung der Arbeiterklasse bezeich-

⁸³ *Leipziger Volkszeitung*, 6. 7. 1967

⁸⁴ Michel, 329.

⁸⁵ Michel, 271.

⁸⁶ Konrad Adenauer war der Gründervater der Bundesrepublik, Staatsoberhaupt aber war Theodor Heuss. Nachdem Adenauer 1963 vom politischen Leben Abschied nahm, begann in der BRD eine Welle von Straßenbenennungen nach ihm (vgl. *Der Spiegel*, 52/1963, 102). Adenauer hatte gegen derartige Ehrungen keine Einwände. Heuss dagegen war hiermit nicht einverstanden, da sie in seinen Augen einem Personenkult ähnelten (siehe: *Der Spiegel*, 14/1960, 78). Über die Auseinandersetzung zwischen CDU und SPD in Köln bezüglich der Verewigung Adenauers nach seinem Tod, siehe: *Der Spiegel*, 38/1972, 58.

nen sollte. Die Personalunion von Führern der Partei und des Staates charakterisiert die DDR als »Arbeiter- und Bauernstaat«, ein sozialistischer Staat, in dem sich die politische Hegemonie in den Händen der kommunistischen Partei befindet.

4.1 Wilhelm Pieck

Der offizielle Gründervater der DDR ist Wilhelm Pieck, der erste und letzte Präsident der Republik, der zusammen mit Grotewohl Vorsitzender der SED war. Fünf Tage nach Gründung der DDR stellte die Presse der Bevölkerung den neuen Präsidenten der Republik vor. Leser des Parteiorgans und anderer Zeitungen lernten Biographie und Charaktermerkmale des Mannes kennen, der seit einigen Tagen ihren Staat lenkte.⁸⁷ Am nächsten Tag wurde die Hauptstraße in Piecks Geburtsstadt Guben von »Berliner Straße« in »Wilhelm-Pieck-Straße« umbenannt. Laut Pressemeldungen wollte Guben damit seine Anerkennung für seinen berühmten Sohn zum Ausdruck bringen.⁸⁸ Die Umbenennung war eine erste Reaktion auf die neuen politischen Verhältnisse.

In den ersten Januartagen 1950 feierte man in der DDR den 74. Geburtstag des Präsidenten der Republik. Dieses Ereignis nahm beinahe die ganze erste Seite des Parteiorgans »Neues Deutschland« ein.⁸⁹ Derart begann Anfang 1950 der Personenkult Wilhelm Piecks. Damit schloß sich die DDR den anderen Ländern des Ostblocks an, in denen neben dem Stalinkult auch der Personenkult lokaler Führer bestand. Am 10. Januar 1951, zum 75. Geburtstag Piecks, wurde eine Straße im Zentrum Berlins nach Pieck benannt. Bereits im Mai desselben Jahres kamen in der DDR Briefmarken mit Pieck heraus, die sogenannten »Präsidentenmarken«⁹⁰. In den Jahren 1952 bis 1958 erschienen weitere Briefmarken zu Ehren des Präsidenten. Ein anderes Präsentationsmedium war der Film. Anfang Januar 1952 lief in der DDR der Film »Wilhelm Pieck – das Leben unseres Präsidenten«, der von den DEFA-Studios, den staatlichen Filmstudios der DDR, produziert wurde.⁹¹ Der Film lief gleichzeitig in zwei Kinos. Am 3. Januar 1952, dem Geburtstag des Präsidenten, war im Parteiorgan der SED eine Interpretation des Films abgedruckt. Der Autor des Artikels, Hermann Müller, hob hervor, daß der Film eine doppelte Bedeutung habe; zum einen eine wissenschaftliche, das heißt ideologische Bedeutung, indem die Rolle einer Person in der Geschichte erörtert wurde – ein Thema, das den Marxismus seit Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigt hatte. Der Film ermögliche, so Müller, die Frage nicht in simplifizierter Form, sondern anhand des Lebens eines großen Deutschen darzustellen. Zum anderen hatte der Film, nach An-

⁸⁷ *Neues Deutschland*, 11. 10. 1949.

⁸⁸ *Tägliche Rundschau*, 15. 10. 1949.

⁸⁹ *Neues Deutschland*, 5. 1. 1950.

⁹⁰ Michel, 263.

⁹¹ *Der Spiegel*, 2/1952, 32.

sicht des Autors, eine pädagogische Bedeutung. Es war notwendig, die großen Taten Piecks darzustellen, »(...) um daraus Kraft, Mut, Zuversicht und Stolz zu gewinnen für unseren gegenwärtigen Kampf um Leben und Einheit der Nation (...)«

Nach Karl Liebknecht und Ernst Thälmann sei Pieck der dritte in dieser Reihe. Der Autor stellte somit zwischen den beiden Märtyrern – Rosa Luxemburg gehörte nicht dazu – und dem ersten Präsidenten der Republik eine historische Kontinuität her. Der Film sei ein »Geschenk an das deutsche Volk«, in dem – und das war die pädagogische Funktion des Films –

»(...) Mut, Tapferkeit, Hartnäckigkeit großer deutscher Patrioten, Zuversicht und Wissen, Haß gegen die Mörder des Friedens, die alles bewegende Kraft einer marxistisch-leninistischen Partei (...)«

zu finden sind.

Der Autor des Artikels übte auch Kritik. Seiner Auffassung nach fehlte eine Darstellung der Errungenschaften der Arbeiterklasse. Dies war gleichsam eine subtile Kritik an den Dimensionen des Personenkults. Doch Müller versprach den Lesern, daß der Film trotz alledem das Wesentliche erfaßt habe.

Das Schlußbild des Films zeigt das erleuchtete Fenster des Präsidenten. In Anlehnung an Lenin, der nachts arbeitete, erklärte der Sprecher, daß Wilhelm Pieck auch nachts an die Deutschen denke. Bei diesen Worten drängen sich die Zeilen Heinrich Heines auf:

»Denk ich an Deutschland in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht (...)«
(1843)

Am 10. September 1960 kam als Zeichen der Trauer über den Tod des ersten Präsidenten der Republik eine in schwarz gerahmte Pieck-Briefmarke heraus.⁹² Seine Geburtsstadt Guben an der Oder ehrte ihren berühmten Sohn indem sie sich einen neuen Namen gab: Wilhelm-Pieck-Stadt-Guben. Nach Karl-Marx-Stadt und StalinStadt war dies das dritte Mal in der Geschichte der DDR, daß eine Stadt nach einer politischen Persönlichkeit benannt wurde. 1960 blieb allerdings der alte Name der Stadt erhalten, nur der Name »Wilhelm Pieck« wurde vorangestellt. Davor war bereits die Stadt Martin Luthers, Wittenberg, in »Martin-Luther-Stadt-Wittenberg« umbenannt.⁹³ Der Unterschied zwischen den beiden der Form nach identischen Namen besteht darin, daß die Umbenennung Gubens eine bewußte Aktion des politischen Zentrums war. Sie spiegelt nicht die Popularität des ersten Präsidenten wider, sondern die Bemühun-

⁹² Michel, 286.

⁹³ Siehe dazu: P. J. Lapp, Der politische Stellenwert der Traditionspflege in der DDR, in: J. Hacker / H. Rogner-Francke, Die DDR und die Tradition, Heidelberg 1981, 16.

gen des politischen Zentrums, »ihren« Helden entsprechend der ihm beigemessenen Bedeutung zu präsentieren. Hierzu gehört auch die Benennung des Staatsbetriebs VEB Mansfeld nach Wilhelm Pieck.

Am 3. Januar 1961 wurde Pieck zum letzten Mal auf einer DDR-Briefmarke dargestellt.⁹⁴ Ende 1961, im Verlauf der Entstalinisierung der DDR, wurde die zentral gelegene Stalinstraße in Karl-Marx-Stadt in Wilhelm-Pieck-Straße umbenannt.

4.2 Otto Grotewohl

- Otto Grotewohl, bis zur Gründung der SED im April 1946 Mitglied der SPD, war ein Mitbegründer der SED und das erste Regierungsoberhaupt der DDR. Nach Grotewohl wurde bereits Ende der vierziger Jahre ein Kraftwerk in Bohlen (Sachsen) benannt, als das Symbol »Grotewohl« im Vergleich zu »Pieck« auf öffentlichen Symbolträgern noch selten vorkam. Im Dezember 1965 erschien Grotewohl zum ersten Mal auf einer Briefmarke. 1974 war er erneut auf einer Briefmarke in der Serie »Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung« dargestellt.⁹⁵ Nach dem Tode des ersten Regierungsoberhauptes der DDR und (gemeinsam mit Pieck) Vorsitzenden der SED wurde im Oktober 1964 die im Zentrum Berlins gelegene Wilhelmstraße – der ehemalige Sitz des Reichsaußenministeriums – nach Grotewohl benannt.⁹⁶ Die Wilhelmstraße war ein Symbol der Größe des deutschen Reiches, das deutsche Pendant zum Quai d'Orsay in Paris oder Whitehall in London. Die Umbenennung dieser traditionsreichen Straße war an sich schon ein symbolischer Akt – eine gleichsam symbolische Verabschiedung vom alten Reich und dem Ruhm der Vergangenheit.

4.3 Walter Ulbricht

Offiziell ist Wilhelm Pieck der Gründervater der DDR und Otto Grotewohl lediglich eine ihn begleitende sozialdemokratische »Dekoration«. In Wirklichkeit aber war Walter Ulbricht von Anfang an der starke Mann des Regimes. Bereits Anfang Mai 1945 begann er das politische Leben in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone neu zu gestalten und zu organisieren. Offiziell war er nur der »Stellvertretende Parteivorsitzende«, aber die politische Macht befand sich in seinen Händen. Er war daher der wirkliche Gründervater der DDR. Bis zum Tode Piecks stand Ulbricht im Schatten des Präsidenten. 1960 wurde das Amt des Präsidenten abgeschafft. Statt dessen schuf man das Amt des Staatsratsvorsitzenden, das von Ulbricht ausgeübt wurde. Dadurch wurde Ulbricht die Nummer eins in der politischen Hierarchie der Republik. Anfang der sechziger Jahre begann mit dem Personenkult Ulbrichts eine neue Ära.

⁹⁴ Michel, 288.

⁹⁵ Ibid., 307; 349.

⁹⁶ *Neues Deutschland*, 26. 9. 1964.

Schon vorher konnte man das Symbol »Ulbricht« auf diversen Symbolträgern antreffen. Am 13. Januar 1951 hatte man das größte petrochemische Werk der DDR in Halle – ehemals eine Zweigstelle des Konzerns IG Farben – nach Walter Ulbricht benannt: »Leunawerk Walter Ulbricht«. Die Umbenennung erfolgte laut Parteiorgan der SED auf »Bitte von Arbeitern des Werkes«. An der feierlichen Zeremonie nahmen ungefähr 2000 Arbeiter des Werkes teil. In seiner Rede erklärte Walter Ulbricht:

»(...) Die Umbenennung des Chemiewerkes in »Leunawerk Walter Ulbricht« ist ein Symbol für die tiefwurzelnde Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und des politischen Bewußtseins der Bevölkerung.«⁹⁷

Zwei Tage später erschien im »Neuen Deutschland« ein Foto des am Eingang angebrachten neuen Firmenschilds.⁹⁸

Die Umbenennung Anfang 1951 sollte die Verbindung zwischen dem Symbol »Ulbricht« und der Arbeiterklasse unterstreichen. Zu dem Zeitpunkt war Ulbricht noch kein Repräsentant des Staates. Das änderte sich mit seiner Ernennung zum Staatsratsvorsitzenden. Bereits im August 1961 kam eine Briefmarke mit Ulbricht heraus.⁹⁹ In den folgenden Jahren erschienen in regelmäßigen Abständen Ulbricht-Marken. Der 70. Geburtstag Walter Ulbrichts wurde in der DDR mit großem Aufwand gefeiert. Aus diesem Anlaß verlieh man ihm – bereits zum zweiten Mal – die Ehrenbürgerschaft Ost-Berlins.¹⁰⁰ Im Unterschied zu Mai 1955, wo aus Anlaß der Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag der Befreiung noch 35 andere altgediente Parteimitglieder die Ehrenbürgerschaft der Hauptstadt erhielten, war Ulbricht diesmal der einzige. Man erklärte den 30. Juni, Ulbrichts Geburtstag – neben anderen Gedenk-, Geburts- und Todestagen im Staatskalender der DDR –, zum offiziellen Gedenktag.¹⁰¹

Seit Ende 1961 war der Personenkult Ulbrichts Ersatz und Fortsetzung des Stalinkultes. Die DDR-Presse stellte Ulbricht als eine nationale »Vaterfigur« dar. Hierzu gehörte, daß man ihm mit Kindern zeigte, die ihm Blumen überreichen. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist der Bericht einer Kindergärtnerin, die von ihren pädagogischen Bemühungen erzählt, die Kinder dazu zu erziehen, den »Staatsratsvorsitzenden« zu lieben.¹⁰² Ihr Ziel war, den Kindern zu vermitteln, er sei ein »guter Mensch«.

Aber trotz Personenkult und trotz seiner ständigen Erwähnung in der Presse wurde weder in der Hauptstadt noch in seiner Geburtsstadt Leipzig eine Straße nach ihm benannt.¹⁰³ Die Präsentation des Symbols in der Presse oder auf

⁹⁷ *Neues Deutschland*, 13. 1. 1951.

⁹⁸ *Neues Deutschland*, 16. 1. 1951.

⁹⁹ Michel, 291.

¹⁰⁰ *Der Spiegel*, 29/1963, 76.

¹⁰¹ *Der Spiegel*, 31/1969, 41.

¹⁰² *Der Spiegel*, 35/1962, 35.

¹⁰³ Lapp, *Der politische Stellenwert*, 16.

Briefmarken war lediglich vorübergehend. Die zeitlich begrenzte Präsentation des Symbols »Ulbricht« läßt sich vielleicht damit erklären, daß der Personenkult Ulbrichts mit dem Ende des Stalinkultes begann, in dessen Folge zahlreiche Denkmäler demoliert und Straßen umbenannt werden mußten. Es wäre möglich, daß gerade der traumatische Einfluß der Ereignisse Ende 1961 eine gewisse Zurückhaltung bewirkte, die zu keiner »Ulbrichtstraße« und zu keinem Ulbricht-Denkmal Anlaß gab. Die auf dem 8. Kongreß der SED 1971 beschlossene Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker scheint diese Zurückhaltung gewissermaßen zu bestätigen.

Das Ende der Ulbricht-Ära läutete in der Geschichte der DDR eine neue Phase ein.¹⁰⁴ Die Zeichen der Veränderung waren unmißverständlich.¹⁰⁵ Auftakt war die Neujahrsrede 1973, die nicht mehr wie in den Jahren zuvor von Ulbricht gehalten wurde. Man stellte auch den Druck der mehrbändigen »Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung« ein, ein Werk Ulbrichts, das bis dahin als Pflichtlektüre galt. Auch die bisher erschienenen 13 Bände verschwanden aus den Regalen der Buchhandlungen der Republik. Im August 1973 – aus Anlaß des Todes des Leipziger Tischlerlehrlings, der zum Staatsoberhaupt der DDR aufstieg – erschien Ulbricht zum letzten Mal auf einer Briefmarke der DDR.

Nach Ulbrichts Tod verschwand sein Name aus den Institutions- und Einrichtungsbezeichnungen. Das zehnte Jugendfestival, das im Sommer 1973 in Ost-Berlin stattfand, war nicht im »Walter-Ulbricht-Stadion« im Zentrum Ost-Berlins untergebracht, sondern im umbenannten »Stadion an der Chausseestraße«. Auch die »Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft Walter Ulbricht« in Potsdam, das Schulungszentrum der Parteikader, wurde umbenannt. Mit der alten Bezeichnung verschwand auch das nationale Symbol. Der neue Name »Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR« umfaßte weder »Walter-Ulbricht« noch »deutsch« – die beiden Symbole, deren Entkanonisierung Anfang der siebziger Jahre Ausdruck der politischen Veränderungen in der DDR war.

Aber wurde Walter Ulbricht tatsächlich zur »Unperson«, wie Stalin – der politische Patron Ulbrichts – zwölf Jahre zuvor? Die Antwort ist: nein. Das Symbol »Ulbricht« verschwand zwar von vielen offiziellen Symbolträgern, aber nicht von allen; das öffentliche Andenken Stalins dagegen verschwand Ende 1961 durchgehend. Beispielsweise führte das 1951 benannte »Leunawerk Walter Ulbricht« auch nach 1973 in seinem Namen das Symbol »Ulbricht«. Die Entkanonisierung »Ulbrichts« sollte demgemäß das Ende des Ulbricht-Personenkults bezeichnen. Sie sollte eine Ära beenden, die vom starken Mann des

¹⁰⁴ H. D. Sander, Das Ende der Ära Ulbricht, in: *Deutschland Archiv* 4, 1971, 1240.

¹⁰⁵ Über die Dekanonisierung Ulbrichts siehe: *Der Spiegel*, 14/1973, 84–88; Ulbricht ohne Ton und Schrift, in: *Deutschland Archiv* 6, 1973, S. 15; K. W. Fricke, »Wird Ulbricht zur Unperson?«, *Deutschland Archiv* 6, 1973, 233–234.

Regimes bis Anfang der siebziger Jahre geprägt war. Entscheidend allerdings ist, daß man »Ulbricht« nicht – auch nicht nach der Veränderung 1973 – aus dem kanonischen Symbolsystem entfernte. Ulbricht blieb auch weiterhin ein offizieller Held der deutschen Arbeiterklasse und ein Teil des deutschen kommunistischen Pantheons.

3. Kapitel

Der antifaschistische Sektor

»Deutsche Antifaschisten kämpften unter Einsatz ihres Lebens gegen die faschistische Herrschaft. Die führende Kraft waren dabei die Kommunisten.«

Schulbuch der DDR

1. Die Befreier

Für die deutschen Kommunisten war der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung – Befreiung aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen, Befreiung von der Gestapo und der Nazi-Diktatur. Laut DDR-Doktrin ist der 8. Mai der »Tag der Befreiung«, wobei der »Befreite« das gesamte deutsche Volk und der »Befreier« die sowjetische Armee ist, die Anfang Mai 1945 die Hauptstadt des Dritten Reichs eroberte.¹⁰⁶

Auf der 15. Sitzung der Volkskammer im April 1950 – ungefähr ein halbes Jahr nach Gründung der DDR – wurden zwei offizielle Gedenktage eingeführt: Der 7. Oktober, der Tag der Gründung der DDR, und der 8. Mai, der »Tag der Befreiung«.¹⁰⁷ Der Innenminister der Republik, Dr. Steinhoff, begründete die Einführung der beiden Gedenktage damit, daß sie zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik geführt hätten. Der Vorsitzende der Volkskammer, Professor Kästner, äußerte hierzu:

»Wir sehen im 8. Mai nicht nur einen äußeren historischen Vorgang, sondern wir wissen, daß an diesem Tag bei uns auch die Wege freigelegt wurden zu einer inneren Befreiung der deutschen Menschen vom Faschismus. Darum können wir im Gegensatz zu Westdeutschland einen Tag der Befreiung feiern (...)«¹⁰⁸

Nachdem er die symbolische Bedeutung des 8. Mai und seine polemische Grundlage – die Auseinandersetzung mit Westdeutschland – erklärt hatte, grenzte Kästner sogleich Amerikaner und Briten aus der Kategorie der »Befreier« aus: »(...) Die Zerstörer Dresdens sind für uns keine Befreier vom Faschismus (...)« Demnach galten nur die Sowjets als »Befreier«.

Der »Tag der Befreiung« ist in der DDR nicht nur ein offizieller Gedenktag, auch Straßen wurden danach benannt: »Straße der Befreiung«. In Berlin kam dieser Name erst am 8. Mai 1975 auf, am 30. Jahrestag der Befreiung. Die Um-

¹⁰⁶ Für eine ausführliche Analyse dessen was »Befreiung« in Deutschland nach 1945 bedeutete, siehe: J. Arndt, *Die Besiegten als Befreite*, in: A. Peisel / A. Mohler (Hrsg.), *Die deutsche Neurose*, Frankfurt/M. 1980.

¹⁰⁷ *Neues Deutschland*, 22. 4. 1950.

¹⁰⁸ *Neues Deutschland*, 22. 4. 1950.

benennung wurde im Parteiorgan der SED folgendermaßen begründet: »(...) Diese Straße kündigt vom Heldentum der Soldaten des Sozialismus (...)«¹⁰⁹ Bei der Enthüllung der neuen Straßenschilder erklärte der Berliner SED-Sekretär Konrad Naumann den Anwesenden, die Befreiung durch die Sowjets 1945 sei Voraussetzung für die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft in der DDR.

Nach den »Befreiten« und der »Befreiung« kommen die »Befreier«. Einer ist Jegorow, der sowjetische Soldat, der Anfang Mai 1945 auf dem Reichstagsgebäude die rote Fahne hißte, und dafür zum Ehrenbürger Ost-Berlins ernannt wurde.¹¹⁰ Im Oktober 1945 benannte man in Ost-Berlin einen Platz nach dem ersten sowjetischen Stadtkommandanten Bersarin. Zu dem Zeitpunkt war es ein Beschluß des gesamtstädtischen Magistrats, der im sowjetischen Sektor der Stadt zur Ausführung gelangte. Wenige Jahre später galt nur im östlichen Teil der Stadt die These, die sowjetische Armee sei eine Befreierarmee. Zum 8. Jahrestag der Befreiung wurde der Plan Professor Hanselmanns – der auch für den Bau der Stalinallee verantwortlich war – zur Neugestaltung des »Bersarinplatzes« preisgekrönt.¹¹¹ Im Parteiorgan der SED erschien ein Artikel von Karl Maron, in dem Bersarin zum »Befreier, Freund und Helfer« Berlins erklärt wurde.¹¹² In Marons Artikel heißt es:

»(...) Wenn heute eine Straße und ein Platz im Osten Berlins seinen Namen tragen, so ist das nur eine sehr geringfügige Abgeltung des Dankes, den Berlin und seine Bevölkerung ihrem ersten Stadtkommandanten und Retter aus schwerer Not schuldet (...)«

Bersarin erhält im Pantheon der DDR einen Ehrenplatz, gehört jedoch eher in die Kategorie der »Gefallenen«. Die auf deutschem Boden gefallenen sowjetischen Soldaten erhielten eigene Gedenkstätten, die auf Initiative der sowjetischen Behörden im eroberten Deutschland errichtet wurden.¹¹³ Später übernahm sie die DDR und erklärte sie zu Mitgliedern des staatlichen Pantheons.¹¹⁴

¹⁰⁹ *Neues Deutschland*, 5. 5. 1975.

¹¹⁰ *Berliner Zeitung*, 8. 2. 1985.

¹¹¹ Ein Interview mit Prof. Hanselmann über die architektonische Gestaltung des Platzes, in: *Neues Deutschland*, 8. 5. 1953.

¹¹² *Neues Deutschland*, 8. 5. 1953.

¹¹³ Über die Gedenkstätte in Berlin-Schönholz: A. Köppen / H. Maur, Dank euch, ihr Helden der Sowjetunion. Das Sowjetische Denkmal in Berlin-Schönholz, o. O., o. J. Über die Gedenkstätte in Berlin-Treptow: Treptow – das Treptower Ehrenmal. Geschichte und Gegenwart, Berlin (DDR) 1980.

¹¹⁴ In Wien sind die sowjetischen Soldaten, die 1945 bei der Eroberung der Stadt fielen, in einem gesonderten Teil des städtischen Zentralfriedhofs begraben. In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25. 7. 1946 wurde beschlossen, daß die Stadt Wien für »die in der Gruppe 44 des Zentralfriedhofes errichtete Begräbnisstätte für die Soldaten der Roten Armee (...) auf die Dauer des Friedhofsbestandes« sorgt. In: *Amtsblatt der Stadt Wien* 51, 1946, Nr. 28.

Ursprung dieser Gedenkstätten waren die provisorischen Friedhöfe, die während und nach Ende des Krieges für die sowjetischen Soldaten eingerichtet wurden.¹¹⁵ Die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland beschloß 1946, für die Soldaten, die bei der Eroberung der Reichshauptstadt gefallen waren, zwei zentrale Gedenkstätten zu errichten. Sie wurden nach Absprache mit dem Magistrat von Groß-Berlin in Treptow im Süden und in Schönholzer Heide im Norden der Stadt angelegt. Die beiden Gedenkstätten, die später in »Gedenkparks« umgewandelt wurden, befanden sich im sowjetischen Sektor der Stadt. Der Beschluß, unterschrieben vom sowjetischen Kommandanten Marschall Sokolowski, wurde mit der Veröffentlichung am 4. Juni 1947 rechtskräftig. Bereits 1946 hatte man zur Gestaltung der Treptower Gedenkstätte, der späteren Hauptgedenkstätte, einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Die Aufgabe der Wettbewerbsteilnehmer lautete:

»(...) eine dauerhafte, monumentale historische Gedenkanlage zu schaffen, die die Idee der Unsterblichkeit, des lichten Gedenkens an die gefallenen sowjetischen Soldaten und die Größe der internationalen Befreiungsmission der Sowjetarmee widerspiegelt, in deren Namen die Soldaten ihr Leben gegeben haben.«¹¹⁶

Ungefähr fünfzig deutsche und ausländische Architekten beteiligten sich am Wettbewerb. Die Wahl fiel schließlich auf ein sowjetisches Architektenteam, obgleich deutsche Baufirmen an den Arbeiten in den Jahren 1947–1949 beteiligt waren. Die ersten Granitsteine, die benötigt wurden, kamen von den Ruinen der Reichskanzlei.¹¹⁷ Dies war nicht nur ein sowjetischer Beitrag zu den Aufräumarbeiten, es war auch ein symbolischer Ausdruck des sowjetischen Sieges.

Die Gedenkparks waren einesteils Gedenkstätten für die im Kampf um Berlin gefallenen Soldaten, andernteils aber auch Symbole des sowjetischen Sieges über Nazideutschland. Die beiden Ebenen kamen im zentralen Denkmal der Gedenkstätte in Berlin-Treptow deutlich zum Ausdruck. Nach Plänen des sowjetischen Architekten wurde ein Denkmal in Gestalt eines sowjetischen Soldaten errichtet. Zu Füßen des Soldaten befindet sich das Hakenkreuz, das Symbol des Besiegten, in der einen Hand hält er ein Schwert und in der anderen ein Kind, das die Zukunft symbolisiert. Der Sieg, den die Gefallenen durch ihr Opfer errangen, ermöglicht dem Kind, in einer friedlichen Welt aufzuwachsen. Der bogenförmige Eingang zur Treptower Gedenkstätte stellt ein Siegestor dar; die Inschrift verdeutlicht, wofür und für wen die Soldaten fielen:

¹¹⁵ Schon 1945/46 haben die Sowjets die Gefallenen vom provisorischen Friedhof nach Treptow überführt, um dort eine zentrale Gedenkstätte einzurichten.

¹¹⁶ Treptow – das Treptower Ehrenmal, 2.

¹¹⁷ Köppen, Dank euch, 19.

»Ewiger Ruhm den Helden, die für die Freiheit und Unabhängigkeit der sozialistischen Heimat gefallen sind.«

Die Gedenkstätte im Süden Berlins wurde am 8. Mai 1949 eingeweiht, dem vierten Jahrestag der Befreiung vom Faschismus; die im Norden Berlins am 7. November des gleichen Jahres, dem Jahrestag der sowjetischen Revolution. Diese Daten waren kein Zufall, sondern sollten das aktuelle Anliegen dieser Gedenkstätten hervorheben – ein Ausdruck der Freundschaft mit der Sowjetunion und den von ihr repräsentierten politischen und ideologischen Werten. Durch ihr Opfer hatten die Gefallenen den Sturz des Faschismus, die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und die Einführung des Sozialismus ermöglicht.

In der DDR wurde der »Tag der Befreiung« alljährlich im »Park der Gefallenen« in Treptow begangen. Die Zeremonie fand in Anwesenheit der Parteiführung und sowjetischer Gäste statt, wobei die deutsch-sowjetische Freundschaft das zentrale Motiv der Zeremonie bildete. In Ost-Berlin sind fünf und in der Umgebung siebenunddreißig weitere Gedenkstätten dem Andenken der zehntausenden Soldaten der sowjetischen Armee gewidmet, die in der letzten Kampfphase ihr Leben ließen.¹¹⁸

2. *Hans Beimler: Spanien 1936–1938*

Die deutsche Gefallenensektion im Pantheon der DDR besteht aus den Kommunisten, die 1936–1938 im Spanischen Bürgerkrieg in der 11. internationalen Brigade »Ernst Thälmann« fielen. Sie waren deutsche Kommunisten, die in Spanien im Kampf gegen den Faschismus starben. Die kommunistische Doktrin betrachtet jedoch den Faschismus als eine internationale Erscheinung, wodurch die spezifische Front unwichtig wird. Wichtig ist der bewaffnete Kampf gegen den Faschismus, zugleich Ausdruck der internationalen Solidarität.

Das repräsentative Symbol dieser Sektion des Pantheons ist Hans Beimler, der Politkommissar der 11. Brigade, der unter nicht geklärten Umständen im Juli 1936 während der Kämpfe um Madrid ums Leben kam. 1956 kam anlässlich des 20. Jahrestages des Beginns des Spanischen Bürgerkriegs in der DDR eine »Hans-Beimler-Medaille« heraus. Sie trug die Inschrift: »Kämpfer für Spaniens Freiheit 1936–1938«. Die Medaille zeigte an, daß die Kämpfer der internationalen Brigade – besonders die Deutschen – dem Pantheon der DDR angehörten. 1956 wurde diese Sektion des Pantheons allerdings noch mit einer gewissen Zurückhaltung behandelt. Ihre öffentliche Darstellung geschah nicht mittels Briefmarken oder Straßennamen, sie beschränkte sich allein auf die Medaille. Auch die Zeremonien, die aus diesem Anlaß im »Elektroapparate-

¹¹⁸ Ibid., 41.

werk J. W. Stalin« in Berlin-Treptow stattfanden, waren intern.¹¹⁹ Anwesend waren altgediente Brigademitglieder und als einziger Vertreter der Regierung Heinrich Rau, stellvertretender Ministerpräsident und ehemaliger Kommandant der 11. Brigade.

Erst zehn Jahre später kam es zur öffentlichen Verewigung der gefallenen Spanienkämpfer in der Hauptstadt, als im Juli 1966 in Ost-Berlin eine Straße nach Hans Beimler benannt wurde.¹²⁰ Sowohl die Lage der Straße als auch der Rang des anwesenden Regierungsvertreters zeugten von der Bedeutung, die man dem Symbol beimaß. Bei der Zeremonie legte der Transportminister der DDR den Grundstein für ein Denkmal der Gefallenen der 11. Brigade. Am 15. Juli 1966 kam anlässlich des Jahrestages eine Serie von sechs Briefmarken heraus.¹²¹ Auf allen sechs Briefmarken war der Brigadekommandant vor Kampfszenen mit der roten Fahne und den Fahnen der internationalen Brigade dargestellt. Die Briefmarkenserie, die Straßenumbenennung und die Grundsteinlegung für das Denkmal zeugten von der Bedeutung, die 1966 den Kämpfern der 11. Brigade im staatlichen Pantheon zugewiesen wurde. Sie dienten als Vorbild für den Geist der internationalen Solidarität im Kampf gegen den Faschismus.

3. Opfer des Faschismus

Als »Opfer des Faschismus« galten:

»Die von Gestapo, SS u. a. verbrecherischen Organisationen sowie von der Wehrmacht des faschistischen deutschen Imperialismus ermordeten Millionen Männer, Frauen und Kinder in der UdSSR, Polen, Deutschland, Frankreich und in vielen anderen Ländern. Der (...) Gedenktag für die Opfer mahnt, ihr Vermächtnis zu erfüllen und eine Wiedergeburt des Faschismus niemals zuzulassen.«

Meyers Neues Lexikon, Leipzig 1970

Aus dieser offiziellen Definition gehen zwei wichtige Dinge hervor: Die Zusammensetzung der Kategorie »Opfer« und die sozialpolitische Funktion, die sie zu erfüllen hat. Die Kategorie ist international und umfaßt Franzosen, Polen, Sowjets und Deutsche. Beachtenswert ist, daß die sowjetischen Opfer an erster Stelle genannt werden, wohingegen die jüdischen Opfer nicht als separate Gruppe gelten, ja überhaupt nicht erwähnt werden. Formal zählen die jüdischen Opfer zu den Bürgern der genannten Staaten. Die politische und päd-

¹¹⁹ Über die Zeremonien anlässlich des Jahrestages siehe: *Der Spiegel*, 32/1956, 22–23.

¹²⁰ *Neues Deutschland*, 16. 7. 1966.

¹²¹ Michel, 309–310.

agogische Funktion der »Opfer« ist, eine Wiedergeburt des Faschismus zu verhindern, indem sie ein Erbe an kommende Generationen weitergeben.

Die Gruppe der »Opfer« bleibt anonym; als Einheit ist sie ein Symbol der Barbarei des Faschismus. Schon die Bezeichnung »Opfer« birgt eine Verurteilung des Faschismus. Das Modell, das dem zugrunde liegt, ist bekannt: Die Zugehörigkeit einer Gruppe von »Opfern« zu einem bestimmten offiziellen Pantheon bedeutet die Verurteilung der Ideologie, des Regimes, der politischen Bewegung, die diese Gruppe zu Opfern machte. Die politische Funktion dieser Kategorie führt dazu, daß ihre Erinnerungs- und Gedenkstätten der gesamten Gruppe oder Teilen von ihnen gewidmet sind, niemals einzelnen; allein die Gruppe – das Kollektiv – vermittelt die politische Botschaft.

Die Umwandlung der Konzentrations- und Vernichtungslager in Gedenkstätten geschah nicht nur in der DDR. Auch in der BRD (Bergen-Belsen, Dachau), Österreich (Mauthausen), Frankreich (Stuthoff im Elsaß), Polen und der Sowjetunion wurden aus den Todeslagern Gedenkstätten, mittels derer der Ermordeten gedacht und die Barbarei der Nationalsozialisten verurteilt wird. In der DDR, wo Antifaschismus die *raison d'être* der Republik war, wurden erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Todeslager zu offiziellen Gedenkstätten. Am 1. April 1955 gründete man das »Kuratorium für den Aufbau nationaler Mahn- und Gedenkstätten«, zuständig nicht nur für die Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus, sondern auch für die Stätten, die mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zusammenhingen. Aber der Einfluß der ehemaligen Widerstandskämpfer unter den Kuratoriumsmitgliedern forcierte die Umwandlung der ehemaligen Todeslager in »Nationale Mahn- und Gedenkstätten«.

Zum Gedenken an die Konzentrationslager wurden auch Briefmarken herausgegeben. Im September 1956 kam anläßlich des Gedenktages für die Opfer des Faschismus die erste Briefmarke in dieser Reihe heraus. Sie war dem Lager Buchenwald gewidmet.¹²² Im April 1957 erschienen zwei Briefmarken, auf denen das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück dargestellt war.¹²³ Im September 1958 kam zur Einweihung der »Nationalen Gedenkstätte« in Buchenwald eine Briefmarke heraus.¹²⁴ Desgleichen kamen 1959 und 1960 zur Einweihung der Gedenkstätte in Ravensbrück¹²⁵ und Sachsenhausen¹²⁶ Briefmarken heraus.

In den Jahren 1958–1960 wurden die Konzentrationslager Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen zu Nationalen Mahn- und Gedenkstätten. An der Einweihung der drei Gedenkstätten nahmen sowohl Vertreter der DDR-Regierung als auch ausländische Gäste teil. Dies zeigte, welche Bedeutung die

¹²² Ibid., 274.

¹²³ Ibid., 276.

¹²⁴ Ibid., 279.

¹²⁵ Ibid., 183.

¹²⁶ Ibid., 286.

Regierung diesem Thema beimaß; zugleich wurde der internationale Charakter des Kampfes gegen den Faschismus betont. Es war auch eine gute Gelegenheit, das »antifaschistische« Profil der DDR in der Weltöffentlichkeit darzustellen. Am 14. September 1958, am Vorabend des Gedenktages für die Opfer des Faschismus, fand die Einweihung der Gedenkstätte in Buchenwald statt, an der ca. 80000 Gäste teilnahmen. Regierung und Partei waren durch Grotewohl und Ulbricht vertreten. Grotewohl zählte in seiner Rede – ohne die Juden zu erwähnen – die verschiedenen Gruppen auf, die zu den Opfern gehören, und betonte mehrfach ihre Bedeutung: »(...) Die Stimmen der Toten und der Lebendigen vereinigen sich (...) zu dem mahnenden Ruf: nie wieder Faschismus und Krieg!«¹²⁷ Auch nach Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten wurde der Opfer des Faschismus mittels Gedenktafeln und Denkmälern gedacht.

Auch die Berliner Wache war eine Gedenkstätte. In den Jahren 1930–45 diente sie als zentrale Gedenkstätte für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges; sie war der bedeutendste Tempel des »Gefallenenkultes« im Reich. Nach der Kapitulation verlor sie ihre Funktion und blieb bis 1957 in halb zerstörtem Zustand. Nach ihrer Restaurierung wurde sie 1960 zur Gedenkstätte für die »Opfer des Faschismus und des Militarismus«.

Die Funktion der Neuen Wache als Gedenkstätte änderte sich demnach nicht. Der Unterschied bestand in der Definition der Gruppe, der gedacht wurde. Nach 1960 waren es die »Opfer des Faschismus und des Militarismus«. Hinter dem Kristallwürfel mit dem ewigen Feuer wurden zwanzig Gefäße mit Erde aus den Todes- und Vernichtungslagern sowie von verschiedenen Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges aufgestellt: Moskau und Stalingrad, Narvik und Normandie, El Alamein und Monte Cassini. Die Opfer, derer hier gedacht wird, sind, nach den Gefäßen zu urteilen, nicht nur Personen, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern umkamen, auch Soldaten gehören dazu – englische, amerikanische, sowjetische und auch deutsche, auf den Kriegsschauplätzen gefallene Soldaten. So gesehen sind auch die deutschen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg kämpften, Mitglieder des DDR-Pantheons. Aber im Unterschied zum Gefallenenkult des Ersten Weltkrieges gehören sie im Pantheon nicht den »Gefallenen«, sondern den »Opfern« an; sie sind nicht mehr »Helden«, die ihr Leben für Größe und Ruhm des Vaterlandes hingaben, sondern Opfer einer Ideologie und eines Regimes, die beide gleichermaßen verdammungswürdig sind. Die deutschen Soldaten sind Opfer des verbrecherischen Regimes, das sie dazu benutzte, seine niederträchtigen Ziele zu erreichen. Sie werden mit den Millionen, die den Tod in den Konzentrationslagern fanden, auf eine Stufe gestellt; alle, so die offizielle Doktrin, sind »Opfer der faschistischen Diktatur«.

¹²⁷ *Neues Deutschland*, 15. 9. 1958.

4. Die Märtyrer

Unter den »Opfern des Faschismus« – der Oberbegriff für alle, die von den Nazis und ihren Helfern umgebracht wurden – nehmen die »Märtyrer« einen Ehrenplatz ein. Zu den Märtyrern gehören diejenigen, die im Kampf gegen den Faschismus starben. Die offizielle westdeutsche Bezeichnung lautet »Widerstandskämpfer«, aus deren Reihen allerdings die Kommunisten nahezu ausgeschlossen wurden. In der DDR ist vor allem der Begriff »Antifaschisten« gebräuchlich. Der Unterschied zwischen den Begriffen, beide in der DDR üblich, ist nicht nur ein semantischer. Ersterer beschränkt sich auf diejenigen, die tatsächlich in illegale politische Aktivitäten gegen das Regime verwickelt waren und dafür mit ihrem Leben bezahlten. Der Begriff »Antifaschisten« hingegen ist weiter gefaßt und schließt die mit ein, die von den Nationalsozialisten wegen ihrer antinazistischen Ansichten hingerichtet wurden. Dazu gehören unter anderem die Kommunisten und auch die Sozialdemokraten, die bereits bei der ersten Verhaftungswelle 1933 in die Konzentrationslager kamen, wo sie starben – ohne Gelegenheit zu haben, an der Widerstandsbewegung teilzunehmen. Im DDR-Staatspantheon besteht die Gruppe der Antifaschisten aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und bürgerlichen Vertretern. Die Zusammensetzung der Gruppe verfolgt ein politisches Ziel. Der Widerstandsbewegung soll dadurch, daß Vertreter unterschiedlicher – nicht unbedingt kommunistischer – Weltanschauungen mit einbezogen werden, größere Gültigkeit verliehen werden. Kommunisten und Nichtkommunisten, Frauen und Männer waren – ob gemeinsam oder allein – gegen die nazistische Diktatur tätig. Dadurch sind sie nicht Märtyrer einer bestimmten Bewegung. Der Antifaschismus war der gemeinsame Nenner verschiedener gesellschaftlicher und politischer Gruppierungen. Der Antifaschismus war auch gleichsam die *raison d'être* der Deutschen Demokratischen Republik. Das unterstreicht auch der offizielle Name des Staates, der »demokratisch«, das heißt antifaschistisch ist. Die politische Zusammensetzung der Gruppe der Märtyrer hat propagandistische Bedeutung und schlägt sich in der Auswahl der Märtyrer nieder, derer im öffentlichen Leben gedacht wird.

Die Märtyrer, nahezu alle unbekannt, wurden im Vergleich zu den »ideologischen Vätern« oder den »Gründervätern« erst später verewigt. Letztere wurden in der DDR bereits in den fünfziger Jahren zu einem festen Bestandteil des öffentlichen Lebens. Die spätere Verewigung der Märtyrer auf den öffentlichen Symbolträgern läßt sich grob in drei Phasen einteilen: 1. Gleich nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs durch Straßennamen in verschiedenen Städten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands; 2. Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre parallel zu den Einweihungen der »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten«; 3. in der ersten Hälfte der siebziger Jahre erschienen in Ost-Berlin die Namen Dutzender Märtyrer auf den Straßenschildern.

In der ersten Phase, nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, wurde »lokaler« Märtyrer vor allem durch Straßennamen gedacht. In Leipzig benannte man noch im gleichen Jahr Straßen nach den im Januar 1945 hingerichteten Märtyrern. Auf einer im Oktober 1945 in Mecklenburg herausgegebenen Briefmarkenserie, waren drei »Opfer des Faschismus« – Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid und Dr. Erich Klausener – dargestellt. Die Serie ist deshalb interessant, weil sie ein Schema bildet, das später stets wiederholt wird. Die Gruppe der Märtyrer wird von drei Schlüsselfiguren vertreten: Ernst Thälmann, der kommunistische Märtyrer; Rudolf Breitscheid, der angesehenste sozialdemokratische Märtyrer; und ein bürgerlicher Politiker (oder später ein Vertreter der Kirche), der im Kampf gegen den Faschismus sein Leben aufs Spiel setzte. Diese »Dreiergruppe« stellte auf einprägsame Weise den breiten, überparteilichen Charakter des Widerstandes gegen den Faschismus dar.

In der sowjetischen Besatzungszone war Rudolf Breitscheid – neben Ernst Thälmann – der ranghöchste sozialdemokratische Märtyrer. Aber im Gegensatz zu Thälmann war Breitscheid kein Parteiführer – was seine politische Bedeutung jedoch nicht schmälerte. Seinen Ehrenplatz verdankt er seiner in den dreißiger Jahren offen ausgesprochenen Befürwortung einer »Volksfront« der Arbeiterparteien. Im Dezember 1936 unterzeichnete Breitscheid in seiner Funktion als sozialdemokratischer Führer den Aufruf der KPD zur Gründung einer »Volksfront«. Damit wurde er zu einem Symbol des antifaschistischen Widerstandes. Sein Eintreten für eine politische Zusammenarbeit zwischen den beiden Arbeiterparteien machte ihn besonders in den Jahren 1945/46 zum Vorbild, als die KPD die politische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien anstrebte. Daß der Kommunist Thälmann und der sozialdemokratische Märtyrer Breitscheid nebeneinander gestellt wurden, verfolgte eine klare politische Absicht. Am 22. September 1946 räumte das Parteiorgan der vor kurzem erst gegründeten SED den Märtyrern der Partei eine ganze Seite ein. Man führte die auserwählten Repräsentanten der Märtyrer in einer, oder genauer, zwei Listen an: Links die kommunistischen Märtyrer mit Ernst Thälmann an der Spitze; rechts die von Rudolf Breitscheid angeführten sozialdemokratischen Märtyrer. Die symmetrische Gegenüberstellung dieser beiden Listen sollte die historische Rolle betonen, die die beiden Arbeiterparteien in der Widerstandsbewegung und im gemeinsamen Kampf gegen die Nazidiktatur gespielt hatten. Sie sollte auch optisch veranschaulichen, daß es sich bei ihrer Vereinigung um eine Vereinigung von gleichen handelte: »(...) Jetzt genau so einig und fest zusammenzustehen.«¹²⁸

Im folgenden werden zwei Beispiele angeführt, wie in Ost-Berlin der antifaschistischen Märtyrer gedacht wurde. Am 13. Oktober 1949, nur sechs Tage nach der Gründung der DDR, wurde die Ost-Berliner »Prinz-Friedrich-Karl-

¹²⁸ *Neues Deutschland*, 22. 9. 1946.

Straße« in »Geschwister-Scholl-Straße« umbenannt.¹²⁹ Damit wollte man die Helden der Widerstandsgruppe »Weiße Rose« ehren. Der neue Straßename – nach Staatsgründung die erste umbenannte Straße Ost-Berlins – war ein deutliches politisches Signal. Man entschied sich für ein Symbol, das den antifaschistischen Charakter des eben erst gegründeten Staates hervorheben sollte. Daß die Wahl ausgerechnet auf dieses Symbol fiel, unterstrich den gesamtdeutschen Aspekt des Widerstandes gegen den Faschismus. Die Geschwister Scholl waren junge Studenten; sie symbolisierten den Kampf der jungen deutschen Generation gegen die Nationalsozialisten. Da sie keine Kommunisten waren, konnten sie als überparteiliche Identifikationsobjekte dienen und wurden zum Symbol dessen, was allen deutschen Antifaschisten gemeinsam war und sie vereinigte. Derart konnten die Geschwister Scholl zu Märtyrern sowohl des westdeutschen als auch des ostdeutschen Pantheons werden. Ihr Name ist auf Straßenschildern sowohl in Hamburg, Köln und München, als auch in Ost-Berlin, Leipzig und Dresden verewigt.

Im Frühjahr 1951, nach Säuberung Ost-Berlins von den preußischen Symbolen, wurden weitere Straßen nach Märtyrern benannt. Ein Beispiel war Erich Baron, Journalist und KPD-Mitglied, Herausgeber der Zeitung »Das Neue Rußland«, der im April 1933 ermordet wurde.¹³⁰ Ein anderes Beispiel war Herbert Baum, ein Jude, der einer Widerstandsgruppe mit größtenteils jüdischen Mitgliedern vorstand.¹³¹ Am 18. Mai 1942 steckten Mitglieder dieser Gruppe die von den Nazis in Berlin organisierten antisowjetische Ausstellung »Das sowjetische Paradies« in Brand. Noch im gleichen Monat wurden 28 Mitglieder der Gruppe hingerichtet, darunter auch Herbert Baum. Nach Baum wurde die zum jüdischen Friedhof in Weißensee führende Straße benannt, wo Baum auch begraben ist. Es war die einzige Straße im ehemaligen »französischen« Bezirk, die nicht den Namen eines berühmten Komponisten erhielt.

Die zweite Gedenkphase antifaschistischer Märtyrer fand in den Jahren 1957 bis 1964 statt, parallel zur Kanonisierung der »Opfer« durch Mahn- und Gedenkstätten. In dieser Zeit kamen in der DDR sieben Briefmarkenserien heraus, die neununddreißig Märtyrer darstellten. In der ersten Serie waren die ranghöchsten Märtyrer vertreten: Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid und Rudolf Schneider, ein Vertreter der nichtsozialistischen Märtyrer.¹³² Im Unterschied zu 1945 war Schneider ein Vertreter der Kirche, ein Theologe, der seit 1937 wegen seiner Anschauung im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert war, wo er am 18. Juli 1939 ermordet wurde. Die Wahl eines Theologen als Vertreter der »dritten« – neben der kommunistischen und der sozialdemokratischen – Weltanschauung, bedeutete die Anerkennung von Kirchenmännern in

¹²⁹ *Verordnungsblatt für Groß-Berlin* 5, 1949 Nr. 47.

¹³⁰ *Verordnungsblatt für Groß-Berlin* 7, 1951 Nr. 40.

¹³¹ *Verordnungsblatt für Groß-Berlin* 7, 1951 Nr. 40.

¹³² Michel, 277.

der antinazistischen Widerstandsbewegung durch das DDR-Regime. In den Briefmarkenserien wurde auch der Anteil der Frauen am Widerstand gegen den Faschismus gewürdigt: 11 der 39 Märtyrer waren Frauen.

Obwohl man sich bemühte, den allgemeinen, überparteilichen Charakter des Widerstandes gegen den Nazismus zu betonen, waren die Kommunisten in der Überzahl. Zu ihnen gehörten: Rudolf Renner (Buchenwald 1940), Hilda und Hans Coppi, Mitglieder der »Roten Kapelle«, die 1942 in Berlin hingerichtet wurden, Ernst Schneller (Sachsenhausen 1944), Walter Stoecker (Buchenwald 1939) und andere. Zwei weitere Märtyrer, denen im staatlichen Pantheon ein Ehrenplatz zuteil wurde, waren Harnack und Schulze-Boysen, Führer der »Roten Kapelle«, die für die Sowjetunion arbeitete. Harnack hatte damit bereits 1935 begonnen. Die Gruppe war zwar überparteilich, aber in ihren Reihen befanden sich auch Kommunisten. Sowohl ihre Aktivität, als auch ihre Zusammensetzung verlieh der Gruppe eine besondere Bedeutung. Harnack und Schulze-Boysen kamen in der letzten Briefmarkenserie im März 1964 heraus.¹³³ Die Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre gleichzeitige Herausgabe der oben genannten Briefmarkenserie mit den Briefmarken, die den Mahn- und Gedenkstätten gewidmet waren, stellte zwischen »Opfern« und »Märtyrern«, beide Bestandteile des Staatspantheons der DDR, eine Verbindung her.

Erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde wieder eine Straße in Ost-Berlin nach einem Märtyrer benannt. Es war der deutsche Kommunist Richard Sorge, der in Japan für die Sowjetunion spionierte und am 7. November 1944 hingerichtet wurde. Sorge war auch ein sowjetischer Held: Ihm zu Ehren wurde in der Sowjetunion eine Briefmarke herausgegeben und ein Denkmal errichtet; auch eine Straße wurde nach ihm benannt. Die Umbenennung in Ost-Berlin stand ganz im Zeichen der deutsch-sowjetischen Freundschaft, was im Parteiorgan der SED ausdrücklich betont wurde: »Die Hauptstadt ehrt den Kundschafter Richard Sorge. Begeisternde Kundgebung der deutsch-sowjetischen Freundschaft.«¹³⁴

Obwohl die antifaschistischen Märtyrer im Staatspantheon der DDR eine wichtige Rolle spielten, wurden in der Hauptstadt zunächst nur wenige Straßen nach ihnen benannt. Anfang der siebziger Jahre trat jedoch eine drastische Änderung ein. Während der hier als »dritte Phase« bezeichneten Kanonisierung wurden von 1972 bis 1976 in Ost-Berlin 38 Straßen nach Märtyrern benannt. Was veranlaßte diese Änderung, wodurch Ost-Berlin binnen kurzer Zeit gegenüber den Märtyrern seine moralische Schuld beglich? Ein Grund ist – obwohl es keinen direkten Beweis dafür gibt – die Veränderung an der Spitze der SED; 1971 löste Erich Honecker Walter Ulbricht ab. Die Biographien der bei-

¹³³ Ibid., 299.

¹³⁴ *Neues Deutschland*, 7. 11. 1969.

den Männer unterscheiden sich wesentlich voneinander. Ulbricht befand sich in den Jahren 1933 bis 1945 in Moskau als Funktionär des Komintern. In praktischer Hinsicht war er von der politischen Realität in Nazideutschland und der Widerstandsbewegung abgeschnitten. Honecker dagegen blieb in Deutschland. Bis zu seiner Verhaftung 1935 war er im Saarland, im Ruhrgebiet und in Berlin illegal tätig. Die Jahre von 1937 bis 1945 verbrachte er in dem berüchtigten Gefängnis von Brandenburg. Wie seiner Autobiographie zu entnehmen ist, prägten diese Jahre den künftigen Führer der DDR. Im Laufe der Jahre traf er viele Aktivisten der Widerstandsbewegung, sei es bei der politischen Arbeit oder im Gefängnis, das viele von ihnen nicht lebend verließen. Die Biographie Honeckers könnte durchaus dazu beigetragen haben, daß die Erinnerung an die antifaschistischen Märtyrer in Berlin Anfang der siebziger Jahre erneut wachgerufen wurde.

Eine Neuerung kennzeichnet die dritte Phase: Zum ersten Mal werden die Märtyrer in der offiziellen Sprache »Widerstandskämpfer« genannt.¹³⁵ Dies schien insofern gerechtfertigt, als alle 38 verewigten Märtyrer aktive Mitglieder der antinazistischen Widerstandsbewegung waren. Im Juni 1972 wurde eine Anzahl von Straßen nach Mitgliedern der »Roten Kapelle« benannt, eine gemischte Gruppe bestehend aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftsaktivisten und Parteilosen.¹³⁶ Am 24. September 1973 wurden weitere Straßen nach kommunistischen Märtyrern benannt;¹³⁷ desgleichen am 20. März 1974,¹³⁸ im Juni 1975 und zuletzt im Februar 1976.¹³⁹

Wie in den vorangehenden Kanonisierungsphasen wurde auch jetzt der überparteiliche Charakter des Widerstandes betont. Das war daran zu erkennen, daß sich unter den Verewigten Vertreter unterschiedlicher politischer Bewegungen und Weltanschauungen befanden. Dabei ließ man auch nicht die Stellung der Frauen unter den Märtyrern außer Acht.

Die spektakulärste Umbenennungsaktion fand im September 1974 statt.¹⁴⁰ In einem Zuge wurden 18 bisher nach Städten jenseits der Oder-Neiße-Linie benannte Straßen nach antifaschistischen Märtyrern umbenannt. In Ost-Berlin ging das Gerücht um, die großangelegte Aktion sei auf Drängen der polnischen Regierung erfolgt, die die alten preußischen Straßennamen entfernt haben wollte.¹⁴¹ Diese Umbenennung ist ein klassisches Beispiel für den Zusammen-

¹³⁵ Interessant sind die in der DDR-Presse genannten verschiedenen Bezeichnungen. In der *Berliner Zeitung* erschien die Bezeichnung »Widerstandskämpfer« am 22. 6. 1973; 12. 9. 1973; 15. 9. 1973. Im Parteiorgan *Neues Deutschland* hingegen wird meist die Bezeichnung »Antifaschisten« gebraucht, obwohl auch »Widerstandskämpfer« vorkommt, so am 27. 5. 1975.

¹³⁶ *Berliner Zeitung*, 12. 2. 1972.

¹³⁷ *Berliner Zeitung*, 12. 9. 1973; 25. 9. 1973.

¹³⁸ *Neues Deutschland*, 20. 3. 1974.

¹³⁹ *Neues Deutschland*, 5. 2. 1976.

¹⁴⁰ *Neues Deutschland*, 29. 8. 1974; 5. 9. 1974; *Neue Zeit*, 5. 9. 1974.

¹⁴¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. 9. 1974.

hang zwischen Entkanonisierung und Kanonisierung, die derart die beiden Seiten ein und derselben Medaille darstellen.¹⁴²

Am Schluß des Abschnitts, der dem Andenken an die antifaschistischen Märtyrer in der DDR gewidmet ist, werden die Märtyrer vorgestellt, deren Namen nicht in der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Hierzu gehören die Mitglieder des Verschwörerkreises, der unter dem Namen »20. Juli« bekannt ist – das Datum, an dem das gescheiterte Attentat auf Hitler verübt wurde. Die Gruppe ist deshalb von besonderem Interesse, weil ihr in der antifaschistischen Sektion des westdeutschen Pantheons eine zentrale Rolle beigemessen wird.¹⁴³ Der »20. Juli« ist in der Bundesrepublik ein offizieller Gedenktag, und die Helden der Verschwörung gelten als Staatshelden. Nach dem Grafen von Stauffenberg, dem Mann, der in Hitlers Hauptquartier in Ostpreußen die Bombe legte, sind in Köln, Hannover, München und Stuttgart Straßen sowie in Hamburg ein Platz benannt. Im Juli 1955 wurde in West-Berlin die Straße, in der sich das Gestapohauptquartier befunden hatte, nach Stauffenberg benannt. Zum Jahrestag der Verschwörung liefen noch im selben Jahr zwei kommerzielle Filme an, die die Verschwörung und ihre Helden schilderten. Von Stauffenberg wurde zum berühmtesten Märtyrer, und die Verschwörung – zusammen mit dem Kreis »Die Weiße Rose« – zum wichtigsten Bestandteil des Mythos vom Kampf gegen die Nationalsozialisten, wie er westlich der Elbe dargestellt wird.

Die Staatsdoktrin der DDR hingegen sieht im »20. Juli« die Verschwörung einer »militärisch-bürgerlichen« Gruppe mit dem Ziel, den deutschen Imperialismus vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten, als es in der letzten Phase des Krieges feststand, daß Hitler das Deutsche Reich in den Untergang führte. Der Kreis der Verschwörer galt als »reaktionär«, und die antikomunistische und antisowjetische Haltung der Anführer wurde als Schande hingestellt. Die negative Bewertung des Verschwörerkreises bezieht sich jedoch nicht auf alle Mitglieder. Im Gegensatz zu seinen Kameraden wird von Stauffenberg positiv eingeschätzt. In einem offiziellen Urteil der DDR wird erwähnt, daß er das reaktionäre Konzept der anderen Mitglieder ablehnte, und statt dessen für eine gemeinsame Aktion von Vertretern unterschiedlicher politischer Anschauungen gegen die nationalsozialistische Führung eintrat. Man rechnete ihm auch an, daß er mit bürgerlichen und sozialdemokratischen Widerstandsgruppen Kontakt hatte. Anfang 1957 erschien im Auftrag des Verteidigungsministeriums der DDR eine Broschüre, in der von Stauffenberg als Vorbild dargestellt wird. Darin hieß es unter anderem, daß er mit Widerstandsgruppen, in denen auch Kommunisten vertreten waren, in Verbindung stand.

¹⁴² Zwischen dem Parteiorgan der SED und dem der CDU-Ost gab es Unterschiede bezüglich der alten, umbenannten Namen: die *Neue Zeit* erwähnte die alten Namen; im *Neuen Deutschland* kamen die alten Namen überhaupt nicht vor. (S.o. Anm. 140).

¹⁴³ Über die Auswertung der Widerstandsbewegung in der DDR und der BRD siehe: *Deutschland Archiv* 4, 1971.

Von Stauffenberg wurde jedoch nie zum kanonischen Märtyrer der Deutschen Demokratischen Republik. Sein Name erschien auf keinem Straßenschild der DDR; ausgenommen in Leipzig, wo man bereits in den vierziger Jahren eine Straße nach ihm benannt hatte. Die sächsische Metropole war die einzige Stadt in der DDR, die den Helden der Verschwörung mittels eines Straßennamens ehrte.

4. Kapitel

Die Humanisten

Im Frühjahr 1951, als man in Ost-Berlin die alten preußischen Symbole von den Straßenschildern entfernte, erhielt ein ganzes Viertel in Berlin-Weißensee einen völlig neuen Charakter. Das ehemals »französische Viertel«, in dem die Straßen nach Schlachten des deutsch-französischen Krieges benannt waren, wurde zum »Komponistenviertel«: »Puccini« und »Smetana« statt »Belfort« und »Straßburg«. Die alten preußisch-deutschen Siegesymbole mußten althergebrachten Repräsentanten einer humanistisch-universellen Tradition weichen. Im Staatspantheon der DDR sind die »Humanisten« eine angesehene und bedeutende Gruppe. Sie umfassen sowohl Deutsche als auch Ausländer, deren Kanonisierung die in der DDR nach 1945 vollzogene Ablösung des preußisch-deutschen Militarismus durch den Humanismus signalisierte.

Zu den Humanisten zählen die Großen der deutschen Kultur, die ihr zu einem ehrenvollen Platz in der internationalen Kulturgeschichte verhelfen. Im 19. Jahrhundert waren sie Symbole der deutschen »Kulturnation«; nach 1945 wurden sie zu Symbolen eines »anderen«, friedliebenden Deutschlands, dessen Größe sich nicht in militärischer Macht, sondern in den Errungenschaften der nationalen Kultur niederschlägt. In der Zeit bildeten die Humanisten gleichsam das Gegengewicht zum deutschen Faschismus. Sie waren der Beweis, daß »Deutschland« nicht zwangsläufig mit dem Dritten Reich gleichzusetzen ist; daß »Deutschland« nicht nur Hitler, Himmler und Buchenwald bedeutete, sondern auch Goethe, Beethoven und Weimar. Die Indienstnahme der Kulturgrößen war ein Versuch, von der jüngsten Vergangenheit Abstand zu gewinnen. Sie erschienen auf Briefmarken, die in verschiedenen Teilen Deutschlands herauskamen. 1945 wurde in der französischen Besatzungszone eine Briefmarkenserie mit Goethe, Schiller und Heine herausgegeben. Im März 1946 zierten Goethe, Schiller und Wieland eine Briefmarkenserie in Thüringen.

Mit Aneignung des »fortschrittlichen« nationalen Erbes »adoptierte« die DDR auch die deutschen Humanisten. Man berief sich auf Beethoven, Bach, Goethe, Schiller, Heine und Lessing. Sie sollten dazu beitragen, das Problem der fehlenden Legitimation der DDR zu lösen, und zugleich den Beweis erbringen, daß die alte nationale Tradition nicht aufgegeben wurde, obgleich nur auserwählte Vertreter dieses Erbes übernommen wurden. Bereits Ende der vierziger Jahre, als sich die Teilung Deutschlands abzeichnete, wurden die »deutschen Humanisten« zum Gegenstand eines Wettbewerbs zwischen beiden Teilen Deutschlands. In ihrem politischen Kampf setzte die SED bewußt Humanisten und Klassiker ein.

Die Darstellung Goethes anläßlich seines 200. Geburtstages im März 1949 ist ein typisches Beispiel der politischen Indienstnahme eines Humanisten. In Ost-

Berlin hielt Arnold Zweig eine Rede.¹⁴⁴ In Weimar fand ein »Goethetag« der deutschen Jugend statt mit Otto Grotewohl als Redner. In seiner Rede ging er auf den »humanistischen Geist von Kant und Lessing, von Herder und Humboldt« ein. Auch Goethes Botschaft an die deutsche Jugend wurde in aller Deutlichkeit formuliert:

»(...) Hier liegt eure Aufgabe: das große Werk, das jene deutsche Jugend vor 200 Jahren begann, zu vollenden (...): das Banner der Menschlichkeit höher zu heben (...)«¹⁴⁵

Aus gleichem Anlaß kamen in beiden Teilen Deutschlands Briefmarken heraus: zum ersten Mal wurde ein nationales Symbol in beiden Teilen Deutschlands gleichzeitig präsentiert.¹⁴⁶

In der DDR wurde Goethe nicht nur wegen seiner literarischen Leistungen geehrt, man betonte auch besonders seine Taten im Dienste des Grafen von Weimar: Seine Bemühungen, die Armee des Herrschers abzubauen – der antimilitaristische Aspekt seiner Person; sein Bestreben, im Steuersystem der Grafschaft soziale Reformen und Verbesserungen durchzuführen – Goethe als »Sozialreformer«. Diese Aspekte seines Lebenswerkes kommen in dem zur offiziellen Gedenkstätte umgewandelten Goethe-Haus deutlich zum Tragen.¹⁴⁷ In der Bundesrepublik befindet sich die Gedenkstätte in seiner Geburtsstadt Frankfurt, wo auch die Universität seinen Namen trägt.

Die Stadt Weimar ist ein eigenständiges und zugleich traditionelles Symbol des deutschen Humanismus. Mit Weimar verbindet man jedoch nicht nur Goethe, sondern auch Schiller, dem in den fünfziger Jahren im Staatspantheon eine besondere Funktion zugewiesen war. Zu der Zeit wurde besonders der nationale Aspekt Schillers hervorgehoben: Schiller als »Volkstribun«, »Dichter der Nation«, »humanistischer Nationaldichter«, in dessen Oeuvre das Pathos Ausdruck des »revolutionären Zornes«, der humanistischen Ideen, reiner Gefühle und der patriotischen Hoffnungen« des deutschen Volkes zu Lebzeiten des Dichters ist.¹⁴⁸ Schiller gilt als »Patriot« und »Revolutionär« – die gleichen Bezeichnungen, die in den dreißiger Jahren den Schillerkult der Nationalsozialisten kennzeichnete. Aber der Unterschied zwischen den dreißiger und fünfziger Jahren liegt in der Hervorhebung Schillers als »Humanist« und »Demokrat«, zwei Aspekte die von den Nazis selbstverständlich nicht genannt wurden. Das Jahr 1955 wurde in der DDR zum »Schillerjahr« – und zum (Friedrich) »Engels-Jahr« – erklärt. Zu Ehren Schillers kamen in der DDR drei Briefmar-

¹⁴⁴ *Neues Deutschland*, 20. 3. 1949.

¹⁴⁵ *Neues Deutschland*, 20. 3. 1949.

¹⁴⁶ Michel, 257/16.

¹⁴⁷ Über des Goethe-Haus in Weimar: *Der Spiegel*, 13/1964, 66–69.

¹⁴⁸ Zit. nach: A. Abusch, Schiller-Renaissance im deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat, in: *Kulturspiegel [der] Messestadt Leipzig* 9, 1959, 745–746.

ken heraus; die Blockausgabe trug den Spruch »Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern«.¹⁴⁹ Daran wird deutlich, in welcher Weise die SED das Symbol »Schiller« in ihrem politisch-propagandistischen Kampf um die nationale Einheit einsetzte. Schiller war ein Werkzeug im Kampf um die nationale Einheit Deutschlands, der die Teilung Deutschlands verhindern sollte.

Zu Schillers 150. Todestag erschien auch in der BRD eine Briefmarke.¹⁵⁰ Im November 1959 erklärte der westdeutsche Präsident Theodor Heuß Schillers 200. Geburtstag zum »nationalen Bekenntnis«. Die Bundespost gab jedoch im Unterschied zur DDR aus diesem Anlaß keine Briefmarke heraus. In der DDR gab die Erklärung des Präsidenten Anlaß zur Befürchtung, die BRD habe die Absicht, das Symbol »Schiller« für sich in Anspruch zu nehmen. Alexander Abusch, der noch im selben Jahr zum Kultusminister der DDR ernannt wurde, griff die westdeutsche Absicht, den Geburtstag des Dichters zu feiern, heftig an. Seiner Meinung nach war dies nichts weiter als eine Wiederholung der »falschen« Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag des Dichters im Jahre 1859.¹⁵¹ Abusch meinte, Schiller würde in Westdeutschland von der »Reaktion« und dem »Nationalismus« vereinnahmt werden. Abusch erwähnte zwar die Feiern 1859, unterschlug aber den Mißbrauch des Symbols durch die Nazis zwanzig Jahre zuvor.

Im Gegensatz zu Goethe und Schiller war der Dichter Heinrich Heine in den dreißiger Jahren entkanonisiert worden. Der Name des jüdischen Demokraten und Revolutionärs durfte im Dritten Reich auf keinem offiziellen Symbolträger verewigt werden. Nach 1945 kam sein Name unter anderem auf die Straßenschilder in Düsseldorf, Frankfurt, Köln, München und Hamburg. In Westdeutschland aber blieb das Symbol trotz seiner erneuten Kanonisierung problematisch. In seiner Geburtsstadt Düsseldorf benannte man zwar eine Straße nach ihm, und auch der alljährlich vergebene Literaturpreis der Stadt trägt seinen Namen, aber der stets neu entfachte Streit, ob die städtische Universität nach Heine benannt werden soll oder nicht, zeigt die fragliche Zugehörigkeit Heines zum westdeutschen Pantheon. 1956 und 1972 – zu seinem 175. Geburtstag – kamen Briefmarken mit Heine heraus.¹⁵²

In der DDR aber war das Symbol »Heine« von Anfang an erwünscht. Im Frühjahr 1951 wurde ein Platz im Ost-Berliner Zentrum nach Heine benannt; später sollte der ganze Bezirk, ein Neubaugebiet, den Namen »Heinrich-Heine-Viertel« tragen.¹⁵³ Zum 100. Todestag des Dichters im Februar 1956 kamen in der DDR zum ersten Mal zwei Heine-Briefmarken heraus.¹⁵⁴ Seinen 175. Ge-

¹⁴⁹ Michel, 270.

¹⁵⁰ Ibid., 284.

¹⁵¹ Abusch, *Schiller-Renaissance*, 746.

¹⁵² Michel, 143; 171.

¹⁵³ *Verordnungsblatt für Groß-Berlin* 7, 1951 Nr. 23.

¹⁵⁴ Michel, 273.

burtstag 1972 beging man mit einer Briefmarke in Blockform.¹⁵⁵ Das mehrfach präsentierte Symbol unterstreicht den wichtigen Platz Heines im Staatspantheon der DDR.

Goethe, Schiller und Heine gehören zu den wichtigsten Humanisten im DDR-Pantheon. Sie sind natürlich nicht die einzigen, die laut offizieller Doktrin die deutsche humanistische Tradition repräsentieren. Es gibt viele Beispiele, aber hier seien nur einige genannt. Zu Mozarts 200. Geburtstag im Januar 1956 kamen zwei Briefmarken heraus.¹⁵⁶ Im April 1959 gedachte man Handels 200. Todestag mit einer Briefmarke.¹⁵⁷ Auch Wissenschaftler, Erfinder und Ärzte sind Vertreter der humanistischen Tradition. Zu den ersteren gehören die Gebrüder Humboldt. Nach Alexander von Humboldt wurde die Ost-Berliner Universität benannt, und zu seinem 100. Todestag im Mai 1959 kamen zwei Briefmarken heraus.¹⁵⁸

Ein lebendes Symbol des humanistischen Erbes Deutschlands war der Schriftsteller Thomas Mann. Für ihn sprachen seine antifaschistischen Ansichten und die Tatsache, daß er 1933 Nazideutschland verlassen hatte. Dies machte Thomas Mann zu einem Symbol des fortschrittlichen, antifaschistischen Bürgertums. Im März 1949 feierte man in Weimar Goethes 200. Geburtstag. Bei diesen Feiern war auch Thomas Mann zugegen, dem bei der Gelegenheit der Goethe-Preis verliehen wurde. In einer Zeit der zunehmenden politischen Isolation der DDR war Manns Besuch von großer Bedeutung. Johannes R. Becher, der erste Kultusminister der DDR, drückte dies folgendermaßen aus: »Es ist ein nationaler Festtag, daß Thomas Mann unter uns weilt.«¹⁵⁹ Mit großem Vergnügen zitierte die DDR-Presse die kritischen Bemerkungen des Schriftstellers über Westdeutschland. Im Oktober 1949, wenige Tage nach Gründung der DDR, zitierte das Parteiorgan der SED Thomas Mann, wonach dieser gesagt haben sollte, daß »die Westmächte Sympathie für den Faschismus hegen«. Am 1. Januar 1950 stellte das Parteiorgan die Frage: »Hat Thomas Mann sich gewandelt?«, die sie mit einem »Ja! Thomas Mann hat sich gewandelt«¹⁶⁰ auch beantwortete. Der Schriftsteller und Nobelpreisträger wurde fraglos zu Propagandazwecken der SED herangezogen. Obwohl Mann nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten in der Schweiz lebte, gehörte er sowohl dem DDR-, als auch dem BRD-Staatspantheon an. Zum ersten Todestag Manns gaben beide deutsche Staaten eine Briefmarke heraus – die Bundesrepublik am 1. August und die Deutsche Demokratische Republik am 13. August 1956.¹⁶¹ Ende der vierziger Jahre war Heinrich Mann, der ältere Bruder

¹⁵⁵ Ibid., 373.

¹⁵⁶ Ibid., 272.

¹⁵⁷ Ibid., 281.

¹⁵⁸ Ibid., 281.

¹⁵⁹ *Neues Deutschland*, 17. 3. 1949.

¹⁶⁰ *Neues Deutschland*, 1. 1. 1950.

¹⁶¹ Michel, 144; 274.

Thomas Manns, ein wichtiger Vertreter des humanistischen Erbes. Der berühmte Schriftsteller Heinrich Mann war seit 1930 – bis zu ihrer Auflösung 1933 – Präsident der Preußischen Kunstakademie. Von seinem amerikanischen Exil aus unterstützte er den Kampf gegen den Faschismus und hatte sogar aktiv, als Mitglied antifaschistischer Organisationen, an ihm teilgenommen. 1938 wurde er Präsident des »Deutschen Volksfrontkomitees«. Er war kein Mitglied der kommunistischen Partei, aber seine politischen Ansichten standen denen der Partei nahe. Nach 1945 unterstützte er die Sowjetunion und die politische Linie der SED. Heinrich Mann wurde zum Präsidenten der Kunstakademie der DDR gewählt – eine Wahl, die historische Kontinuität und eine Wiedergutmachung des Unrechts symbolisieren sollte, das die Nazis dem Repräsentanten der deutschen humanistischen Tradition zugefügt hatten. In einem Glückwunschtelegramm an Mann zu dessen 78. Geburtstag schrieben Pieck und Grotewohl:

»Ihr Name und ihr Werk, lieber Heinrich Mann, verkörperten in den zwölf dunkelsten Jahren deutscher Geschichte rein und klar das andere, gute Deutschland, das Deutschland der Lessing und Goethe, Marx und Heine, Ossietzky und Thälmann.«¹⁶²

In der selben Ausgabe des Parteiorgans »Neues Deutschland«, in der auch dieses Telegramm erschien, wurde Heinrich Mann ein »Verkünder des neuen Humanismus« genannt.

Im Frühjahr 1951 wurden in Pankow im Norden Ost-Berlins eine Straße und ein Platz nach Heinrich Mann benannt. Aber erst im Februar 1971 – zu seinem 100. Geburtstag – kam in der DDR zum ersten Mal eine »Heinrich-Mann«-Briefmarke heraus.¹⁶³ Ulbricht, für den Heinrich Mann ein Beispiel war für den »Übergang vom bürgerlichen Humanismus zum sozialistischen«¹⁶⁴, befürchtete, Westdeutschland könne das »Symbol« Mann für sich in Anspruch nehmen. Aber der Kampf um das Symbol »Heinrich Mann« blieb aus.

Auch der antifaschistische Schriftsteller Leonhard Frank, Bürger der Bundesrepublik, wurde nach seinem Tod zu einem kanonischen Symbol in der DDR. Nach dessen Tod 1962 wurde in Pankow in Ost-Berlin eine Straße nach ihm benannt. An der Einweihungszeremonie nahmen Persönlichkeiten aus Literatur und Theater der Deutschen Demokratischen Republik teil. Arnold Zweig wies in seiner Rede darauf hin, Franks Werk habe in der DDR Anerkennung gefunden, während es in der Bundesrepublik verleumdet worden sei, aus »Angst vor seiner ungeheuren Ausdruckskraft«.¹⁶⁵ Die Verewigung des Schriftstellers in

¹⁶² *Neues Deutschland*, 27. 3. 1949.

¹⁶³ Michel, 334.

¹⁶⁴ *Der Spiegel*, 6/1971, 57–59.

¹⁶⁵ *Neues Deutschland*, 5. 9. 1962.

der DDR wurde ein Mittel zum politischen Angriff auf die Bundesrepublik. Im Parteiorgan »Neues Deutschland« wurde ein Mitglied der kommunistischen Delegation aus Würzburg – der Heimatstadt Franks – zitiert, aus dessen Worte diese Absicht deutlich hervorgeht: »Sie haben die Schande gutgemacht, die Leonhard Frank in seiner Heimatstadt zugefügt wurde.«¹⁶⁶

Dem humanistischen Sektor des Staatspantheons der DDR gehören nicht nur Deutsche an. Ein Beispiel hierfür sind die Umbenennungen im ehemals »französischen Viertel« in Weißensee in Ost-Berlin, wo im Mai 1951 die Straßen nach deutschen und ausländischen Komponisten benannt wurden. Ein wichtiger Teil dieses Sektors wird von den Russen eingenommen, ein Hinweis auf die besonderen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR. Im Juni 1949 wurde beispielsweise im Ost-Berliner Arbeiterviertel Treptow eine Straße nach Puschkin benannt. Erwähnt werden muß, daß Puschkin auch der Name des damaligen sowjetischen Botschafters in der DDR war, der natürlich häufig in den Medien genannt wurde.

Im Rahmen der Bemühungen, die russische Kultur als Teil des universellen Kulturerbes darzustellen, wurde im Mai 1950 eine Straße in Pankow nach Peter Tschaikowsky benannt. In Ost-Berlin erhielt ein Theater den Namen Maxim Gorkis, und zu dessen 85. Geburtstag im März 1953 kam in der DDR eine Briefmarke heraus.¹⁶⁷ Zu des Dichters 100. Geburtstag im März 1968 kamen weitere zwei Briefmarken heraus.¹⁶⁸ Gorki« war jedoch ein anders geartetes Symbol als »Tschaikowsky« oder »Puschkin«; »Gorki« war zugleich ein Symbol der internationalen kommunistischen Bewegung, ein »Humanist der Bewegung«.

Weitere Namen auf den Straßenschildern in Ost-Berlin sind die des französischen Schriftstellers Romain Rolland (Pankow, April 1951) und der Marie Curies (Lichtenberg, Mai 1951); im Februar 1969 wurde dem dänischen Schriftsteller Martin Andersen Nexö eine Briefmarke gewidmet.¹⁶⁹

Den harten Kern der »Humanisten der Bewegung« bilden diejenigen deutschen Schriftsteller und Künstler, die mit ihrem Werk den politischen Kampf des deutschen Kommunismus unterstützten. Einige von ihnen bekleideten noch vor 1945 Parteiämter und nach 1949 Staatsämter. Zu den wichtigsten und prominentesten gehört der Dichter Erich Weinert, der in den Jahren 1943 bis 1945 Präsident des »Nationalen Komitees Freies Deutschland« war. Nach dessen Tod wurde im April 1953 eine Straße in Prenzlauer Berg nach ihm benannt.¹⁷⁰ Ein anderer Parteidichter war Johannes R. Becher, der Expressionist, der in den zwanziger Jahren zum Dichter der kommunistischen Sache

¹⁶⁶ *Neues Deutschland*, 5. 9. 1962.

¹⁶⁷ Michel, 274.

¹⁶⁸ Ibid., 318.

¹⁶⁹ Ibid., 323.

¹⁷⁰ *Verordnungsblatt für Groß-Berlin* 10, 1954, Nr. 20.

wurde. Nach Gründung der DDR bot man Becher das Amt des Kultusministers an, das er bis zu seinem Tod 1959 innehatte. Zum Staatsbegräbnis, das ihm zuteil wurde, gehörte auch, daß sein Sarg im Haus der Ministerien öffentlich ausgestellt wurde. Das Parteiorgan der SED schrieb aus Anlaß seines Todes: »Die Welt hat einen Humanisten verloren.«¹⁷¹ Noch im selben Monat erschien eine Briefmarke mit einer Darstellung Bechers; am Rande waren die ersten zehn Zeilen der Nationalhymne abgedruckt, die der Dichter zehn Jahre zuvor geschrieben hatte.¹⁷² Im Juni 1971 benannte man in Ost-Berlin eine Straße nach Johannes R. Becher.¹⁷³ Ironischerweise wurde seit dem Sommer 1971 der Text der Nationalhymne ausgelassen. Dies hatte weniger mit Becher zu tun, als vielmehr mit der eingetretenen Wende in der nationalen Politik der SED.

Zur Kategorie »Humanisten« gehören sowohl Schlüsselfiguren der deutschen Kultur, als auch diejenigen Schriftsteller und Künstler, die den politischen Kampf des internationalen und deutschen Kommunismus unterstützten. Die Kanonisierung der »Humanisten« bedeutete die Einverleibung des von ihnen repräsentierten kulturellen Erbes durch das DDR-Regime. Darüber hinaus sorgte das Nebeneinander solcher Namen wie Goethe, Schiller, Weinert und Becher für eine vermeintliche historische Kontinuität, die von den Größen der deutschen Kultur und des deutschen Humanismus bis zu den geistigen Größen der deutschen kommunistischen Partei reichte. Derart sollte die offizielle Behauptung unterstrichen werden, die DDR sei Erbin alles »Fortschrittlichen« in der Geschichte.

¹⁷¹ *Neues Deutschland*, 16. 10. 1959.

¹⁷² Michel, 283.

¹⁷³ *Neues Deutschland*, 26. 6. 1971.

Schlußbemerkung

Das Aufkommen einer offiziellen DDR-Kultur war Bestandteil der sozio-politischen Veränderungen, die in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945 einsetzten. Die kulturelle Umorientierung war ein von politischen und ideologischen Faktoren abhängiger Prozeß, in dessen Verlauf Texte der offiziellen Identität modifiziert und neu geschrieben wurden. Die keimende offizielle Identität der DDR zeichnete sich durch einen klar umrissenen, stark von Mythen und Symbolen gefärbten Komplex aus, der in das tägliche Leben durch derart verschiedene Medien wie Straßennamen, Denkmäler, Briefmarken sowie Staatseembleme integriert wurde.

Die Bemühungen des kommunistischen Regimes gingen dahin, eine sowohl mit dem Antifaschismus als auch mit dem Marxismus-Leninismus verbundene eigenständige DDR-Identität auszuarbeiten. Das bedeutete eine Umdeutung der bisher gültigen Version der Vergangenheit, die die Kanonisierung neuer und die Entkanonisierung der alten Helden des Kaiserreichs und des Dritten Reichs zur Folge hatte. Neben Lenin, Thälmann, Marx und Wilhelm Pieck zählte auch Stalin vorübergehend zu den herausragenden Helden des Staatspantheons der DDR, abzulesen an ihrer Verewigung überall in der Republik. Diese Helden standen stellvertretend für die politischen und moralischen Wertvorstellungen, die die DDR offiziell vertrat. Sie lösten nicht nur die nationalsozialistischen Helden ab, die nach 1945 in ganz Deutschland verschwanden, sondern auch die traditionellen Nationalhelden, die Generale und Herrscher die, laut offizieller Staatsdoktrin, das »reaktionäre« Nationalerbe repräsentierten. Darin bestand der wesentliche Unterschied zwischen dem westdeutschen und dem ostdeutschen Staatspantheon: in der Bundesrepublik behielten Bismarck und Kaiser Wilhelm auch weiterhin ihren Heldenstatus bei, obschon ihre öffentliche Verehrung immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde. In der DDR hingegen wurden sie ganz und gar aus dem öffentlichen Raum verbannt.

Es dauerte nicht sehr lange, bis die offiziell verabschiedete Mythologie in den verschiedenen Texten, von denen hier die Rede ist, ihren Niederschlag fand. Das lag auch daran, daß jedes kommunistische Regime – das DDR-Regime nicht ausgenommen – sich der psychologischen und politischen Auswirkungen einer totalen Manipulation derartiger Texte bewußt ist. Die Führung der DDR bediente sich dieser Texte, um mit ihrer Hilfe ein von ihm sanktioniertes politisches und historisches Bewußtsein ins Leben zu rufen. Das DDR-Regime, das sich seiner problematischen Stellung infolge der Trennung der beiden deutschen Staaten und des wirtschaftlichen Vorteils der Bundesrepublik bewußt war, setzte alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ein, um ein eigenständiges, mit der offiziellen Identität in Einklang zu bringendes DDR-Bewußtsein zu fördern. Derartige Mittel waren Schulen, Gedenkstätten, Museen, Straßen-

namen sowie andere in das tägliche Leben einbezogene Textträger, die dem Regime die benötigte Unterstützung sichern sollten.

Mit dem Zerfall des kommunistischen Regimes in der DDR im Anschluß an die Ereignisse im Herbst 1989 zeigte sich, welche Bedeutung diese Form der Unterstützung hatte. Das lag nicht daran, daß die Führung nicht die ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzte – im Gegenteil. Gleichwohl sollte man sich vor Augen halten, daß bewußtseinsbildende Maßnahmen dieser Größenordnung nur dann beurteilt werden können, wenn sie über eine längere Zeitspanne wirksam waren. Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes setzte ein Prozeß sozio-politischer Veränderungen ein. Bald stand auch die Umformung der offiziellen Kultur der DDR auf dem Programm. Die Forderung kam hauptsächlich von oppositionellen Gruppen und Einzelpersonen, die damit ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Regime und dem Staat zum Ausdruck brachten. Es standen auch klare politische Ziele dahinter; man wollte zeigen, daß man von dem alten Regime und seiner Ideologie abgerückt war. Nicht zuletzt aber wollte man den lang unterdrückten Gefühlen der Frustration Luft machen. Die Einwohner Potsdams beispielsweise übermalten alle dortigen Straßenschilder der »Gottwaldallee« mit schwarzer Farbe. Es war ein Ausdruck ihrer Unzufriedenheit sowohl mit diesem Helden der Stalinzeit, als auch mit der fehlenden Initiative der Behörden, die notwendigen Umbenennungen in die Wege zu leiten. Derartige Unmutsäußerungen der Bevölkerung fanden auch in anderen Städten der DDR statt und beschränkten sich nicht nur auf Straßennamen. An verschiedenen Orten wurden Gedenktafeln zur Erinnerung an die Helden des internationalen und deutschen Kommunismus abmontiert und Denkmäler beschmiert.

Im allgemeinen war die Situation in der DDR durchaus mit der in anderen osteuropäischen Staaten vergleichbar, beispielsweise in Ungarn, der ČSSR oder Polen. Allerdings gab es einen wesentlichen Unterschied: im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern bedeutet das Ende des kommunistischen Regimes in der DDR, daß das Ende der DDR als eigenständiger Staat nur noch eine Frage der Zeit war. Die beschlossene Wiedervereinigung resultierte in der Aufhebung der eigenständigen Staatssymbole der DDR. (Wieder)vereinigung hieß, sich der Bundesrepublik und ihren Symbolen anzuschließen. Am 3. Oktober 1990 hörte die DDR auf zu existieren, aber die Neubeschriftung der verschiedenen Textträger zögerte sich hinaus. Die Lokalbehörden redeten sich mit der formalen Begründung heraus, allein die neu gewählten Volksvertreter seien dazu befugt. Die einzige große Veränderung war die Umbenennung von Karl-Marx-Stadt in Chemnitz, wodurch die sächsische Stadt ihren bis 1953 geführten Namen zurückerhielt. Die nach einer Umfrage in der dortigen Bevölkerung vorgenommene Umbenennung war der einzige großangelegte Versuch, die offizielle Kultur umzuändern. Auf der symbolischen Ebene signalisierte dieser Versuch, daß Vereinigung auch mit kultureller Restauration gleichzusetzen sei. Das zu bewerkstelligen war jedoch nicht ein-

fach, und das Umformen einer offiziellen Kultur berührt viele delikate und untereinander zusammenhängende Fragen. Das war auch der Grund für die Zurückhaltung der zuständigen Behörden. Privatinitiativen entfachten eine öffentliche Diskussion über die Vorgehensweise bei einer derartigen Umstrukturierung. So wurde im August 1990 in Berlin eine Ausstellung eröffnet, die sich mit den von der Ost-Berliner kommunistischen Führung errichteten Denkmälern befaßte. Der Titel der Ausstellung verrät bereits die darin angesprochene Problematik: »Erhalten, Zerstören, Verändern?«

Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen hat die kulturelle Umformung der fünf neuen Länder und Ostberlins gerade erst begonnen. Die damit zusammenhängenden faszinierenden Prozesse zu analysieren kann nicht Aufgabe dieser Arbeit sein. Ich hoffe, daß der Historiker, der sich künftig ihrer annimmt, das in den vorangehenden Kapiteln zusammengestellte Material hilfreich findet.

Bibliographie

I. Quellen

– Amtliches Straßenverzeichnis Leipzig, Leipzig 1974

– Amtsblatt der Stadt Berlin, 1923–1938

– Amtsblatt der Stadt Wien, 1938–1946

Bericht über die Tätigkeit des [Berliner] Tiefbauamtes in der Dezernentenbesprechung am 22. 6. 1945.

Protokoll der Sitzung der Bezirksversammlung Neukölln (Berlin), vom 3. 2. 1926 und 16. 2. 1927.

Protokoll der Sitzung der Berliner Magistrats vom 24. 5. 1945.

Protokoll der Magistratssitzung vom 18. 6. 1945.

Protokoll der Konferenz der [Berliner] Bezirksbürgermeister vom 20. 6. 1945.

Protokoll der Sitzung des Berliner Magistrats vom 30. 10. 1945.

Protokoll der Magistratssitzung vom 16. 2. 1945.

Protokoll der Magistratssitzung vom 28. 9. 1945.

Protokoll der Sitzung der Bezirksversammlung Neukölln [Berlin] vom 30. 6. 1953

Stenographischer Bericht der 66. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, 29. 4. 1948.

Verordnungsblatt für Groß-Berlin 1947–1952.

Verzeichnis der in der Stadt Leipzig seit dem 19. Mai 1945 umbenannten Straßen, Plätze und Wehre. Leipzig: Stadtverwaltung, 1945.

Verzeichnis der seit 1945 geänderten Straßennamen der Stadt Leipzig, Leipzig 1951.

Ein Brief des Bezirksamtes Charlottenburg vom 17. 10. 1945 an den Berliner Magistrat und das Bezirksamt Tiergarten. [Im Archiv vom Bezirksamt Charlottenburg.]

II. Bulletins, Zeitungen, Stadtpläne

IWE (Informationsbüro West) Hettstedt, 12. 11. 1956

IWE Nr. S/XI/132/1961

IWE Berlin, 15. 11. 1961

IWE Berlin, 21. 11. 1961

IWE Berlin, 23. 11. 1961

IWE Berlin, 24. 11. 1961

IWE Berlin, 27. 11. 1961

IWE Berlin, 2. 1. 1962

IWE Berlin, 26. 9. 1962, 9/86

IWE Berlin, 10. 9. 1974, 177/74

Berliner Illustrierte Zeitung

Berliner Lokal-Anzeiger

Die Rote Fahne

Berliner Zeitung
 Die Union
 Leipziger Volkszeitung
 Liberal-Demokratische Zeitung
 Märkische Union
 Neue Zeit
 Neues Deutschland
 Tägliche Rundschau
 Thüringische Neueste Nachrichten
 Volk
 Volksstimme Magdeburg
 Volkswacht

 Berliner Morgenpost
 Der Abend
 Der Spiegel
 Die Zeit
 Frankfurter Allgemeine Zeitung
 Süddeutsche Zeitung

 BAB Führer Berlin 1946
 Berlin Stadtplan, Berlin 1947
 Berlin Stadtplan, Berlin-DDR, 1961
 Pharos Plan Berlin 1942
 Silva Stadtplan, Berlin 1947

III. Ausgewählte Bücher und Aufsätze

- Abusch, A., »Schiller-Renaissance im deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat«, Kulturspiegel d. Messestadt Leipzig, 6, 1959.
 Ackermann, M., »Berlin/Ost – Hauptstadt der DDR«, Deutschland Archiv 5, 1972; 6, 1973.
 Ahrens, W., »Street Names and Street Names' Changes in the German Democratic Republic«, Onomastica Canadiana, 69, 1987.
 Arndt, J., Die Besiegten als Befreiten, in: A. Peisel & A. Mohler (Hrsg.), Die Deutsche Neurose, Frankfurt/M. 1980.
 Azaryahu, M., »Street Names and Political Identity: the Case of East Berlin«, Journal of Contemporary History 21, 1986.
 Azaryahu, M., »What is to be Remembered. The struggle over Street Names in Berlin, 1921–1930«, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 17, 1988.
 Azaryahu, M., »Renaming the Past. Changes in City-Names in Germany and Austria 1945–1947«, History and Memory 4, 1990.
 Azaryahu, M., »The purge of Bismarck and Saladin or the Dynamics of Street-Renamings. A Comparative Study in Culture-Planning«, Poetics Today, erscheint demnächst.
 Behrendt, »Eine Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkrieges. Zum Umbau der Neuen Wache in Berlin«, Zentralblatt der Bauverwaltung im preußischen Finanzministerium, 50, 1930, Nr. 29.
 Benjamin, W., Städtebilder, Frankfurt/M. 1963.
 Brandt, W., Links und Frei. Mein Weg 1930–1950. Hamburg 1982.
 Breucker, F., Heinrich Heine und sein Denkmal in Altona, Altona 1927.

- Brunn, G., Die deutsche Einigungsbewegung und der Aufstieg Berlins zur deutschen Hauptstadt, in: T. Schieder / G. Brunn (Hrsg.), Hauptstädte in europäischen Nationalstaaten, München/Wien 1983.
- Busch, O. / A. Schernitzky, Schwarz-Rot-Gold. Die Farben der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Tradition und Bedeutung, Offenbach 1954.
- Dan, O., Die Hauptstadtfrage nach dem 2. Weltkrieg, in: T. Schieder / G. Brunn (Hrsg.), Hauptstädte in europäischen Nationalstaaten, München, Wien 1983.
- Dahrendorf, R., Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, 5. Aufl., München 1977.
- Doraplen, A., »Die Revolution von 1848 in der Geschichtsbeschreibung der DDR«, Historische Zeitschrift 120, 1970.
- Eco, U., A Theory of Semiotics, Bloomington, London 1976.
- Eco, U., Einführung in die Semiotik, München 1972.
- Even-Zohar, I., »Polysystem Theory«, Poetics Today 1, 1979.
- Erhalten, Zerstören, Verändern? Denkmäler der DDR in Ost-Berlin. Katalog zur dokumentarischen Ausstellung, Berlin 11. 8. 1990–7. 9. 1990.
- Faden, E., »Berlin – Hauptstadt seit wann und wodurch«, Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 3, 1952.
- Fischer, H., Denkmal-Besetzung. Denkmal, Politik und Lied in Berlin, in: A. Kaiser (Hrsg.), Denkmal-Besetzung. Preußen wird aufgelöst, Berlin 1982.
- Fehernbach, E., »Über die Bedeutung der politischen Symbole im Nationalstaat«, Historische Zeitung 213, 1971.
- Frank, V., Antifaschistische Mahnmale in der DDR, Leipzig 1970.
- Fricke, K. W., »Wird Ulbricht zur Unperson?«, Deutschland Archiv 6, 1973.
- Gedenkstätte. Arbeiterbewegung, antifaschistischer Widerstand, Aufbau des Sozialismus, 2. Aufl., Leipzig, Jena, Berlin 1973.
- Giese, A., »Unsere Helden und ihre Taten in den Straßennamen von Groß-Berlin«, Berlinische Blätter für Geschichte und Heimatkunde 1, 1934.
- Gröner, E., Die deutschen Kriegsschiffe 1815–1945, München 1966.
- Günther, V., Über Alles in der Welt? Studien zur Geschichte und Dialektik der deutschen Nationalhymne, Neuwied, Berlin 1966.
- Hansen, H. J., Heil dir im Siegerkranz. Die Hymnen der Deutschen, Hamburg 1978.
- Heckmann, H., Die Denkmalpflege in der DDR: Thesen, in: H. Jens / H. Rogner-Francke, Die DDR und die Tradition, Heidelberg 1981.
- Hobsbawm, E. / T. Ranger, The Invention of Tradition, Cambridge 1983.
- Höpfner, C. / I. Schubert, Lenin in Deutschland, Berlin (DDR) 1980.
- Karwelat, J., Ein Berliner Stadtplan von 1946 – seiner Zeit voraus, in: Sackgassen. Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßennamen, hrsg. von der Berliner Geschichtswerkstatt, Berlin 1988.
- Lapp, P. J., Der politische Stellenwert der Traditionspflege in der DDR, in: H. Jens / H. Rogner-Francke, Die DDR und die Tradition, Heidelberg 1981.
- Loewenstein, K., The Influence of Symbols on Politics, in: R. V. Peel / J. S. Roneck (Hrsg.), Introduction to Politics, New York 1946.
- Loos, I., »Luther in Worms 1521«, Illustrierte Historische Hefte, Nr. 31, 1983.
- Maassen, H., Gedenkstätte der deutschen Interbrigadisten, Leipzig, o. J.
- Mauer, H., Gedenkstätten der Arbeiterbewegung, hrsg. von der Bezirksleitung der SED.
- Mahnke, H. H., Das Hauptstadtproblem, in: H. A. Jacobson (Hrsg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, München, Wien 1979.
- Markgraf, H., Die Straßen Breslaus nach ihrer Geschichte und ihren Namen, Breslau 1896.
- Martell, P., »Berliner Straßennamen«, Die Fahrt 2, 1929.

- Marzahn, B., *Der Deutschlandbegriff der DDR. Dargestellt vornehmlich an der Sprache des Neuen Deutschland*, Düsseldorf 1979.
- Michel, *Briefmarken-Katalog Deutschland* 1982.
- Miethe, A. D., *Gedenkstätten der DDR*, Leipzig 1974.
- Mosse, G., »National Cemeteries and National Revival. The Cult of the Fallen Soldiers in Germany«, *Journal of Contemporary History* 14, 1979.
- Mosse, G., *The Nationalization of the Masses*, New York 1975.
- Müllers großes deutsches Ortsbuch, 6. edn., Wuppertal 1936.
- Naipaul, V. S., *Among the Believers*, Harmondsworth 1981.
- Naipaul, V. S., *The Return of Eva Peron*, Harmondsworth 1981.
- Nipperdey, T., »Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jh.«, *Historische Zeitschrift* 210, 1968.
- Petrick, B., *Freies Deutschland – Die Zeitung des Nationalkomitees Freies Deutschland 1943–1945*, München, New York, London 1979.
- Riese, W., *Luther und die DDR: Thesen*, in: H. Jens / H. Rogner-Francke, *Die DDR und die Tradition*, Heidelberg 1981.
- Rhule, J., »Preußen Schwarzweiß und Rot«, *Deutschland Archiv* 14, 1981.
- Sander, H. D., »Das Ende der Ära Ulbricht?«, *Deutschland Archiv* 4, 1971.
- Schweigler, G. L., *National Consciousness in Divided Germany*, London, Beverly Hills 1975.
- Scharf, H., *Kleine Kunstgeschichte des deutschen Denkmals*, Darmstadt 1984.
- Schieder, T., *Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat*, Köln, Opladen 1961.
- Shils, E., *Tradition*, Chicago 1981.
- Schütte, S., »Nationalhymnen und ihre Verarbeitung«, *Das Argument*, AS 5, 1975.
- Smith, J. E., »The Red Prussianism of the German Democratic Republic«, *Political Science Quarterly*, 82, 1967.
- Spittmann, E., »Denkmalpflege«, *Deutschland Archiv* 15, 1983.
- Starke, W., *Was sagen uns unsere Straßennamen?*, *Kulturspiegel der Messestadt Leipzig*, 3, 1956.
- Stein, H. P., *Symbole und Zeremoniell der deutschen Streitkräfte vom 18. bis zum 19. Jahrhundert*, Herford, Bonn 1984.
- Tümmler, H., *Deutschland, Deutschland über alles. Zur Geschichte und Problematik unserer Nationalhymne*, Köln, Wien 1979.
- Treptow – *Das Treptower Denkmal. Geschichte und Gegenwart*, Berlin (DDR) 1980.
- Vogt, H., »Die Straßennamen Berlins«, *Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins*, Nr. 22, Berlin 1885.
- Volk, W., *Berlin – Hauptstadt der DDR. Historische Straßen und Plätze heute*, 4. Aufl., Berlin (DDR) 1975.
- Vossler, H., *Geschichte der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde*, Berlin (DDR) 1982.
- Wentzke, P., *Die deutschen Farben. Ihre Entwicklung und Deutung sowie ihre Stellung in der deutschen Geschichte*, Heidelberg 1955.

Personen- und Sachregister

- Adenauer, Str.: 177
Adler, Staatswappen, Nazi: 60
–, Polnischer: 95
–, Reichs-: 95
–, Westdeutscher: 112
Adler, Viktor, Str.: 64, 65
Allende, Salvador, Platz: 128
- Bach, Briefmarke: 45
Baron, Erich, Str.: 193
Baum, Herbert, Str.: 193
Bebel, Str., Platz: 49, 51, 65, 73, 173
–, Briefmarke: 177
Becher, Johannes R., Str.: 204
Beethoven, Str.: 38
–, Briefmarke: 45
Befreiung, Tag der: 184, 185, 187
–, Straße der: 185
Beimler, Hans, Briefmarke: 187
–, Denkmal (der Kämpfer der 11. Brigade): 187
–, Medaille: 187
–, Str.: 187
Belfort, Str.: 38, 134, 198
Belle Alliance, Platz: 73
Ben Gurion, Flughafenname: 29
Bersarin, Platz: 185
Bismarck, Denkmal: 40
–, Briefmarke: 146
–, Str.: 40, 52, 65
–, Schiffsname: 52
Blücher, Str.: 35, 64, 134, 135
–, Schiffsname: 39
Bremen, Str.: 38
Breitscheid, Briefmarke: 62, 192
–, Str.: 65
Breslau, Str.: 127
Bromberg, Str.: 127
Buchenwald, Gedenkstätte, Einweihung von: 189–190
–, Briefmarke: 189
- Clausewitz, Str.: 64
Coppi, Hans und Hilda, Briefmarke: 194
Curie, Marie, Str.: 203
- Danzig, Str.: 127
DDR, Fahne: 117, 119
- , Hymne: 102, 105, 106, 119, 120, 121
De Gaulle, Flughafenname: 29
Deutschland, Name von Institutionen: 89–95, 121–125
–, Schiffsname: 40
–, -Lied: 42, 53, 102–109
Dürer, Briefmarke: 45
- Ebert, Friedrich, Briefmarke: 46
–, Str.: 46, 50, 55, 74
Engels, Briefmarke: 160, 165
–, Jahr: 160, 199
–, Militärakademie: 160
–, Str., -Platz: 65, 157, 159
- Frank, Leonhard, Str.: 202
Franz Josef, Platz: 73, 173
Friedrichshain (Friedhof: für die Märzgefallenen): 41, 149
–, Friedrichsfelde: 48, 149
Friedrich II., »der Große«, Filme: 46
–, Denkmal: 35, 132, 133, 142, 143
–, Schiffsname: 39
–, Briefmarke: 45, 52
–, -Platz: 35
Friedrich August, Str.: 66
- Germania: 40, 43, 56
Gobineau, Str.: 70
Goethe, Briefmarke: 45, 199
–, Gedenkstätte: 199
–, Tag: 199
Gneisenau, Denkmal: 35
–, Str.: 35, 134, 135f.
–, Schiffsname: 39
Göring, Str.: 55, 64
Gorki, Theater: 203
–, Briefmarke: 203
Graf Spee, Schiffsname: 54
–, Str.: 54, 66
Grotewohl, Briefmarke: 180
–, Kraftwerksname: 180
–, Str.: 180
- Hakenkreuz: 60, 95
Hammer und Sichel: 49
Hammer und Zirkel: 94, 115, 118, 120
Händel, Str.: 38

Harnack, Briefmarke: 194
 Heine, Briefmarke: 200
 –, Denkmal: 48
 –, Str., -Viertel: 51, 200
 –, Preis: 200
 Hermann (Arminius), Denkmal: 37
 –, Str.: 38
 Hindenburg, Briefmarke: 46, 52
 –, Ortsname: 41
 –, Schiffsname: 41
 –, Str.: 65
 Hipper, Str.: 54, 66
 –, Schiffsname: 54
 Hitler, Str., -Platz: 54, 55, 64
 –, Briefmarke: 55
 –, Sportstadion: 51, 71
 Ho-Chi-Minh: Stadtname: 30
 Hohenzollern, Str., Platz: 45, 52, 66, 74
 Horst Wessel, Krankenhaus: 54, 55
 –, Lied: 53, 55, 103, 104
 –, Stadt (Bezirksname): 55
 –, Str.: 64, 67, 153, 174
 Humboldt, Alexander von, Briefmarke: 201
 Hymne an Deutschland: 103

 Jabotinski, Str.: 22
 Johann Georg, Str.: 66

 Kaiser, Schiffsname: 40
 –, Str., -Allee: 24, 66, 134
 Kaiser Friedrich, Gymnasium: 45
 –, Str.: 65
 Kaiser Maximilian, Str.: 65
 Kaiserin Augusta (Augusta Viktoria), Str.: 52, 65, 75, 134
 Kant, Briefmarke: 45
 Klausener, Briefmarke: 62, 195
 Kollwitz, Platz: 76
 Königsplatz: 35, 44, 45, 51, 52, 65
 Königgrätz, Str.: 36
 Königsberg, Str.: 127

 Lassalle, Briefmarke: 65
 –, Str.: 65, 173
 Leibniz, Briefmarke: 45
 Lenin, Briefmarke: 19, 162, 165
 –, Denkmal: 19, 160, 161, 162
 –, Stadtname: 19
 –, Str., -Platz: 19, 161, 162, 239
 Lessing, Briefmarke: 45
 Liebknecht, Karl, Briefmarke: 174, 175, 176
 –, Film: 176
 –, Str., -Platz: 65, 74, 75, 173
 Liebknecht, Wilhelm, Briefmarke: 173
 Lübeck, Str.: 38
 Luther, Briefmarke: 143
 –, Stadt: 179
 –, Jahr: 143
 Luxemburg, Rosa, Ausstellung: 175
 –, Briefmarke: 174, 176, 177
 –, Str., -Platz: 65, 74, 75, 173, 174

 Mahler, Str.: 51
 Mann, Thomas, Briefmarke: 201
 Mann, Heinrich, Briefmarke: 201
 –, Str.: 201
 Mackensen, Str.: 65
 Manteuffel, Str.: 65
 Marx, Briefmarke: 17, 159, 160, 162, 165
 –, Denkmal: 159, 162
 –, Jahr: 144, 157
 –, Medaille: 157
 –, Stadtname: 157, 158, 162
 –, Str., -Platz: 65, 74, 157, 158, 159, 171
 –, Universität (Leipzig): 157
 Mehring, Briefmarke: 165
 –, Str., -Platz: 73, 173, 174
 Metz, Str.: 134
 Moltke, Str.: 35, 45, 134
 Mosse, Str.: 51
 Mozart, Briefmarke: 201
 München, Str.: 128
 Müntzer, Thomas, Briefmarke: 136

 Neue Wache (Berlin): 47, 190
 Nexö, Martin Andersen, Str.: 203
 NVA, Uniformen: 138, 139, 140

 Ossietzky, Platz: 76

 Pieck, Betriebsname: 180
 –, Briefmarke: 178, 179
 –, Film: 178
 –, Stadtname: 179
 –, Str., -Platz, -Allee: 172, 178
 Polysystem: 21–25, 37
 Preuss, Str.: 46
 –, Brücke: 46, 50
 Puccini, Str.: 198
 Puschkin, Str.: 203

 Rathenau, Gymnasium: 46, 50
 –, Str.: 46, 74

Ravensbrück, Gedenkstätte, Einweihung von: 189–190
 –, Briefmarke: 189
 Reichpietsch, Ufer: 74
 Renner, Briefmarke: 194
 Republik, Platz der: 44, 45, 50, 73
 –, Straße der: 170, 172
 Revolution, Denkmal: 48, 49, 51, 173, 245
 –, Platz: 44
 Rolland, Romain, Str.: 203
 Roon, Str.: 35, 134

 Sachsenhausen, Einweihung von: 189–190
 –, Briefmarke: 189
 Scharnhorst, Denkmal: 35
 –, Film: 140
 –, Orden: 140
 –, Str.: 64, 134, 135
 –, Schiffsname: 39
 Scheer, Brücke: 54
 –, Str.: 64, 66
 –, Schiffsname: 54
 Schiller, Briefmarke: 199, 200
 –, Denkmal: 36, 38
 –, Jahr: 199
 Schlageter, Str.: 48
 –, Denkmal: 48, 53
 Schneider, Briefmarke: 194
 Schneller, Briefmarke: 194
 Scholl, Geschwister, Str., -Platz: 66, 193, 194
 Schönholzer Heide, Sowjetische Gedenkstätte: 186, 187
 Schroeder, Str.: 54, 66
 Schulze-Boysen, Briefmarke: 194
 Schwarz-Rot-Gold (Fahne): 36, 42, 43, 95, 97–102, 111, 112, 116
 Schwarz-Weiß-Rot, (Fahne): 38, 47, 50, 53, 95, 102
 Sedan, Str.: 38, 66, 134
 –, Tag: 38
 Singer, Str.: 48, 51, 70
 Skagerrak, Platz: 54
 Sorge, Richard, Briefmarke: 194
 –, Str.: 194
 Stalin, Briefmarke: 166
 –, Denkmal: 164, 166, 167, 168, 169, 171

–, Fabrikname: 167, 171
 –, FDJ-Gruppe, Name: 169
 –, Stadtname: 167, 170, 171
 –, Str., -Platz, -Allee, Park: 162–164, 169–171
 Stauffenberg, Str., -Platz: 66, 196, 197
 Straßburg, Str.: 198
 Stresemann, Str.: 50, 74

 Tschaikowsky, Peter, Str.: 203
 Thälmann, Brigade: 187
 –, Briefmarke: 62, 152, 192
 –, Denkmal: 152, 155, 160
 –, Name der Organisation der Jungen Pioniere: 154
 –, Str., -Platz: 75, 151, 152, 153
 Thorgau, Denkmal: 61
 Tirpitz, Str.: 66, 74
 Treptow, Sowjetische Gedenkstätte: 186, 187
 Trotha, Str.: 66

 Ulbricht, Briefmarke: 181
 –, Ehrenbürgerschaft: 181
 –, Gedenktag: 181
 –, Leuna-Werke »Walter Ulbricht«: 181, 182
 –, Pionierpalast: 154
 –, Stadion: 182

 Weimar, Str.: 50
 Weinert, Erich, Str.: 201
 Wittelsbach, Schiffsname: 38
 Wettin, Schiffsname: 38
 Wilhelm, I., Denkmal: 41, 45, 51, 132
 –, Platz, Str.: 65, 66, 134, 153
 –, Schiffsname: 41
 Wörth, Str.: 38, 76

 Yorck, Denkmal: 35
 –, Schiffsname: 39
 –, Str.: 35, 134, 135

 Zetkin, Briefmarke: 177
 –, Denkmal: 176
 –, Geldschein: 176
 –, Str., -Park: 176

In der gleichen Reihe liegen vor:

Dan Simon

**Das Frankreichbild der deutschen Arbeiter-
bewegung 1859-1865**

Meir Buchsweiler

**Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und
Beginn des Zweiten Weltkriegs – ein Fall doppel-
ter Loyalität?**

Daniel S. Nadav

**Julius Moses und die Politik der Sozialhygiene in
Deutschland**

Joseph Karniel

Die Toleranzpolitik Kaiser Josephs II.

Yehuda Eloni

**Zionismus in Deutschland.
Von den Anfängen bis 1914**

Richard Koebner

**Geschichte, Geschichtsbewußtsein und Zeitwende.
Vorträge und Schriften aus dem Nachlaß**

Jehuda Riemer

**Fritz Perez Naphtali –
Sozialdemokrat und Zionist**

BLEICHER VERLAG
D-7016 Gerlingen, Postfach 10 01 23

Schriftenreihe
des Instituts
für Deutsche Geschichte
Universität Tel Aviv
**Bleicher
Verlag**

Zu diesem Buch

Diese Untersuchung ist den politischen Symbolen und ihrer historischen Entwicklung in der ehemaligen DDR gewidmet. Die wichtigsten politischen Symbole eines Staates sind Nationalfahne und Nationalhymne; daneben werden aber auch Straßennamen, Denkmäler sowie Motive auf Briefmarken und Geldscheinen eingesetzt, um die Identität eines Staates zu stärken und politisch-ideologische Aussagen den Bürgern zu vermitteln. Eine besondere Rolle spielt dabei die öffentliche Ehrung von Persönlichkeiten, die für das politische Selbstverständnis eines Staates eine Schlüsselrolle spielen.

Maoz Azaryahu stellt zunächst die Rolle politischer Symbole in Deutschland von 1813-1870, im Kaiserreich sowie in der Weimarer Republik dar und geht auf die Veränderung des Symbolsystems durch die Nationalsozialisten nach 1933 ein, um dann die Politik der SBZ/DDR im Vergleich zur Bundesrepublik ausführlich darzustellen. Durch die Umbenennung von Straßennamen und Errichtung von Denkmälern wurden bereits frühzeitig politische Signale gesetzt. Dabei lassen sich die verschiedenen taktischen Phasen der SED-Politik auch daran ablesen, welche Namen getilgt und welche hervorgehoben wurden. Besonders geht Azaryahu auf die Wende der SED in der Deutschlandfrage ein; die Proklamierung der DDR als eigene „sozialistische Nation“ hatte umfangreiche und bezeichnende Umbennungen zur Folge.

Damit leistet diese Studie einen Beitrag zur Geschichtsforschung über die DDR, der umso aktueller ist, als in der Folge der Vereinigung nunmehr umfangreiche Veränderungen im politischen Symbolsystem der neuen Bundesländer anstehen, angefangen von der Rückbenennung von Karl-Marx-Stadt in Chemnitz bis zu zahllosen Straßennamen. Gleichzeitig wird anhand des Beispiels DDR die Dynamik in der Wechselbeziehung von Politik, Ideologie und Kultur in einem modernen Staat erhellt; es wird deutlich, wie sich politische Mechanismen auf semiotische Prozesse auswirken. Politische Symbole im öffentlichen Leben stellen Schnittpunkte dar, an denen sich die offizielle Ideologie und das Bewußtsein des Einzelnen begegnen.

Der Autor

Maoz Azaryahu wurde 1955 in Tel Aviv geboren. Er studierte an der Universität Tel Aviv zunächst Physik, dann Geschichte und promovierte dort 1988 mit der vorliegenden Arbeit. Gegenwärtig beschäftigt er sich mit der Kultur des modernen Nationalismus, insbesondere mit den Auswirkungen kollektiver Identitäten und Erinnerungen auf semiotische Prozesse. Er arbeitet an einer Veröffentlichung über die Entstehung und die Ausdrucksformen nationaler Traditionen in Israel.